

Wiener Stadt-Bibliothek

57291 F

Rathaus-Korrespondenz

F57291

Der
1957
1

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Montag, 2. Dezember 1957

Blatt 2364

Wechselseitiges Parken hat sich durchgesetzt

=====

2. Dezember (RE) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 1. Dezember, über das wechselseitige Parken und die Straßenreinigung. Der Bürgermeister führte aus:

"Vor kurzem absolvierte ich einige normale Nachtschichten mit Straßenkehrmaschinen. Die Maschinen befuhren jenes Gebiet, in dem seit Jänner und Juli dieses Jahres probeweise das wechselseitige Parken eingeführt ist. Ich wollte mich durch eigenen Augenschein informieren, wie weit das wechselseitige Parken eingehalten wird, und in welcher Art die Arbeit des Straßenreinigungspersonals dadurch beeinflusst wird. Um es gleich vorweg zu sagen: das wechselseitige Parken hat sich durchgesetzt! Wohl kommt es immer wieder vor, daß ausländische Autos und solche aus den Bundesländern auf der falschen Seite parken. Das kann noch ohne weiters erklärt werden, denn diese Autofahrer sind ja nur vorübergehend in Wien und es mag schon vorkommen, daß der eine oder der andere die Verkehrstafeln nicht beachtet hat. Unverständlich ist es aber, daß auch einige Autos mit Wiener Nummern auf der unrichtigen Straßenseite standen. Ich sah aber auch einige Autowraks, fast so alt wie die Arche Noah, die seit Monaten verloren und verlassen an der gleichen Stelle stehen. So etwas gehört doch nicht mehr auf die Straße, sondern bestenfalls auf einen Autofriedhof. Aber abgesehen von diesen Ausnahmen wird von den übrigen Autobesitzern das wechselseitige Parken in dankenswerter Weise gut eingehalten.

Seit geraumer Zeit macht sich auf dem Gebiete der Straßenreinigung die Technisierung und Motorisierung sehr bemerkbar. Während in

./.

früheren Zeiten die Straßen ausschließlich mit Besen und Schaufel gereinigt wurden, tritt jetzt immer mehr die maschinelle Reinigung in den Vordergrund. Und das ist gut so. Denn bei dem steigenden motorisierten Straßenverkehr wird die Arbeit des Straßenreinigungspersonales immer gefährlicher. Es ist nicht jedermanns Sache, zwischen dem hin- und herwogenden Autoverkehr auf der Straße zu arbeiten, und dazu noch ohne Schutzvorrichtungen. Der Mangel an Arbeitskräften, der durch die jahrelange Hochkonjunktur verursacht wird, ist ein weiterer Zwang zur Technisierung und Maschinisierung der Straßenreinigung. Aber es macht sich noch etwas bemerkbar. Mit dem dichteren Verkehr wird es immer fragwürdiger, die Straßenreinigung bei Tag vorzunehmen und deshalb verlagert sich diese Arbeit immer mehr in die Nachtstunden. Die Gemeinde muß eben bei der Straßenreinigung so wie auf allen anderen Gebieten versuchen, für die Bevölkerung das günstigste Ergebnis zu erzielen und dabei die Kosten möglichst niedrig zu halten.

Die maschinelle Straßenreinigung ist erst dann wirksam, wenn die Straßen nicht durch Fahrzeuge verstellt sind. Um sie wenigstens seitenweise reinigen zu können, wurde das wechselseitige Parken probeweise eingeführt. Wir haben also jetzt die Möglichkeit, die Straßenreinigung zu vergleichen: Im Gebiet des wechselseitigen Parkens und im anderen Stadtgebiet, wo beiderseitiges Parken noch gestattet ist. Bei wechselseitigem Parken reinigt die Maschine jede Nacht eine Straßenseite, das heißt, beide Seiten der Straße werden im Verlauf von zwei Nächten sauber gemacht. Im Gebiet des zweiseitigen Parkens kann die Kehrmaschine wie in einem kühnen Slalom eigentlich nur mehr die Straßenmitte befahren, was aber ziemlich wirkungslos ist, da sich erfahrungsgemäß der Abfall am Straßenrand sammelt. Dort muß er dann vom Straßenreinigungspersonal mühselig unter und zwischen den parkenden Autos hervorgeholt werden. Es besteht also die Gefahr, daß die Reinigung in diesem Gebiet immer schlechter wird und sich dadurch die hygienischen Gefahren vergrößern. Und hierzu ein sehr drastisches Beispiel: Die zuständige Magistratsabteilung mußte sich wegen der wachsenden Schwierigkeiten entschließen, den 1. Bezirk aus der maschinellen Straßenreinigung auszuscheiden, da die Verwendung der Maschinen praktisch wirkungslos geworden ist. Ist eine solche Entwicklung wünschenswert? Sicherlich nicht! Und deshalb wird es zweckmäßig sein, aus den günstigen

Erfahrungen des probeweisen wechselseitigen Parkens die richtigen Schlüsse zu ziehen und es fortschreitend in den anderen Stadtgebieten ebenfalls einzuführen.

Vor einem Jahre sprach ich in meiner Sendereihe ebenfalls über die Probleme des wechselseitigen Parkens, ich schilderte seine Vor- und Nachteile. Ich fragte damals auch, ob jemand einen anderen, besseren Vorschlag habe. Die Gemeinde hätte alle tragbaren Vorschläge ernsthaft in Erwägung gezogen. Aber meine Frage blieb unbeantwortet. Im Jänner dieses Jahres wurde im 7. und 8. Bezirk das wechselseitige Parken eingeführt, und zwar befristet bis Ende Juni. Man war der Meinung, daß bis dorthin genug Erfahrungen vorliegen werden, um dann über weitere Maßnahmen oder über eine Aufhebung des wechselseitigen Parkens schlüssig zu werden. Aber die Natur machte uns einen Strich durch die Rechnung. Es fiel zu wenig Schnee, um erproben zu können, wie sich das wechselseitige Parken bei größerem Schneefall hinsichtlich der Straßenreinigung bewährt. Wenn wir ansonst geringen Schneefall als große Erleichterung empfinden, enttäuschte er uns dieses Mal. Da aber im allgemeinen das wechselseitige Parken eine wesentliche Verbesserung der Straßenreinigung ermöglichte, wurde die Kundmachung um ein Jahr verlängert, sie gilt also bis Ende Juni 1958, und gleichzeitig wurde das Gebiet zwischen Gürtel und Vorortelinie im 15. und 16. Bezirk in das wechselseitige Parken einbezogen.

Die guten Erfahrungen, die man auch dort machte, würden es ohne weiteres rechtfertigen, daß das wechselseitige Parken in ganz Wien eingeführt wird. Ich weiß, daß es Bedenken gibt. Aber wenn wir trotz steigender Zahl der motorisierten Fahrzeuge eine klaglose Straßenreinigung haben wollen, dann müssen die Autobesitzer die unumgänglich notwendigen Beschränkungen im Interesse der Allgemeinheit auf sich nehmen. Kein Mensch würde es verstehen, daß sich der steigende Lebensstandard auf der einen Seite durch eine ständig wachsende Zahl von Automobilen, aber auf der anderen Seite durch schmutzige Straßen ausdrückt. Ich möchte nicht, daß als Folge der Entwicklung das Schlagwort auftaucht: Mehr Autos - mehr Schmutz. Die Modernisierung des Verkehrs soll nicht von einer Verschlechterung der hygienischen Verhältnisse begleitet sein.

Als zu Beginn dieses Jahres über die Einführung des wechselseitigen Parkens grundsätzlich beraten wurde, hörte man als Hauptein-

wand, daß durch das wechselseitige Parken die Parkflächen in Wien um 50 Prozent reduziert werden, denn es sei ja nur jeweils eine Straßenseite benützlich. Dieser Einwand ist theoretisch richtig, doch stimmt er nach den bisher gemachten praktischen Erfahrungen nicht. Es hat sich herausgestellt, daß die Parkbedürfnisse bei Tag wesentlich andere sind als in der Nacht. In der Nacht sind die Fahrzeuge über ganz Wien verstreut, das heißt, das Parken ist aufgelockert. Bei Tag konzentrieren sich aber die Parkbedürfnisse auf die ausgesprochenen Geschäftsviertel. Ich habe das auch auf meinen nächtlichen Fahrten mit der Kehrmaschine beobachten können. Obwohl nur einseitig geparkt werden kann, war in vielen Gassen und Straßen noch massenhaft Platz für zusätzliche Fahrzeuge vorhanden. Es ist gar kein Widerspruch, wenn ich behaupte, daß das einseitige Parken umso notwendiger ist, je mehr Fahrzeuge vorhanden sind.

Nicht nur die zuständigen Verkehrsabteilungen der Polizei und des Magistrats, sondern auch die Abteilung für Straßenreinigung verfolgen mit großer Aufmerksamkeit das weitere Anwachsen der Motorisierung. Von Jänner bis Ende Oktober dieses Jahres ist die Zahl der motorisierten Fahrzeuge wieder um 17.700 gestiegen, also im Monatsdurchschnitt um 1.770 Fahrzeuge. An der Steigerung sind die Personenkraftwagen mit mehr als 14.000 am stärksten beteiligt. Die Magistratsabteilung für Straßenreinigung befürchtet mit Recht, daß die meisten dieser Autos leider wieder bei der "Laternengarage" abgestellt sind, und dadurch die Straßenreinigung noch schwieriger wird.

Wir dürfen nicht vergessen, daß im Winter, wenn Schnee gefallen ist, die Voraussetzungen für die Straßenreinigung ja noch viel komplizierter sind. Ich brauche Sie doch gar nicht erinnern wie im Winter der Einsatz der Schneepflüge illusorisch war, weil die Straßenseiten mit Autos verstellt waren und die Schneepflüge gar nicht in die Lage kamen, den Schnee bis an den Straßenrand schieben zu können. Die in der Straßenmitte aufgehäuften Schneemassen wurden dann von den nachkommenden Fahrzeugen sofort wieder zerteilt und plattgedrückt. Der ganze Aufwand an Arbeit war umsonst. Man kann in solchen Situationen noch soviel schimpfen und rasonieren, es wird dadurch nicht besser. Ich habe schon einige Male betont, daß die städtische Straßenreinigung weniger ein technisches, sondern ein organisatorisches Problem ist. Der Einsatz von noch soviel

Maschinen nützt nichts, wenn die Straßenränder verstellt sind. Falls es im kommenden Winter stärker schneit als im vergangenen, dann wird klar ersichtlich werden, um wieviel leichter und besser die Schneesäuberung in jenen Gebieten durchgeführt werden kann, in denen das wechselseitige Parken gilt.

Und nun bin ich eigentlich schon bei den bevorstehenden Winterarbeiten für die Straßenreinigung angelangt. Sie wissen, daß die Winterszeit besonders große Anforderungen an das Personal der städtischen Straßenreinigung stellt. Es ist schon unangenehm genug, bei manchesmal sehr tiefen Temperaturen den ganzen Tag auf der Straße zu arbeiten. Die Arbeit wird aber noch erschwert, da sie mit höheren körperlichen Leistungen verbunden ist und verhältnismäßig lange Zeit bei künstlicher Beleuchtung durchgeführt werden muß. Da für die Schneebeseitigung das ständige Personal der Gemeinde nicht ausreicht, werden im Bedarfsfalle immer zusätzlich Arbeitskräfte für die Schneeräumung aufgenommen. Desgleichen werden auch private Lastkraftwagen für die Schneeabfuhr gemietet. In den letzten Jahren hat die erfreuliche Wirtschaftskonjunktur dazu geführt, daß sich nie genug Arbeitskräfte meldeten, und auch die notwendige Anzahl von privaten Lastkraftwagen nicht zu haben war. Die Gemeinde mußte sich deshalb entschließen, noch mehr Maschinen anzuschaffen, um den Ausfall wett zu machen. Es werden also neben den bereitgestellten Schneepflügen aller Art noch mehr Sandstreumaschinen und Schneelademaschinen zur Verfügung stehen. Zur Erleichterung der Schneeabfuhr wurde auch die Zahl der Schneeabwurfschächte in die Kanäle vermehrt. Hiezu können aber nur solche Kanäle verwendet werden, die auch im Winter genug Wasser führen, damit der abgeworfene Schnee weitergeschwemmt wird und zergeht. Durch solche Schneeabwurfschächte werden die Transportkosten für die Schneesäuberung wesentlich gesenkt.

Im übrigen kann ich Ihnen berichten, daß die zuständige Magistratsabteilung wieder bestrebt war, schon während des Sommers alle Geräte, die für die Schneesäuberung gebraucht werden, wieder instanzzusetzen. Desgleichen wurden alle Materialien, wie Streusand und Streusalz, in genügender Menge vorbereitet, und die wichtigen Straßen in den Randgebieten der Stadt durch Aufstellung von 30 Kilometern Schneeplanen gegen Verwehungen geschützt. So ist also alles vorbereitet, um die im Winter gesteigerten Aufgaben zu bewältigen.

Ich bitte aber wieder alle Mitbürger, zu bedenken, daß die Gemeinde auch mit weitestgehender Mechanisierung und mit noch so großem Einsatz von Personal und Maschinen nicht in der Lage ist, alle unangenehmen Begleiterscheinungen des Winters fernzuhalten. Schnee und Eis kann man nicht polizeilich verbieten. Die Gemeinde kann die Gefahren des Winters nur mildern, aber nicht beseitigen. Ich bitte deshalb schon jetzt alle Wiener, im winterlichen Straßenverkehr noch mehr Vorsicht und Sorgfalt aufzubringen, um die Schwierigkeiten zu überwinden und unnütze Opfer zu sparen.

Es wird Sie sicher auch interessieren, daß im Winter vorzugsweise größere Kanalarbeiten durchgeführt werden, weil in dieser Zeit der geringste Wasserverbrauch ist, fast keine Regenfälle vorkommen, und deshalb die Kanäle wenig Wasser führen. So kann ich Ihnen also mitteilen, daß im kommenden Winter wieder einige größere Kanalbauten vorgenommen werden. Die interessanteste Arbeit wird jene sein, die durch den geplanten Umbau des Südtiroler Platzes notwendig wurde. Da dieser Kanal zwölf Meter tief unter die Erde muß, wird er nicht wie üblich aufgedigelt, sondern im Stollenbau, das heißt bergmännisch, ausgeführt. Der Stollen wird 250 Meter lang sein. Außer dieser Baustelle ist noch die Fortsetzung des Wienfluß-Sammelkanales nach Hadersdorf-Weidlingau, und die Instandsetzungsarbeiten am gleichen Sammelkanal von der Hadikgasse bis zur Leegasse im 14. Bezirk und von der Friedrichstraße bis zur Baumgrubengasse. Aber auch am rechten Wienfluß-Sammelkanal werden Instandsetzungsarbeiten von der Ungarbrücke bis zur Lagergasse im 3. Bezirk vorgenommen. Diese angeführten Arbeiten werden fast drei Millionen Schilling Kosten verursachen.

-- --

Gustav Meyrink zum Gedenken
=====

2. Dezember (RK) Auf den 4. Dezember fällt der 25. Todestag des Schriftstellers Gustav Meyrink.

Am 19. Jänner 1868 in Wien geboren, übersiedelte er nach der Schulzeit nach Prag und trat in ein Bankgeschäft ein, dessen Mitinhaber er wurde. Daneben schrieb er Beiträge für den "Simplicissimus" und schuf sich durch seine scharfen satirischen Angriffe viele Feinde, die ihn völlig schuldlos ins Gefängnis brachten. In der Untersuchungshaft zog er sich ein Rückenmarksleiden zu, das ihn für sein weiteres Leben körperlich schwerstens behinderte. Er gab seinen Beruf in Prag auf und arbeitete fortan als freier Schriftsteller in Starnberg in Bayern, wo er auch starb. Meyrink hat sein Bedeutendstes als Satiriker geleistet, der Witz und Gedankentiefe mit persönlichem Mut verband. Der Band "Des deutschen Spießers Wunderhorn" enthält eine große Anzahl seiner Satiren. Sein Haß gilt in erster Linie dem Philister und dem Offizierstand, deren Scheinwelt er immer wieder anprangerte. Er mußte dafür durch Boykottierung und tätliche Bedrohung büßen und wurde sogar des Hochverrates bezichtigt. Gustav Meyrink lebt im Bewußtsein der Öffentlichkeit vor allem durch seine Romane fort, die Riesenauflagen erzielten. Er sucht in ihnen die wahre Realität hinter der materiellen Existenz aufzufinden und geht dabei auf die Lehren der christlichen Mystiker sowie der jüdischen Kabbalisten zurück, die er sehr genau kannte. Sein erfolgreichstes Werk "Der Colem" spielt in der Prager Judenstadt und ist wie die Bücher "Das grüne Gesicht" mit dem Ghetto von Amsterdam als Schauplatz und "Der weiße Dominikaner" reich an Handlung und geistigem Gehalt. Am interessantesten ist das Buch "Der Engel vom westlichen Fenster", in dem das Problem der Seelenwanderung abgewandelt wird. Gustav Meyrink war ein hervorragender Vertreter jener literarischen Strömung, die, von Prag ausgehend, viele Zweige der deutschen Dichtkunst erfaßt hat.

Die Opernpassage ist komplett!

=====

100.000 Passanten in der Stunde

2. Dezember (RK) Heute früh übergab Stadtrat Thaller in der Opernpassage die beiden Rolltreppen beim Opernringhof und bei der "Sirk-Ecke" ihrer Benützung. Damit ist die im Jahre 1955 eröffnete Opernpassage endlich komplett. Bekanntlich waren besonders beim Abgang im Hotel Bristol langwierige Verhandlungen wegen der Grundfreigabe notwendig. Im Opernringhof wiederum mußte man auf die Fertigstellung des Baues warten, um die Rolltreppen montieren zu können.

Zur Erläuterung dieses repräsentativen Wiener Verkehrsbauwerkes wurde beim Abgang an der "Sirk-Ecke" eine Tafel angebracht, auf der es unter anderem heißt: "Die Opernpassage ist ein Teil des großen Bauprogrammes zur Verbesserung des öffentlichen Straßenverkehrs. Sie wurde im Jahre 1955 von der Gemeinde Wien errichtet. Wie sehr die Opernpassage das Interesse des Auslandes erregt, geht aus vielen Anfragen aus aller Welt hervor. Unter anderem hat die Straßenbauabteilung Planunterlagen für Interessenten aus Athen, Istanbul, Lima, London, Madras, Mailand, Marseille, Montevideo, Oklahoma, Oslo, Tel Aviv und Zürich zur Verfügung gestellt.

Die komplette Opernpassage hat insgesamt 23,5 Millionen Schilling gekostet. Die sieben Stiegenanlagen, die nun in Betrieb sind, können auf 14 Rolltreppen stündlich 100.000 Personen befördern. Als zusätzliche Reserve dienen die normalen Stiegen in der Mitte der Anlage. Heuer im Sommer hat man auch eine Kühlanlage eingebaut, die bei großer Hitze die Geschäfte mit kühler Luft versorgt.

- - -

Bürgermeister Jonas eröffnet "Das gute Bild für jeden"
=====

2. Dezember (RK) Heute nachmittag eröffnete Bürgermeister Jonas im Beisein von Stadtrat Mandl und Stadtschulratspräsident Dr. Zechner in der Wiener Secession die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die heuer zum achten Mal veranstaltet wird. Wie bisher kosten Aquarelle höchstens 500 Schilling, Graphiken höchstens 400 Schilling und Keramiken höchstens 500 Schilling. Die Ausstellung, bei der sämtliche Wiener Künstlerverbände vertreten sind, ist bis 31. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich. Samstag, den 7. Dezember, findet in der Ausstellung eine öffentliche, frei zugängliche Aufnahme des Österreichischen Rundfunks für die Sendung "Zurück zur Schulbank" statt. Für die Preisträger der Sendung hat das Kulturamt der Stadt Wien acht Bilder der Ausstellung gewidmet.

Bürgermeister Jonas, der nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Wiener Secession Prof. Pregartbauer die Eröffnungsrede hielt, sagte, er freue sich, daß "Das gute Bild für jeden" Gelegenheit gibt, die Künstlervereinigungen Wiens unter ein Dach zu bringen. Wenn sonst der Streit der Kunstauffassungen hin und her wogt, hier diskutieren die Bilder, hier soll das Publikum diskutieren. Die Künstler haben dabei die Aufgabe, diese Diskussion genau zu verfolgen, um zu sehen, wie ihre Kunstauffassung vom Volk beurteilt wird.

Mit dem bisherigen Erfolg der Ausstellung können die Künstlervereinigungen wohl zufrieden sein. Im vergangenen Jahr wurden 41.000 Besucher gezählt, die um 120.000 Schilling Bilder kauften. Die Ausstellung erfüllt aber auch die Aufgabe, die Wiener mit dem Bild und seinem Schöpfer bekanntzumachen. Sie ist ein Aufruf an unsere Mitbürger, das gute Bild kennen- und schätzenzulernen.

Rinderhauptmarkt vom 2. Dezember
=====

2. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 5 Ochsen, 2 Stiere, 36 Kühe, Summe 43. Neuzufuhren Inland: 288 Ochsen, 173 Stiere, 1010 Kühe, 151 Kalbinnen, Summe 1622. Gesamtauftrieb: 293 Ochsen, 175 Stiere, 1046 Kühe, 151 Kalbinnen, Summe 1665. Bis auf 15 Ochsen, 5 Stiere, 21 Kühe wurde alles verkauft.

Preise: Ochsen 9.30 bis 11.50 S, extrem 11.60 bis 12.- S; Stiere 10.- bis 12.20 S, extrem 12.30 bis 12.50 S; Kühe 7.20 bis 10.- S, extrem 10.10 bis 10.50 S; Kalbinnen 10.- bis 11.90 S, extrem 12.- bis 12.30 S; Beinlvieh Kühe 6.- bis 7.80 S, Ochsen und Kalbinnen 8.- bis 9.50 S.

Der Durchschnittspreis für Inlandrinder ermäßigte sich bei Ochsen um 31 Groschen, bei Stieren um 7 Groschen, Kühen um 18 Groschen und erhöhte sich bei Kalbinnen um 44 Groschen je Kilogramm. Er beträgt bei Ochsen 10.07 S, bei Stieren 11.30 S, bei Kühen 8.- S und bei Kalbinnen 10.56 S. Beinlvieh ermäßigte sich bis zu 30 Groschen je Kilogramm.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 3. Dezember 1957

Blatt 2374

Geehrte Redaktion!

=====

Wie wir bereits mitgeteilt haben, beginnen Montag, den 16. Dezember, im Wiener Rathaus die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag 1958 der Bundeshauptstadt Wien. Der städtische Finanzreferent Stadtrat Slavik wird den Vertretern der Presse schon am Samstag dieser Woche die wichtigsten und interessantesten Einzelheiten des neuen Budgets mitteilen.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu dieser Pressekonferenz zu entsenden.

Treffpunkt: Samstag, den 7. Dezember, 9.30 Uhr, im Stadt-
senatssitzungssaal des Wiener Rathauses.

- - -

Wasserrohrbruch und Stromstörung

=====

3. Dezember (RK) Gestern vormittag kam es in der Gleiszone der Linie 49, vor dem Hause Linzer Straße 421, zu einem Wasserrohrbruch, der eine vierstündige Verkehrsunterbrechung verursachte. Die Großraumzüge wurden während dieser Zeit nur bis zur Drechsler-schleife geführt. Ab Bahnhof Breitensee bis zur Rosentalgasse wurde ein Pendelverkehr eingerichtet. An der Behebung des Rohrbruches, der die Versorgung aus der Wientalwasserleitung unterbrach, wird gearbeitet.

In den Abendstunden entstand wegen Überlastung im Stromgebiet Rudolfsheim eine etwa einstündige Verkehrsunterbrechung auf den Linien 10, 58, 59, 60 und 158 in der Hadikgasse und Hietzinger Hauptstraße. Der Stromausfall erfolgte in mehreren Intervallen. Die Verkehrsstörung dauerte eine Stunde. Ab Bahnhof Rudolfsheim wurde der Verkehr zur Stadt durch Einschubzüge aufrechterhalten.

- - -

Ferdinand Birnbaum zum Gedenken

=====

3. Dezember (RK) Auf den 6. Dezember fällt der zehnte Todes-tag des Pädagogen und Psychologen Dr. Ferdinand Birnbaum, der mit-geholfen hat, die Prinzipien der neuen Arbeitsschule in Österreich durchzusetzen.

Am 16. Mai 1892 in Wien geboren, mußte er sich aus ärmlichen Verhältnissen emporarbeiten und konnte sein Doktorat erst als rei-fer Mann erwerben. Er erteilte an verschiedenen Vorstadtschulen sowie an der Lehrerinnenbildungsanstalt Unterricht und wurde später von Alfred Adler zu seinem Nachfolger als Lehrer am Pädagogischen Institut der Stadt Wien bestimmt. 1931 wurde ihm die Leitung der auf individualpsychologischer Grundlage aufgebauten Besuchs- und Versuchsschule in der Staudingergasse übertragen, für die er ein Programm ausarbeitete. Birnbaum kam von der Psychoanalyse zur Indi-vidualpsychologie und war einer der ersten Schüler Adlers, die des-sen Lehren in der praktischen Erziehung verwerteten. Er veröffent-lichte in Fachorganen zahlreiche Aufsätze und redigierte auch die

erste Elternzeitung "Elternhaus und Schule" sowie seit 1945 die "Internationale Zeitschrift für Individualpsychologie". Sein Hauptwerk "Versuch einer Systematisierung der Erziehungsmittel" ist erst nach seinem Tod erschienen. Der Name Theodor Birnbaums ist mit der österreichischen Schulreform eng verknüpft.

- - -

Konferenz der kommunalen Pressereferenten
=====

3. Dezember (RK) Am Montag fand in Salzburg unter dem Vorsitz des Leiters der Pressestelle der Stadt Wien, Chefredakteur Adametz, eine Konferenz der kommunalen Pressereferenten statt, an der auch der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Kurt Heller, teilnahm.

Salzburgs Bürgermeister, Kommerzialrat Bäck, würdigte in einer Begrüßungsansprache die Bedeutung der kommunalen Presseämter im Hinblick auf die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen mit der Presse.

Generalsekretär Heller sagte für die Arbeit der Pressereferenten, die in Zukunft intensiviert werden soll, die volle Unterstützung des Österreichischen Städtebundes zu.

Nach einem Referat des Leiters der Pressestelle der Stadt Linz, Magistratsrat Dr. Scherbantin, über "Organisation und Eingliederung einer Pressestelle in den Verwaltungskörper der Gemeinde" wurde angeregt, den kommunalen Pressereferenten häufiger als bisher Gelegenheit zu geben, Beratungen abzuhalten und Erfahrungen auszutauschen, und eine Empfehlung an das Sekretariat des Städtebundes gerichtet, wonach im Rahmen des Städtebundes eine Pressekommission geschaffen werden soll.

- - -

Wirtschaftspläne der Stadtwerke für 1958 bisher noch nicht
=====

eingebracht
=====

Bürgermeister Jonas verlangt Einhaltung der Verfassung

3. Dezember (RK) In der heutigen Sitzung des Wiener Stadt-senates erinnerte Bürgermeister Jonas den Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Mathschläger daran, daß bisher noch keine Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1958 eingebracht worden sind. Er betonte mit Nachdruck, daß er sich verpflichtet fühle, die Einhaltung der Verfassung zu verlangen, verwies auf den nur mehr kurzen Zeitraum, der bis zum Ende des Budgetjahres übrig bleibt, und bat um Beschleunigung der Arbeiten.

Der Voranschlag für die elf Geschäftsgruppen der Hoheitsverwaltung ist bekanntlich bereits heute vor einer Woche in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadt-senates mit dem Finanzausschuß eingebracht worden.

Stadtrat Dkfm. Mathschläger teilte hierauf mit, daß es ihm wahrscheinlich nicht gelingen werde, einen regelrechten Voranschlag der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1958 vorzulegen. Wegen der noch schwebenden Fragen denke er an ein auf die Dauer eines Vierteljahres befristetes Budgetprovisorium, das auf Grund der Ansätze des Jahres 1957 erstellt werden soll.

In der Debatte erklärte der städtische Finanzreferent Stadtrat Slavik, er halte es für besser, daß die Wiener Stadtwerke nicht zuwarten, sondern die Wirtschaftspläne auch dann einbringen, wenn in diesen ihre schlechte wirtschaftliche Lage zum Ausdruck kommt.

=====
Gemeinde Wien muß heuer 47 Millionen für Renten-Ausgleichszulagen
=====

nach dem ASVG zahlen
=====

3. Dezember (RK) Der städtische Wohlfahrtsreferent Vizebürgermeister Honay beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadt-senates eine Überschreitung der von der Gemeinde Wien für Aus-gleichszulagen für Rentner nach dem ASVG für heuer bisher bereit-gestellten Mittel um weitere 12 Millionen Schilling. Es ist dies bereits die zweite Überschreitung. Im Voranschlag für das heurige Jahr waren, so wie für 1956, 15 Millionen Schilling eingesetzt. Im Laufe des Jahres mußte auf Grund von Schätzungen der Sozialver-sicherungsanstalten eine erste Überschreitung von 20 Millionen Schilling bewilligt werden. Nun zeigt es sich, daß auch dieser Betrag nicht ausreicht, weil die Zahl der Bezieher von Ausgleichs-zulagen noch weiterhin steigt.

Die Belastung, die der Gemeinde Wien im heurigen Jahr bisher durch diese Ausgleichszulagen nach dem Allgemeinen Sozialversiche-rungsgesetz erwachsen ist, beträgt bereits 47 Millionen Schilling. Dabei ist eine neue Novelle des Bundesgesetzes in Vorbereitung, die weitere Anforderungen an den Wiener Steuersäckel zur Folge haben wird.

Vizebürgermeister Honay wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die oft gehörte irri-ge Meinung, daß der Gemeinde durch den Rückgang der Gesamtzahl der Dauerbefürsorgten ein Vorteil erwachse. Die durch das ASVG der Gemeinde Wien aufgetragene Belastung macht beinahe schon so viel aus als die Ausgaben für die eigenen Dauer-befürsorgten der Gemeinde Wien. Mit diesen zusammen muß die Stadt-verwaltung allein in diesem Jahr mehr als 100 Millionen Schilling ausgeben.

- - -

Überreichung der Bürgerurkunde an Johann Resch
=====

3. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat bekanntlich in seiner letzten Sitzung am 14. November unter dem Beifall aller drei Parteien einstimmig beschlossen, den früheren städtischen Finanzreferenten Stadtrat a.D. Gemeinderat Johann Resch in Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um den Wiederaufbau und den Neuaufbau Wiens zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen. Bürgermeister Jonas hat heute zu Beginn der Sitzung des Wiener Stadtsenates dem so hoch Ausgezeichneten die Bürgerurkunde überreicht. Die Überreichung wurde auf ausdrücklichen Wunsch des neuen Bürgers in diesem schlichten Rahmen vorgenommen. Es waren nur die Mitglieder des Wiener Stadtsenates anwesend, also der Kollegen- und Mitarbeiterkreis, dem er zehn Jahre lang als überaus prägnante Persönlichkeit angehört hatte.

Bürgermeister Jonas würdigte das Schaffen von Johann Resch mit überaus herzlichen und ehrenden Worten. Er sagte unter anderem:

"Natürlich mußte Stadtrat Resch mit dem Rechenstift arbeiten. Aber wir, die wir so viele Jahre mit ihm zusammengearbeitet haben, wissen sehr genau, welche Vorstellungen er mit den volkswirtschaftlichen Begriffen, die er bei seinen Überlegungen immer wieder anwenden mußte, verbunden hat. Hinter dem landläufigen Begriff Vollbeschäftigung hat er das Glück von vielen zehntausenden Familien und ihrer Ernährer gesehen. Hinter dem Wort Arbeitsbeschaffung hat er die Leistungen der Arbeiter, der Gewerbetreibenden und der Unternehmer gesehen, die gewußt haben, daß das, was sie für die Gemeinde Wien in diesem großen Aufbauwerk vollbringen, anerkannt wird. Und wenn wir von ihm hörten, daß wir werteschaffende Investitionen vornehmen müssen, dann sahen wir hinter dieser volkswirtschaftlichen Forderung die große und unendliche Liebe von Stadtrat Resch zu seiner Heimatstadt und sein heißes Bemühen, die Größe und den Ruhm dieser Stadt zu wahren und zu vermehren.

Deshalb, sehr geehrter Herr Stadtrat, ist es mir wirklich eine große Ehre, Ihnen bei diesem Anlaß im Namen des gesamten Stadtsenates zu sagen, daß wir Ihnen an diesem Tage recht herzlich

danken für Ihr heißes Bemühen, für die viele Arbeit und für die vielen Sorgen, die Sie während dieser zehn Jahre im Interesse Wiens und seiner Bevölkerung auf sich genommen haben. Ich bitte Sie, Herr Stadtrat, in diesen Jahren, die für Sie sehr schwer und voll Sorge waren und die vielleicht auch die schwierigsten Ihres Lebens bedeutet haben, doch in Wirklichkeit den wahren Sinn Ihrer Arbeit und die Vollendung all Ihrer Bestrebungen zu sehen, die mit der Stadt und mit der Bevölkerung Wiens zusammenhängen. Nehmen Sie die Würde eines Bürgers der Stadt Wien als die verdiente Anerkennung Ihrer Mitbürger entgegen und behalten Sie bitte diese zehn Jahre Ihres verdienstvollen Wirkens als die fruchtbarste, die wirkliche Schaffensperiode Ihres Lebens in bester Erinnerung. Ich gratuliere Ihnen, Herr Stadtrat, zum Beschluß des Gemeinderates, Sie zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen. Vergessen Sie uns nicht, denn auch wir werden Sie nicht vergessen!"

Stadtrat Resch dankte mit bewegten Worten. "Ich schätze diese Ehrung, die ich heute aus den Händen des Herrn Bürgermeisters vom Gemeinderat empfangen, überaus hoch, weil ich weiß, wie sparsam die Stadtverwaltung mit diesen Auszeichnungen umgeht. Ich nehme sie umso lieber entgegen, weil ich doch glaube, daß diese Auszeichnung nicht allein die Leistung meiner Person würdigt, sondern auch alle meine Mitarbeiter, die mit mir in den letzten zehn Jahren die Finanzen dieser Stadt so in Ordnung gebracht und gehoben haben, sodaß erst durch diese Arbeit von uns allen die Grundlage zu der heutigen Ehrung geschaffen wurde.

Ich bitte Sie, Herr Bürgermeister, versichert zu sein, daß ich trotz meiner etwas angeschlagenen Gesundheit solange es mir noch vergönnt ist, zu leben, nie vergessen werde, was die Gemeinde Wien mir war. Als Kanzleidiurnist in den Dienst der Stadt Wien einzutreten und eine Karriere zu machen bis zum Generaldirektor der Städtischen Unternehmungen und schließlich bis zum Stadtrat, das heißt auch, daß die Gemeinde immer meine Tätigkeit anerkannt hat und ich das Glück hatte, mit Menschen zusammenarbeiten zu dürfen, die das auch entsprechend gewürdigt und jetzt in einer so großen Ehrung zum Ausdruck gebracht haben. Ich verspreche, meine Herren, daß ich die wenigen Jahre, die ich noch tätig sein kann,

alles tun werde, was ich für meine heißgeliebte Wienerstadt noch tun kann, und ich bitte Sie, sicher zu sein, daß ich mich bemühen werde, der hohen Auszeichnung, die ich heute erhalten habe, stets würdig zu sein!"

- - -

Amtseinführung in der Landes- und Stadtplanung
=====

3. Dezember (RK) Heute vormittag wurde durch die Stadträte Riemer und Thaller im Beisein von Stadtbauamtsdirektor Professor Dipl.-Ing. Dr.techn. Pecht der neue Leiter der Magistratsabteilung 18, Landes- und Stadtplanung, Oberbaurat Arch. Ing. Robert Zeidner, in sein Amt eingeführt. Der Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten Riemer nahm die Vorstellung des neuen Abteilungschefs vor und umriß den ihm im Rahmen der Stadtverwaltung zustehenden Wirkungsbereich. Man hat sich zur Besetzung dieses leitenden Posten in der Landes- und Stadtplanung entschlossen, sagte er, ohne das Ergebnis der vor kurzem erfolgten Ausschreibung für den Posten des Wiener Stadtplaners abzuwarten. Dem Stadtplaner wird später ein eigener Wirkungsbereich eingeräumt, wogegen der Magistratsabteilung 18 die baubehördlichen Aufgaben der Stadtplanung obliegen werden.

Der Stadtbauamtsdirektor erinnerte daran, daß vor genau 100 Jahren die Stadtregulierung in Wien ihre Arbeiten aufgenommen hat. Sie blickt somit auf eine durch viele große Taten ausgezeichnete Tradition zurück. Er begrüßte es, daß die schöpferische Tätigkeit der Stadtplanung künftig von den Verwaltungsarbeiten getrennt bleibt. Diese Neuordnung wird sich für die Arbeit der Stadtplanung, die nach wie vor innerhalb des Stadtbauamtes die Stellung eines Generalstabes einnimmt, vorteilhaft gestalten.

Stadtrat Thaller begrüßte Oberbaurat Arch. Ing. Zeidner als einen in 30jähriger Tätigkeit bei verschiedenen Abteilungen des Stadtbauamtes erprobten Fachmann mit bester Qualifikation. Seine Persönlichkeit biete daher die beste Voraussetzung für eine gedeihliche Zusammenarbeit dieser wichtigen Abteilung, die nun im Gegensatz zu früheren Zeiten immer mehr ins Blickfeld der Öffent-

lichkeit rückt. Als die wichtigsten Aufgaben, die der Stadtplanung bevorstehen, nannte er die Lösung der Verkehrs- und Assanierungsprobleme. Dem bisherigen provisorischen Leiter der Magistratsabteilung 18, Oberbaurat Arch. Peterle, sprach er den Dank aus.

Oberbaurat Arch. Ing. Zeidner bedankte sich für das seitens der Stadtverwaltung in ihn gesetzte Vertrauen und versprach, die seiner Abteilung gestellten Aufgaben in harmonischem Zusammenwirken mit allen seinen Mitarbeitern pflichtgetreu zum Wohle der gesamten Wiener Bevölkerung zu erfüllen.

- - -

Das erste Glatteis

=====

3. Dezember (RM) Im Tätigkeitsbericht der Magistratsabteilung 48, Stadtreinigung, über die im Laufe des gestrigen Tages durchgeführte Glatteisbekämpfung im Südwesten und Nordosten des Stadtgebietes wird der Einsatz von 65 Streufahrzeugen ausgewiesen. Sofort nach dem überraschenden Auftreten des Glatteises um 10 Uhr vormittag wurden sämtliche Straßenarbeiter mit ihren Handfahrzeugen sowie 20 in Bereitschaft stehende Streufahrzeuge zur Bestreuung der Schutzwege und der Kreuzungen herangezogen. Darüber hinaus wurden alle erreichbaren, mit anderen Aufgaben beschäftigten Lastkraftwagen der Stadtreinigung zurückberufen und rasch zum Streudienst eingesetzt, sodaß bereits um die Mittagsstunden 65 Streuwagen zur Glatteisbekämpfung zur Verfügung standen. Bis 14.30 Uhr waren die wichtigsten Kreuzungen und in den frühen Abendstunden der Großteil der Wiener Verkehrsflächen gegen Glatteis gesichert.

Heute früh ist nach eingetretener Erwärmung der Streudienst mit 21 Fahrzeugen nur noch in die höher gelegenen Straßen im Westen Wiens ausgefahren.

- - -

Hernalser Hauptstraße teilweise Einbahn!
=====

3. Dezember (RK) Morgen, Mittwoch, den 4. Dezember, werden als Einbahnstraßen beschildert: die Hernalser Hauptstraße, im Teil zwischen Elterleinplatz und Hernalser Gürtel, in der Richtung vom Elterleinplatz zum Hernalser Gürtel; die Veronikagasse, im Teil zwischen Ottakringer Straße und Jörgerstraße, in der Richtung von der Ottakringer Straße zur Jörgerstraße.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 3. Dezember
=====

3. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren: Inland 6.982, Ungarn 102, Polen 1.112. Gesamtauftrieb: 8.196. Verkauft wurden alle.

Preise: Extremware 14 S, 1. Qualität 13.50 bis 14 S, 2. Qualität 12.80 bis 13.50 S, 3. Qualität 12 bis 12.80 S, Zuchten 11.50 bis 12.50 S, Altschneider 10 bis 11.50 S. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine ermäßigte sich um 11 Groschen je Kilogramm und beträgt 13.01 je Kilogramm. Ungarische Schweine notierten zu 13 S, polnische Schweine von 12.60 bis 13.90 S.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 4. Dezember 1957

Blatt 2384

Gemeinde Wien baut Eislaufplatz in Liesing

=====

4. Dezember (RK) In der Berggasse in Liesing wird die Gemeinde Wien einen Eislaufplatz errichten, der samt einem Garderobehaus 800.000 Schilling kosten wird. Stadtrat Mandl stellte in der Sitzung des Wiener Stadtsenates einen entsprechenden Antrag. Beim Garderobehaus, das mit Badeanlagen und sanitären Einrichtungen ausgestattet wird, handelt es sich um einen freistehenden zweigeschossigen Massivbau.

- - -

Förderungsbeitrag für bildende Künstlerinnen

=====

4. Dezember (RK) 5.000 Schilling als Förderungsbeitrag für die Vereinigung bildender Künstlerinnen Österreichs zur Durchführung ihrer Weihnachtsschau 1957 beantragte Stadtrat Mandl in der Sitzung der Wiener Landesregierung. Diese Vereinigung, die sämtliche bildende Künstlerinnen Österreichs umfaßt, bietet diesen durch die alljährlichen Ausstellungen die Möglichkeit, mit ihren Werken vor die Öffentlichkeit zu treten. Sie stellt einen beachtlichen Faktor im Kunstleben Wiens dar. Die Wiener Landesregierung hat dem Antrag zugestimmt.

- - -

Arnold Luschin-Ebengreuth zum Gedenken
=====

4. Dezember (RK) Auf den 6. Dezember fällt der 25. Todestag des Rechtshistorikers und Numismatikers Hofrat Prof. Dr. Arnold Luschin-Ebengreuth.

Am 26. August 1841 in Lemberg geboren, studierte er in Wien Jurisprudenz und begann die Richterlaufbahn, wandte sich aber bald der wissenschaftlichen Tätigkeit zu. Er erhielt eine Stelle im Münz- und Antikenkabinett des Joanneums in Graz und wurde dann in den steirischen Landesarchivdienst übernommen, wo sein Interesse an der Rechtsgeschichte erwachte. 1869 erfolgte seine Habilitation, 1883 seine Ernennung zum ordentlichen Professor der österreichischen und deutschen Rechtsgeschichte an der Grazer Universität. Luschin, der die Würde eines Rektors und Dekans der juristischen Fakultät bekleidete und Mitglied der Akademien der Wissenschaften in Wien, Berlin und München war, schrieb auf seinen beiden hauptsächlichen Arbeitsgebieten, der österreichischen Reichsgeschichte und der Numismatik, gegen 400 Veröffentlichungen. Seine numismatischen Untersuchungen wurden für das Münzwesen Österreichs im Mittelalter von grundlegender Bedeutung. Weiters befaßte er sich u.a. mit der politischen, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte Österreichs sowie mit der Geschichte der Studentenschaft und der Universitäten, mit dem Archiwesen und mit der Genealogie.

- - -

Verkehrsübergabe des Urban Loritz-Platzes
=====

4. Dezember (RK) Samstag, den 7. Dezember, um 11 Uhr, werden der Gürtel und die Straßen im Gebiet Urban Loritz-Platz - Stadthalle dem Verkehr übergeben. Damit ist das größte Straßenbauvorhaben dieses Jahres vollendet. Gleichzeitig kann die Einbahnerklärung für die beiden Gürtelstraßen in Kraft treten.

- - -

August Eisenmenger zum Gedenken
=====

4. Dezember (EK) Am 6. Dezember sind 50 Jahre vergangen, daß der Maler Prof. August Eisenmenger, der sich in der Gründerzeit um die künstlerische Ausgestaltung repräsentativer Bauten seiner Heimatstadt Wien verdient gemacht hat, hier gestorben ist.

Am 11. Februar 1830 geboren, war er Schüler Karl Rahls und entfaltete später an der Akademie der bildenden Künste selbst eine fruchtbare pädagogische Tätigkeit, in deren Verlauf er der Lehrer einer ganzen Generation von Wiener Malern wurde. Seine Freundschaft mit dem Architekten Theophil Hansen und der Umstand, daß er als erster die Wachsfasadenmalerei beherrschte, verschaffte ihm viele Aufträge. Von ihm stammen u.a. die Deckengemälde im Musikvereinsgebäude, die Fries-Medaillons am Österreichischen Museum für angewandte Kunst und Industrie, 50 Medaillons im Kunsthistorischen Museum, Allegorien an der Fassade des ehemaligen Heinrichshofes, Deckengemälde im Palais Guttman (altes Stadtschulratsgebäude), ein zyklisches Fries im Parlament, eine Darstellung der Stadterweiterung und eine Apotheose der Austria im Gemeinderatssitzungssaal des Rathauses, die künstlerische Ausgestaltung des Justizpalastes und des Schlosses Hörnstein bei Berndorf, religiöse Bilder, Porträts und der Entwurf für die Banknote zu einem Gulden. Werke von ihm befinden sich in der Österreichischen Galerie und im Historischen Museum der Stadt Wien. August Eisenmenger fand in einem Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof seine letzte Ruhestätte.

- - -

Ab Freitag Gürtelstraßen als Einbahnen!
=====

4. Dezember (RK) Freitag, den 6. Dezember, werden als Einbahnen beschildert: Der äußere Gürtel, in dem Teil und in der Richtung von der Hernalser Hauptstraße zur Felberstraße; der innere Gürtel, in dem Teil und in der Richtung von der Stollgasse bis Kinderspitalgasse und ab Lazarottgasse bis Fuchsthallergasse; die verlängerte Märzstraße, in dem Teil und in der Richtung vom äußeren zum inneren Gürtel; die verlängerte Kandlgasse, in dem Teil und in der Richtung vom inneren zum äußeren Gürtel, der Urban Poritz-Platz, südseitige Nebenfahrbahn, vom inneren Gürtel zur Kenyongasse, nordseitige Nebenfahrbahn, von der Wimbergergasse zum inneren Gürtel; der Uhlplatz, südseitig, vom inneren Gürtel zur Blindengasse, nordseitig von der Blindengasse zum inneren Gürtel.

- - -

Anton Cassian Moll zum Gedenken
=====

4. Dezember (RK) Auf den 6. Dezember fällt der 200. Todestag des Medailleurs Anton Cassian Moll.

Am 12. August 1722 als Sohn eines Bildhauers in Innsbruck geboren, wurde er an der Wiener Akademie Schüler des Medailleurs Matthäus Donner und erhielt zum Abschluß seines Studiums eine Auszeichnung. Seit 1750 war er im Wiener Münzamt tätig, starb aber schon einige Jahre später. Zu seinen bedeutendsten Werken zählen die BronzemedailLEN auf die Eltern Maria Theresia sowie die beiden MedailLEN auf die Schlacht von Kolin und auf die Großjährigkeit Leopold II. Auch der Stempel zur Talerprägung von 1753 geht auf ihn zurück. Arbeiten von ihm befinden sich vor allem in der Münzen- und MedailLEnsammlung des Kunsthistorischen Museums. Anton Cassian Moll steht in der Reihe jener Tiroler Künstler, die gerade unter den Wiener Bildhauern zu jeder Zeit zahlreich vertreten waren.

- - -

Matschräumung in Wien
=====

4. Dezember (RK) Der Niederschlag des gestrigen Tages und der folgenden Nacht blieb nur in den höheren Lagen der westlichen Außenbezirke als schwerer Schneematsch liegen. Dementsprechend wurden in der Nacht neben der routinemäßigen Reinigungsarbeit der Nachtpartien 2 Schneepflüge und in der Übergangszone 5 Kehrmaschinen eingesetzt.

Heute arbeiten 7 Pflüge an der Räumung höher gelegener Strassenzüge. Mit einem LKW mußte die Bestreuung von Bergstrecken durchgeführt werden.

Der Großteil der eigenen Mannschaft und Fahrzeuge ist für den normalen Reinigungsdienst, bzw. für das Ergänzen der Sandvorräte eingesetzt.

- - -

Pferdemarkt vom 3. Dezember
=====

4. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 346 Pferde, davon 28 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 324, als Nutztiere 18 verkauft, unverkauft blieben 3 Pferde.

Preise: Fohlen 11.50 bis 12.30 S, Extremware 8.- bis 10.50 S, 1. Qualität 6.50 bis 7.50 S, 2. Qualität 5.90 bis 6.40 S, 3. Qualität 5.10 bis 5.70 S. Auslandsschlachthof: 10 Stück aus Rumänien, unverkauft, 12 Stück aus Jugoslawien, Preis 6.- S, 10 Stück aus Bulgarien, Preis 5.50 bis 6.20 S.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 175, Oberösterreich 55, Burgenland 54, Steiermark 7, Kärnten 31, Tirol 12, Salzburg 11.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Pferden um 8 g und bei Fohlen um 11 g/kg. Er beträgt: Pferde 6.24 S, Fohlen 11.74 S/kg.

- - -

Vizebürgermeister Honay beglückwünscht zum 13. Kind
 =====

4. Dezember (RK) Frau Anna Konecky, die Gattin eines Kürschnermeisters aus Hernals, hat am vergangenen Samstag in der I. Frauenklinik des Allgemeinen Krankenhauses ihrem 13. Kind, einem Mädchen, das Leben geschenkt. Von den zwölf lebenden Kindern der Familie Konecky sind neun Mädchen.

Vizebürgermeister Honay stattete heute vormittag Frau Konecky im Beisein des Leiters der Frauenklinik, Univ.-Prof. Dr. Antoine, der Ärzteschaft und der Pflegerinnen, einen Besuch ab, um sie zum jüngsten Familienzuwachs im Namen der Stadtverwaltung zu beglückwünschen. Er überreichte der glücklichen Mutter mit einem Fliederstrauß ein Glückwunschsreiben des Bürgermeisters und der kleinen Brigitte ein Taufgeschenk. Der Vizebürgermeister übermittelte bei dieser Gelegenheit noch weiteren 35 Wiener Frauen, die dieser Tage in der I. Frauenklinik entbunden wurden, die Glückwünsche der Stadtverwaltung.

- - -

Jede Wiener Schule hat einen Filmapparat
 =====

4. Dezember (RK) In seiner heutigen Sitzung faßte der Gemeinderatsausschuß für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung wieder mehrere interessante Beschlüsse. Für die Anschaffung von Stellwänden im Historischen Museum der Stadt Wien wurden 269.650 Schilling bewilligt. Im Zuge der Ausschmückung von städtischen Wohnhausanlagen wurden Aufträge an den Bildhauer Rudolf Schmid zur Herstellung von zwei Natursteinplastiken und an den Bildhauer Wolfgang Hutter für ein keramisches Mosaik "Pflanzen und Gestirne" vergeben. Der Modeschule der Stadt Wien wurden für den Ankauf von Lehrmitteln 20.000 Schilling, den Städtischen Büchereien für Raum-, Haus- und Beförderungskosten 53.000 Schilling bewilligt. Für die Landesbildstelle wurde der Ankauf von 30 Schmalfilmprojektoren in der Höhe von 100.000 Schilling bewilligt. Damit ist nun in den Schulen Wiens erreicht, daß jede Anstalt ihren eigenen Projektor und Filmapparat besitzt. Auf dem Schulsektor genehmigte der Gemeinderatsausschuß

für Hauskanalisationen 180.000 Schilling, für einzelne Fassadenherstellungen 25.000 Schilling, für die Wiederherstellung und Neuanlegung des Areals der Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder 100.000 Schilling, für den Einbau von Zentralheizungsanlagen 581.000 Schilling und für die Einrichtung von Schulgarderoben 100.000 Schilling.

- - -

Stadtrat Slavik - Vorsitzender des Städtebund-Finanzausschusses
=====

4. Dezember (RK) Der Hauptausschuß des Österreichischen Städtebundes, der am 30. November zur Vorbereitung des Städtetages in Salzburg zusammentrat, nahm im Rahmen seiner umfangreichen Beratungen auch die Neuwahl eines Vorsitzenden des Finanzausschusses des Österreichischen Städtebundes vor. Zum neuen Vorsitzenden wurde der Wiener Finanzreferent, Stadtrat Felix Slavik, gewählt. Diese Neuwahl war durch das Ausscheiden des bisherigen Vorsitzenden, des früheren Wiener Finanzreferenten Johann Resch, notwendig geworden.

- - -

Der Städtebund wirbt für "Europa"
=====

4. Dezember (RK) Der Österreichische Städtebund hielt am vergangenen Wochenende in Salzburg seine diesjährige Hauptversammlung, den 13. Österreichischen Städtetag, ab. Über Vorschlag von Bürgermeister Dr. Koref, Linz, wurde einer Anregung der Konsultativversammlung des Europarates, in der alle Gemeinden Europas aufgefordert werden, sich zur Einheit Europas zu bekennen, dadurch Rechnung getragen, daß der Städtetag einstimmig beschloß, allen Gemeinden Österreichs zu empfehlen, eine Verkehrsfläche, eine Wohnhaus- oder Gartenanlage, ein öffentliches Gebäude, eine Schule oder einen Kindergarten nach "Europa" zu benennen. Die Bevölkerung, vor allem die Jugend, soll eingeladen werden, an der Widmungsfeier teilzunehmen. Zur dauernden Erinnerung an dieses Ereignis soll eine Hinweistafel angebracht werden.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 5. Dezember 1957

Blatt 2391

Öffentliche Einsichtnahme in den Voranschlag 1958

=====

5. Dezember (RK) Von Samstag, den 7. Dezember, bis einschließlich Freitag, den 13. Dezember, wird der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Die Auflegung erfolgt innerhalb der Amtsstunden in der Magistratsabteilung 5, 1, Neues Rathaus, 2. Stock, Tür 451, wo allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder zu Protokoll genommen werden.

- - -

Oskar Gimnig zum Gedenken

=====

5. Dezember (RK) Auf den 7. Dezember fällt der 100. Geburtstag des ehemaligen Burgschauspielers Oskar Gimnig.

In Königsberg, Preußen, geboren, sollte er Seemann werden, entschied sich aber für die Bühnenlaufbahn. Er schloß sich verschiedenen Wandertruppen an und erhielt dann feste Engagements in Berlin, Bremen, Koblenz, Budapest und Salzburg. 1885 kam er zum erstenmal nach Wien und debütierte im Carl-Theater, wo er sich durch seine scharf akzentuierte Darstellung ein großes Publikum schuf. Nach abermaligem Aufenthalt in Berlin kehrte er 1892 wieder nach Wien zurück und wurde Mitglied des Hofburgtheaters, dem er bis zu seinem Tod am 23. Jänner 1920 angehörte. Gimnig übernahm als Nachfolger Gabillions einen Teil seiner Rollen und stattete sie mit der ihm eigenen unaufdringlichen Komik aus. Das Ensemble erhielt durch seine bedeutenden Leistungen in der humoristischen

./.

Episoden- und Chargendarstellung, die durch Einfachheit und Klarheit gekennzeichnet war, neuen Glanz. Einige seiner Gestaltungen wurden von den Zeitgenossen außerordentlich gerühmt.

- - -

Überreichung des Alma Johanna Koenig-Preises
=====

5. Dezember (RK) Morgen Freitag, den 6. Dezember, um 11 Uhr, findet in der Wiener Stadtbibliothek 1, Neues Rathaus, 1. Stock, die Überreichung des Alma Johanna Koenig-Preises 1957 an den Preisträger Karl Wawra statt. Der Betreuer des literarischen Nachlasses der Dichterin, Oskar Jan Tauschinski, wird an der kleinen Feier teilnehmen.

- - -

Weihnachtsfeier beim Wimberger
=====

5. Dezember (RK) Sonntag, den 8. Dezember, um 15 Uhr, werden im großen Saal des Hotel Wimberger bei einer Weihnachtsfeier 300 hilfsbedürftige, kinderreiche Familien sowie 70 verarmte Gewerbetreibende aus dem Altersheim Lainz beschert. Die Feier wird gemeinsam von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und dem Humanitären Gatterhölzler-Klub veranstaltet.

- - -

Wiener Jugend ist nicht egoistisch
=====Ein Bericht über die Sozialaktionen der letzten Jahre

5. Dezember (RK) Einen überzeugenden Beweis für das Gemeinschaftsgefühl und die Nächstenliebe der Wiener Jugend liefert ein Bericht über die Sozialaktionen der Wiener Schulen in den letzten Jahren, der im Verordnungsblatt des Stadtschulrates für Wien erschienen ist. Unter dem etwas trockenen Begriff "Sozialaktionen" sind alle jene guten Taten zusammengefaßt, die Schülerinnen und Schüler bei jeder Gelegenheit vollbringen. Hilfsbereitschaft steht dabei an erster Stelle.

Es ist ein buntes Mosaik aus vielen kleinen Aktionen, das der Bericht liefert. So helfen zum Beispiel die Schüler ihren Mitschülern. Dies fängt bei kleinen Dingen an, wenn manche Klasse bedürftige Mitschüler mit einem Gabelfrühstück versorgt und geht soweit, daß armen Mitschülern der Aufenthalt in einem Ferienheim bezahlt wird. Auch die Hilfe von Schule zu Schule weist eine schöne Bilanz auf. Ein Wiener Gymnasium kaufte einem Musikstudenten das benötigte Instrument und einer Studentin ein Abendkleid, das sie für das erste Auftreten brauchte. Im Schuljahr 1956/57 übernahmen acht Wiener Schulen die Patenschaft über Sonderschulen und Kindergärten, woraus sich jahrelange Verpflichtungen ergeben.

Sehr viel wird bei den Sozialaktionen für Menschen außerhalb der Schule getan. Dazu gehört die Betreuung der Wienes Tagesheimstätten, die Sammlung von Lebensmittelpaketen und Kohlen für Bedürftige, die Betreuung von Kindern erkrankter oder berufstätiger Nachbarn und vieles andere. Eine Hauptschule, zum Beispiel, betreut regelmäßig eine alleinstehende Greisin.

Ganz besonders kommt jedoch die Hilfsbereitschaft der Wiener Schüler bei Katastrophen zum Ausdruck. Namhafte Geldbeträge wurden für die Hochwasserkatastrophe in Italien im Schuljahr 1951/52 gesammelt, im folgenden Jahr für die Opfer der Sturmflut in Holland. 1953/54 bot die Lawinenkatastrophe in den westlichen Bundesländern und 1955/56 das Kapruner Lawinenunglück den Anlaß, um die Gefebredigkeit der Wiener Jugend unter Beweis zu stellen. Besonders hoch aber war die Hilfsbereitschaft anläßlich der Ungarn-Ereignisse. Die Schulen waren an Hilfsaktionen so stark beteiligt, daß sich

der Stadtschulrat entschließen mußte, die weitere Sammeltätigkeit an den Schulen einzustellen und die Gebefreudigen an die einzelnen Sammelstellen zu verweisen, weil der Sammeleifer den Schulbetrieb lahmzulegen drohte.

Es sind einige wenige Beispiele, die hier aus dem umfangreichen Bericht des Stadtschulrates gegeben werden können. Aber sie zeigen, daß die Wiener Jugend nicht egoistisch ist und nicht nur an sich und an das Heute denkt. Sie beweisen wieder einmal mehr, daß die jungen Menschen viel besser sind als ihr Ruf.

- - -

"Zurück zur Schulbank" in der Ausstellung "Das gute Bild für jeden"

5. Dezember (RK) Samstag, den 7. Dezember, wird in der Ausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Wiener Secession um 19 Uhr die Aufnahme zu der Sendung "Zurück zur Schulbank" stattfinden. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. Die Stadt Wien hat acht Bilder der Ausstellung für die Preisträger der Sendung zur Verfügung gestellt. Die Aufnahme wird Sonntag, den 8. Dezember, um 10.30 Uhr im II. Programm zu hören sein.

- - -

Einführung in die Methodik der Tonproduktion
=====

5. Dezember (RK) Der neue Kurs des Konservatoriums der Stadt Wien, der der Einführung in die Methodik der Tonproduktion gewidmet ist, hat begonnen. Kursleiterin ist Margit Possony, die in New York und Boston auf dem Gebiete der Anleitung von Stimmbildnern und Gesangslehrern außerordentlich beachtliche Ergebnisse erzielte. Der Kurs dient in erster Linie der Heranbildung von Gesangspädagogen und Stimmbildnern; aber auch Gesangsschüler, die die Zustimmung ihrer Gesangslehrer besitzen sowie Personen, die sich dem Beruf eines Gesangslehrers oder Stimmbildners erst widmen wollen, sind willkommen. Das Schulgeld beträgt monatlich 50 S. Nachzügler können sich im Sekretariat des Konservatoriums der Stadt Wien, 1, Johannesgasse 4a, Zimmer 30, anmelden.

- - -

Ein städtischer Musterhort für Jedlese
=====

Kasperltheater, Photolabor und Staffelei

5. Dezember (RK) Den Schulkindern aus Jedlese bescherte heute der Nikolo ein besonders schönes und kostbares Geschenk. Vizebürgermeister Honay übergab ihnen im Beisein von Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für das Wohlfahrtswesen den von der Stadtverwaltung mit einem Kostenaufwand von 800.000 Schilling umgebauten Kinderhort. Das zweigeschossige Gebäude in der Bunsengasse, in dem seit Kriegsende fünf Hortgruppen untergebracht waren, wurde generalrepariert und seine Innenausstattung den modernen Anforderungen angepaßt. Mit der Umgestaltung des beinahe fünfzig Jahre alten Objektes in Jedlese zeigte die Stadtverwaltung, wie eine soziale Einrichtung dieser Art aussehen soll.

Durch Raunteilung und entsprechende Ausgestaltung wurden die einzelnen Gruppen wohnlich gestaltet und bieten so den Kindern tatsächlich das, was ein Hort sein soll, nämlich ein gemütliches Heim. Bei der Inneneinrichtung der Räume wurde mit Absicht größter Wert auf Mitarbeit der Kinder gelegt. Niemand würde vermuten, daß ein Teil der Einrichtungsgegenstände wie Blumentische, Wandschmuck und Vorhänge in den Bastelstuben des Hortes von Kindern hergestellt wurde. Außer mehreren Puppenecken und Spielzimmern mit Malerstaffeleien stehen für die Kinder auch ein Kasperltheater, ein Photolabor und ein Musikzimmer bereit. Beim Umbau wurde eine Zentralheizung und ein Brausebad installiert. Im Sommer wird noch auf einer Terrasse eine Freiluftbühne dazukommen.

Vizebürgermeister Honay beglückwünschte die Jedleser zu ihrem schönen Hort, der 150 Kindern Platz bietet. Er dankte allen, die an dieser mustergültigen sozialen Einrichtung mitgearbeitet haben. Wir wollen auch weiterhin trachten, sagte er, der Gemeindekasse möglichst viele Steuergelder für unsere Jugend zu entnehmen. Von den Kindern erwarten wir, daß sie sich stets vor Augen halten werden, wem sie diese schönen Horte verdanken, nämlich der gesamten Öffentlichkeit. Umso mehr müssen sie daher diese Einrichtungen schätzen und schonen.

Die Kinder begrüßten die Eröffnung des Hortes mit musikalischen Darbietungen und zeigten dann den Stadtvätern, wie sie sich im neuen Haus eingerichtet haben.

Schweinenachmarkt vom 5. Dezember

=====

5. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 0. Neuzufuhren
Inland: 2 Stück. Verkauft alle.

- - -

Rindernachmarkt vom 5. Dezember

=====

5. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 15 Ochsen,
5 Stiere, 21 Kühe, Summe 41. Neuzufuhren Inland: 1 Stier, 47 Kühe,
Summe 48. Gesamtauftrieb: 15 Ochsen, 6 Stiere, 68 Kühe, Summe 89.
Verkauft: 5 Ochsen, 2 Stiere, 22 Kühe, Summe 29. Unverkauft: 10
Ochsen, 4 Stiere, 46 Kühe, Summe 60.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 6. Dezember 1957

Blatt 2398

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß Stadtrat Slavik den Vertretern der Presse morgen, Samstag, den 7. Dezember, über den Voranschlag 1958 der Bundeshauptstadt Wien berichten wird. Treffpunkt um 9.30 Uhr (nicht wie ursprünglich verlautbart im Stadtsenatssitzungssaal, sondern) im Grünen Salon der Magistratsdirektion. Zugang über Stiege 5 im 1. Stock.

Die besten November-Plakate

=====

6. Dezember (RK) Das Kulturamt der Stadt Wien hat durch seine Plakatwertungsaktion für den Monat November drei Plakate prämiert: "Der Expressionismus" (Entwurf: Hans Fabigan), "50 Jahre Architektur" (Entwurf: Wilhelm Jaruska) und "7 % Anleihe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds - 2. Tranche - 2. Gruppe" (Entwurf: Walter Hauch und Wilhelm Donnhofer).

Die prämierten Plakate werden wieder an den von der Gewista zur Verfügung gestellten Plakatwänden und Litfaßsäulen affiziert.

Wiener Geburten um 28.6 Prozent gestiegen
=====

6. Dezember (RK) Zu einer erfreulichen Feststellung kommt das dritte Heft dieses Jahres der "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien". Wiens Geburtenzahl erhöhte sich innerhalb von drei Jahren um 28.6 Prozent, ein Ergebnis, das an Bedeutung gewinnt, weil angenommen werden muß, daß die Zahl der Frauen, die im gebärfähigen Alter stehen, im gleichen Zeitraum wesentlich zurückging. Aus einer Fortschreibung des Volkszählungsergebnisses des Jahres 1951 ergibt sich nämlich, daß in den drei letzten Jahren nur etwa 23.000 Frauen jenes Alter erreichten, das von der Statistik als Hauptgebäralter bezeichnet wird, hingegen 50.000 Frauen aus diesen Altersstufen austraten. Nach Ansicht des Statistischen Amtes der Stadt Wien haben die Wiener Familien nun auch wieder mehr Kinder als früher. Diese Entwicklung kann man daraus ablesen, daß sich die Gesamtzahl der ehelich Geborenen von 1954 bis 1956 um 19.5 Prozent erhöhte, die Zahl der zweiten Kinder jedoch um 21.1 Prozent und die der dritten oder späteren Kinder sogar um 23.8 Prozent.

Im Zusammenhang mit den steigenden Geburtenzahlen wird auch das von der Stadt Wien kostenlos abgegebene Säuglingswäschepaket immer mehr beansprucht. Seit 1949, dem Jahr, in dem beschlossen wurde, jede Wiener Mutter mit dem Paket zu beteiligen, erhielten 68.6 Prozent das Paket. 1956 nahmen bereits 90.8 Prozent das Säuglingswäschepaket in Anspruch. Der für das Jahr 1957 vorgesehene Betrag von 2,4 Millionen Schilling, der zur Anschaffung von 12.000 Paketen ausgereicht hätte, mußte auf Grund der Ergebnisse des ersten Halbjahres, in dem bereits 6.801 Pakete ausgegeben wurden, erhöht werden.

Ringturnkreuzung:Straßenbahn schon in neuen Gleisen
=====

6. Dezember (RK) Sonntag, den 8. Dezember, werden die neuen Gleisanlagen an der Kreuzung Franz Josefs-Kai - Schottenring in Betrieb genommen. Mit Betriebsbeginn dieses Tages werden daher die Anfangs- und Endstationen der Linien 31, 33, 132, 231 und 331 in die Gleisschleife bei der Augartenbrücke, die Haltestellen der Linien A, Ak, B, Bk, C, L, T, 25K, 25R und 78 zur Stadtbahnhaltestelle Schottenring, gegenüber der Zelinkagasse, verlegt.

- - -

Was ist für die Zeit ab 1. Jänner 1958 an Grundsteuer zu bezahlen?
=====

6. Dezember (RK) Bekanntlich wird mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1958 die Grundsteuer im Hinblick auf die Neufeststellung der Einheitswerte allgemein neu bemessen. Da aber die Ausfertigung und Zustellung der neuen Grundsteuerbescheide einige Zeit in Anspruch nehmen werden, ist im Grundsteuergesetz 1955 vorgesehen, daß die Steuer in der bisherigen Höhe an den bisherigen Fälligkeitstagen als Vorauszahlung so lange weiter zu entrichten ist, bis der neue Bescheid zugestellt wurde. Sollte sich auf diese Weise schließlich eine Überzahlung zugunsten des Grundeigentümers ergeben, wird der betreffende Betrag gutgeschrieben. Im umgekehrten Fall ist die fehlende Differenz nachzuzahlen.

- - -

Otto Neurath-Ausstellung der Stadtbibliothek
 =====

6. Dezember (RK) Am 9. Dezember wäre der große österreichische Philosoph, Soziologe und Sozialreformer Otto Neurath 75 Jahre alt geworden.

Neurath, als Gründer des weltberühmten Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums bekannt und durch seine Abbildungsmethode für statistische Zahlen in vielen Ländern durchgedrungen, hatte 1934 bereits Wien verlassen und ist in London im Jahre 1945 gestorben.

Die Ausstellung gibt einen Querschnitt durch das überaus reiche Lebenswerk von Otto Neurath und ist für alle Interessenten der Geschichte der Arbeiterbewegung, wie aber auch der Wiener philosophischen Schule schenswert.

Die Ausstellung ist vom 9. Dezember bis 11. Jänner 1958 Montag bis Freitag von 9 bis 18.30 Uhr, Samstag von 8.30 bis 11.30 Uhr, bei freiem Eintritt zugänglich. Für Gruppen von Interessenten werden Führungen veranstaltet. Die Wiener Stadtbibliothek bittet jedoch, solche Exkursionen zeitgerecht anzumelden (Wien 1, Neues Rathaus, 4. Stiege, 1. Stock, Tür 333, Telefon 45 16 61, Klappe 809).

- - -

Die "Auszahlung" ist da!
 =====

124 Millionen Schilling rollen durch Wien

6. Dezember (RK) Die Verteilung von 124,6 Millionen Schilling auf 200.000 Sparvereinsmitglieder ist mit viel mühevoller Arbeit verbunden, selbst für ein so renommiertes Unternehmen wie es die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien mit ihren 43 Zweiganstalten ist. Die Angestellten der Zentralsparkasse, des größten Sparinstitutes Österreichs, haben wie alle Jahre zu dieser Zeit anstrengende Tage. Sie müssen dafür sorgen, daß die Spareinlagen der 1.852 Wiener Sparvereine, die seit vielen Jahren mit der Zentralsparkasse in Verbindung stehen, zeitgerecht ausgezahlt werden können. Für den von den kleinen Sparern mit Sehnsucht erwarteten Auszahlungstag, der in den

meisten Fällen schon morgen ist, mußten nicht weniger als 1.500 Kilogramm Banknoten und rund 1.000 Säcke Münzen besorgt werden. Die Zentralsparkasse hat, einem Wunsch der Sparer entsprechend, einen Großteil der Münzen in 10- und 25-Schilling-Stücken angeschafft. Mehrere Tage hindurch pendelten ununterbrochen zwei von Polizeibeamten bewachte Lastautos mit dieser "schweren Fuhr" zwischen der Zentrale in der Wipplingerstraße und den Zweiganstalten.

Die Wiener haben also auch heuer fleißig gespart. Insgesamt wurden in den vergangenen elf Monaten in der Zentralsparkasse von den Wiener Sparvereinen 122,4 Millionen Schilling eingelegt, das sind um rund zehn Millionen Schilling mehr als im vergangenen Jahr. Allein die von der Zentralsparkasse an die Sparvereine überwiesenen Zinsen betragen heuer 2,2 Millionen Schilling.

Diese Zahlen beweisen die erfreuliche Tatsache, daß die Wiener von Jahr zu Jahr immer mehr zum Sparen zurückfinden. Die eifrigsten Kleinsparer waren auch diesmal wieder die Favoritner. In den 173 Sparvereinen des 10. Bezirkes wurden 14,5 Millionen Schilling gespart. Es folgen Ottakring mit 170 Sparvereinen und 11,2 Millionen, Hernals mit 119 Sparvereinen und 8,5 Millionen, Floridsdorf mit 90 Sparvereinen und 6,3 Millionen, Rudolfsheim-Fünfhaus mit 90 Sparvereinen und 6,1 Millionen und Simmering mit 76 Sparvereinen und sechs Millionen Schilling Spareinlagen.

- - - -

Mehr Taschengeld für Schwesternschülerinnen
=====

6. Dezember (RK) Heute vormittag hat der Personalreferent der Stadt Wien, Stadtrat Riemer, Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten über eine Erhöhung des Taschengeldes der Schülerinnen der Krankenpflegerinnenschulen der Stadt Wien abgeschlossen. In diesen Verhandlungen hat die Gemeindeverwaltung eine Erhöhung des monatlichen Taschengeldes auf 200 S für die Schülerinnen des 1. Jahrganges, auf 250 S für die Schülerinnen des 2. Jahrganges und auf 300 S für die Schülerinnen des 3. Jahrganges der städtischen Pflegerinnenschulen zugestanden. Die Wiener Gemeindeverwaltung entspricht damit einem der Erfordernisse, die in der kürzlich abgehaltenen Enquete über das Pflegerinnenproblem in den Spitälern der Stadt Wien zur Erhöhung der Werbekraft dieses Berufszweiges empfohlen worden sind.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 9. bis 15. Dezember

6. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 9. Dez.	Gr. R. H. Saal 15.00	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Stadtschulrat, Abt. III: Jazzkonzert Patty George
Dienstag 10. Dez.	Gr. M. V. Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 3. Konzertes im a. o. Orchester-Zyklus der GdM (Dirigent Heinz Wallberg)
	Gr. R. H. Saal 15.00	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus VI; Wr. Konzert- hausquartett, Alfred Prinz, Klari- nette, Jörg Demus, Klavier (Dvorak: Streichquartett F-dur; Respighi: Streichquartett; Schmidt: Quintett- A-dur)
	Amerika-Haus 19.30	Schallplatten-Musikabend: "Berühmte Chöre der Vereinigten Staaten"
Mittwoch 11. Dez.	Gr. M. V. Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 3. Konzertes im a. o. Orchesterzyklus der GdM (Dirigent Heinz Wallberg)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 1. Konzert im Zyklus II (nachgeholt vom 5. Dez.); Klavierabend Paul Badura-Skoda (Werke von Beethoven)
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehreinrichtungen der Stadt Wien: Hausmusikabend der Zweigschule Innere Stadt; Leitung Stefanie Regler
	Radio Wien Gr. Sendesaal 19.30	Österr. Rundfunk - Radio Wien: Öffentl. Konzert; Gr. Wr. Rundfunk- orchester, Chor von Radio Wien, Anny Felbermayer (Sopran), Walter Berry (Baß), Dirigent Kurt Richter (Beet- hoven: Kantate auf den Tod Josephs II; Bartok: Orchester-Suite, Sibelius: 7. Symphonie)
	Symphonia-Studio (Konzerthaus) 18.45	Internat. Gesellschaft für neue Musik: Vortrag Kurt Blaukopf und Hanns Jelinek "Elektronische Musik" (mit Tonbandaufnahmen)

Mittwoch 11. Dez.	Albertina 19.30	2.o.Musikabend; Karl Scheit (Gitarre) spielt Meister des 15. und 16. Jahrhunderts
Donnerstag 12. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im a.o. Orchester-Zyklus; Wr. Symphoniker, Walter Klien (Klavier), Dirigent Heinz Wallberg (Hindemith: Mathis-Symphonie; Strawinsky: Klavierkonzert; Brahms: 1. Symphonie)
	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: a.o. Kammerkonzert; Kammerorchester der Wr. KHG, Dirigent Michael Hutterstrasser (Haydn: Symphonie Nr. 44; Strawinsky: Apollon Musagète; Tschai-kowsky: Serenade)
Freitag 13. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 3. Konzertes im a.o. Orchester-Zyklus der GdM, (Dirigent Heinz Wallberg)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Violinabend Ricardo Odnoposoff, am Flügel Gerald van Blerk (Beethoven, Reger, Franck, Suk Fiocco)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Ungarischer Flüchtlings-Hilfsdienst: Konzert ungarischer Künstler
Samstag 14. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Akademischer Orchesterverein: Orchester-Konzert; Frieda Valenzi (Klavier), Dirigent Wolfgang Gabriel (Wagner: Faust-Ouverture; Grieg: Klavierkonzert; Dvorak: 3. Symphonie)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Konkurrenzspiel um das Bösendorfer-Klavier; Absolventen der Musikakademie spielen Bach, Mozart, Beethoven, Brahms, Chopin
	Mozartsaal (KH) 19.00	Konzert der Schüler von Friedrich Maschner
	Schubertsaal (KH) 19.30	Ungarischer Flüchtlings-Hilfsdienst: Konzert ungarischer Künstler
Sonntag 15. Dez.	Radio Wien Gr. Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Radio Wien: Öffentl. Orchesterkonzert; Wr. Symphoniker, Margrit Weber (Klavier), Dirigent Robert Heger (Mohaupt: Szenen aus "Lysistrata"; Chopin: Klavierkonzert; Heger: Bartok-Variationen)
	Staatsoper 11.30	Wiener Staatsoperchor: Festkonzert zum 30jährigen Bestand; Dirigent Herbert Karajan (Gregorianischer Choral; Palestrina: "Missa papae Marcelli")

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 7. Dezember 1957

Blatt 2406

Empfang für die Delegierten des Österreichischen Gemeindetages

=====

7. Dezember (RK) Anlässlich des 10. Österreichischen Gemeindetages gab Bürgermeister Jonas gestern abend im Großen Festsaal des Wiener Rathauses einen Empfang, an dem Vizekanzler Pittermann und Minister Helmer von Seiten der Bundesregierung, von Seiten der Stadt Wien die Stadträte Dkfm. Nathschläger, Riemer und Slavik sowie Stadtschulratspräsident Dr. Zechner teilnahmen.

- - -

Ehrenzeichen für Eisenbieger

=====

7. Dezember (RK) Der Eisenbieger Josef Kain aus Wien, der bei der Firma Porr beschäftigt ist, hat sich bei den Bauarbeiten für die Draubrücke in Völkermarkt (Kärnten) besonders verdient gemacht. Der Bundespräsident hat Josef Kain daher die Bronzene Medaille für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Landeshauptmann Jonas überreichte heute in seinem Arbeitszimmer dem bewährten Facharbeiter die hohe Auszeichnung.

- - -

Ringturmkreuzung im Sommer fertig
=====

7. Dezember (RK) Wie bereits gemeldet, fährt ab morgen Sonntag die Straßenbahn bei der Ringturmkreuzung in den neuen Gleisen zwischen Augartenbrücke und Stadtbahnstation Schottenring. Damit konnte ein wichtiger Bauabschnitt an der Ringturmkreuzung programmgemäß beendet werden.

Trotz dem früheren Wintereinbruch ist es gelungen, in knapp drei Monaten die neue Straßenbrücke über den Donaukanal, zwischen der Stadtbahnhaltestelle Schottenring und der Augartenbrücke, so weit fertigzustellen, daß heute nacht die letzten Gleisanschlüsse hergestellt werden können. Auch für den Fahrzeugverkehr wird der termingemäße Abschluß der Arbeiten eine Erleichterung bringen. Von Weihnachten an bis März wird der Kai für den allgemeinen Verkehr in beiden Richtungen freigegeben sein.

Im Frühjahr muß dann der Kai allerdings wieder gesperrt werden, weil nach Auflassung der alten Straßenbahnschleifen verschiedene Versorgungsleitungen, wie Wasserrohre, Kabel usw., erneuert werden. Ebenfalls im Frühjahr wird mit dem Bau der neuen Straßenbrücke entlang der Stadtbahnhaltestelle Schottenring begonnen. Die Magistratsabteilung für den Straßenbau rechnet damit, daß das gesamte große Kreuzungsregulierungsprojekt bis zum Sommer fertig sein wird.

- - -

Ballkalender für Wien
=====

7. Dezember (RK) Die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien hat auch in diesem Jahr einen Ballkalender herausgebracht, der für die Zeit vom 31. Dezember bis 29. März 235 Bälle, Kränzchen und andere Tanzveranstaltungen nachweist.

- - -

75. Geburtstag Viktor Hammer
=====

7. Dezember (RK) Am 9. Dezember vollendet der Maler und Graphiker Viktor Hammer, der sich auch als Bildhauer einen Namen gemacht hat, sein 75. Lebensjahr.

Ein gebürtiger Wiener, war er Schüler des Architekten Camillo Sitte und dann des Malers Griepenkerl an der Akademie, modellierte aber auch bei Hellmer, Bitterlich und Hanak. Nach Absolvierung der Spezialschule des Malers Lefler setzte er seine Ausbildung in München und Paris fort. Seit 1910 wirkte er in Wien als Porträtist, 1913 wurde er Mitglied der Secession. Im ersten Weltkrieg war er als Kriegsmaler in der Türkei. Seine in Lebensgröße wie in kleinerem Format gehaltenen Porträts haben altdeutsche Meister, vor allem Holbein, zum Vorbild. Sie zeichnen sich durch dekorative Wirkung, Klarheit der Zeichnung, ausgewogene Komposition und liebevolle Behandlung der Details aus. Später verlegte Hammer das Schwergewicht seiner Tätigkeit immer mehr auf die Graphik und leistete besonders auf dem Gebiet der Illustration, des Buchschmucks und Bucheinbandes sowie der Schriftgestaltung hervorragende Arbeit. Er hat auch eine nach ihm benannte Druckpresse geschaffen, mit der er die schönsten Bücher herstellt. Der vielseitige Künstler lebt in den Vereinigten Staaten und ist ein wichtiger Repräsentant Österreichs im Ausland.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Der städtische Personalreferent Stadtrat Riemer hat den Wunsch geäußert, die Vertreter der Presse über die Neuregelung der Arbeitszeit beim Wiener Magistrat zu informieren. Die Pressekonferenz findet Dienstag, den 10. Dezember, um 15.30 Uhr, im Ratsherrenstüberl des Rathauskellers statt.

Wir laden Sie herzlich ein, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu dieser Zusammenkunft zu entsenden.

- - -

Erhaltung der Vollbeschäftigung
=====Stadtrat Slavik über das Budget 1958 der Stadt Wien

7. Dezember (RK) Der städtische Finanzreferent Stadtrat Slavik legte heute in einer Pressekonferenz den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958 vor. An die Spitze seiner Ausführungen stellte der Stadtrat, daß der Entwurf so wie bisher auch für das kommende Jahr als oberstes Ziel die Erhaltung der Vollbeschäftigung in Wien ansieht. Diesem Zweck dienen die umfangreichen Investitionen, die im Haushaltsplan vorgesehen sind.

Das Budget sieht wie bekannt, Gesamtausgaben von 4.500,512.400 Schilling und Einnahmen von 4.217,032.400 Schilling vor. Gegenüber dem Voranschlag 1957 bedeutet dies eine Ausgabensteigerung von 7.4 Prozent, eine Einnahmensteigerung von 7.7 Prozent. Der Abgang beträgt 183,480.000 Schilling, eine Steigerung um 4.2 Prozent gegenüber dem Voranschlag dieses Jahres. Im Vergleich dazu beträgt die Steigerung der Einnahmen im Bundesbudget 17.1 Prozent und die Steigerung der Ausgaben 19.6 Prozent. Es ist also nicht richtig, wenn man immer von der reichen Gemeinde Wien spricht, umso mehr als auch die Rücklagen in den letzten Jahren zur Deckung des Abganges bei den Rechnungsabschlüssen herangezogen werden mußten.

Der Voranschlag für 1958 unterscheidet sich in einigen Dingen von den bisherigen. So wurde die Unterteilung in ein ordentliches und außerordentliches Budget fallen gelassen, da die Kriegsschäden praktisch behoben sind. Der Restbetrag von 30 Millionen Schilling wurde im normalen Budget untergebracht. Auch hat man diesmal bei den Beratungen des Entwurfes die Abteilungen darauf aufmerksam gemacht, daß im kommenden Jahr kein Zusatzprogramm aufgestellt werden würde. Dies deswegen, weil die Beträge des Zusatzprogrammes erst im späten Frühling freigeworden sind und daher oft nicht mehr zweckentsprechend verwendet werden konnten. Schließlich wurden auch jene Projekte nicht in das Budget aufgenommen, über die noch Unklarheit besteht oder für die die Pläne noch nicht ausgearbeitet sind, wie zum Beispiel das Allgemeine Krankenhaus oder der Umbau des Karlsplatzes. Stadtrat Slavik betonte jedoch ausdrücklich, daß er jederzeit bereit sei, einen Antrag im Gemeinderat

einzubringen, wenn die Voraussetzungen für die Durchführung dieser beiden Projekte gegeben sind. Man habe kein Interesse, den Bau des Allgemeinen Krankenhauses zu verzögern oder für den Umbau des Karlsplatzes das Geld nicht bereitzustellen.

Über das Budget der Städtischen Unternehmungen, für das gegenwärtig noch kein Entwurf vorliegt, sagte der Stadtrat, es bedeute dies nicht, daß daran nicht gearbeitet wird. Von den Direktionen wurde ein Voranschlag aufgestellt, der einen Abgang von 366 Millionen Schilling vorsieht. Es sind Besprechungen im Gange, und man wird versuchen, eine Lösung zu finden. Er stehe jedenfalls auf dem Standpunkt, daß der Gemeinderat und die Bevölkerung von Wien ein Recht darauf haben, zu erfahren, wie die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke aussieht. Es gibt keine Begründung dafür, den Wienern die Wahrheit vorzuenthalten. Ein Voranschlag müsse daher auf alle Fälle aufgestellt werden.

Mit Fortdauer der Konjunktur wird gerechnet

Die Einnahmen der Stadt Wien werden sich für 1958 ungefähr folgendermaßen zusammensetzen: 1.352 Millionen Ertragsanteile, 1.240 Millionen Gemeindeabgaben und 1.625 Millionen Schilling Gebühren und sonstige Einnahmen.

Die städtischen Steuern gliedern sich ungefähr folgendermaßen auf. Die Gewerbesteuer ist mit 720 Millionen Schilling veranschlagt, die Lohnsummensteuer mit 200 Millionen, die Vergnügungssteuer mit 75 Millionen, die Getränkesteuer mit 86 Millionen Schilling und die Anzeigenabgabe mit 20 Millionen Schilling. Alle Einnahmen sind höher als im Vorjahr angenommen, da man mit einer Fortdauer der Konjunktur rechnet. An sonstigen Einnahmen, denen jedoch auf der anderen Seite bedeutende Ausgaben gegenüberstehen, erwähnte der Stadtrat die Spitäler mit 280 Millionen Schilling, Wasserwerke, Kanalbau, Bäder, Müllabfuhr mit 263 Millionen Schilling.

Zwei Steuern sollen im kommenden Jahr nicht mehr eingehoben werden, weil der Aufwand wegen der geringfügigen Einnahmen größer ist als der Ertrag: die Jagdsteuer, die jährlich 5.000 Schilling, und die Überhöhungsabgabe, die 78.000 Schilling einbringt.

Geringere Personalausgaben

Das Personal der Stadt Wien ohne die Städtischen Unternehmungen wird für das kommende Jahr mit 1.457,687.200 Schilling dotiert sein. Der Anteil der Personalausgaben am Gesamtbudget wird damit von 35.6 Prozent in diesem Jahr auf 35.1 Prozent sinken. Der Stand des aktiven Personals wird allerdings geringfügig von 32.997 auf 33.264 steigen, doch handelt es sich bei dieser Personalvermehrung nur um unbedingt notwendige Aufnahmen von Pflegepersonal für die Spitäler. Grundsätzlich wurden alle Wünsche auf Personalvermehrung abgelehnt. Bei den Pensionisten nimmt man an, daß sich deren Zahl von 14.518 auf 14.766 erhöhen wird.

306 Millionen für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung

Die Ausgaben der Geschäftsgruppe für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung stiegen bei fast gleichbleibenden Einnahmen von 291,360.300 Schilling auf 305,865.500 Schilling. Für die Fertigstellung des Museums der Stadt Wien sind neun Millionen vorgesehen, für die Stadthalle 50 Millionen. Der Ausbau des Stadions ist mit 12 Millionen Schilling veranschlagt und für den Bau des neuen Jugendgästehauses in Hietzing wurden zwei Millionen bereitgestellt. Diese Ausgaben, so sagte Stadtrat Slavik nachdrücklich, kommen nicht nur den Wienern zugute, sondern sind für ganz Österreich von Nutzen. So ist es zum Beispiel jetzt erst durch den Bau der Stadthalle und dem Ausbau des Stadions möglich, sich um die Austragung der Olympischen Spiele in der österreichischen Bundeshauptstadt zu bewerben.

Für die Förderung von Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und Sport sind sieben Millionen, für die Wiener Festwochen 1,6 Millionen, für den Fremdenverkehr fünf Millionen Schilling bereitgestellt. Mit neun Millionen sind die Förderungsbeiträge aus dem Kulturgroschen veranschlagt. Außerdem wird die Gemeinde 2,5 Millionen aus dem Ertrag der Vergnügungssteuer ausgeben.

Die Schulen rechnen mit Ausgaben von 159,376.600 Schilling. Die Schulneubauten, 2, Max Winter-Platz, 14, Hadersdorf, 18, Czartoryki-Schlössel, wo eine moderne Schule für Körperbehinderte errichtet wird, 21, Stammersdorf und Siemensstraße, werden mit einem Aufwand von 18,6 Millionen Schilling fortgesetzt. Zwei neue Schulen

sollen in 21, Franklinstraße, und in 23, Mauer, zu bauen begonnen werden. Acht Millionen Schilling werden für die Modernisierung der Schulen verwendet.

Neue Kindergärten - Mehr Säuglingswäschepakete

Beim Wohlfahrtswesen rechnet man mit Ausgaben von 382,5 Millionen Schilling, denen Einnahmen von nur 46,5 Millionen gegenüberstehen. Der Ansatz für Säuglingswäschepakete mußte wegen der steigenden Geburtenzahlen von 2,4 Millionen auf 2,8 Millionen erhöht werden. Für Pflegekinder werden 61,9 Millionen aufgewendet. Die Ausgaben für Kindergärten, Tageserholungsstätten und Horte sind mit 79,8 Millionen veranschlagt. Sechs Kindergärten werden im kommenden Jahr neu errichtet werden, und zwar 4, Rainergasse, 10, Nickerkastraße, 11, Sedlitzkygasse, 19, Grinzinger Straße, 21, Bruckhaufen und 22, Kagran.

In der Erwachsenenfürsorge wird mit Ausgaben von 124,6 Millionen Schilling gerechnet. Für Dauerunterstützungen sind 62,8 Millionen Schilling veranschlagt, für Aushilfen 6,8 Millionen und für Wohlfahrtskrankenpflege 5,8 Millionen Schilling. Für Ausgleichszulagen für Rentner nach dem ASVG sind vorläufig 35 Millionen Schilling eingesetzt. Es muß jedoch mit einer Verdoppelung des Betrages gerechnet werden.

Ein Patient pro Tag 130 Schilling

Die Ausgaben für das Gesundheitswesen werden 871,8 Millionen Schilling betragen, denen nur Einnahmen von 442,9 Millionen gegenüberstehen. 25.395 Betten sind in den städtischen Krankenanstalten zur Verfügung. Ein Krankenhauspatient kostet die Stadt Wien derzeit 130 Schilling pro Tag, die von den Krankenkassen gegebene Vergütung beträgt jedoch weniger als die Hälfte dieser Kosten.

Für bauliche Herstellungen sind bei den Erziehungsheimen 7 Millionen Schilling, den Altersheimen 8,5 Millionen, den Herbergen für Obdachlose 600.000 Schilling, den Krankenhäusern 11,5 Millionen Schilling und bei den ehemaligen Fonds-Krankenanstalten 21,8 Millionen Schilling veranschlagt. Für Verbesserungen und Neuanschaffungen sind 8,8 Millionen Schilling bereitgestellt.

Ein Drittel des Budgets für Bau- und Baunebengewerbe

Nicht weniger als 33.4 Prozent des Gesamtbudgets entfallen auf das Bau- und die Baunebengewerbe. Hier kommt die Investitionstätigkeit der Stadt am stärksten zum Ausdruck, die für die Wiener Wirtschaft und damit für die Wiener Bevölkerung die Existenz sichert. Die Ausgaben für das Baugewerbe und die Baunebengewerbe betragen insgesamt 1.468 Millionen Schilling, das sind um 149 Millionen mehr als heuer. Auf den kommunalen Wohnungsbau entfallen dabei 500 Millionen Schilling. Mit diesem Betrag können ungefähr 5.000 Wohnungen gebaut werden. Wichtig ist, daß im kommenden Jahr vorerst die 12.000 im Bau befindlichen Wohnungen fertiggestellt werden. Außerdem ist die Stadt Wien bestrebt, den Genossenschaftlichen Wohnungsbau nachdrücklich zu fördern. 1958 werden voraussichtlich mit Wohnbauförderung 2.000 Wohnungen errichtet werden können, durch Darlehensgewährung für Baugenossenschaften 2.300 Wohnungen, sodaß zusammen mit dem kommunalen Wohnungsbau 9.500 neue Wohnungen für die Wiener Bevölkerung entstehen werden. Dazu kommt nun noch der private Wohnungsbau.

137 Millionen für den Straßenbau

Im Straßenbau sind neben den laufenden Erhaltungsausgaben von 35 Millionen Schilling für Neubauten und Umbauten 102 Millionen Schilling veranschlagt. Als größtes Bauvorhaben ist der Umbau des Städtiroler Platzes zu nennen, der insgesamt 60 Millionen Schilling kosten wird. An Hauptverkehrsstraßen werden die Favoritenstraße, die Gudrunstraße, die Rampe zur Hafendücke Albern, die Schönbrunner Schloßstraße, die Thaliastraße, die Heiligenstädter Straße und die Dresdner Straße umgebaut werden. Für die Umgestaltung der Ringturmkreuzung sind 6 Millionen präliminiert. Die Fortsetzung der Liesingbachregulierung erfordert 5 Millionen, die Regulierung des Mauerbaches 1,5 Millionen Schilling.

Neue Parks und mehr Licht

Für die Gartenanlagen sind 28,7 Millionen Schilling bereitgestellt. Herauszuheben ist die gärtnerische Neugestaltung der Grünanlagen am Donaukanalufer im 2., 3., 9. und 20. Bezirk, die Umgestaltung des Märzparkes, die Erweiterung des Bertheimstein-Parkes durch

Schaffung eines Blindengartens, die Fortsetzung der Neugestaltung der Gartenanlage in der Lidlgasse und die Verlegung des Reservegartens nach Hirschstetten.

Die Ausgaben für die Öffentliche Beleuchtung werden 23,8 Millionen Schilling betragen. Für den Bau von Verkehrsanlagen sind 2,9 Millionen Schilling angesetzt. Damit sollen automatische Signaleinrichtungen bei der Ringturmkreuzung, Johnstraße - Felberstraße, Nußdorfer Straße - Gürtel, bei der Volksoper und dem Südtiroler Platz geschaffen werden.

Bei den öffentlichen Einrichtungen, wie Kanalisation, Wasserwerk, Bäder, Wäschereien, Stadtreinigung und Fuhrpark sind Ausgaben von 449 Millionen und Einnahmen von 222 Millionen vorgesehen. Die Wasserwerke werden im kommenden Jahr den Ausbau des Großwasserspeichers im Steinfeld beenden. Bei den städtischen Bädern ist der Bau des Sommerbades auf dem Laaer Berg zu erwähnen, für den 10 Millionen Schilling bereitgestellt sind. Das Bad wird allerdings erst 1959 den Betrieb aufnehmen können.

Die Geschäftsgruppe Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen rechnet mit Ausgaben von 248,8 Millionen und mit Einnahmen von 163,7 Millionen. Dabei sind auch jene Beträge vorgesehen, die für Demolierungen notwendig sind, um die Assanierung von Wohnvierteln durchzuführen.

Märkte und Schlachthöfe haben Ausgaben von 63,4 Millionen Schilling präliminiert.

In der Geschäftsgruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten sind Ausgaben von 162,2 Millionen Schilling und Einnahmen von 6,7 Millionen vorgesehen. Für die Feuerwehr der Stadt Wien sind mehr als 73 Millionen Schilling im Budget eingesetzt. Die Ausgaben für Grunderwerbungen, durch die erst der Bau von weiteren Wohnhäusern möglich wird, werden 50 Millionen Schilling betragen. Der Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei ist mit 32,5 Millionen Schilling angenommen.

Großzügige Verkehrssanierung im Vorgelände der Stadthalle
=====Der größte Straßenumbau des Jahres wurde fertiggestellt

7. Dezember (RK) Heute mittag wurde auf der Kreuzung Neubaugürtel - Urban Loritz-Platz das in den vergangenen Monaten umgebaute Straßenverkehrsnetz rund um die Wiener Stadthalle durch den Amtsführenden Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller der Benützung übergeben. Der Verkehrsübergabe wohnten seitens der Stadtverwaltung die Stadträte Bauer, Koci, Dkfm. Nathschläger und Thaller, mehrere Gemeinderäte, die Bezirksvorsteher des 7. und 15. Bezirkes, Stadtbauamtsdirektor Prof.Dipl.-Ing. Dr. techn. Pecht sowie die Direktoren der Städtischen Unternehmungen bei. Unter den Ehrengästen sah man mehrere Nationalräte und Bundesräte, Vertreter der Polizeidirektion sowie Angehörige der am Bau beschäftigten Firmen.

Oberbaurat Dipl.Ing. Koller von der Magistratsabteilung 28, Straßenbau, gab einleitend einen technischen Bericht über die umfangreichen Bauarbeiten auf dem Urban Loritz-Platz und bei der Wiener Stadthalle. Insgesamt wurden 31.000 Quadratmeter Fahrbahnfläche umgebaut und mit neuen, den Anforderungen des heutigen Verkehrs entsprechenden Belägen versehen. Die Baukosten für diese großzügige Verkehrssanierung betrugen 23 Millionen Schilling, wovon auf den Straßenbau etwa die Hälfte, auf die Gleisarbeiten der Verkehrsbetriebe fast 3,5 Millionen, auf die Arbeiten der E-Werke 4,5 Millionen und der Rest auf Arbeiten der Wasserwerke, der Gaswerke, der öffentlichen Beleuchtung und des Stadtgartenamtes entfallen.

Insgesamt wurden von der Stadtverwaltung in diesem Jahr 172 Straßebauten mit einem Kostenaufwand von mehr als 142 Millionen Schilling durchgeführt.

Stadtrat Thaller verwies auf die stürmische Entwicklung des Straßenbaues im letzten Jahrzehnt. Sie wird durch die immer schwerer werdenden Fahrzeuge und ihre höheren Geschwindigkeiten

./.

bestimmt. Es ist noch nicht allzu lange her, daß Straßendecken über 40 Zentimeter Stärke in Wien überhaupt nicht hergestellt wurden. Die meisten waren nur etwa 25 bis 30 Zentimeter stark. Da Straßendecken ebenso wie Gebäude frostsicher sein müssen, ist es nun notwendig, Konstruktionsstärken bis zu 60 Zentimeter anzuwenden.

Die Wandlung im Straßenbau ist aber nicht nur von der rein konstruktiven Seite her begründet. Jeder Verkehrsteilnehmer, gleichgültig ob Fußgänger oder Kraftfahrer, ist an einer reibungslosen Abwicklung des Verkehrs und seiner Sicherheit interessiert. Die Straßen sind die Adern des gesamten Lebens unserer Stadt und müssen daher leistungsfähig gemacht und leistungsfähig erhalten werden.

Mit dem Umbau des Urban Loritz-Platzes ist wieder ein Teil des Programmes der notwendigen und großzügigen Verkehrsplanungen an einem äußerst kritischen Punkt unserer Stadt gelöst worden.

Stadtrat Thaller nannte dann die wichtigsten Projekte des Straßenbaues, die in absehbarer Zeit verwirklicht werden: der Umbau des Südtiroler Platzes, die Neugestaltung des Karlsplatzes, die Einführung der Autobahn in das Stadtgebiet und die Behebung der Parkraumnot in der Inneren Stadt.

Abschließend würdigte er das Verdienst der bei der Umgestaltung der Verkehrsflächen auf dem Urban Loritz-Platz und rund um die Wiener Stadthalle beschäftigten Firmen und deren Arbeiter. Er dankte auch den Bediensteten der Magistratsabteilung für Straßenbau, der Verkehrsbetriebe, der E-Werke, der Wasserwerke, der Gaswerke und des Kabelwerkes der Post, die in guter Zusammenarbeit bei der Umgestaltung des Verkehrsknotenpunktes hervorragende Leistungen vollbracht haben und übergab die neuen Verkehrsflächen im Namen des Bürgermeisters ihrer Benützung.

An die Verkehrsteilnehmer richtete er die Mahnung, die zur Einbahn erklärten Teile des Gürtels nicht als Autorennbahn zu benützen.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 9. Dezember 1957

Blatt 2418

Ernst Lissauer zum Gedenken

=====

9. Dezember (RK) Am 10. Dezember wäre der Dichter Ernst Lissauer 75 Jahre alt geworden.

Ein gebürtiger Berliner, trat er bis zum ersten Weltkrieg mit zahlreichen Gedichten, Essays und Erzählungen hervor und übersiedelte dann nach Wien, wo er als freier Schriftsteller lebte und am 10. Dezember 1937, an seinem 55. Geburtstag, starb. Lissauer war vor allem Lyriker und fand auf diesem Schaffensgebiet in formaler Hinsicht einen ihm eigenen wirkungsvollen Ton. Auch seine Balladen haben einen besonderen Reiz. Seine dramatischen Werke erzielten nur literarischen Erfolg und wurden wenig aufgeführt. Die Liebe zu seiner Wahlheimat veranlaßte ihn zu dem Buch "Glück in Österreich", das einen schönen Lobspruch auf Wien enthält. Als Essayist befaßte er sich gerne mit Literatur und Musik. Seine Ausführungen sind heute noch lesenswert. Ernst Lissauer hat sich weiters als Herausgeber von Anthologien bewährt.

- - -

Entfallende Sprechstunden

=====

9. Dezember (RK) Dienstag, den 10. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Geschäftsführenden Präsidenten des Stadtschulrates für Wien, Dr. Zechner.

- - -

Ehrenmedaille für 15 Fürsorgeräte
=====

9. Dezember (RK) An 15 Fürsorgeamtsfunktionäre wird Bürgermeister Jonas Samstag, den 14. Dezember, um 10 Uhr, im Stadtsenats-sitzungssaal des Wiener Rathauses die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien überreichen. Bei dem feierlichen Akt wird auch der Amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen Vizebürgermeister Honay sprechen.

- - -

Otto Neurath zum Gedenken
=====

9. Dezember (RK) Am 10. Dezember wäre der Nationalökonom, Soziologe, Philosoph, Statistiker und Pädagoge Otto Neurath, der Schöpfer des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums, 75 Jahre alt geworden.

In Wien geboren, unterrichtete er nach Absolvierung der Hochschulstudien bis 1917 an der Handelsakademie und verfaßte in dieser Zeit wertvolle volkswirtschaftliche Arbeiten. Anschließend erfolgte seine Habilitierung an der Universität Heidelberg. Als konsequenter Verfechter des Gedankens der Vollsozialisierung versuchte er seine Pläne in Sachsen und in Bayern, wo er 1919 kurze Zeit Präsident des Zentralwirtschaftsamtes war, zu verwirklichen. In seine Vaterstadt zurückgekehrt, arbeitete er als Sekretär des Verbandes für Siedlungs- und Kleingartenwesen sowie als Redakteur der Verbandszeitschrift am Wohn- und Siedlungsprogramm mit. Aus dem von ihm begründeten Museum für Siedlung und Städtebau entstand das berühmte Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, das internationale Bedeutung erlangte. Zugleich übte er auch im Rahmen der Volksbildung eine umfangreiche Vortragstätigkeit aus. Otto Neurath gehörte dem Wiener Kreis an, der vor allem in England und Amerika großen Einfluß auf das philosophische Denken erlangte. 1934 ging er mit einigen Mitarbeitern nach Holland, wo er die Leitung des von ihm gegründeten Verbandes für Bildpädagogik und des nach Den Haag verlegten Mundaneums übernahm, das annähernd dem Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum entsprach. Weiters organisierte er als Sekretär

des internationalen Instituts für Einheit der Wissenschaft zwischenstaatliche Kongresse. 1940 mußte er nach England flüchten, gründete das Isotype-Institut in Oxford und begann die Herausgabe der Enzyklopädie der Einheitswissenschaft. Otto Neurath starb am 22. Dezember 1945 in England. Seine Lebensarbeit wird fortgesetzt.

- - -

Am Samstag:

Kindergarten und Lehranstalt werden eröffnet
=====

9. Dezember (RK) Samstag, den 14. Dezember, wird Bürgermeister Jonas zwei neue städtische Einrichtungen eröffnen können. Um 8.30 Uhr wird die neue städtische Lehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe in Meidling, Dörfelstraße 1, offiziell ihrer Bestimmung übergeben, um 14.30 Uhr lädt die Stadt Wien zur Eröffnung des städtischen Kindergartens im 2. Bezirk, in der Venediger Au ein.

- - -

Martina Wied zum Gedenken
=====

9. Dezember (RK) Am 10. Dezember wäre die Schriftstellerin Martina Wied, eine markante Erscheinung der zeitgenössischen österreichischen Literatur, 75. Jahre alt geworden.

Eine gebürtige Wienerin, begann sie schon in jungen Jahren als Essayistin und Kritikerin hervorzutreten, betätigte sich aber auch als Lyrikerin und Dramatikerin. Im Jahre 1924 wurde ihr ein Dichterpreis der Stadt Wien verliehen. Zur künstlerischen Darstellung des Lebens kam sie im Roman, in dem sie mit tiefem psychologischen Erfassen menschlicher Schicksale und Charaktere sowie mit meisterlichem formalen Können ihre eigene Gedankenwelt zu gestalten vermochte. Der Nationalsozialismus zwang sie, Österreich zu verlassen. Sie lebte zuerst in Frankreich und später als Lehrerin in Schottland und kehrte im Winter 1946/47 in ihre Heimatstadt zurück, wo sie als freie Schriftstellerin wirkte. Die schwierige Lage der

österreichischen Buchproduktion machte es zunächst unmöglich, die mitgebrachten Manuskripte drucken zu lassen. 1948 erschien der Roman "Das Einhorn", 1949 "Kellingrath" und der neu aufgelegte Roman "Rauch über St. Florian", der nachhaltigen Erfolg hatte. Anschließend wurde die Erzählung "Das Krähenest" herausgebracht. Der große Roman "Die Geschichte des reichen Jünglings" erzielte eine weit über Österreich hinausreichende Resonanz. Der Band "Brücken ins Sichtbare", der eine Zusammenfassung ihres lyrischen Lebenswerkes enthält, zeigt sie als bedeutende, gedankenreiche Dichterin und hervorragende Sprachschöpferin. Ihre Tätigkeit als Literatur- und Kunstkritikerin sowie die wichtige Rolle, die sie im Pen-Club spielte, ist gleichfalls besonders zu erwähnen. Martina Wied, die 1952 den Österreichischen Staatspreis erhielt und Mitglied des Kunstsenats war, ist am 25. Jänner 1957 in Wien gestorben.

- - -

Das 10.000. Ehejubiläumspaar kommt ins Wiener Rathaus
=====

9. Dezember (RK) Dienstag, Mittwoch und Donnerstag dieser Woche werden auf Einladung des Bürgermeisters fünf Diamantene und 165 Goldene Brautpaare Ehrengäste der Stadtverwaltung im Senatssitzungssaal des Wiener Rathauses sein. Unter den 170 Wiener Eheveteranen wird sich auch das 10.000. Jubelpaar befinden, das nach dem zweiten Weltkrieg im Rathaus geehrt wurde. Die Wiener Stadtverwaltung hat bekanntlich im Jänner 1946 den schönen Brauch der Ehrung von Ehejubilaren wieder eingeführt.

Unter den zehntausend Jubelpaaren, denen in den letzten elf Jahren im Wiener Rathaus die Glückwünsche zum Ehejubiläum übermittelt wurden, befanden sich nicht nur Goldene sondern auch 371 Diamantene, 26 Eiserne und vier Steinerne Paare. Zum ersten Male seit Menschengedenken konnte der Wiener Bürgermeister in diesem Jahr auch zur Gnadenhochzeit, also zur 70 jährigen Ehegemeinschaft, gratulieren.

Das Fest der Goldenen Hochzeit ist heute in Wien nicht mehr ein so seltenes Ereignis wie es noch vor einigen Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Von rund 12.000 im Jahre 1866 in Wien geschlossenen

Ehen war es im Jahre 1916 nur 47 Paaren vergönnt, den 50jährigen Bestand ihrer Ehe zu feiern. Von den 18.477 Wiener Brautpaaren des Jahres 1907 feierten im heurigen Jahr nicht weniger als 872 Paare das Goldene Ehejubiläum. Die Zahl der noch am Leben gebliebenen in Wien getrauten Brautpaare aus dem Jahre 1907 dürfte noch bedeutend größer sein, denn vor 50 Jahren war die damalige Residenzstadt der beliebte Trauungsort für viele Ortsfremde aus allen Teilen der Monarchie. Dazu kommt noch, daß viele damals ortsaussässige Eheleute im Verlauf der späteren Jahre ihren Wohnort verlegt haben und im heurigen Jahr ihre "Goldene" anderswo feierten. Von den mehr als 18.000 im Jahre 1907 geschlossenen Ehen sind, wie aus den Scheidungsstatistiken der Jahre nach dem ersten Weltkrieg hervorgeht, viele wieder zerfallen. Es kann angenommen werden, daß mindestens jede zwanzigste Ehe bis zum 50. Ehejubiläum und noch länger bestehen bleibt.

Das 10.000. Ehejubiläumspaar, das am Mittwoch im Stadtsenats-sitzungssaal aus der Hand des Bürgermeisters im Beisein der Mitglieder des Stadtsenates und der Bezirksvorsteher ein besonders Ehrengeschenk der Stadtverwaltung entgegennehmen wird, kommt aus Favoriten, begleitet von seinen fünf Kindern, elf Enkeln und sechs Urenkeln.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß der städtische Personalreferent Stadtrat Riemer morgen, Dienstag, den 10. Dezember, um 15.30 Uhr, im Ratsherrenstüberl des Rathauskellers die Vertreter der Presse über die Neuregelung der Arbeitszeit beim Wiener Magistrat informieren wird.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 9. Dezember

=====

9. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 10 Ochsen, 4 Stiere, 46 Kühe, Summe 60. Neuzufuhren Inland: 215 Ochsen, 163 Stiere, 862 Kühe, 167 Kalbinnen, Summe 1407. Gesamtauftrieb: 225 Ochsen, 167 Stiere, 908 Kühe, 167 Kalbinnen, Summe 1467. Bis auf 5 Ochsen, 2 Stiere, 3 Kühe und 3 Kalbinnen wurde alles verkauft.

Preise: Ochsen 9.30 bis 11.60 S, extrem 11.70 bis 12.- S (11 Stück); Stiere 10.- bis 12.20, extrem 12.30 bis 12.50 S (7 Stk.) Kühe 7.40 bis 10.10, extrem 10.20 bis 10.70 S (10 Stück); Kalbinnen 10.- bis 11.90, extrem 12.- bis 12.30 S (12 Stück); Beinlvieh Kühe 6.- bis 8.- S, Beinlvieh Ochsen und Kalbinnen 8.- bis 9.60 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 7 Groschen, bei Kühen um 22 Groschen und Kalbinnen um 6 Groschen je Kilogramm. Stiere notierten unverändert. Die Durchschnittspreise betragen: Ochsen 10.14 S, Stiere 11.30 S, Kühe 8.22 S, Kalbinnen 10.62 S; Beinlvieh notierte fest behauptet.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 10./Dezember 1957

Blatt 2424

Wien und Europa

=====

10. Dezember (RK) Zum Abschluß der Delegiertenversammlung des Rates der Gemeinden Europas veranstaltete Bürgermeister Jonas gestern abend im Rathaus einen Empfang, an dem seitens der Stadtverwaltung die Stadträte Afritsch, Koci, Dkfm. Nathschläger und Riemer teilgenommen haben. Die österreichische Sektion des Rates war durch ihren Präsidenten, den Innsbrucker Bürgermeister Dr. Lugger, der Österreichische Städtebund durch Generalsekretär Heller vertreten.

Bürgermeister Jonas begrüßte die Delegierten im Namen der Stadtverwaltung. Er verwies auf die Verbundenheit des Internationalen Städtebundes mit dem Rat der Gemeinden Europas. Beide Institutionen, sagte er, fahren auf denselben Geleisen und haben sich den Gedanken der Integration Europas verschrieben. In Wien müsse man europäisch denken, vor allem auch im Hinblick auf die gegenwärtige Situation im geteilten Europa. Wien ist an einer Besserung der gegenwärtig latenten Situation in den Beziehungen zur abgetrennten Hälfte Europas interessiert, denn es will mitten in Europa sein und nicht an seinem Rande bleiben.

Im Namen der ausländischen Gäste dankte der Präsident des Rates der Gemeinden Europas und Bürgermeisters von Luxemburg, Cravatte, für den herzlichen Empfang der Delegierten in Wien.

- - -

60. Geburtstag von Hans Hoff

=====

10. Dezember (RK) Am 11. Dezember vollendet der Neurologe und Psychiater Univ. Prof. Dr. Hans Hoff das 60. Lebensjahr.

In Wien geboren, wurde er nach Beendigung des Medizinstudiums Assistent an der Klinik Wagner-Jauregg und habilitierte sich 1932 für Neurologie. 1936 erfolgte seine Berufung zum Vorstand der Neurologischen Abteilung an der Poliklinik. 1938 mußte er Österreich verlassen und erhielt eine Anstellung am Royal College for Medicine in Bagdad, wo er wertvollste Pionierarbeit leistete. In kurzer Zeit beseitigte er die Zustände, die im Irak bei der Behandlung von Geisteskranken herrschten, baute ein modernes System auf und sammelte begeisterte Schüler um sich, die nach seinen Methoden arbeiteten. 1942 ging er nach USA und wurde an der Columbia-Universität in New York Assistent-Professor. Während des zweiten Weltkriegs war er als Militärarzt in Asien tätig und unternahm im Auftrag der amerikanischen Regierung große Reisen nach Iran und Afghanistan. 1949 kehrte Prof. Hoff endgültig in seine Vaterstadt zurück. Er übernahm zunächst die Leitung des Krankenhauses am Rosenhügel und 1950 als Nachfolger von Otto Kauders den Lehrstuhl sowie die Leitung der Universitätsklinik für Psychiatrie und Neurologie. Er verstand es, sich in diesen Jahren einen bedeutenden Namen zu machen und begnügte sich nicht mit dem akademischen Lehramt und mit der Spitalambulanz, sondern versuchte immer wieder zeitgemäße Spezialbehelfe für die verschiedenen seelischen Krankheitserscheinungen zu schaffen. Bekannt sind seine Einrichtung für die Heilung der Alkoholiker, seine Fürsorgeschulung für Irrenpflegerinnen, seine weitreichende Vortragstätigkeit in Ärztekreisen und im Rahmen der Volksbildung sowie sein reiches fachwissenschaftliches Wirken, dem nicht weniger als 250 Artikel aus allen Gebieten der Nervenheilkunde die Entstehung verdanken. Hans Hoff empfing heuer durch die Verleihung des dänischen Antonius-Preises eine Ehrung internationalen Maßstabes.

Wiener Landesregierung bewilligte neue Zuschüsse für Privattheater
=====

10. Dezember (RK) Die Wiener Landesregierung hat heute auf Antrag von Stadtrat Mandl 720.000 Schilling als Hilfe für drei Privattheater bewilligt. Das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater und das Raimundtheater erhalten für die Monate September, Oktober, November und Dezember dieses Jahres einen Zuschuß von je 60.000 Schilling.

Ein weiterer Förderungsbeitrag in Höhe von 50.000 Schilling wurde dem Verein Zentralbibliothek zugesprochen. Diese zusätzliche Subvention dient der Überbrückung der gegenwärtig sehr schlechten finanziellen Lage.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

10. Dezember (RK) Donnerstag, den 12. Dezember, entfallen die Sprechstunden des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Richard Nathschläger.

- - -

Geehrte Redaktion!
=====

Die Magistratsabteilung 48, Stadtreinigung und Fuhrpark, hat eine neue Type eines Müllsammelwagens in Dienst gestellt. Durch eine neue Konstruktion ist es möglich, bei gleichbleibender Länge des Fahrzeuges um 50 Prozent mehr Müll aufzunehmen. Der neue Müllsammelwagen kann Donnerstag, den 12. Dezember, in der Zeit von 8.30 bis 9.30 Uhr, in der Garage der Magistratsabteilung 48, 5, Einsiedlergasse 2, von den Vertretern der Presse besichtigt und selbstverständlich auch fotografiert werden.

- - -

Personalnachrichten

=====

10. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute anlässlich ihrer Versetzung in den Ruhestand den Senatsräten Dr. Karl Pospisil und Dr. Ernst Seidler Dank und volle Anerkennung und dem Oberamtsrat Rudolf Martin Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Aus dem gleichen Anlaß hat der Stadtsenat dem Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Ludwig Thiele den Titel Senatsrat und den Amtsräten Karl Bracher, Friedrich Rakohl und Richard Wagner den Titel Oberamtsrat verliehen.

- - -

Anerkennung für Ringturm-Kreuzung

=====

10. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger hat an die Direktion der Verkehrsbetriebe ein Schreiben gerichtet, in dem er allen Beteiligten seinen Dank und die besondere Anerkennung dafür ausspricht, daß die Verkehrsanlage beim Ringturm acht Tage früher als ursprünglich vorgesehen fertiggestellt werden konnte. In dem Schreiben heißt es unter anderem:

"Ich hatte Gelegenheit, den Baufortschritt täglich von meinen Fenstern aus konstatieren zu können; der nur dadurch möglich war, daß sämtliche in Frage kommenden Stellen nach einem genau koordinierten Zeitplan vorgingen, der zuletzt auf Grund eines besonders ambitionierten Einsatzes nicht unwesentlich unterboten werden konnte. Es ist dies doppelt erfreulich, da der an und für sich starke Verkehr an diesem neuralgischen Punkt vor den Weihnachtsfeiertagen noch an Intensität zunimmt und dem fahrenden Publikum im heurigen Jahr somit schon eine wesentlich bessere Verkehrsbedien-
ung geboten werden konnte als in den Vorjahren. Die aufgewendeten rund vier Millionen Schilling für eine, wie ich hoffe, gut gelungene Verkehrsverbesserung werden von der Wiener Bevölkerung sicherlich nicht kritisiert werden."

- - -

Glückwünsche für Prof. Dr. Hoff und Prof. Dr. Chiari
=====

10. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Weinberger haben heute Univ.-Prof. Dr. Hoff anlässlich seines 60. Geburtstages Glückwünsche übermittelt. Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Mandl haben auch Univ.-Prof. Dr. Chiari, der vor wenigen Tagen ebenfalls seinen 60. Geburtstag feierte, ihre Glückwünsche ausgesprochen.

- - -

Gemeinde Wien fördert das Kleingewerbe
=====Wieder eine Million Schilling für gemeinsame Kreditaktion

10. Dezember (RK) Im Jahre 1954 hat der Wiener Gemeinderat beschlossen, sich an einer Kreditaktion für das Wiener Kleingewerbe zu beteiligen. Sie wird gemeinsam vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, von der Wiener Stadtverwaltung und von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien durchgeführt. Durch diese Aktion, die großen Anklang gefunden hat, erhalten Kleingewerbetreibende Kredite bis zur Höhe von 20.000 Schilling mit einer Laufzeit von vier Jahren und einer Verzinsung von fünf Prozent pro Jahr. Die Finanzierung zwischen den drei angeführten Körperschaften erfolgt im Verhältnis 2 : 1 : 1. Die Gemeinde Wien hat für die bisher durchgeführten Aktionen in den Jahren 1954, 1956 und 1957 je eine Million zur Verfügung gestellt.

Der städtische Finanzreferent Stadtrat Slavik beantragte nunmehr heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates, daß diese nützliche und von den Wiener Gewerbetreibenden stark in Anspruch genommene Aktion auch im kommenden Jahr zu den bisherigen Bedingungen fortgesetzt wird. Das Handelsministerium und die Kammer der gewerblichen Wirtschaft haben ihrerseits bereits Zusagen gemacht. Die Stadt Wien wird sich daher im kommenden Jahr neuerlich mit einer Million Schilling an der Kreditaktion beteiligen.

./.

Weitere Wohnbaudarlehen der Gemeinde Wien - Vorgriff auf 1959

Stadtrat Slavik berichtete sodann darüber, daß weiterhin andauernd zahlreiche Ansuchen um Wohnbauförderung einlangen. Schon heuer war es aber notwendig, bei der Bewilligung von Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz auf Haushaltsmittel des Jahres 1958 vorzugreifen. Der Finanzreferent schlug daher vor, die Bewilligung im Hinblick auf die notwendige Bauzeit auch für Bauten, die erst in den nächsten Jahren fertig werden, schon vorher zu erteilen. Es empfehle sich daher, bereits jetzt auf die Mittel des Jahres 1959 vorzugreifen. Dazu bedarf es aber der Ermächtigung des Gemeinderates.

Beide Anträge werden dem Wiener Gemeinderat noch in diesem Monat zur Beratung und endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

- - -

Die Neuregelung der Arbeitszeit beim Wiener Magistrat

=====

10. Dezember (RK) Die Arbeiter- und Angestellten in der ganzen Welt sind derzeit von einer Bewegung nach Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung des Wochenendes ergriffen. Besonders stark macht sich diese Bewegung in der Deutschen Bundesrepublik, aber auch in anderen europäischen Staaten bemerkbar. Sie hat vor einiger Zeit auch auf den öffentlichen Dienst übergegriffen und eine Reihe westdeutscher Städte hat daher in den letzten Monaten ähnliche Regelungen getroffen, wie sie nunmehr von der Wiener Gemeindeverwaltung mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vereinbart wurden.

Grundsätzlich steht die Wiener Gemeindeverwaltung der Forderung des Personals nach Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung des Wochenendes positiv gegenüber, wie der städtische Personalreferent Stadtrat Riemer heute nachmittag in einer Pressekonferenz bekanntgab. Jedoch so wie in der Privatwirtschaft kann auch im städtischen Dienst die Arbeitszeitverkürzung und insbesondere der freie Samstag nicht generell mit einem Termin, sondern nur schrittweise nach Maßgabe der gegebenen Voraussetzungen eingeführt werden. Die Stadtverwaltung hat dabei vor allem darauf zu sehen, daß durch die Neuregelung der Arbeitszeit nicht wichtige Interessen der Bevölkerung verletzt werden. Die Vereinbarung mit der Gewerkschaft geht daher dahin, daß die verkürzte Arbeitszeit und das verlängerte Wochenende nur für jene Magistratsabteilungen und magistratischen Dienststellen eingeführt wird, bei denen folgende drei Bedingungen gegeben sind:

Keine Schädigung des Publikums, keine Personalvermehrung, keine finanzielle Belastung durch neue oder erhöhte Nebengebühren.

Wo diese Bedingungen gegeben sind, tritt mit Wirksamkeit ab 30. Dezember 1957 folgende Neuregelung der Arbeitszeit ein:

Die Arbeitszeit wird auf 45 Stunden je Woche, einschließlich je einer halben Stunde Mittagspause täglich, gekürzt.

Jeder zweite Samstag wird freigegeben, sodaß an Samstagen in den erwähnten Abteilungen und Dienststellen des Magistrates nur der halbe Personalstand Dienst zu leisten hat.

Die Dienstzeit in diesen Abteilungen ist also von Montag bis

Freitag von 7.30 bis 16 Uhr, Samstag von 7.30 bis 12 Uhr (halbes Personal). Jeder Bedienstete hat somit jeden zweiten Samstag dienstfrei.

Diese Regelung der Arbeitszeit gilt vorerst in 43 Magistratsabteilungen und in den Magistratischen Bezirksämtern der 23 Bezirke für alle Bediensteten.

Sie gilt in weiteren 18 Magistratsabteilungen für einen Teil des Personals, vor allem für das Büropersonal dieser Abteilungen.

Die Neuregelung gilt nicht in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten für den Pflegedienst, für die Erzieher, einschließlich Küche und Hauspersonal. (In den Anstaltenverwaltungen gilt die Neuregelung also nur für den Kanzleidienst und für die Werkstätten.)

Die Neuregelung gilt nicht für die Standesämter, Städtischen Büchereien, Kindergärten und Horte, städtischen Schulen (Musiklehranstalten, Modeschule, Hauswirtschaftsschule, Kindergärtnerinnen- und Fürsorgerinnenschule), Schulwarte, Hauswarte in Kindergärten, Heizwerkstätten und Heizpersonal, Hafetrieb, Friedhofsarbeiter (Zentralverwaltung und Kanzleien der Friedhöfe arbeiten an Samstagen mit halber Belegschaft).

Die Neuregelung gilt nicht für die Arbeiter des Wasserleitungsbetriebes, Kanalbetriebes, Bäder, Wäschereien in Wohnhäusern, Zentralwäscherei, Kehrriktabfuhr und Teile des Fuhrwerksbetriebes, Stadtreinigung, Zentrallager des Beschaffungsamtes, Marktamt, Veterinäramt, Feuerwehr, Rettung.

Die Neuregelung der Arbeitszeit gilt nicht für die Bediensteten der Wiener Stadtwerke (Verkehrsbetriebe, E-Werke, Gaswerke, Bestattung).

Über Sonderregelungen für die Standesämter, Büchereien, Zentralwäscherei, Kehrriktabfuhr und andere Dienstzweige des Magistrates wird zwischen der Gemeindeverwaltung, den zuständigen Dienststellen und den Personalvertretungen verhandelt. Bei positivem Ergebnis dieser Verhandlungen wird die neue Arbeitszeit im Rahmen der Sonderregelungen auf die betreffenden Abteilungen und Dienstzweige mit späterer Wirkung ausgedehnt.

Ähnliche Verhandlungen werden im nächsten Jahr für die Wiener Stadtwerke zu führen sein, um die Voraussetzungen zur Einführung der neuen Arbeitszeitregelung auch in diesen Dienststellen zu schaffen.

Schweinehauptmarkt vom 10. Dezember
=====

10. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt keine. Neuzufuhren Inland 7.998. Verkauft wurden alle.

Preise: Extremware 14 S, 1. Qualität 13.50 bis 14 S, 2. Qualität 12.90 bis 13.50 S, 3. Qualität 12 bis 12.90 S, Zuchten 11.50 bis 12.40 S, Altschneider 9.50 bis 11 S. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich um 9 Groschen je Kilogramm und beträgt 13.10 S.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 11. Dezember 1957

Blatt 2433

Weniger Lärm vor dem Rudolfsplatz

Neue Einbahnen im 3. und 4. Bezirk

11. Dezember (RK) Der Lärm der Motorräder und Mopeds ist für die Patienten des Rudolfsplatzes oft unerträglich. Besonders arg ist es im Sommer, wenn man die Fenster offen lassen will. Dabei wird der Durchzugsverkehr durch die Boerhaavegasse immer stärker. Diese Feststellung machte Stadtrat Afritsch in der Sitzung der Wiener Landesregierung und verlangte aus diesem Grunde ein Fahrverbot für Krafträder und Motorfahräder für den Teil der Boerhaavegasse zwischen Klimschgasse und Juchgasse. Dieses gilt natürlich nicht für Fahrzeugbesitzer, die dort wohnen. Die Wiener Landesregierung hat den Antrag angenommen.

Außerdem wurde die Münzgasse im 3. Bezirk als Einbahn erklärt. Sie darf nur in Richtung Linke Bahngasse zur Ungargasse befahren werden. Solange in der nahe gelegenen Großmarkthalle Betrieb ist, parken in der Münzgasse zu beiden Seiten Autos. Die Gasse hat aber nur drei Fahrspuren. Kommen Fahrzeuge von beiden Seiten, gibt es immer Schwierigkeiten. Durch die Einbahnerklärung wird sich der Verkehr reibungsloser abwickeln.

Stadtrat Afritsch beantragte auch für die Gegend um den Phorusplatz im 4. Bezirk eine Verkehrsregelung. Die Fahrbahn des Phorusplatzes im Zuge der Phorusgasse sowie der daran anschließende Teil der Phorusgasse werden von der Leibenfrostgasse in Richtung Mittersteig zu Einbahnen erklärt.

- - -

Wer baut, muß auch für Parkraum sorgen
=====

Durchführungsverordnung zum Garagengesetz beschlossen

11. Dezember (RK) Nach dem neuen Wiener Garagengesetz muß aus Anlaß von Bauführungen Vorsorge getroffen werden, daß die nötigen Einstellplätze oder Garagen für die Bewohner/oder Benützer der Gebäude zur Verfügung stehen. Werden Wohngebäude, Industriebauten, Büro- oder Geschäftshäuser errichtet, so dienen diese Stellplätze dazu, den üblichen Standort für die Kraftfahrzeuge sicherzustellen, um so zu verhindern, daß sie nachts über die Straßen verparken. Diese Verpflichtung tritt nicht nur ein, wenn ganze Gebäude neu erstehen, sondern auch dann, wenn Wohnräume, Industrieräume, Büroräume oder Geschäftslokale neu geschaffen werden.

Die Wiener Landesregierung hat nun auf Antrag von Stadtrat Afritsch eine Durchführungsverordnung zum Wiener Garagengesetz beschlossen, in der festgelegt wird, wie viele Stellplätze für die verschiedenen Arten von Gebäuden in den Bauplänen vorgesehen werden müssen. Mit Ausnahme der Industrieanlagen, deren Einstellbedarf im gesamten Stadtgebiet gleich groß ist, wird dabei in den inneren Bezirken, also im 1. bis 9. Bezirk, ein strengerer Maßstab angelegt, als in den äußeren Bezirken. So wird bei der Errichtung von Wohngebäuden in den Bezirken 1 bis 9 für je volle 500 Quadratmeter Geschoßfläche, in den übrigen Bezirken für je volle 800 Quadratmeter Geschoßfläche 1 Stellplatz gefordert; auf jedem Bauplatz muß aber mindestens 1 Stellplatz eingerichtet werden.

Ist es aus besonderen Gründen nicht möglich, die nötigen Einstellplätze oder Garagen vorzusehen, so muß an die Stadt Wien eine Ausgleichsabgabe gezahlt werden, deren Erträgnis zur Errichtung öffentlicher Parkplätze verwendet wird. Auch die Höhe des Abgabensatzes ist in der Durchführungsverordnung enthalten. Für jeden Quadratmeter fehlender Stellfläche sind 400 Schilling zu entrichten.

Das neue Wiener Garagengesetz sieht aber auch eine Verpflichtung zur Schaffung von Einstellplätzen oder Garagen für den Fall vor, daß jemand Gebäude, Räume oder Anlagen zur Aufnahme einer größeren Anzahl von Benützern oder Besuchern schafft, da sie sich in der Stadt als ausgesprochene "Verkehrserreger" auswirken und

tagsüber die auf der Straße abgestellten Kraftfahrzeuge eine akute Verkehrsbehinderung bilden. Die Durchführungsverordnung zum Garagengesetz setzt auch für solche Gebäude, Räume oder Anlagen die Anzahl der Stellplätze fest. Dabei wurde darauf Bedacht genommen, wieweit sich solche Anlagen "verkehrserregend" auswirken. So wird etwa für Gaststätten, Kaffeehäuser und ähnliche Betriebe in den inneren Bezirken für je 30 Besucherplätze, in den äußeren Bezirken für je 50 Besucherplätze ein Stellplatz gefordert, für Büro- und Geschäftshäuser in allen Bezirken für je 20 Dienstnehmer, ebenso für Sportanlagen, Bäder und ähnliche Anlagen in allen Bezirken für je 50 Besucherplätze 1 Stellplatz. Wer nicht in der Lage ist, die nötigen Stellplätze oder Garagen einzurichten, erhält keine Baubewilligung, ausgenommen dann, wenn es sich um den Wiederaufbau einer kriegszerstörten Anlage handelt und die öffentlichen Rücksichten eine Ausnahme ermöglichen. In diesem Fall muß er aber die Ausgleichsabgabe zahlen.

- - -

13 Dienstjubilare

=====

11. Dezember (RK) Heute vormittag versammelten sich im Stadt-senatssitzungssaal des Wiener Rathauses 13 städtische Bedienstete, darunter acht von den Städtischen Unternehmungen, zur Feier ihres 40jährigen Dienstjubiläums. Bürgermeister Jonas, die Stadträte Bauer, Dkfm. Nathschläger und Riemer nahmen daran teil.

Nach Ansprachen des Personalreferenten Stadtrat Riemer und des Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger sowie von Amtsrat Zorn als Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ergriff Bürgermeister Jonas das Wort. "Sie haben im Dezember 1917 ihren Dienst begonnen", so führte der Bürgermeister aus, "zu einer Zeit, in der die Einsichtigen schon wußten, daß der Krieg ein schlechtes Ende nehmen wird. In der ersten Zeit Ihrer Tätigkeit sind Sie vor Aufgaben ungeheuren Ausmaßes gestanden, die trotzdem bewältigt werden mußten. Aber das Leben ging weiter, wie es auch nach dem zweiten Weltkrieg weiterging. Die Menschen vergessen glücklicherweise die schlechten Erlebnisse, und es ist dies ein erfreuliches Zeichen von Optimismus. Sie dürfen heute mit

./.

Genugtuung empfinden, daß Sie ehrlich und rechtschaffen am Wiederaufbau unserer Stadt mitgearbeitet haben. Das Fundament für die Zukunft ist heute in bester Ordnung."

Der Bürgermeister gratulierte im Namen der Stadt Wien den Dienstjubilaren und dankte ihnen für die geleistete Arbeit.

- - -

Unterstützungsfonds der Österreichischen Krebsgesellschaft
=====

11. Dezember (RK) Die Österreichische Krebsgesellschaft ersucht uns um Weitergabe der Mitteilung, daß ein "Professor Felix Mandl-Unterstützungsfonds" für hilfsbedürftige unbemittelte Krebskranke errichtet worden ist. Das Postscheckkonto des Fonds hat die Nummer 97.142.

- - -

Pferdemarkt vom 10. Dezember
=====

11. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 384 Pferde, davon 22 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 371, als Nutztiere 8 verkauft, unverkauft blieben 5 Stück.

Preise: Fohlen 11.40 bis 12.80 S, Extremware 8.50 bis 11.50 S, 1. Qualität 6.40 bis 7.- S, 2. Qualität 5.80 bis 6.30 S, 3. Qualität 5.20 bis 5.70 S.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 187, Oberösterreich 61, Burgenland 44, Steiermark 33, Kärnten 37, Salzburg 16, Tirol 3, Wien 3.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für Pferde um 9 g und erhöhte sich für Fohlen um 18/kg. Er beträgt: Pferde 6.15 S, Fohlen 11.92 S.

- - -

Max Devrient zum Gedenken
=====

11. Dezember (RK) Auf den 12. Dezember fällt der 100. Geburtstag eines der bedeutendsten Charakterdarsteller des Burgtheaters, Max Devrient.

Als letzter Sproß der berühmten Schauspielerfamilie gleichen Namens in Hannover geboren, sollte er Philologe werden, entschied sich aber für die Bühnenlaufbahn und debütierte 1878 am Dresdner Hoftheater. 1881 kam er ans Ringtheater in Wien, dessen Brandkatastrophe jedoch seine Karriere unterbrach. Adolf Wilbrandt nahm den begabten jungen Künstler in das Ensemble des Burgtheaters auf, dem dieser durch volle 47 Jahre die Treue hielt und vorbehaltlos seine ganze Kraft widmete. Das Publikum und die Öffentlichkeit dankten ihm dafür wie kaum einem anderen Künstler. So wurde ihm die Ehrenmitgliedschaft und der Ring des Burgtheaters, das Bürgerrecht und der Ehrenring der Stadt Wien verliehen, die ihm auch, als er am 14. Juni 1929 starb, ein Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof widmete. Sein Leichenbegräbnis gestaltete sich zu einer Trauerfeier, wie sie in Wien nicht oft zu sehen war. Max Devrient war der letzte Repräsentant einer großen Zeit des Burgtheaters, dessen Tradition von ihm in die Gegenwart weitergetragen wurde. Er übernahm die Nachfolge seiner großen Vorgänger, vor allem Bernhard Baumeisters und Josef Kainz und verkörperte fast alle Rollen der klassischen und modernen Dramatik. Nahezu 5000mal stand er auf der Bühne des Burgtheaters und lehnte es stets ab, daneben auch andere Verpflichtungen einzugehen. Die Zeitgenossen rühmten seine unerreichte Gestaltungskraft, die ihn namentlich als Attinghausen, König Philipp, Macbeth und Julius Caesar zu einmaligen Glanzleistungen befähigte.

"Ich war Lehrbub bei Tandler ..."
=====

Obersenatsrat Dr. Schwarzl ein Fünfundsechziger

11. Dezember (RK) Heute vormittag versammelten sich im Gesundheitsamt auf dem Schottenring die Bediensteten des städtischen Anstaltenamtes, um ihrem Chef, Obersenatsrat Dr. Josef Schwarzl, zu seinem 65. Geburtstag zu gratulieren.

Der Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten Riemer brachte in seinem Glückwunsch die Wertschätzung zum Ausdruck, der sich der weit über seinen Wirkungskreis hinaus bekannte Jubilar erfreut, und würdigte die großen Verdienste, die er sich als einer der höchsten Beamten der Stadtverwaltung um den Wiederaufbau des Gesundheitswesens erworben hat. Dem im Jahre 1915 in den Dienst der Stadt Wien getretenen Beamten gelang es dank seiner überragenden Begabung außerordentliche Aufgaben zu bewältigen. Er ist bekannt dafür, daß es für ihn keine Schwierigkeiten gibt. Stadtrat Riemer wünschte dem Jubilar auch für die kommenden Jahre seiner Tätigkeit im Anstaltenamt die besten Erfolge.

Die Grüße des Magistratsdirektors übermittelte Obersenatsrat Dr. Ledl. Ferner gratulierten Senatsrat Dr. Tait für das Anstaltenamt, Prof. Dr. Knoflach im Namen der Direktoren und Primärärzte und Oberamtsrat Sedlaczek für die Arbeitsgemeinschaft der Verwalter. Die Grüße der Abteilungsärzte und der Spitalsärzte übermittelten Dr. Beireder und Dr. Daume. Im Namen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gratulierte der Obmann der Hauptgruppe I Billmaier und im Namen der Personalvertretung des Anstaltenamtes Kanzleioberkommissär Zangl.

Obersenatsrat Schwarzl bedankte sich für die zahlreichen Ehrungen und Anerkennungen seiner Tätigkeit. "Ich war Lehrbub bei Professor Tandler", sagte er, "und es machte mich glücklich, mein Berufsleben dem sozialen Wien widmen zu können. Unser aller Streben muß dahin gehen, auch weiterhin dem Sozialwerk der Gemeinde Wien zum Wohle ihrer Bevölkerung zu dienen!"

Neues Landesgesetzblatt erschienen
=====

11. Dezember (RK) Das soeben erschienene 20. Stück des "Landesgesetzblatt für Wien" enthält eine Abänderung des Gesetzes über den Religionsunterricht in der Schule und die Verordnung über die Sonntagsarbeit im Kleinverschleiß am Silbernen und Goldenen Sonntag, sowie den Ladenschluß an Samstagen in der Zeit vor Weihnachten.

Das Gesetzblatt ist um 1.50 S im Drucksortenverlag des Rathauses und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei, 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

- - -

80. Geburtstag von Alfred Saxl
=====

11. Dezember (RK) Am 12. Dezember vollendet der Facharzt und Konsulent für orthopädische Chirurgie Univ.Prof.i.R. Dr. Alfred Saxl sein 80. Lebensjahr.

In seiner Vaterstadt Wien absolvierte er das Medizinstudium und wurde nach der praktischen Ausbildung an verschiedenen Kliniken des Allgemeinen Krankenhauses Assistent bei Professor Lorenz. Im ersten Weltkrieg war er als Chirurg an der Front tätig und richtete ein orthopädisches Kriegsspital ein. 1920 wurde er Direktor der Abteilung für Chirurgie der Tuberkulose an der Heilanstalt Spinnerin am Kreuz, 1923 Primarius der 1. Orthopädischen Abteilung im Mariahilfer Spital. Seit 1921 wirkte er an der Wiener Universität als Privatdozent, später als a.o. Professor. Alfred Saxl hat über 110 wissenschaftliche Arbeiten und selbständige Publikationen aus seinem Spezialgebiet veröffentlicht. Am wichtigsten ist das Lehrbuch "Die Orthopädie in der inneren Medizin", das auch ins Englische übertragen wurde. Der verdiente Gelehrte ist leitendes Mitglied der Gesellschaft der Ärzte und Gründungsmitglied des College International de Chirurgiens.

- - -

Das 10.000. Ehejubiläum im Wiener Rathaus
=====

11. Dezember (RK) Unter allen Anzeichen eines außergewöhnlichen Ereignisses wurde heute mittag im Wiener Rathaus ein Goldenes Hochzeitspaar durch die Stadtverwaltung geehrt: Franz und Adelheid Lenger aus Favoriten befanden sich unter den drei Diamantenen und 61 Goldenen Jubelpaaren, die der Einladung des Bürgermeisters in den Stadtsenatssitzungsaal gefolgt waren. Es ist das 10.000. Wiener Jubelpaar seit dem Jahre 1945. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, dem Jubiläumspaar zusammen mit der Ehrengabe für Ehejubilare auch noch eine Hundert-Kronen-Goldmünze zu überreichen.

Zur Ehrung der 64 Jubelpaare waren Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Bauer, Glaserer, Koci und Riemer sowie die Bezirksvorsteher der Bezirke Favoriten, Simmering, Meidling, Hietzing, Penzing und Rudolfsheim-Fünfhaus erschienen.

Bürgermeister Jonas beglückwünschte die Jubilare im Namen der Stadtverwaltung und dankte ihnen dafür, daß sie seiner Einladung gefolgt sind. Die Gemeinde Wien will bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen, sagte er, wie eng sie sich mit den älteren Mitbürgern verbunden fühlt. Sie alle gehören einer Generation an, der das Leben viel schuldig geblieben ist. Zwei Weltkriege wurden ihr beschert und trotz der vielen Schicksalsschläge stehen sie heute aufrecht vor uns als ein Beweis dafür, daß der "achte Weaner" nicht untergehen kann. Die Gemeinde Wien freut sich mit ihnen und ihren Angehörigen, daß sie diesen Ehrentag erleben konnten und wünscht ihnen für die kommenden Jahre viel Gesundheit im Kreise ihrer Kinder und Kindeskinde.

- - -

Ausstellung im Liesinger Heimatmuseum
=====

11. Dezember (RK) Im Liesinger Heimatmuseum, Perchtoldsdorfer Straße 2, ist Samstag, den 14. Dezember, von 9 bis 18 Uhr und Sonntag, den 15. Dezember, von 9 bis 17 Uhr, eine Ausstellung von Heimatbildern, kleinen Plastiken, Keramikarbeiten etc. zu sehen.

- - -

Freie Ärztstellen
=====

11. Dezember (RK) In den Wiener städtischen Krankenanstalten werden wieder drei freie Ärztstellen neu besetzt. Im Krankenhaus der Stadt Wien-Lainz ist eine Assistentenstelle an der I. Chirurgischen Abteilung, im Wilhelminenspital ist eine Assistentenstelle an der Dermatologischen Abteilung frei geworden, im Elisabethspital eine Assistentenstelle an der Chirurgischen Abteilung. Bewerbungsgesuche müssen bis spätestens 15. Jänner bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, abgegeben werden.

- - -

Die Entwicklung der barocken Kirchenfassade
=====

11. Dezember (RK) Freitag, den 13. Dezember, um 17.30 Uhr, hält Univ. Dozent Dr. Walther Buchowiecki im Hörsaal 21 der Universität einen Lichtbildervortrag über das Thema "Die Entwicklung der barocken Kirchenfassade". Der Vortrag wird vom Verein für Geschichte der Stadt Wien veranstaltet.

- - -

Keine Kompetenzstreitigkeiten zwischen Feuerwehr und Polizei
=====Bergung von verschütteten Bauarbeitern hatte keine Verzögerung

11. Dezember (RK) Gestern berichteten einige Zeitungen über die Bergung von verschütteten Bauarbeitern auf dem Handelskai. In einigen Blättern wurde behauptet, daß es auf der Unfallstelle zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen Feuerwehr und Polizei gekommen sei, wodurch wertvolle Zeit verlorenging. Wie uns der Branddirektor der Feuerwehr der Stadt Wien Dipl.-Ing. Dufek mitteilt, habe er sich auf der Unfallstelle und auch von dem die Bergungsaktion leitenden Oberbrandrat Dipl.-Ing. Havelka genau über die Rettungsaktion berichten lassen und festgestellt, daß es keinerlei Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Feuerwehr und der Polizei

./.

gegeben hat. Im Gegenteil, der dort anwesende Baupolier und die übrigen Arbeiter haben der Tätigkeit der Feuerwehr ihr uneingeschränktes Lob ausgesprochen. Es wurde ihm auch von allen an der Baustelle Beschäftigten bestätigt, daß das beste Einvernehmen zwischen der Feuerwehr und der Polizei geherrscht hat und niemals auch nur die geringste Unterbrechung der Rettungsarbeiten eingetreten ist.

In dem Bericht des Oberbrandrates Dipl.-Ing. Havelka an den Branddirektor heißt es wörtlich: "Als ich um 18.21 Uhr an der Unfallstelle eintraf, war der eine Arbeiter bereits befreit und vom Rettungsdienst weggeführt worden. Der zweite Arbeiter befand sich noch am Boden der etwa vier Meter tiefen Künette und war mit einem Bein zwischen abgestürzten Holzteilen der Pölung eingeklemmt. Zu diesem Zeitpunkte schaufelte die eingesetzte Polizeimannschaft auf der einen Seite der Künette ausgehobenes Erdreich nach hinten, um die Wand der Künette auf dieser Seite zu entlasten. Gegenüber schaufelten Polizisten Erdreich aus, um eine Rampe zu dem Verschütteten zu graben. Die Feuerwehrkräfte waren auf dem Boden der Künette mit der Befreiung des Beines des Arbeiters beschäftigt.

Die Unfallstelle wurde von Scheinwerfern der Feuerwehr und der Polizei beleuchtet, wobei die Künette selbst durch zwei Paare Scheinwerfer erhellt wurde, von denen jedes Paar aus einem Feuerwehr- und einem Polizeischeinwerfer bestand.

Der Erdaushub auf der einen Seite der Künette war bereits fast zur Gänze entfernt worden. Die Grabarbeiten auf der anderen Seite waren nicht zielführend, da der Verunglückte nur durch unmittelbare Freilegung seines Beines befreit werden konnte.

Für die nun vorzunehmenden Arbeiten standen mir fünf Löschgruppen zur Verfügung, also insgesamt 25 Mann (ohne Kraftfahrer), wobei jeweils nur einige wenige Mann tätig sein konnten.

Ich konnte sonach auf die weitere Mithilfe der Polizei verzichten und trat daher mit dem Kommandierenden der Polizei, einem Polizeimajor in Verbindung, teilte ihm die Sachlage mit und bat den Major, seine Kräfte zurückzuziehen, bis auf die Scheinwerfergruppe, um deren weiteres Verbleiben ich ihn ausdrücklich ersuchte. Der Major kam meinem Ersuchen bereitwillig

nach, zog die Schulmannschaft zurück und beließ die Beleuchtungsgruppe mit ihren Scheinwerfern weiterhin an Ort und Stelle.

Bald darauf konnte das Bein des Verunglückten fast ganz freigelegt werden. Seine endgültige Befreiung verzögerte sich dadurch, daß es mit allen vorhandenen Mitteln nicht möglich war, die sein Bein einklemmenden Hölzer auseinanderzutreiben. Erst das spanweise Abspalten von Holz, welches naturgemäß unter größter Vorsicht und jeder Vermeidung von übermäßigen Erschütterungen erfolgen mußte, führte schließlich dazu, daß der Verunglückte seinen Fuß aus dem Schuh ziehen konnte, womit die Arbeit beendet war. Der Schuh blieb weiter eingeklemmt."

- - -

Verkehrsplanungskommission diskutiert über Parkometer

=====

11. Dezember (RK) Auf der Tagesordnung der heute im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz von Stadtrat Thaller abgehaltenen Sitzung der Verkehrsplanungskommission Wien war die Diskussion über die Aufstellung von Parkometern. Die Grundlage zur Diskussion bildete der Bericht von Baurat Dipl.-Ing. Zimbelius über die Erfahrungen mit Parkometern in einer Reihe von europäischen Städten. Über Beschluß der Verkehrsplanungskommission wurde vor kurzem durch das Sekretariat eine diesbezügliche Rundfrage an 45 Städte der Deutschen Bundesrepublik, Hollands, der Schweiz, Schwedens, Norwegens, Finnlands und Italiens gerichtet.

Die Rundfrage hat gezeigt, daß die amerikanischen Erfahrungen auch für Europa angewendet werden können. Von 38 eingelangten Antworten haben fünf Städte noch keine Parkometer eingeführt, da die gesetzlichen Vorbedingungen noch nicht bestehen. Nur zwei deutsche Städte sprachen sich prinzipiell gegen die Parkometer aus. Von den 31 Städten, die Parkometer eingeführt haben, war vorerst in nur neun Städten die öffentliche Meinung positiv, in zwölf Städten geteilt und in zehn Städten negativ. Nach der Einführung der Parkometer war die Einstellung gegenüber den Parkometern in 25 Städten positiv und in sechs Städten negativ.

./.

In allen positiven Antworten wurde auf die große Bedeutung der Parkometer für die Geschäftsleute hingewiesen. Aus der Rundfrage geht klar hervor, daß die Bedeutung der Parkometer in erster Linie auf dem Sektor des Wirtschaftslebens liegt und den Interessen der Geschäftswelt dient und erst in zweiter Linie eine Verkehrsmaßnahme darstellt.

Alle Stadtverwaltungen bestätigen, daß sie mit Parkometern gute Erfahrungen gemacht haben und beabsichtigen, diese zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Über die Strafgebühren wurden keine einheitlichen Angaben gemacht. Sie betragen in der Deutschen Bundesrepublik in den meisten Fällen 2 DM und steigen bis 15 DM, für die Schweiz wurden 4 bis 10 Schweizer Franken angegeben.

Die Kommission hat in sehr ausführlicher Weise die verschiedenen Methoden der Parkraumbeschränkung diskutiert. Es wurde zu den Parkometern mit Geldeinwurf, sowie auch zum System der Pariser Scheibenparkometer Stellung genommen. Man hat sich einheitlich für die Einführung von Parkometern in Wien ausgesprochen, ohne sich jedoch auf ein bestimmtes System festzulegen. Von allen Mitgliedern der Kommission wurde betont, daß Dauerparken ein Mißbrauch im Gemeingebrauch der Straße darstellt und dagegen Maßnahmen getroffen werden müssen. Diese Maßnahmen seien sowohl im Interesse der Kaufleute wie auch der Autofahrer.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde das Parkraumproblem der Innenstadt besprochen. Es wurde diskutiert über die Notwendigkeit der Parkgaragen, wobei der Planung eine umfassende Erhebung über die zweckmäßigsten Standpunkte vorangehen muß. Die äußerst schwierigen Fragen des Grunderwerbes für Parkgaragen und der Finanzierung werden die Verkehrsplanungskommission noch zu beschäftigen haben. Die Verkehrserhebungen über Parkplatzbedarf der Innenstadt werden im Frühjahr durchgeführt werden.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 12./ Dezember 1957

Blatt 2445

Geehrte Redaktion!

=====

Montag, den 16. Dezember, um 11 Uhr, beginnen im Rathaus die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958. An den darauffolgenden Tagen werden die Sitzungen jeweils um 9 Uhr früh anfangen. Die Beratungen werden immer bis ungefähr 19 Uhr dauern. Es ist damit zu rechnen, daß die Budgetdebatte am Freitag, dem 20. Dezember, abgeschlossen werden wird.

Der Besuch der Journalistengalerie ist mit jeder Art von Presseausweis gestattet. Wir erinnern auch nochmals daran, daß nunmehr für die Dauer der Gemeinderatssitzungen ein Journalistenzimmer zur Verfügung steht, das von der Journalistengalerie aus zu erreichen ist. In dem Raum befinden sich auch Telefonapparate und Kleiderständer.

Weil die Verhandlungen über das Budget der Bundeshauptstadt auch für die Wochenschau, für das Fernsehen und für die Pressefotografen interessant sind, wurde die Vereinbarung getroffen, daß am ersten Sitzungstag, das ist Montag, der 16. Dezember, ab Beginn der Sitzung um 11 Uhr bis 15 Uhr sowohl im Sitzungssaal als auch von der Galerie aus Aufnahmen gemacht werden können.

Für Radio Wien besteht jederzeit die Möglichkeit, Übertragungen oder Bandaufnahmen zu machen.

- - -

Weihnachtsfeier im Altersheim Baumgarten
=====

12. Dezember (RK) Donnerstag, den 19. Dezember, um 15 Uhr, findet im Festsaal des Pavillon I des Altersheimes der Stadt Wien in Baumgarten eine Weihnachtsfeier statt. Namhafte Künstler wirken mit, so zum Beispiel: Emmerich Arleth, Charly Czeloth, Gretl Haslinger, Bobby Lugano, Max Lustig, Vera Svoboda und Wondra und Zwickl. Weiter werden die Mädchen der Hauptschule 15, Diefenbachgasse, unter der Leitung ihrer Direktorin Schulrat Bocker ein Weihnachtsmärchen aufführen.

- - -

70. Geburtstag von Adalbert Fuchs
=====

12. Dezember (RK) Am 13. Dezember vollendet der Ophthalmologe Prof. Dr. Adalbert Fuchs das 70. Lebensjahr.

Als Sohn eines weltbekannten Augenspezialisten in Wien geboren, wurde er nach Beendigung seiner Studien Assistent bei Paltauf, dann bei Eiselsberg, schließlich an den Augenkliniken München und Wien, wo er sich 1921 habilitierte. 1929 erfolgte seine Bestellung zum Abteilungsvorstand der Wiener Allgemeinen Poliklinik. 1946 folgte er einer Berufung als Unra-Arzt nach China und leitete in der Folge Kurse für Augenspezialisten in Shanghai, Nanking und Kanton. Seit 1949 wirkte er als Professor an der Eye and Ear Infirmary in New York. Gleich seinem Vater hat Adalbert Fuchs internationale Geltung errungen. Vor allem seine Facharbeiten über Augenheilkunde sind sehr geschätzt und werden auch in den angelsächsischen Ländern als Lehrbücher verwendet. Sein Hauptwerk, der "Atlas der Histopathologie des Auges", umfaßt zwei Bände und ist in Amerika stark verbreitet. Das Gleiche gilt für sein "Lehrbuch der Augenheilkunde", das bis heute in 13 Auflagen erschienen ist.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 16. bis 22. Dezember
 =====

12. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 16. Dez.	Gr.K.H.Saal 19.30	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus III; Lieder- abend Anton Dermota, am Flügel Hilde Berger-Weyerwald (Schubert "Die schöne Müllerin")
	Musikakademie Orchestersaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Prof. Dr. Richard Meister "Die musischen Fächer im Bildungs- ganzen der Mittelschule"
Dienstag 17. Dez.	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 2. Konzertes im Zyklus V der Wr. KHG (Dirigent Lorin Maazel)
	Musikakademie Orchestersaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Öffentl. Reifeprüfung für Klarinette und Horn
	Amerika-Haus 19.30	Schallplatten-Musikabend; Boston Symphony Orchestra, Dirigent Charles Munch (Beethoven, Schubert, Ravel, Debussy)
Mittwoch 18. Dez.	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Aufführung des Tanzspiels "Die Geschichte von der harten Nuß" (für Schüler der zweiten Klassen)
	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus V; Wr. Sympho- niker, Gloria Davy (Sopran), Diri- gent Lorin Maazel (Dallapiccola: Variationen; Britten: Illuminations; Martirano: Contrasto; Strawinsky: Symphonie in 3 Sätzen)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Knabenhauptschule Wien XVII: Weihnachtskonzert
Donnerstag 19. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Rudolf Schock, am Flügel Viktor Graef (Schubert, Schumann; Marx, Brahms, Bizet, Puccini, Pon- chielli)

Donnerstag 19. Dez.	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus VII; Kammerorchester der Wr. KHG, Isolde Ahlgrimm (Cembalo), Dirigent Paul Angerer (Scheidt: 2 Symphonien; Bach: Cembalo-Konzert; Hauer: Romantische Phantasie; Jelinek: Concertino; Dvorak: Böhmisches Suite)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Knabenhauptschule Wien XVII: Weihnachtskonzert
	Musikakademie Vortragssaal 18.45	Internat. Gesellschaft für neue Musik: "Österreichisches Liedschaffen der Gegenwart"; Ilona Steingruber (Sopran) Otto Pecha (Klavier), verbindende Worte Friedrich Wildgans (Hauer, Schönberg, Webern, Wildgans, Schwertsik, Cerha, Neuwirth, Hübner)
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Adventstunde; Ausführende: Lehrer und Schüler des Konservatoriums
Freitag 20. Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Convivium musicum Vindobonense, Wr. Sängerknaben, Leitung Gerhard Kramer (Machault: La Messe de Notre Dame; Strawinsky: Die Geschichte vom Soldaten)
	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
	Josefs-Saal 19.30	Musikabend; Wr. Sängerknaben (Weihnachtslieder), Natalie Hinderas, Klavier (J.S. Bach, Scarlatti u.a.)
Samstag 21. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	N.Ö. Tonkünstlerorchester: Voraufführung des 5. Sonntag-Nachmittagskonzertes (Haydn "Die Schöpfung")
	Gr.K.H.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 2. Konzertes im Zyklus IV der Wr. KHG (Haydn "Die Jahreszeiten")
Sonntag 22. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 5. Sonntag-Nachmittagskonzert; Berta Seidl (Sopran), Andor Kaposy (Tenor), Gottlob Frick (Baß), Chor von Radio Wien, Dirigent Robert Heger (Haydn "Die Schöpfung")

Sonntag Gr.K.H.Saal
22. Dez. 19.30

Wr. Konzerthausgesellschaft:
2. Konzert im Zyklus IV; Wr. Sym-
phoniker, Wr. Singakademie, Gloria
Davy (Sopran), Anton Dermota (Tenor),
Frederick Guthrie (Baß), Dirigent
Lorin Maazel (Haydn "Die Jahreszei-
ten")

--- --

Städtische Bäder am 24. Dezember geöffnet
=====

12. Dezember (RK). Zu den Weihnachtsfeiertagen sind heuer die städtischen Bäder am Dienstag, dem 24. Dezember, von 8 bis 16.30 Uhr geöffnet. Kassa-schluß für Brausebäder eine halbe Stunde, für Dampf- und Wannenbäder eine Stunde früher.

Am 25. Dezember, Christtag, 26. Dezember, Stephanitag, und am 1. Jänner, Neujahr, sind alle städtischen Bäder geschlossen.

--- --

Amtseinführung im Wilhelminenspital
=====

12. Dezember (RK) Heute vormittag wurde der neue Primarius der II. Medizinischen Abteilung des Wilhelminenspitales, Dozent Dr. Felix Mlczoch, offiziell in sein Amt eingeführt. Der neue Primarius war seit 1948 Leiter der Lungenstation der II. Medizinischen Universitätsklinik.

Der städtische Personalreferent Stadtrat Riemer dankte dem scheidenden Primarius Prof. Dr. Alfred Frisch für seine langjährige Tätigkeit im Wilhelminenspital, die für alle Zeit mit seinem Namen verbunden sein wird. Zu dem neuen Primarius sagte der Stadtrat, daß er hier seine Fähigkeiten, die er sich durch seine wissenschaftlichen Arbeiten erworben hat, in die Tat umsetzen könne. Dr. Mlczoch geht ein guter fachlicher Ruf voraus, die Stadt Wien hat daher gerne den Empfehlungen des Landessanitätsrates Folge geleistet und Dr. Mlczoch mit der Leitung der II. Medizinischen Abteilung betraut.

Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen Vizebürgermeister Weinberger würdigte die wissenschaftliche Laufbahn von Prof. Dr. Frisch und seine ersprießliche Tätigkeit im Wilhelminenspital,

besonders in den schwierigen Jahren nach 1945. Dem neuen Primarius gegenüber sprach der Vizebürgermeister die Hoffnung aus, daß er im Wilhelminenspital ein segenreiches und erfolgreiches Wirken entfalten werde.

- - -

34 neue Diplomschwestern

=====

12. Dezember (RK) Heute vormittag fand in der Krankenpflegeschule der Krankenanstalt Rudolfstiftung die Diplomfeier für 34 junge Schwesternschülerinnen statt. An der Feier nahmen Vizebürgermeister Weinberger, Stadtrat Riemer, Vertreter des Gemeinderates, der Bezirksvorstehung und des Anstaltenamtes teil. Prof. Dr. Zimmermann, der Direktor der Schule, begrüßte die Ehrengäste.

Stadtrat Riemer sagte, er freue sich, daß heute ein Jahrgang die Diplome bekommt, der besonders gut ist. Keine der zu der Diplomprüfung angetretenen Schwestern ist durchgefallen und 14 haben die Prüfungen mit Auszeichnung bestanden. Dies beweist, wie sehr die jungen Schwestern den Beruf ernst nehmen, für den sie sich entschlossen haben. Krankenpflegerinnen sind in der ganzen Welt eine "Mangelware". Die Stadt Wien hat daher verschiedene Pläne entwickelt, um diesem Beruf mehr Anziehungskraft zu geben. So wurde als erster Schritt das Taschengeld der Schwesternschülerinnen erhöht. Abschließend beglückwünschte Stadtrat Riemer die Schwestern zu ihrer Diplomierung und forderte sie auf, der Stadt Wien auch nach dem Austritt aus der Schule treu zu bleiben.

Vizebürgermeister Weinberger sagte zu den jungen Diplomschwestern, daß sie aus einer sehr guten Schule kommen. Sie mögen dieser Schule immer Ehre machen. Die Schwestern haben sich nun sehr viel Wissen, Fähigkeiten und Kenntnisse angeeignet, sie haben auch bereits am Krankenbett gearbeitet. Nun müssen sie sich bewähren und das, was sie gelernt haben, täglich neu üben. Aber nur dann werden sie wirkliche Schwestern sein, wenn sie ihr Wissen auch mit dem Herzen ausüben. Vizebürgermeister Weinberger wünschte den Schwestern die volle Erfüllung ihrer Berufswünsche, damit sie immer bessere Schwestern und wirkliche Helferinnen unserer kranken Mitbürger werden mögen. Mit diesem Wunsch überreichte Vizebürgermeister Weinberger den jüngsten Wiener Krankenschwestern die Diplome.

- - -

Entfallende Sprechstunden

=====

12. Dezember (RK) Freitag, den 13. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten Lakowitsch.

- - -

Rindernachmarkt vom 12. Dezember

=====

12. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 5 Ochsen, 2 Stiere, 3 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 13. Neuzufuhren Inland: 6 Stiere, 29 Kühe, Summe 35. Gesamtauftrieb: 5 Ochsen, 8 Stiere, 32 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 48. Verkauft: 4 Stiere, 9 Kühe, 1 Kalbin, Summe 14. Unverkauft: 5 Ochsen, 4 Stiere, 23 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 34.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 12. Dezember

=====

12. Dezember (RK) Neuzufuhren Inland: 52 Stück. Verkauft 36. Unverkauft 16.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Neuer Müllwagen für Wien

=====

12. Dezember (RK) Die Stadtreinigung hat einen neuen Müllwagen in Dienst gestellt, der heute vormittag den Vertretern der Presse vorgestellt wurde. Der neue Wagen unterscheidet sich von den bisher verwendeten vor allem dadurch, daß er um einen Meter kürzer und wendiger ist. Der Radstand beträgt 3.30 Meter. Trotzdem kann der Wagen die gleichen Mengen Abfall wie die größere Type aufnehmen. Der Wendekreisdurchmesser von 16 Meter konnte auf 12 Meter verringert werden. Dies ist besonders in den Straßen der inneren Stadt von Vorteil, weil die Müllwagen dort oft in Parklücken ein- und ausfahren müssen. Das Fahrgestell des Müllwagens stammt von der Steyr-Daimler-Puch AG, der Aufbau von der Wiener Brückenbau- und Eisenkonstruktions AG. Das Beladen geschieht wie bei den üblichen Typen. Am hinteren Wagenende befinden sich zwei Einschüttöffnungen. Der Müll wird von einer Preßplatte erfaßt und zusammengedrückt. Dadurch ist es möglich, in einem Wagen 14 Kubikmeter Müll unterzubringen. Die Preßplatte wird durch einen Druckknopf betätigt, der ganze Beladevorgang kann in knapp 25 Sekunden vollzogen werden.

- - -

Städtebund stimmt dem neuen Finanzausgleich zu

=====

12. Dezember (RK) Der Hauptausschuß und der Finanzausschuß des Österreichischen Städtebundes hielten heute in Wien unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Honay, Wien, eine gemeinsame Sitzung ab, in der der Wiener Finanzreferent, Stadtrat Slavik, einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der mit dem Bund, den Ländern und dem Österreichischen Gemeindebund geführten Verhandlungen zur Gestaltung eines neuen Finanzausgleiches gab. Das Ergebnis dieser Verhandlungen sieht unter anderem einen Zuschuß der Gemeinden in der Höhe von 6 Prozent des Gewerbesteueraufkommens zur Finanzierung der Pensionsversicherung der selbständig Erwerbstätigen vor, während für eine Anzahl von Gemeinden, in denen sich Betriebsstätten der Österreichischen Bundesbahnen sowie der Postverwaltung

befinden, Finanzzuweisungen des Bundes als teilweises Entgelt für den Entfall an Gewerbe- und Lohnsummensteuer erreicht werden konnte. Der Hauptausschuß und der Finanzausschuß des Städtebundes stimmten nach eingehender Diskussion dem Verhandlungsergebnis zu.

- - -

Große Stromstörung in Wien
=====

12. Dezember (RK) Heute um 15.25 Uhr blieb infolge einer Störung in der 30.000 Volt-Anlage des Kraftwerkes Simmering fast in ganz Wien der Strom aus. Bis auf Floridsdorf und Teile der südlichen Bezirke waren alle Stromabnehmer der Wiener E-Werke von der Störung betroffen. Auch die Straßenbahn konnte nicht fahren. Nach einer halben Stunde war die Störung, deren Ursache bis jetzt noch unbekannt ist, teilweise behoben. Um 17 Uhr konnte die Stromversorgung Wiens wieder in vollem Umfang aufgenommen werden.

Gehrte Redaktion!

Bis zum Redaktionsschluß der "Rathaus-Korrespondenz" war über die Stromstörung nichts Näheres zu erfahren. Sollte die Ursache im Laufe des heutigen Abends noch festgestellt werden können, wird die "Apa" darüber berichten.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 13. Dezember 1957

Blatt 2454

Die Preisträger 1957 der Dr. Karl Renner-Stiftung

=====

13. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat anlässlich des 80. Geburtstages von Bundespräsident Dr. Karl Renner eine Stiftung für besondere Verdienste um die Republik Österreich errichtet, die den Namen des großen Staatsmannes trägt. Nach dem Statut können Personen oder Personengemeinschaften in den Genuß der Stiftung treten, die durch ihr Wirken oder ihr Urteil zum Ausgleich von Gegensätzen im öffentlichen Leben beitragen, durch Förderung fruchtbarer Ideen, die der Sicherung der Republik sowie ihrer ideellen und realen Grundlagen, dem Frieden, dem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt dienen, durch Forscher-tätigkeit oder durch sonstige Leistungen das Ansehen Österreichs und der Stadt Wien erhöhen oder durch ihr Beispiel das Verantwortungsgefühl des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft heben. Mit der Verleihung, die durch ein Diplom beurkundet und im Stiftungsbuch verzeichnet wird, sind Geldwidmungen verbunden, die im Einzelfall nicht weniger als 10.000 S betragen. Die Vergebung der Preise erfolgt durch den Bürgermeister auf Grund des Vorschlages eines Kuratoriums, dem er selbst als Vorsitzender, die beiden Vizebürgermeister, der Amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung sowie sechs Vertreter des zuständigen Gemeinderatsausschusses angehören.

Mit dieser Stiftung wurde eine in ihrer Art einmalige Ehrungsform gefunden, die kaum ein Gegenstück hat. Sie schafft die Voraussetzung, das Verdienst, wo und wie immer es sich äußert, ohne Ansehung der Person, des Standes und des Ranges, des religiösen und politischen Bekenntnisses die ihm gebührende Anerkennung zu zollen. Danach unterliegt der höchstgestellte Würdenträger der

./.

gleichen Beurteilung und Bewertung wie der namenlose Alltagsmensch, der in seinem bescheidenen Wirkungskreis für die Gemeinschaft Hervorragendes geleistet hat. Die Möglichkeiten der Stiftung, besonders soziale Leistungen in einem Querschnitt durch den gesamten Volkskörper augenscheinlich zu machen, sind die Ursache, daß sie in der Öffentlichkeit bereits sehr populär ist und mit Recht als Nobelpreis des Gemeingeistes und der Menschlichkeit bezeichnet wird.

Die diesjährige Verleihung der Preise, die zum siebenten Mal seit ihrer Stiftung erfolgt, steht unter dem Motto "Demokratie". In der Sitzung des Kuratoriums vom 6. Dezember wurden zwei Einzelpersonen und drei Personengemeinschaften als Preisträger ausgewählt. Auf jeden Preisträger entfallen 20.000 S. Die Preisträger 1957 sind:

Bundesminister Oskar Helmer, dessen Lebensarbeit der Verteidigung und Festigung der demokratischen Idee diente, Nationalratspräsident Dr. Felix Hurdes, der in seinem Amt die Nachfolge Leopold Kunschaks, eines der ersten Preisträger, angetreten hat, als prominenter Repräsentant der Demokratie, der Bundesjugendring als Vertreter der jungen Generation mit ihrem anerkanntswerten Streben, in den Aufgabenkreis der Demokratie hineinzuwachsen sowie die beiden Chorvereinigungen Wiener Singakademie und Singverein der Gesellschaft der Musikfreunde als Sinnbild dafür, daß die Demokratie nicht nur zu ernster Arbeit verpflichtet, sondern auch das Schöne schätzt und pflegt.

Die feierliche Preisverleihung findet am 11. Jänner im Stadt-senatssitzungssaal des Wiener Rathauses statt. Der Feier werden Bundespräsident Dr. Schärf, Mitglieder der Bundesregierung, des National- und Bundesrates, Vertreter des Diplomatischen Corps und prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beiwohnen.

+

Oskar Helmer, am 16. November 1887 in Oberwaltersdorf geboren, fand nach der Schule Beschäftigung in einer Wiener Neustädter Druckerei und schloß sich schon frühzeitig der Arbeiterbewegung an. Nach der Lehrzeit durchwanderte er Österreich, Italien, die Schweiz, Holland und Deutschland, kehrte jedoch wieder nach Wiener Neustadt zurück, wo er die Redaktion der Zeitung "Die Gleichheit" übernahm

./.

und gleichzeitig als Parteisekretär in der politischen Organisation der Sozialdemokraten arbeitete. Nach dem ersten Weltkrieg wurde er 1919 in Wiener Neustadt bei den Landtagswahlen zum Abgeordneten gewählt. Schon im nächsten Jahr erfolgte seine Berufung in die Niederösterreichische Landesregierung, der er 13 Jahre hindurch als Landeshauptmann-Stellvertreter angehörte. 1923 wurde er in den Parteivorstand entsandt, in dem er bis 1934 verblieb. Im Zusammenhang mit den Februarereignissen wurde er verhaftet und in einem Anhaltelager festgehalten, nach seiner Entlassung baute er sich eine neue Existenz im Versicherungsgewerbe auf und erlangte bald eine leitende Stellung. Während des Nationalsozialismus wiederholt den Verfolgungen der Gestapo ausgesetzt, wurde er im Mai 1945 von Kanzler Dr. Renner zum Unterstaatssekretär für Inneres in die provisorische Staatsregierung berufen. Gleichzeitig wurde er 3. Vorsitzender des Parteivorstandes der Sozialistischen Partei Österreichs. Nach der Nationalratswahl übernahm er das verantwortungsvolle Amt eines Bundesministers für Inneres, das er als einziges Mitglied der gegenwärtigen Regierung seit damals bis heute ohne Unterbrechung bekleidet. In dieser Funktion vermochte er die österreichische Exekutive von antidemokratischen Elementen zu säubern und bewies ungewöhnliche Charakterstärke in seiner mutigen Haltung gegenüber den Besatzungsmächten. Seine besondere Sorge galt auch den verschleppten Personen und Flüchtlingen. Unablässig bemühte er sich beim sowjetischen Element um die Freilassung der gefangenen Österreicher. Sein historisches Verdienst ist es, daß in den chaotischen Zuständen der Nachkriegszeit die Demokratie nicht verloren ging und ein imponierendes Werk der Menschlichkeit entstand, dem Bewunderung gezollt werden muß.

Dr. Felix Hurdes wurde am 9. August 1901 in Bruneck, Südtirol, geboren und absolvierte seine Studien in Wien. Nach der Gerichts- und Rechtsanwaltsanwärterpraxis betätigte er sich seit 1933 als selbständiger Anwalt in Klagenfurt, wo er auch als Gemeinderat fungierte. 1936 wurde er in die Kärntner Landesregierung als Schul- und Baureferent berufen. Im März 1938 erfolgte seine Verhaftung, die Streichung aus der Anwaltsliste und seine Einlieferung in das Konzentrationslager Dachau. Nach der Entlassung brachte er sich als Angestellter einer Baufirma fort. Im September 1944 wurde er

neuerlich verhaftet und in das KZ Mauthausen gebracht. Anfangs 1945 wurde er in das Wiener Landesgericht überstellt, wo ein Berliner Senat das Volksgerichtshofes gegen ihn wegen geheimer Tätigkeit zur Wiedererrichtung eines selbständigen Österreich einen Hochverratsprozeß durchführen sollte. Am 6. April wurde er befreit. Dr. Felix Hurdes wurde auf Grund der während des Nationalsozialismus geleisteten Vorarbeiten Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei und war bis 1951 deren Generalsekretär. Bei den Novembervahlen 1945 wurde er zum Nationalrat gewählt. Im Dezember des gleichen Jahres erfolgte seine Berufung zum Bundesminister für Unterricht. Er verblieb auf diesem Posten bis 1952 und war während dieser Zeit um den Wiederaufbau des gesamten Schul- und Erziehungswesens, um den Ausbau des Volksbildungswesens, um die Förderung von Kunst und Wissenschaft (Kultur Groschen, Ravag-Schilling u.a.) und um die Schaffung einer einheitlichen österreichischen Sportorganisation verdienstvoll bemüht. Auch die Durchführung der Ausstellung "Kunstschatze aus Österreich" in zahlreichen europäischen und amerikanischen Städten geht auf ihn zurück. Seit März 1953 ist er Präsident des Nationalrates und bewährt sich als Verfechter eines modernen Parlamentarismus, der den zeitgemäßen Erfordernissen Rechnung trägt. Er arbeitet in Wort und Schrift dafür, in der Bevölkerung ein richtiges Verhältnis zwischen individueller Freiheit und Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft herzustellen, und ist darüber hinaus ein unermüdlicher Propagator des Gedankens der Einheit Europas.

Der Österreichische Bundesjugendring wurde am 5. Dezember 1953 als überparteiliche Organisation gegründet. Anlaß hiezu war die schon früher begonnene gemeinsame Arbeit der Jugendverbände für ein vereinigtes Europa und das Bestehen zwischenstaatlicher Kontakte zur Pflege europäischen Gedankengutes. Zu Beginn des Jahres 1953 fanden sich Vertreter verschiedener Gruppen von Jugendlichen zusammen, in der Absicht, eine Grundlage für die Vertretung gemeinsamer Interessen zu schaffen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Jugendverbände ohne Preisgabe ihrer Selbständigkeit. Dem Bundesjugendring sollte es obliegen, auf demokratischer Basis das gegenseitige Verständnis und die Bereitschaft der österreichischen Jugend zum Erreichen gemeinsamer Ziele zu fördern, gemeinsam Probleme zu lösen, geschlossen für eine Jugenderziehung

im demokratischen Geist einzutreten, in allen wichtigen Belangen das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Die Gründerorganisationen des Bundesjugendrings sind das Evangelische Jugendwerk in Österreich, die Katholische Jugend, die Pfadfinder Österreichs, die Österreichische Gewerkschaftsjugend, die Österreichische Jugendbewegung, der Österreichische Pfadfinderbund und die Sozialistische Jugend. Bei der ersten Vollversammlung wurden die Kinderfreunde Österreichs, die Sozialistische Kinderbewegung, die Katholische Jungschar und das Österreichische Jungvolk Mitglieder des Bundesjugendrings. Im Laufe des Jahres 1954 traten der Mittelschülerkartellverband und der Verband sozialistischer Mittelschüler dem Bundesjugendring bei. Dem erweiterten Bundesjugendring, dem Österreichischen Bundesjugendforum, gehören weitere 23 Vereinigungen an. Durch ihn werden rund 400.000 Einzelmitglieder erfaßt. Gleichartige Einrichtungen bestehen in Deutschland, Holland, Belgien, Norwegen, Frankreich und in der Schweiz. Die Aktionen des Österreichischen Bundesjugendrings bezwecken die Erziehung zum Staatsbewußtsein (Einführung von Jungbürgerfeiern, "Tag der Österreichischen Fahne" u.a.), die Festigung der sozialen Stellung der Jugend in der Gesellschaft, die Verbesserung der Berufsausbildung, die Mitbeteiligung an der kulturellen Arbeit, die Erziehung zum Europa-Bewußtsein, z.B. durch Mitwirkung an dem großen Wettbewerb, der vom Europa-Rat für die europäische Schuljugend durchgeführt wird. Der Bundesjugendring bemüht sich um die Jugend im Bundesheer und nimmt sich auch der jungen Ungarnflüchtlinge in den Lagern an.

Die Konstituierung der Wiener Singakademie fand am 25. März 1858 statt. Die Chorvereinigung kann demnach auf eine 100jährige Geschichte zurückblicken. 1863 wurde Johannes Brahms ihr künstlerischer Leiter und fand durch diese Berufung in Wien seine Wahlheimat. Ihm folgten große Dirigenten, deren Namen der Musikgeschichte angehören, in der Leitung. Für seine künstlerischen Leistungen wurde der Chor wiederholt ausgezeichnet und erhielt u.a. auch 1908 die große Goldene Salvator-Medaille der Stadt Wien. In der Folge dirigierten Bruno Walter, dessen Wirken einen neuen Höhepunkt brachte, Gustav Mahler, Ferdinand Löwe, Paul Klenau, Carl Lafite, Felix Weingartner, Pietro Mascagni, Clemens Krauss, Richard Strauss, Hans Pfitzner, Karl Böhm, Willem Mengelberg, Erich Kleiber, Wilhelm Furtwängler u.v.a. teils längere Zeit hindurch, teils als Gäste.

bedeutende Chorwerke. Von 1927 bis 1945 fungierte Anton Konrath als Chormeister. Besonders eindrucksvoll verliefen die Schubert- und Haydn-Feier der österreichischen Bundesregierung zum 100. Todestag des Liederfürsten im Jahre 1928 und zum 200. Geburtstag des Meisters der klassischen Musik Österreichs im Jahre 1932. Nach dem zweiten Weltkrieg standen Rudolf Nilius, Reinhold Schmid und der derzeitige Chormeister Hans Gillesberger an der Spitze der Wiener Singakademie. Seit 1948 wird die Wiener Singakademie ständig zu den Aufführungen der "Sagra musicale dell Umbria" in Perugia zugezogen und absolvierte bisher acht Konzertreisen in Italien. Am 5. November 1955 wirkte sie bei der Eröffnungsvorstellung der Wiener Staatsoper mit. Die Chronik der Wiener Singakademie enthält ein Jahrhundert Kulturgeschichte. Als erster gemischter Chor in Wien gegründet, entwickelte sie aus bescheidenen Anfängen eine Tätigkeit, deren Bedeutung aus der Fülle berühmter Namen hervorgeht, die mit dem Chor eng verknüpft sind. Immer deutlicher prägt sich die Linie aus, deren Einhalten zur Tradition geworden ist und die in der intensiven Pflege zeitgenössischer Musik besteht. Das Verzeichnis der Ur- und Erstaufführungen vieler Kompositionen grosser Meister durch die Wiener Singakademie ist der beste Beweis hierfür.

Der Gründungstag des Singvereines der Gesellschaft der Musikfreunde ist der 16. April 1858. Künstler von internationalem Rang, wie Johann Herbeck, Johannes Brahms, Hans Richter, Ferdinand Loewe, Franz Schalk, Wilhelm Furtwängler und Herbert Karajan brachten den Chor zu seiner heutigen Vollendung. Sein Programm umfaßt alle grossen Werke der Weltliteratur sowie die konzertante Wiedergabe einiger Opern. Der Singverein kann auf eine große Zahl von Ur- und Erstaufführungen sowie Neueinstudierungen hinweisen. Unter anderen wurden durch ihn Werke von Schubert, Beethoven, Bruckner und Brahms erstmals zu Gehör gebracht. Auch der letzte große österreichische Symphoniker Franz Schmid widmete sein bedeutendstes Werk, das Oratorium "Das Buch mit sieben Siegeln" dem Singverein. Die Wiener Chorvereinigung hat in konsequenter Verfolgung ihrer Ziele die schwierigen Jahre des zweiten Weltkriegs überwunden und in einem beispiellosen Aufstieg seine Spitzenstellung unter den anderen Chorvereinigungen Europas errungen. Besonders geschätzt wurden seine

Leistungen von Arturo Toscanini. Unter Karajans Leitung unternahm der Chor mehrere Auslandsreisen nach Italien und in die Schweiz, deren bedeutendste im Jahre 1950 an die Mailänder Scala führte. Die Choraufführungen bei den internationalen Musikfesten, wie das Bachfest im Jahre 1950, der Internationale Musikkongreß im Jahre 1952, das Haydnfest des Jahres 1954 und das Mozartfest von 1956 wurden hauptsächlich vom Singverein bestritten. Sein kleiner Chor errang 1953 unter dem jetzigen Chordirigenten Reinhold Schmid beim Internationalen Musikwettbewerb in Arezzo den ersten Preis und bereist gleichfalls wiederholt das In- und Ausland. Auch Schallplattenaufnahmen, von denen einige preisgekrönt wurden, haben den Ruhm des Singvereins in die ganze Welt getragen.

Der Singverein ist zum Wahrer und Träger reinsten Musikkultur geworden. Neben der besonderen Pflege klassischer Musik erkennt der Singverein auch die große Bedeutung der Gegenwartsmusik als wichtiges Anliegen lebendigen Musizierens.

Die beiden großen Wiener Chöre, die durch ihre Gründungsdaten nur wenige Wochen voneinander getrennt sind, und in ihrer Geschichte manche Parallele aufweisen, haben durch die in den 100 Jahren ihres Bestandes ausgeübte intensive künstlerische Pflege des Chorgesanges höchste Leistungskraft bewiesen und zur Hebung des kulturellen Ansehens Wiens entscheidend beigetragen. Ihre Ehrung ist auch ein Dank an jeden einzelnen Sänger, der sich seinem schönen Beruf ehrenamtlich hingibt und damit großen Idealismus bekundet.

Kongreßstadt Wien 1958

=====

13. Dezember (RK) Wien wird auch im kommenden Jahr der Schauplatz von Kongressen und Tagungen sowie von kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Veranstaltungen internationaler Prägung sein. Die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, die als koordinierender Faktor mit den Kongreßveranstaltern in Verbindung steht und ihnen bei der Wahl der Termine behilflich ist, weist schon jetzt bereits zwei Dutzend große internationale Veranstaltungen mit rund 15.000 Teilnehmern aus. Mit einer Reihe von in- und ausländischen Kongreßveranstaltern wird noch über die Festlegung der Termine verhandelt.

Der Reigen der Wiener Kongresse im kommenden Jahr wird bereits Anfang Jänner mit der Wiener Damenmode-Woche beginnen. Im Februar findet ein "Seminar für europäische Presse im Dienste Europas" und im März im Rahmen der Wiener Frühjahrsmesse eine große internationale Automobilausstellung statt. Der April wird im Zeichen von zwei großen internationalen Veranstaltungen stehen: der 42. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Pathologie und des Internationalen Treffens der Arbeitsschutzorgane. Für Mai sind folgende Kongresse angemeldet: Tagung der Asbestzement-Fachleute, 2. Internationaler Kongreß der Schädlingsbekämpfer, 10. Internationale Wirtschaftstagung des Donaueuropäischen Institutes, 27. Kongreß der Internationalen Wollvereinigung, Studientagung für Jugendfürsorge, Tagung der Internationalen Kommission für Regeln zur Begutachtung elektrotechnischer Erzeugnisse und der Kongreß der Straßentransportunion. Im Juni findet in Wien eine Tagung der Großeinkäufer von Lebensmitteln und der Internationale Kongreß für Schweißtechnik statt.

In diesem Zusammenhang müssen selbstverständlich auch die Wiener Festwochen genannt werden, die in der Zeit vom 31. Mai bis 22. Juni stattfinden.

Vom 17. bis 20. Juli wird die Bundeshauptstadt anlässlich des 3. Österreichischen Sängerbundfestes in ihren Mauern mindestens 30.000 Sänger aus dem Ausland und eine Woche später 5.000 Jugendliche im internationalen Lager der Roten Falken begrüßen können.

Im Terminkalender für August stehen drei große Kongresse vermerkt: der Pax Romana-Kongreß, die 11. Jahresversammlung der Weltföderation für geistige Gesundheit und die Internationale Tagung der Magier, an der etwa 1.000 Zauberkünstler aus aller Welt teilnehmen werden.

Im Herbst werden noch folgende Kongresse und Tagungen in Wien stattfinden: 4. Internationaler Kongreß für Biochemie, Generalversammlung des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften, 7. Internationaler Frühmittelalter-Kongreß, 2. Generalversammlung der Atomenergiebehörde, Tagung der Geologischen Gesellschaft, 11. Kongreß der Psychischen Hygiene und die Tagung der Internationalen Hotellerie.

Ein von der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien herausgegebener Prospekt für Kongreßveranstalter enthält außer den wichtigsten Informationen auch Angaben über Wiener Kongreßsäle, aus denen hervorgeht, daß für internationale Tagungen insgesamt 17 repräsentative Säle mit einem Fassungsraum für 10.000 Personen zur Verfügung stehen. Nach Fertigstellung der Wiener Stadthalle auf dem Vogelweidplatz wird sich die Kapazität der Wiener Kongreßsäle auf 15.000 Plätze erhöhen.

- - -

Autobusverkehr am Silbernen und Goldenen Sonntag

=====

13. Dezember (RK) Am Silbernen Sonntag, dem 15. Dezember, und am Goldenen Sonntag, dem 22. Dezember, werden in der Zeit von 8.30 bis 19 Uhr folgende Autobus-Taglinien betrieben: 4 Westbahnhof - Stephansplatz - Praterstern; 5 Stephansplatz - Floridsdorf Am Spitz; 7 Südtiroler Platz - Stephansplatz - Franz Josefs-Bahnhof; 8 Hernalser Gürtel - Stephansplatz - Sechskrügelgasse (Rochuskirche).

- - -

400 Dauerbefürsorgte sehen Nestroy
=====

13. Dezember (RK) Für Sonntag, den 15. Dezember, um 14.30 Uhr, sind 400 Dauerbefürsorgte von der Stadt Wien in das Franz Domes-Lehrlingsheim, Theresianumgasse, eingeladen, wo sie einer Aufführung der Posse "Einen Jux will er sich machen" von Johann Nestroy beiwohnen werden. Es spielt die Theatergruppe des Franz Domes-Lehrlingsheimes unter der Regie von Gerti Österreicher. Die Bühnenbilder sind von den Lehrlingen selbst entworfen und gebastelt worden. Vor der Theaterraufführung wird der städtische Wohlfahrtsreferent Vizebürgermeister Honay zu den dauerbefürsorgten Frauen und Männern sprechen, von denen 200 aus dem 4. Bezirk und 200 aus dem 5. Bezirk stammen.

- - -

Pferdenachmarkt vom 12. Dezember
=====

13. Dezember (RK) Auftrieb: 8 Stück, hievon 1 Fohlen. Verkauf als Schlachttiere: 8. Herkunft: Wien 8.
Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Dichterlesungen in den Städtischen Büchereien
=====

13. Dezember (RK) In den Zweigstellen der Städtischen Büchereien finden in den nächsten Tagen folgende Dichterlesungen statt:

In der Städtischen Bücherei, 21, Brünner Straße 36, liest die Jugendschriftstellerin Irene Stemmer aus ihren Werken für Kinder Dienstag, 17. Dezember. Beginn 17 Uhr.

In der Städtischen Bücherei, 9, D'Orsay-Gasse 3-5, findet Dienstag, 17. Dezember, um 19.30 Uhr, ein Stefan Zweig-Abend statt. Es liest Franz Ibaschitz. Einführung und verbindende Worte Gerhard Fritsch.

In der Städtischen Bücherei, 14, Linzer Straße 309, Hugo Breitner-Hof, liest Mittwoch, 18. Dezember, um 15 Uhr Gerhard Stappen aus seinem Buch "Servus Pinguin" und anderen Schriften für Kinder und Jugendliche.

In der Städtischen Bücherei, 20, Leystraße 53, liest Mittwoch, 18. Dezember, um 15 Uhr, die Jugendschriftstellerin Vera Ferra für Buben und Mädels bis zu zehn Jahren.

Leser der Städtischen Büchereien und Gäste sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.

- - -

Sowjetische Filmleute im Wiener Rathaus
=====

13. Dezember (RK) Eine sowjetische Delegation, begleitet vom Botschafter der UdSSR in Österreich Lapin und Kulturattaché Semjonow, die anlässlich der vom Fachverband der Filmindustrie Österreichs veranstalteten Sowjetischen Filmwoche in Wien weilte, statete heute mittag dem Rathaus einen Besuch ab. Zur Begrüßung der Gäste, unter denen sich das prominente Schauspielerpaar Zelikowskaja-Kadotschnikow befand, hatten sich mit Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay und die Stadträte Afritsch und Riemer eingefunden. Die sowjetische Abordnung wird in den nächsten Tagen auch Aufführungen von sowjetischen Filmen in Innsbruck, Salzburg und Linz beiwohnen.

- - -

Ausschreibung der ersten Wahl zur Wiener Landwirtschaftskammer
=====

13. Dezember (RK) In dem am 16. November 1957 ausgegebenen Landesgesetzblatt für Wien wurde das Gesetz über die Errichtung einer Landwirtschaftskammer für Wien (Landwirtschaftskammergesetz) kundgemacht. Es ist am 17. November 1957 in Kraft getreten.

Die Wiener Landesregierung hat nunmehr in ihrer Sitzung am 3. Dezember 1957 die Ausschreibung der ersten Wahl der Mitglieder der Vollversammlung der zu errichtenden Landwirtschaftskammer beschlossen. Wie hierüber näher bekanntgeworden ist, soll die Wahl bereits Sonntag, den 2. März 1958, stattfinden. Zur Durchführung der Wahl wird das Gebiet der Stadt Wien in 14 Wahlsprengele eingeteilt. An der Wahl dürfen nur Wahlberechtigte, das sind Kammerzugehörige, teilnehmen, deren Namen im abgeschlossenen Wählerverzeichnis enthalten sind. Die Eintragung in das Wählerverzeichnis erfolgt auf Grund eines ordnungsgemäß ausgefüllten und unterfertigten Wähleranlageblattes. Die Wähleranlageblätter werden von der N.Ö. Landes-Landwirtschaftskammer, Wien, 1, Löwelstraße 16, und von den freiwilligen Berufsvereinigungen, genossenschaftlichen Verbänden und sonstigen Zusammenschlüssen von in der Land- und Forstwirtschaft in Wien selbständig Erwerbstätigen verteilt. Wahlberechtigte, die bis spätestens 4. Jänner 1958 auf diesem Wege noch nicht in den Besitz eines Wähleranlageblattes gelangt sind, können ein solches bei den angeführten Stellen, bei den Magistratischen Bezirksämtern oder bei der Magistratsabteilung 58, Wien, 1, Rathausstraße 14-16, 1. Stock, Zimmer 205, (Fernsprechnummer: 45 16 81, Klappe 858) während der Amtsstunden beheben oder anfordern.

Die ordnungsgemäß ausgefüllten und unterfertigten Wähleranlageblätter sind bei der genannten Magistratsabteilung bis spätestens 11. Jänner 1958 abzugeben oder dorthin zeitgerecht im frankierten Briefumschlag einzusenden.

Die Wählerverzeichnisse sollen dann in der Zeit vom 22. bis 29. Jänner 1958 in den einzelnen Auflegestellen, die noch näher bekanntgegeben werden, zur Einsicht aufgelegt werden (Reklamationsverfahren).

Die wahlwerbenden Parteien (Wählergruppen) haben ihre Anträge zur Bestellung der Mitglieder der Wahlbehörden sowie ihrer Ersatz-

männer, ferner zur Namhaftmachung der Vertrauenspersonen bis spätestens 29. Dezember 1957 beim Landeswahlleiter (Sitz: Wien, 1, Rathausstraße 14-16, Magistratsabteilung 58), die Bestellung von Abschriften des Wählerverzeichnisses bis spätestens 15. Jänner 1958 bei der Magistratsabteilung 58 einzureichen. Die Wahlvorschläge der wahlwerbenden Parteien (Wählergruppen) sind bis spätestens 26. Jänner 1958 bei der Landeswahlbehörde mit dem Sitze in Wien, 1, Rathausstraße 14-16 (Magistratsabteilung 58) einzubringen. Die Wahlvorschläge werden im "Amtsblatt der Stadt Wien" veröffentlicht. Die Frist zur Namhaftmachung von Wahlzeugen durch die bevollmächtigten Vertreter der wahlwerbenden Parteien läuft am 22. Februar 1958 ab.

Die Wahllokale und die Wahlzeit werden am 22. Februar 1958 im "Amtsblatt der Stadt Wien" und durch öffentlichen Anschlag bekanntgegeben werden.

- - -

Die gestrige Stromstörung

=====

13. Dezember (RK) Heute ist der "Rathaus-Korrespondenz" von der Direktion der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke der folgende zusammenfassende Bericht über die gestrige Stromstörung übergeben worden:

"Am 12.12.1957 um 15.25 Uhr fiel infolge eines Gebrechens in der 30 kV-Schaltanlage des Dampfkraftwerkes Simmering die Erzeugung dieses Werkes mit 150.000 kW aus. Anschließend schalteten sich die 30 kV-Kabeln, die die Fremdstromlieferungen in das Verteilernetz transportierten, durch Überlastung automatisch ab. Die Stromversorgung blieb nur in Floridsdorf sowie in Teilen der südlichen und westlichen Gebiete Wiens aufrecht. Durch umfangreiche Umschaltungen konnte bis 17.15 Uhr die Stromversorgung wieder voll aufgenommen werden.

Wie nachträgliche Untersuchungen ergeben haben, war die Ursache der Störung die Explosion eines 30 kV-Spannungswandlers im Kraftwerk Simmering."

- - -

Puppenadoptionen im Stadtpark
=====

13. Dezember (RK) Heute nachmittag erhielten im städtischen Kindergarten "Im Stadtpark" 23 Wiener Mädchen, neun bis elf Jahre alt, aus der Hand des Vizebürgermeisters Honay "Adoptionsurkunden" für ihre Puppenkinder. Alle haben ihr Probejahr bestanden und somit ihr vor einem Jahr gegebenes Versprechen gehalten, nämlich, die ihnen anvertrauten Puppenkinder gut zu pflegen. Zur Belohnung sind sie nun richtige Puppenmütter geworden. In einem Schreiben des Jugendamtes wurde den Mädchen bezeugt, daß ihre "Kinder" bei den monatlichen Kontrollen in Ordnung gefunden wurden und daß sie den Titel einer guten Pflegemutter mit Recht tragen.

Die Puppenadoptionen, mit denen das städtische Jugendamt vor fünf Jahren zum ersten Mal die Idee von Prof. Tesarek verwirklicht hat, verfolgt vor allem pädagogische Ziele. Der gute Gedanke hat bereits ein weltumspannendes Echo gefunden. In Wien selbst haben sich die Puppenadoptionen inzwischen bestens bewährt. Sie bringen, wie Vizebürgermeister Honay anlässlich der heutigen Feier im Stadtpark sagte, den Kindern zum Bewußtsein, wieviel Mühe sie selbst beanspruchen, um sauber und gepflegt zu sein.

Vizebürgermeister Honay überreichte dann im Beisein von Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für Wohlfahrtspflege an 23 Wiener Mädeln neue Pflegepuppen mit dem Auftrag, sie mögen von den Mädchen mit der gleichen Sorgfalt und Liebe gepflegt werden, wie es ihre Vorgängerinnen getan haben. Den Kindern und ihren Eltern wünschte er im Namen der Stadtverwaltung ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute zum Jahreswechsel.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KI. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 14. Dezember 1957

Blatt 2468

Alles Wissenswerte über die Wiener Stromversorgung

14. Dezember (RK) Alles Wissenswerte über die Stromversorgung von Wien enthält eine Sondernummer des "Amtsblatt der Stadt Wien", in welcher bekannte Fachleute zu Wort kommen. Das Heft ist um 4 Schilling im Drucksortenverlag des Wiener Rathauses erhältlich.

- - -

Die städtischen Dienststellen in der Feiertagszeit

14. Dezember (RK) Die Stadtkassen bleiben wegen Abschlußarbeiten in der Zeit vom 20. bis einschließlich 31. Dezember 1957 für den Parteienverkehr geschlossen.

Für die Erledigung unabweisbarer Fälle und für die Ausgabe von Postsparkassen-Erlagscheinen während der üblichen Amtsstunden wird Vorsorge getroffen, sodaß die Einzahlung von Abgaben keine Unterbrechung erleidet.

In den Fürsorgeämtern und allen Referaten der Magistratsabteilung 12, Erwachsenenfürsorge, findet Montag, den 23., Dienstag, den 24. und Dienstag, den 31. Dezember kein Parteienverkehr statt.

In der Ehe- und Familienberatung des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, 1, Gonzagagasse 23, entfallen vom 24. Dezember bis 3. Jänner 1958 die Beratungsstunden. Letzte Beratung in diesem Jahr ist Freitag, den 20. Dezember, erste Beratung im neuen Jahr Dienstag, den 7. Jänner.

- - -

Linie 73 wieder wie früher
=====

14. Dezember (RK) Ab Montag, den 16. Dezember, werden die Züge der Linie 73 nach Beendigung des Kanalbaues in der Kaiser-Ebersdorfer Straße wieder bis zur Endstation Kaiser-Ebersdorf, Münnichplatz, geführt.

- - -

Hans Saßmann zum Gedenken
=====

14. Dezember (RK) Am 17. Dezember wäre der Schriftsteller Hans Saßmann 75 Jahre alt geworden.

Ein gebürtiger Wiener, begann er einen kaufmännischen Beruf, fühlte sich aber bald zur Literatur hingezogen und war längere Zeit als Journalist tätig. Seine scharfe Kritik machte ihm viele Feinde. Großen Erfolg errang er als Bühnenautor. Er verfaßte zuerst Volksschauspiele und Lustspiele, später dramatische Historien, die oft am Burgtheater aufgeführt wurden. Für den Film schrieb er eine Reihe von Drehbüchern. Weiters beschäftigte er sich mit der österreichischen Geschichte und propagierte die Idee der Volksbühne. In Krumau leitete er auch vorübergehend eine Wanderbühne als Direktor und gab der Bevölkerung Gelegenheit, selbst in allen Stücken aufzutreten. Interessant ist seine Zusammenstellung von Wiener Feuilletons, Redensarten und Dialektaussprüche in dem Buch "Wienerisch". Hans Saßmann starb am 8. Mai 1944 in seinem Landhaus bei Kufstein.

- - -

Eine Neueinführung der Musiklehranstalten der Stadt Wien
 =====

14. Dezember (RK) Zum ersten Male in der Geschichte der Musiklehranstalten der Stadt Wien finden in diesem Jahre Vollkonferenzen des gesamten Lehrkörpers des Konservatoriums, der Musikschulen in den Bezirken und der Kindersingschule statt. In diesen sprechen jene Lehrer, die Kollektivunterricht erteilen, sowie die Leiter der Bezirksschulen über ihre Tätigkeit. Auf diese Art erhalten auch die Lehrer der entferntesten Zweigschulen Kenntnis von den Leistungen und Bestrebungen der großen Schulgemeinschaft. Die erste dieser Vollkonferenzen wurde heute im Konzertsaal des Konservatoriums der Stadt Wien unter Vorsitz des Leiters Regierungsrat Prof. Lustig-Frean abgehalten. Es sprachen u.a. Kammer Sänger Peter Klein und Prof. Karl Hudez über gegenwartsnahen dramatisch-musikalischen Unterricht, Christl Mardayn über die Musik als Grundlage jeglichen dramatischen Unterrichts, über Stilbildung und Ausdruckskunst, Prof. Franz Burkhart über Werden und Pläne der Kindersingschulen, die eine echte Wiener Spezialität bilden. Zahlreiche Lehrkräfte wiesen auf die Fortschritte hin, die auf dem Gebiete ihrer Fachbereiche, bei gleicher Beachtung von Höher- und Breitenentwicklung, zu verzeichnen sind.

--- --

Auszeichnung für die Hüter des "kleinen Lebens"
 =====

15 ehrenamtliche Fürsorgeräte erhalten die Ehrenmedaille

14. Dezember (RK) Heute vormittag fand im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses die Ehrung von 15 Fürsorgeräten statt, die auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken können. Es sind dies: aus dem 5. Bezirk Hans Denk; aus dem 6. Bezirk Anna Hrusa, Karoline Wickenhauser; aus dem 12. Bezirk Albertine Kruschndl, Stefanie Landl, Adolf Rendl, Rudolf Smrstik; aus dem 16. Bezirk Eduard Mestanek, Leopold Hüttner; aus dem 17. Bezirk Ludwig Ehrenreich, Ignaz Bischer, Leopold Stöcklin, Stefanie Weinzettel; aus dem 23. Bezirk Anton Ochsenhofer, Eleonore Wagner.

Dem feierlichen Akt wohnten Bürgermeister Jonas, Vizebürger-

meister Honay, die Stadträte Afritsch, Bauer, Koci und Dkfm. Mathschläger bei. Das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien spielte Musik von Schubert.

Der städtische Wohlfahrtsreferent Vizebürgermeister Honay führte aus, daß sich auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt in unserer Stadt große Änderungen vollzogen haben, seit die Fürsorgegeräte, die heute hier versammelt sind, ihr schwieriges Amt übernommen haben. Aus der Gemeindeunterstützung für die Bedürftigen dieser Stadt ist eine gesetzliche Rente geworden. Das Parlament hat hier eine soziale Tat gesetzt und damit die Fürsorge der Gemeinden auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Die Arbeiterrente bringt sicherlich eine wesentliche Verringerung der Zahl der in der offenen Fürsorge Befindlichen, gleichzeitig aber auch eine starke finanzielle Belastung des Gemeindebudgets. In der Zweiten Republik ist die Zahl der Befürsorgten um fast 70 Prozent zurückgegangen. 1946 waren es noch 46.000 Gemeindebefürsorgte und Ende Oktober 1957 nur mehr 13.000, die von 3.800 ehrenamtlichen Fürsorgeräten betreut werden. Aber die Arbeit der Fürsorgeräte ist ja nicht nur auf die Dauerbefürsorgten beschränkt. Daneben gibt es noch viele Aufgaben zu bewältigen. In der Tätigkeit des ehrenamtlichen Fürsorgerates spiegelt sich das "kleine Leben" unserer Stadt wider..

Bürgermeister Jonas, der die hohen Auszeichnungen überreichte, erinnerte die Fürsorgeräte daran, daß sie ihre Tätigkeit im Jahre 1932, in der Zeit der tiefsten Not, aufnahmen. Wir befanden uns damals in einer Weltwirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes. Es gab zu dieser Zeit in Österreich 600.000 Arbeitslose. Gerade an das öffentliche Wohlfahrtswesen wurden daher die größten Anforderungen gestellt, die für die ehrenamtlichen Fürsorgeräte eine ungeheure Belastung bedeuteten. Heute ist die Arbeit sicher leichter geworden, trotzdem hat sie nichts von ihrer Vielfalt eingebüßt. Der Bürgermeister dankte den langjährigen Fürsoräten im Namen der Gemeinde Wien für ihre Arbeit, für die sie wohl selten Dank gehört haben. Er freue sich außerordentlich, daß er die Auszeichnungen überreichen könne, die eine öffentliche Würdigung für die Verdienste um die Bundeshauptstadt Wien darstellen. Der Bürgermeister bat die Fürsorgeräte, die Ehrenmedaille als Zeichen der Anerkennung ihrer Mitbürger anzunehmen und ersuchte sie gleichzeitig, in ihren Bemühungen nicht zu erlahmen, den bedürftigen Mitbürgern zu helfen.

In Meidling wird man perfekte Hausfrau
=====

14. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas übergab heute früh die von der Stadtverwaltung in Wien 12, Dörfelstraße 1, errichtete neue Lehranstalt für hauswirtschaftliche Berufe ihrer Bestimmung. Das neue, mit einem Kostenaufwand von 4,4 Millionen Schilling umgebaute Objekt ermöglichte nun die Übersiedlung der Anstalt aus ihrem alten, den Anforderungen des neuzeitlichen Schulbetriebes schon längst nicht mehr entsprechenden Schulhaus in der Brückengasse. Die Schülerinnen brachten ihre Freude über den Umzug in das moderne neue Schulhaus in einer festlichen Programmfolge zum Ausdruck; ihnen, die noch vor wenigen Wochen die Schulbänke in der einstigen Dorfschule von Gumpendorf drückten, kann man die Begeisterung über die neue Schule nachfühlen.

Bezirksvorsteher Fürst konnte aus Anlaß der Schuleröffnung viele Ehrengäste begrüßen, darunter Stadtrat Riemer, Stadtschulratspräsident Dr. Zechner, mehrere Gemeinderäte und Mitglieder der Meidlinger Bezirksvertretung sowie Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht und des Wiener Stadtbauamtes.

Stadtschulratspräsident Dr. Zechner dankte der Stadtverwaltung dafür, daß sie mit der Errichtung dieser modernen Anstalt unseren Mädchen eine weitere Chance gegeben hat, sich zu guten Hausfrauen ausbilden zu können. Die Stadträte Mandl und Thaller sowie Stadtrat a.D. Resch haben sich für die Errichtung des Schulhauses besonders eingesetzt.

Bürgermeister Jonas verwies darauf, daß die Gemeinde Wien beim Umbau und bei der Ausgestaltung der Anstalt bestrebt war, den heranwachsenden Wienerinnen alles zur Verfügung zu stellen, was zur Ausbildung einer perfekten Hausfrau benötigt wird. Den Anforderungen der modernen Zeit wurde weitgehend Rechnung getragen. Wenn die Lehrküchen noch nicht etwa über Apparaturen zur Lebensmittelkonservierung durch Isotopen verfügen, meinte er scherzhaft, dann kann es sich nur um eine Frage der Zeit handeln. Der Bürgermeister dankte allen am Umbau beschäftigten Stellen und beglückwünschte sie zum Gelingen ihrer Arbeit. An den Lehrkörper richtete er die Bitte, auch in der neuen Schule den bewährten Geist unseres Schulwesens walten zu lassen. Den Schülerinnen wünschte er, die Schule möge

ihnen und allen, die später einmal in die Dörfelschule kommen, alles geben, was sie für ihr zukünftiges Leben brauchen werden.

Im Anschluß an die Eröffnung im Festsaal der Anstalt unternahmen die Ehrengäste einen Rundgang durch die vier Stockwerke des umgebauten Objektes. In jedem Stockwerk befindet sich eine mit je zwei Elektroherden und Gasherden sowie einem kombinierten Herd ausgestattete Küche. Überall, wo man hinschaut, stehen für die Schülerinnen modernste Küchengeräte und Kühlschränke zur Verfügung. Die Küchen sind mit einem sauber eingerichteten Speisezimmer, dem auch ein Servierraum angeschlossen ist, durch einen Speisenaufzug verbunden. Die Lehrwaschküche ist mit Waschmaschinen und Zentrifugen, außerdem aber auch mit Trögen ausgestattet. In den Nähzimmern stehen 25 Nähmaschinen für den Schulbetrieb bereit. In den Klassen wurden für Lehrzwecke verschiedene Fußböden verlegt, damit die Schülerinnen alle Arbeitsmethoden bei der Fußbodenreinigung auch praktisch erlernen können. Für die Aussteuer der Unterrichtsräume hat die Stadtverwaltung weitere 570.000 Schilling bereitgestellt.

- - -

Eine Bitte der Verkehrsbetriebe

=====

14. Dezember (RK) In den Geschäftsvierteln ist jetzt vor Weihnachten der Kraftwagenverkehr sehr stark. Die Wiener Verkehrsbetriebe bitten daher die Autobesitzer, in diesen Tagen schon in ihrem eigenen Interesse lieber die öffentlichen Verkehrsmittel zu benützen. Es wird allen geholfen sein, wenn die Straßen nicht durch noch mehr parkende Autos verstopft werden.

Die Wiener Verkehrsbetriebe werden ihrerseits am Silbernen und am Goldenen Sonntag von 8.30 bis 19 Uhr zusätzlich auch noch die innerstädtischen Linien 4, 5, 7 und 8 verkehren lassen.

- - -

Neuer Kindergarten in der Venediger Au
=====

14. Dezember (RK) Heute nachmittag eröffnet Bürgermeister Jonas den neuen städtischen Kindergarten im 2. Bezirk, Venediger Au. Das Gebäude enthält zwei Gruppen für Kleinkinder und einen Spielsaal, der durch einen eigenen Eingang getrennt erreichbar ist. Jede Gruppe ist für 30 Kinder bestimmt, denen eine Fläche von 100 Quadratmetern zur Verfügung steht, und zwar ein Aufenthaltsraum, eine Spielnische, eine Garderobe sowie ein Waschraum mit sanitären Anlagen. Außerdem umfaßt der Kindergarten Kanzlei, Küche, Arztzimmer, Abstellraum und Geräteraum. Zwischen den beiden Gruppen ist südwärts eine gedeckte Terrasse vorgelagert. Der Kindergarten, der 2,5 Millionen Schilling kostete, liegt auf einer Fläche von insgesamt 3.700 Quadratmetern, von denen 670 Quadratmeter verbaut wurden. Die Umgebung des Gebäudes wurde gärtnerisch ausgestaltet. Ein Spielhügel, zwei Sandspielgruben und ein Planschbecken mit Brause stehen den Kindern zur Verfügung.

Über die Eröffnung des Kindergartens berichten wir in unserer Nachmittagsaussendung.

- - -

Der Wiener Jubiläumskindergarten:Eine Investition für die Zukunft
=====

14. Dezember (RK) Richtiges Eröffnungswetter hatten die Leopoldstädter bei der offiziellen Eröffnung ihres neuen Kindergartens in der Venediger Au. Der Grundstein zu dem Bauwerk wurde 1955 anlässlich des 10jährigen Bestehens der Zweiten Republik errichtet. Der Feier, die heute nachmittag stattfand, wohnten Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Riemer und Thaller sowie mehrere Nationalräte, Bundesräte, Gemeinderäte und Bezirksfunktionäre bei. Nach der Begrüßung durch Bezirksvorsteher Hladej sprach Stadtrat Thaller. Er führte u.a. aus: "Die Zerstörung eines Teiles des Wurstelplatzes in den letzten Kriegstagen bot der Gemeindeverwaltung im Zuge ihrer Wiederaufbauarbeit die willkommene Gelegenheit, an Stelle der ehemaligen Holzbuden eine weite Grünfläche mit Park- und Spielwiesen zu errichten, um den Kindern dieses Viertels die Möglichkeit zu bieten, unter gesicherter Obhut die Freizeit verbringen zu können.

Auf dieser grünen Insel, um die der Stadtverkehr braust, hat der Bürgermeister am 23. April 1955 den Grundstein zu einem unserer schönsten Kindergärten, zum Jubiläumskindergarten der Stadt Wien gelegt. Dieser schöne und moderne Kindergarten wird ein bebildetes Zeugnis für den Aufbauwillen unserer Stadt ablegen. Er wird wie alle diese Einrichtungen unseren Kindern eine gesunde Entwicklung sichern und ihnen die beste Grundlage für ein späteres glückliches Leben geben.

Der Bau von Kindergärten stellt eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe im Rahmen des sozialen Städtebaues dar. Soziale Funktionselemente, wie es Kindergärten einmal sind, müssen als sinnvolles Netz über den Stadtkörper ausgebreitet sein.

Wir konnten im ablaufenden Jahr 5 Kindergärten ihrer Bestimmung übergeben, 6 Kindergärten und 2 Tageserholungsstätten sind derzeit im Bau und werden im nächsten Jahr zur Verfügung stehen, während 8 Kindergärten und 1 Tageserholungsstätte 1958 neu in Angriff genommen werden."

Dann ergriff Vizebürgermeister Honay das Wort: er sagte: "Hier, wo vor dem zweiten Weltkrieg verschiedene Belustigungen

Groß und Klein erfreuten - wir befinden uns auf einem Teil des alten Praters - hat die Gemeinde einen Kindergarten errichtet, der als Modelleinrichtung bezeichnet werden kann. Sie ermöglicht durch ihre Lage den Kindern in der schönen Jahreszeit den Aufenthalt im Grünen, wobei insbesondere darauf Bedacht genommen wurde, daß auch alle, dem Spiel dienenden Einrichtungen, im Freien benützt werden können.

Unweit von hier hat kürzlich auch der neue Kindergarten in der Oberen Donaustraße-Gredlerstraße den Betrieb aufgenommen. Er ist größer als dieses Objekt. Neben den zwei Kindergartengruppen enthält er auch noch eine Krabbelstube in der 20 der Kleinsten betreut werden. Beide Kindergärten sind von weiblichen Architekten geplant worden. Der Jubiläumskindergarten von Frau Architekt Lessl, der Kindergarten in der Gredlerstraße von Frau Architekt Lachner-Hofbauer. Die Kosten für beide Sozialwerke betragen rund vier Millionen Schilling. In kurzer Zeit wird noch ein dritter Kindergarten in der Leopoldstadt der Benützung übergeben werden können. Er befindet sich in dem Gemeindeneubau Stoffellagasse.

Durch die beiden heute zur Eröffnung gelangenden Kindergärten ist der Mangel an dieser sozialen Einrichtung in der Leopoldstadt teilweise behoben. Der zweite Bezirk verfügt nun über 24 Kindergärten- und Hortgruppen, in denen 620 Kinder der verschiedensten Altersstufen betreut werden.

Ich freue mich berichten zu können, daß in den 529 Kindergärten- und Hortgruppen die gegenwärtig vom Jugendamt geführt werden, 14.600 Kinder eingeschrieben sind.

Im Jahre 1958 werden mit einem Aufwand von rund 5,2 Millionen Schilling sechs Kindergärten, die bereits im Bau sind, fertiggestellt. Außerdem ist ein Betrag von weiteren sechs Millionen Schilling für die Errichtung von weiteren sechs Kindergärten bereitgestellt.

Die Betreuung dieser Kinder wird von 1.380 Kindergärtnerinnen und Kinderwärtnerinnen besorgt. Der Personalaufwand erfordert 47 Millionen Schilling. Für dieses wichtige Gebiet der Kinderfürsorge veranschlagt die Gemeinde rund 80 Millionen Schilling, denen 11 Millionen Schilling als Elternbeiträge gegenüberstehen. Der tatsächliche Aufwand beträgt demnach 69 Millionen Schilling. Daneben subventioniert die Gemeinde aber auch noch mit einem Betrag von

rund 2,5 Millionen Schilling verschiedene Organisationen die Kinderhorte führen.

Bedenkt man, daß im zweiten Weltkrieg der größte Teil der städtischen Kindergärten und Horte durch die Kriegshandlungen vernichtet wurde, so ist diese Leistung umso höher zu werten. Wir dienen dem kostbarsten Gut unserer Stadt, dem Kinde, wenn wir dafür sorgen, daß eine gesunde und lebensfähige Jugend heranwachsen kann."

Bürgermeister Jonas nahm die offizielle Übergabe des neuen Kindergartens vor. "Man muß die Feste feiern wie sie fallen", sagte der Bürgermeister. "Das dachten wir uns vor mehr als zwei Jahren als der zehnte Geburtstag der Zweiten Republik heranrückte. Wir hätten damals vielleicht schon eine große Parade abhalten können oder ein Riesenfeuerwerk abbrennen. Statt dessen haben wir uns dazu entschlossen, in der Leopoldstadt einen Kindergarten zu bauen. Heute ist nun die Idee verwirklicht, und die Anlage steht den Kindern zur Verfügung. Wenn wir nun den Kindern ihr Heim offiziell übergeben, so dürfen wir damit gleichzeitig zum Ausdruck bringen, daß das Volk von Wien alles daransetzt, um möglichst viel für seine Zukunft zu investieren. Und wir freuen uns, daß das Geld, das der Jubiläumskindergarten gekostet hat, gerade für diesen Zweck verwendet wurde."

Mit dem Dank an alle, die bei der Schaffung des Kindergartens beschäftigt waren, übergab der Bürgermeister das Bauwerk seiner Bestimmung. Im Anschluß daran besichtigten die Festgäste den Kindergarten.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 16. Dezember 1957

Blatt 2478

Die Fürsorge für unsere Alten

=====

16. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 15. Dezember, über die Fürsorge der Gemeinde Wien für die alten Leute. Der Bürgermeister führte aus:

"Vor kurzem kam ich während eines offiziellen Empfanges der Stadt Wien mit einer der anwesenden Damen in ein Gespräch über verschiedene Gemeindeaufgaben. Ich erzählte ihr unter anderem auch über die Einrichtungen der Gemeinde zur Betreuung unserer alten Mitbürger. Sie hörte mir sehr aufmerksam zu und dann unterbrach sie mich plötzlich mit den Worten: "Ja, aber Herr Bürgermeister, von diesen Dingen wissen die Wiener fast nichts. Man sollte sie doch öfter informieren, damit sie erfahren, wie die Gemeinde unseren alten Mitbürgern bei der Überwindung der Lebensschwierigkeiten hilft." Diese Aufforderung will ich heute befolgen und Ihnen von der Wohlfahrtspflege für unsere alten befürsorgten Mitbürger berichten.

Will man die Größe dieses Problems erkennen, dann informiert man sich am leichtestens, wenn man die Struktur der Bevölkerung untersucht. Das beste Hilfsmittel hiezu sind die Ergebnisse der Volkszählungen. In dieser Hinsicht sind für uns zwei Erkenntnisse von ausschlaggebender Bedeutung. Die eine ist die Feststellung der ständig steigenden Überalterung in Wien. Zum Beweis hiefür zwei Vergleichszahlen. Im Jahre 1910 waren 4.4 Prozent über 65 Jahre alt, während die gleiche Altersgruppe bei der Volkszählung im Jahre 1951 bereits 13.3 Prozent der Bevölkerung umfaßte. Die zweite charakteristische Tatsache besteht darin, daß wir einen großen Frauenüberschuß haben, der in den höheren Jahrgängen immer stärker

./.

hervortritt. Während in den Altersjahrgängen von 18 bis 30 Jahren /
ner 1192 Frauen entfallen, kommen in dem Lebensalter von 70 und
mehr Jahren auf 1000 Männer 1832 Frauen. Schon aus diesen wenigen
Tatsachen kann der erfahrene Sozialpolitiker und Bevölkerungspoli-
tiker wichtige Schlüsse ziehen. Die erste Schlußfolgerung besteht
darin, daß diese alten Mitbürger ihren Lebensunterhalt nicht mehr
selbst sichern können. Deshalb hat die Gemeinschaft die Verpflich-
tung übernommen, ihren Lebensunterhalt durch eine Rente oder Pen-
sion, oder im Notfall durch eine Fürsorgerente zu sichern. In Öster-
reich sind wir in dieser Beziehung glücklicherweise schon sehr weit
gekommen. Bekanntlich soll noch heuer die Altersversorgung für die
Selbständigen in den freien Berufen, in Handel und Gewerbe und in
der Landwirtschaft durch Gesetz eingeführt werden. Die Altersver-
sorgung der öffentlich Bediensteten, der Arbeiter und Angestellten
in der Privatwirtschaft, besteht schon seit längerer Zeit und um-
faßt bereits den überwiegenden Teil der berufstätigen Bevölkerung.
Obwohl wir uns alle an diesen Fortschritt schon gewöhnt haben, sol-
len wir uns doch immer wieder daran erinnern, welch weiten und er-
folgreichen Weg wir bei der Altersversorgung bereits zurückgelegt
haben. Viele von uns haben noch in ihrer Jugend, wenn sie die For-
derungen an die Zukunft ausdrücken wollten, die Worte von Ferdinand
Freiligrath zitiert:

"Was wir begehren von der Zukunft Fernen,
daß Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,
daß unsere Kinder in der Schule lernen,
und unsere Greise nicht mehr betteln gehen!"

Gewiß, es wird immer wieder Menschen geben, die im Lebenskampf
versagen und dann in irgend einer Art außerhalb der menschlichen
Gesellschaft leben. Aber die übergroße Zahl der Menschen hat eine
sichere, wenngleich auch manchmal bescheidene Grundlage für ihren
Lebensabend. Darf ich Sie daran erinnern, wie in früheren Jahren,
hauptsächlich während der großen Wirtschaftskrise, an vielen Stras-
senecken bettelnde Männer und Frauen standen, manchesmal auch Kin-
der und Kriegsinvalide. Der Freitag war damals immer der Tag der
Bettler, die in den Wohnhäusern von Tür zu Tür gingen und vor allem
aber die Geschäftslokale der Reihe nach aufsuchten. Ich erinnere
mich, daß die Bettler damals an vielen Wohnungstüren ein rundes
Schildchen vorfanden, auf dem zu lesen war, daß der Wohnungsinhaber

Mitglied des Vereines zur Bekämpfung der Bettelei ist.

Es ist üblich, die Zivilisation eines Volkes nach dem Verbrauch von Papier, Seife oder Wasser zu messen. Die Kulturleistungen könnte man etwa messen nach der Zahl der Schulen und Theater, der Lehrer, der Künstler und Nobelpreisträger, aber auch nach dem Grad der Verantwortung gegenüber den alten Mitbürgern. Ein Volk, das für seine Alten nicht sorgt, ist wie eine Familie, der das Schicksal von Vater und Mutter gleichgültig geworden ist.

Wenn nun durch die Leistungen der Gemeinschaft die materiellen Sorgen unserer alten Mitbürger im großen Ausmaß gemildert sind, so stehen sie doch noch vor einer anderen, vor einer menschlichen Gefahr; es ist die Gefahr der Vereinsamung. Nach einem arbeitsreichen Leben in Beruf und Familie stehen die meisten von ihnen an ihrem Lebensabend allein da, denn die Jungen haben eine Familie gegründet und führen ein eigenes Leben. Wenn man diesen alten Menschen helfen will, dann muß man ihnen die Furcht vor dem Alleinsein, ja, um es ganz deutlich zu sagen, die Furcht vor dem Vergessensein nehmen. Man muß ihnen immer wieder Gelegenheit geben, mit dem Leben in Verbindung zu bleiben. Und damit beginnt nun die neue, die große Aufgabe des Fürsorgewesens in der Gemeinde. Ich will Ihnen nun schildern, wie die Gemeinde diese Gedanken in die Wirklichkeit umgesetzt hat.

In der schönen Jahreszeit ist die Gefahr des Alleinseins für den alten Menschen nicht besonders groß. Ist er körperlich halbwegs rüstig, kann er seine Zeit in vielen öffentlichen Gartenanlagen verbringen. Aber im Winter ist das ganz anders. Bei schlechtem Wetter geht man nicht gerne hinaus und obwohl unsere Befürsorgten zu ihrer Rente noch einen Heizzuschuß bekommen, wird doch mit der Kohle gespart, weil man ja nie weiß, ob es nicht noch kälter wird. Also dürfte man sich eigentlich gar nicht wohlfühlen. Das ist aber nicht mehr notwendig, denn die Gemeinde sorgt seit dem Jahre 1952 dafür, daß den Befürsorgten und Sozialrentnern die Tagesheimstätten zur Verfügung stehen. In diesem Winter werden 66 solche Heime in allen 23 Bezirken, und zwar wochentags von 13 bis 19 Uhr geöffnet sein. Es ist nun sehr interessant, daß, entgegen der ursprünglichen Absicht, diese Tagesheimstätten immer mehr von Sozialrentnern besucht werden. Im vergangenen Winter waren nur 28 Prozent der Besucher Dauerbefürsorgte der Gemeinde, während 72 Prozent Rentner und

Pensionisten waren. Diese 66 Heime werden ungefähr eine halbe Million Besucher haben, denn sie werden täglich von rund 4.600 Menschen aufgesucht. Und nun sage ich Ihnen eine Zahl, die Ihnen schon sehr bekannt vorkommen wird. Die Besucher sind zu 82 Prozent Frauen und nur zu 18 Prozent Männer. Hier drückt sich wieder der große Frauenüberschuß in den höheren Altersjahrgängen aus. Der größte Teil der Besucher steht zwischen dem 70. und 80. Lebensjahr, der älteste Besucher zählte 95 Jahre. In den Heimen finden die Besucher viele Möglichkeiten der Geselligkeit und der Zerstreuung. Natürlich wird auch für das leibliche Wohl gesorgt, denn täglich gibt es Milchkaffee, dazu zweimal in der Woche Kuchen und einmal im Monat ist der sogenannte "sorgenfreie Tag", an dem auch ein Mittag- und Abendessen aufgetischt wird. Dank dem Verständnis der Zeitungsherausgeber liegen Tages- und Wochenzeitschriften auf. Viele Frauen beschäftigen sich mit ihren Handarbeiten, und dann wird natürlich fleißig Domino, Schach und Karten gespielt. Von Zeit zu Zeit werden Tonschmalfilme vorgeführt, einmal im Monat gibt es eine Schüleraufführung der benachbarten Schulen. Ein Wiener Theater hat im vergangenen Winter in dankenswerter Weise Hunderte von Eintrittskarten zur Verfügung gestellt. Jetzt kann ich auch verraten, daß - so wie in den vergangenen Jahren - die Generalprobe der Wiener Eisrevue am 23. Dezember zum größten Teil für unsere Alten aus den Tagesheimstätten reserviert ist.

Die Bemühungen der Gemeinde für unsere dauerbefürsorgten alten Mitbürger erstrecken sich nicht nur auf die Winterszeit, sondern auch auf die Sommermonate. Seit dem Jahre 1952 erfreut sich die Urlaubsaktion der Gemeinde Wien in den Kreisen der Dauerbefürsorgten außerordentlicher Beliebtheit. In den letzten Jahren haben je 3.000 Dauerbefürsorgte Urlaub gehabt; bisher insgesamt schon 12.700. Begreiflicherweise können aber an dieser Aktion nur gesunde Personen teilnehmen, da in den Urlaubsheimen keine Möglichkeit bestünde, Pflegebedürftige oder Kranke unterzubringen. Die Urlaube werden in der Zeit von Ende April bis Ende September in zweiwöchigen Turnusen durchgeführt, und zwar derzeit in sechs Heimen. Fünf davon sind in Niederösterreich und eines ist in Oberösterreich. Die Urlauber bekommen nicht nur ihre Fürsorgerente weiterbezahlt, sondern dazu noch ein Taschengeld, um einige Bedürfnisse decken zu können. Auffällig sind auch bei dieser Aktion wieder die vielen Frauen. An der

vergangenen Urlaubsaktion nahmen 2.670 Frauen und nur 330 Männer teil. Das Durchschnittsalter der Urlauber betrug 69 Jahre, den Rekord hielt aber eine 99jährige rüstige Wienerin, die im Heim Heiligenkreuz ihren Urlaub verbrachte. Wenn man gemeinhin von den schönen Urlaubsfreuden im Sommer spricht, denken die wenigsten daran, daß nicht nur die jungen, sondern auch die alten Menschen Urlaubsfreuden brauchen. Die Abwechslung, das Kennenlernen anderer Menschen und die schöne landschaftliche Umgebung wirken auf die Alten genau so belobend wie auf die Jungen. Am meisten beeindruckt bin ich bei Besuchen in diesen Urlaubsheimen immer wieder, wenn mir alte Mütter mit 70 und mehr Jahren gestehen, daß sie das erste Mal in ihrem arbeitsreichen Leben einen Urlaub haben. Jahrzehnte hindurch hätten sie für andere gesorgt und endlich könnten auch sie sich einmal an einen Tisch setzen, an dem sie bedient werden.

Wenn aber im Herbst die Urlaubsaktion zu Ende ist, findet eine Wiedersehensfeier aller Urlauber statt. Da treffen sich die alten Damen und Herren zu einer Sondervorstellung in der Volksoper und die Künstler spielen für ihre alten Mitbürger mit besonderer Freude und mit besonderem Eifer. Heuer stand der "Bettelstudent" auf dem Programm. In den vergangenen zwei Jahren der "Zigeunerbaron" und das "Land des Lächelns". Am Schluß dieser Vorstellungen strahlt echte Lebensfreude aus den Augen der alten Frauen und Männer, und wenn sie sich mit dem Gruß "Auf Wiedersehen" verabschieden, so spricht daraus wirkliche Hoffnung auf kommende frohe Erlebnisse.

Leider ist die Zeit heute zu knapp, um Ihnen auch noch über die Muttertagsfeiern zu berichten, welche die Gemeinde für die dauerbefürsorgten alten Mütter alljährlich auf dem Kahlenberg veranstaltet. Ich hoffe, Ihnen später einmal davon erzählen zu können.

Heute muß ich Ihnen aber noch über ein Problem berichten, das mich seit geraumer Zeit sehr stark beschäftigt. Es ist allgemein bekannt, daß alte Menschen für Krankheiten leichter anfällig sind als jüngere Menschen. Ich habe seinerzeit auch schon darüber berichtet, daß die städtischen Altersheime in den letzten Jahren immer mehr den Charakter von Altersspitälern angenommen haben. In der medizinischen Wissenschaft hat sich sogar schon ein Spezialfach für Alterskrankheiten, die Geriatrie, entwickelt. Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen den immer stärker hervortretenden Alterskrankheiten und den Bettenverhältnissen in den Wiener Spitälern.

Da auch mit dem geplanten Umbau des Allgemeinen Krankenhauses eine Umstellung der Bettenverhältnisse verbunden sein wird, scheint es mir notwendig, an die Errichtung eines Spitales für Alterskrankheiten zu denken. Leider steht mir der Rat meines verstorbenen Freundes Prof. Dr. Felix Mandl nicht mehr zur Verfügung, mit dem ich zu seinen Lebzeiten öfter über dieses Problem diskutierte.

Als ich vor kurzem anlässlich der Österreichischen Woche in Stuttgart war, verband ich damit die Nebenabsicht, die neu erbaute Abteilung für Alterskrankheiten im dortigen Bürgerhospital zu besichtigen. Der ausgezeichnete Eindruck, den ich davon gewann, ließ meine Absichten zur Errichtung eines Spitales für Alterskrankheiten noch reifer werden. Falls sich meine Hoffnungen und Wünsche auf diesem Gebiete erfüllen lassen, würde sich dann für unsere alten Mitbürger eine willkommene Verbesserung der Krankenbehandlung ergeben.

Die Weihnachtswünsche des Bürgermeisters

Liebe Hörerinnen und Hörer! Meine heutige Sendung ist die letzte vor den Weihnachtsfeiertagen. Aus diesem Anlaß wünsche ich Ihnen und allen Wienerinnen und Wienern aus ganzem Herzen viel Festasfreude im Kreise Ihrer Familie und Ihrer Freunde!

- - -

Die Budgetdebatte im Wiener Rathaus
=====

16. Dezember (RK) Heute, um 11 Uhr, beginnen im Rathaus die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958. Zu den Referaten der zwölf Berichterstatter haben sich vorläufig 37 Debatteredner angemeldet.

Die Budgetverhandlungen beginnen mit der General- und Spezialdebatte zur Geschäftsgruppe II: Finanzwesen. Berichterstatter: Stadtrat Felix Slavik. Wortmeldungen für General- und Spezialdebatte: die Gemeinderäte Josef Lauscher und Dr. Ludwig Soswinski (VO), GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP), GR. Dr. Wilhelm Stemmer (SPÖ).

Zu den Spezialdebatten über die weiteren Geschäftsgruppen stehen auf der Rednerliste vorläufig folgende Namen:

Geschäftsgruppe I: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform. Berichterstatter: Stadtrat Hans Riemer. Debatteredner: Dr. Ludwig Soswinski (VO), GR. Dr. Carl Freytag (ÖVP), GR. Johann Schiller (SPÖ).

Geschäftsgruppe III: Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung. Berichterstatter: Stadtrat Hans Mandl. Debatteredner: GR. Dr. Heinz Christoph (VO), GR. Eleonore Hiltl (ÖVP), GR. Adolf Planek (SPÖ).

Geschäftsgruppe IV: Wohlfahrtswesen. Berichterstatter: Vizebürgermeister Karl Honay. Debatteredner: GR. Josef Lauscher (VO), GR. Franz Peterlin (ÖVP), GR. Otto Gratzl (SPÖ).

Geschäftsgruppe V: Gesundheitswesen. Berichterstatter: Vizebürgermeister Lois Weinberger. Debatteredner: GR. Dr. Heinz Christoph (VO), GR. Dr. Karl Eberle (ÖVP), GR. Käthe Jonas (SPÖ).

Geschäftsgruppe VI: Bauangelegenheiten. Berichterstatter: Stadtrat Leopold Thaller. Debatteredner: GR. Theodor Maller (VO), GR. Dkfm. DDr. Pius Prutscher (ÖVP), GR. Helene Potetz (SPÖ).

Geschäftsgruppe VII: Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten. Berichterstatter: Stadtrat Karl Lakowitsch. Debatteredner: GR. Richard Kronberger (VO), GR. Ing. Arch. Johann Lust (ÖVP), GR. Herbert Mayr (SPÖ).

Geschäftsgruppe VIII: Öffentliche Einrichtungen. Berichterstatter: Stadtrat Franz Koci. Debatteredner: GR. Theodor Maller (VO), GR. Franz Walzer (ÖVP), GR. Josef Wiedermann (SPÖ).

Geschäftsgruppe IX: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen.

Berichterstatter: Stadtrat Franz Glaserer. Debatteredner: GR. Josef Hausner (VO), GR. Rudolf Wohlmuth (ÖVP), GR. Josef Windisch (SPÖ).

Geschäftsgruppe X: Wirtschaftsangelegenheiten. Berichterstatter: Stadtrat Franz Bauer. Debatteredner: GR. Richard Kronberger (VO), GR. Dipl.-Ing. Franz Hengl (ÖVP), GR. Maria Hirschler (SPÖ).

Geschäftsgruppe XI: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Berichterstatter: Stadtrat Josef Afritsch. Debatteredner: GR. Josef Hausner (VO), GR. Markus Bittner (ÖVP), GR. Karl Fürstenhofer (SPÖ).

Zum nun folgenden Referat Bilanz und Bedeckung des Stadtrates Slavik, das die Beratungen über den Voranschlag der Hoheitsverwaltung abschließt, liegt keine Wortmeldung vor.

Geschäftsgruppe XII: Städtische Unternehmungen. Berichterstatter: Stadtrat Dkfm. Richard Nathschläger. Debatteredner: GR. Theodor Maller (VO), GR. Dr. Hans Wollinger (ÖVP), GR. Franz Adelpoller (SPÖ).

- - -

Die Debatte

Bürgermeister Jonas eröffnete hierauf die Generaldebatte und die Spezialdebatte zur Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen.

GR. Lauscher (VO) betonte, daß die Wohnungsnot in Wien noch außerordentlich groß und Wien noch weit davon entfernt ist, jedem Wiener Haushalt seine eigene Wohnung zu bieten. Die entscheidende Methode zur Bekämpfung der Wohnungsnot bleibt die Verstärkung des sozialen Wohnhausbaues. Das Wohnungsvermietungsgesetz hat sich als ungeeignet erwiesen, den Wohnungswucher erfolgreich zu bekämpfen. Besondere Maßnahmen sind notwendig, um den Bombengeschädigten zu helfen. Den Bediensteten der Stadt Wien müssen endlich dieselben Rechte gewährt werden, die sie in der Ersten Republik hatten. Dazu gehört auch der 14. Monatsgehalt. Daneben muß der Kampf um die 40-stundenwoche fortgesetzt werden.

Die Verkehrsmisere werde immer unerträglicher. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind leider weit hinter dem neuzeitlichen Bedarf zurückgeblieben. Die Opfer sind vor allem die Arbeiter und die Angestellten. Der Bau einer Schnellbahn zieht sich in die Länge. Der Redner fordert den Bau eines zweiten Stadtbahnringes, den Ausbau des Autobusnetzes, eine Verkürzung der Intervalle bei der Straßenbahn, den Ersatz gewisser Straßenbahnlinien durch Autobusse und die Erneuerung des überalteten Wagenparkes. Die Straßenbahn muß soziale Tarife haben, darum ist jede Tarifierhöhung und insbesondere jede Verteuerung der Arbeiterwochenkarte abzulehnen. Die letzte Verteuerung des Straßenbahntarifes gab den Unternehmern das Signal zu großen Preissteigerungen. Es hat den Anschein, daß die Sozialistische Partei aus dieser Lektion nichts gelernt hat. Die heutige Zeit verlangt einen tragbaren Tarif, der durch Zuschüsse von Stadt und Staat gestützt werden muß.

Die Gemeindeverwaltung hat in den letzten Jahren auf viele hundert Millionen Schilling zugunsten des Bundes verzichtet. Die Benachteiligung Wiens durch den Bund ist eine schwere Anklage gegen die Finanzpolitik der Stadt Wien. Die ÖVP haßt ein Wien mit einer Mehrheit der Arbeiterstimmen und einer fortschrittlichen Sozialpolitik.

Der Redner vertritt die Ansicht, daß die sozialistischen Mandatäre der Gemeinde Wien die Interessen der Stadtverwaltung gegenüber dem Bund unzulänglich vertreten. Sie müßten viel energischer vorgehen. Die ÖVP und mit ihr vor allem Finanzminister Dr. Kamitz wären entschlossen, die Benachteiligung Wiens weiterhin zu handhaben. Die Volkspartei ist ein ernster Hemmschuh für die fortschrittliche Entfaltung unserer Stadt.

Der Redner kommt sodann auf wirtschaftliche Probleme unserer Stadt zu sprechen und verweist auf die Notwendigkeit der Intensivierung des Osthandels. Als mit den Interessen unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft nicht vereinbar bezeichnet der Redner die Auslieferung eines Teiles unserer Erdölwirtschaft an ausländisches Kapital. Er stellt einen diesbezüglichen Resolutionsantrag.

Abschließend stellt GR. Lauscher fest, daß unsere Stadt, in der die Arbeiterschichten in der Mehrheit sind, nach den Wünschen der arbeitenden Menschen verwaltet werden soll. Seine Fraktion werde auch im kommenden Jahr alles unterstützen, was für die arbeitende Bevölkerung von Wien nützlich ist. Sie werden den Kampf gegen die Benachteiligung Wiens führen und die Rechte der Stadt verteidigen. Der Kampf gelte auch den Preistreibern und Wohnungswuchern. Seine Fraktion lasse sich in ihrer Haltung zum Voranschlag nur von diesen Gesichtspunkten leiten.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) spricht von der Bedeutung Wiens, das durch seine günstige Lage und seine Kunst- und Kulturstätten schon einmal Weltstadt war. Zweimal hat das Schicksal die Stadt hart getroffen, doch sie hat sich wieder erholt, nicht zuletzt durch die gute Finanzpolitik der Regierung. Der Bund hat nicht nur Milliarden für das Bauwesen bereitgestellt, sondern auch für den Wiederaufbau von Burg und Oper gesorgt. Wenn heute wiederholt erwähnt wurde, daß Wien bedeutende Leistungen als Bundeshauptstadt zu tragen habe, muß gesagt werden, daß der Bund der Stadt viele Lasten abgenommen hat. Wien hat wieder aufgebaut und Wien kann und soll auch wieder Weltstadt werden. Sollte es dem Finanzreferenten ernstlich darum zu tun sein, Wien für einen Fremdenzustrom bereitzumachen, muß dies auch im Budget zum Ausdruck kommen.

Der Bund hat das Seine durch den etappenweisen Ausbau der Autobahn und die etappenweise Elektrifizierung beigetragen. Wien könnte durch Beschreitung des Anleiheweges gleichfalls viele große Pläne verwirklichen, und vor allen Dingen einmal das Verkehrsproblem lösen. Zunächst müßte aber einmal gründlich geplant werden, auch in finanzieller Hinsicht.

Kritik übt die Rednerin an einigen Punkten der Verfassung der Stadt Wien. So mißt man zum Beispiel dem Stadtrat einer Verwaltungsgruppe die gesamte Verantwortung für seine Gruppe zu, läßt ihn aber auf der anderen Seite nicht darüber bestimmen, wer in seiner Gruppe beschäftigt wird. Andere Punkte der Verfassung werden leider wieder nicht genügend berücksichtigt. So gehe es zum Beispiel nicht an, daß in den Wohnhäusern der Gemeinde Wien Räume im Ausmaß von 25.000 Quadratmetern der SPÖ zur Verfügung gestellt werden. Diese Räume sind Eigentum aller Wiener und aus Steuergeldern erbaut worden. Darüber hinaus ist aber der Mangel an Wohnungen noch so bedeutend, daß auch aus diesem Grunde dieser Vorgang verurteilt werden muß. Gleichfalls als nicht notwendig erachtet die Rednerin die Vergebung von vielen Geschäftslokalen in den städtischen Wohnhäusern an den Konsumverein. Als zu gering bezeichnet GR. Dr. Stürzer die Mittel, die für Landes- und Stadtplanung vorgesehen sind. Es ist dies ein Betrag von nur 447.000 Schilling. Wo bleibt der Plan für das neue Allgemeine Krankenhaus? Der Bund hat sich bereiterklärt, die halben Baukosten zu übernehmen. Die Aufgabe der Stadtverwaltung ist es nun, den Plan ehestens fertigzustellen. Als bedauerlich bezeichnet die Rednerin, daß wohl der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung beim Bau der Stadthalle zugezogen wurde, der Amtsführende Stadtrat für Gesundheitswesen und der zuständige Ausschuß jedoch nicht zum Bau des Allgemeinen Krankenhauses. Nicht zu verstehen ist auch, daß für bisher 20 Millionen Schilling Baukostenbeitrag eine Schule in Floridsdorf in ein Krankenhaus umgebaut wird, andererseits man aber daran denkt, das Brigittaspital gegen wieder hohe Baukosten in ein Mittelschülerpensionat umzubauen.

Die Rednerin beschäftigt sich dann mit dem Wohnungsmangel. Wir bauen zwar viel, aber es ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die ÖVP bekennt sich zum kommunalen Wohnungsbau, aber ebenso notwendig sind alle anderen Formen des Wohnungsbaues wie Eigentumsbau, Genossenschaftlicher Wohnbau usw. Es ist zu hoffen, daß der Plan der ÖVP verwirklicht wird, der für jene Menschen, die es sich leisten können, vorsieht, daß sie aus eigenen Mitteln zum Bau ihrer Wohnung beitragen.

Bei der Lösung der Verkehrsprobleme vermisst man auch hier die vorausschauende Planung. Die Rednerin führte als Beispiele dafür u.a. den Umbau der Ringturnkreuzung an, der nicht zuletzt durch den unpassenden Bau des Ringturms an diesem Verkehrsknotenpunkt unserer Stadt notwendig wurde.

Zur Frage des Autobahnbaues in Wien wies Dr. Starzer darauf hin, daß die Autobahn für Wien nicht gerade von Nachteil sei. Aber überall in der Welt hören Autobahnen vor dem dichter verbauten Stadtgebiet auf. Die Rednerin zitierte in diesem Zusammenhang einen Brief des Stadtrates Thaller an Vizebürgermeister Weinberger, in dem gebeten wird, daß der Bund für die Schnellverkehrsstraßen einen Beitrag leisten möge, die im Anschluß an die Autobahn zu bauen wären. Vizebürgermeister Weinberger hat sich nun dafür eingesetzt, und der Bund war bereit, die Hälfte der Kosten für die Wientalschnellstraße zu tragen (Beifall bei der ÖVP). Wenn man nun glaubt, auf 350 Millionen verzichten zu können, überlassen wir die Beurteilung darüber der Wiener Bevölkerung.

Abschließend sagte die Generaldebatterin der ÖVP, daß auf viele andere Fragen noch in der Spezialdebatte bei den einzelnen Geschäftsgruppen einzugehen sein werde. Die Volkspartei verwahre sich jedoch dagegen, daß man sie, wie dies in der "Arbeiter-Zeitung" geschehen ist, als kleinlich bezeichnet, und behauptet, daß die ÖVP eifersüchtig darüber wache, daß nichts geschieht. Wir sind sogar sehr dafür, daß viel geschieht und haben dazu sehr viel geleistet. Wir sind jedoch dagegen, daß in dieser Stadt Dinge geschehen, die zu Lasten der Bevölkerung der Sozialistischen Partei dienen.

Wenn wir auf unserem Recht bestehen, Kritik zu üben und positive Vorschläge zu machen, ja dies sogar als unsere Pflicht erachten, so tun wir das aus dem Bewußtsein, daß Wien die Chance hat, wieder Weltstadt zu werden. Mit Gottes Hilfe wollen wir dieses Ziel erreichen. Im Namen ihrer Fraktion dankte die Rednerin den Bürgern der Stadt dafür, daß sie es in diesem Jahr wie in allen Jahren bisher durch ihre Arbeit und ihren Fleiß möglich gemacht haben, den Aufbau Wiens durchzuführen (Beifall bei der ÖVP). Sie dankte auch allen Beamten, Arbeitern und Angestellten der Stadt für ihre Leistungen. Die ÖVP werde dem Budget 1958 ihre Zustimmung geben.

Hierauf spricht GR. Dr. Soswinski (VO): Der mit zunehmender Stärke geführte Kampf der Finanzminister gegen die Finanzhoheit der Länder und Gemeinden, der Kampf gegen die Steuerhoheit der Länder und ein immer neues Überwälzen von Verpflichtungen des Staates auf die Schultern der Gemeinden und Länder sind der entscheidende Bestandteil der Finanzpolitik des Bundes und der dort verherrschenden Klasseninteressen. Dem Finanzminister und seinen Vorgängern ist es durch dauernde Verschlechterung der Lage der Länder und Gemeinden und im besonderen der Lage der Stadt Wien gelungen, die Interessen der Arbeitenden in Stadt und Land zu schädigen. Der Deckmantel, man müsse irgendeiner kleinen Bauerngemeinde helfen, ist nur ein Mittel, den Sachverhalt zu vernebeln.

Was spielt sich in der Praxis bei den Finanzausgleichsverhandlungen ab? Der Finanzminister wünscht das Bundespräzipuum von annähernd 700 Millionen zu bekommen. Er wünscht die Steuerhoheit der Länder und Gemeinden zu schmälern und er wünscht drittens, den Ländern und Gemeinden immer neue Lasten aufzuhalsen, ohne ihnen dafür auch nur irgendeine Steuerquelle zu erschließen. Die Länder und Gemeinden dagegen wollen das Bundespräzipuum beseitigen, bestehende Steuerrechte und -einnahmen erhalten und bei neuen Aufgaben neue Steuerquellen. Da beginnt nun der Finanzminister einen vehementen Angriff gegen die Finanzrechte der Gemeinden. Am Schluß des Jahres, wenn Bilanz gezogen wird, wird berichtet, wie erfolgreich die Vertreter der Gemeinde Wien bei den Finanzausgleichsverhandlungen waren. Gemessen an dem Angriffsprogramm des Finanzministers ja, aber gemessen an den Forderungen der Länder und Gemeinden und der Gemeinde Wien überhaupt nicht.

Im Gegenteil, die Abrechnung am Ende des Jahres fällt im allgemeinen immer wieder zu Ungunsten der Länder und Gemeinden, ganz besonders zu Ungunsten der Gemeinde Wien aus. Wenn man einmal sagt, das Jahr ist weitaus besser gewesen, dann hat man nicht so viel verloren, dann ist man noch mit einem blauen Auge davongekommen.

Mit welcher Unverfrorenheit hier Anschläge gegen Wien in Szene gesetzt werden, das zeigt das Beispiel der Autobahn. Und wenn man sagt, daß Begehrlichkeiten geweckt würden, wenn der Bund den Bau der Autobahn in Wien übernimmt, dann bezeichne man doch diese Strecke in Wien nicht als Autobahn, sondern als Bundesstraße, und dann hat der Bund die Aufgabe, die Straße durch das Wiental zu bauen und instandzuhalten.

Hinsichtlich der Mineralölsteuer, bei der der Staat noch einen Zuschlag einhebt, genügen ebenfalls nicht nur Erklärungen. Dagegen müssen die öffentlichen Körperschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen.

Bei der Gesetzgebung wachen die Anwälte der Volkspartei sehr genau darüber, daß die Rechte des Bundes nicht geschmälert werden. Wie sieht es aber beim Bezahlen aus? Wer wacht darüber? Darüber kann doch nur der Gemeinderat wachen! Da hat aber in diesem Haus auch die Mehrheit versagt.

Redner kommt auch auf Wohnbaufragen zu sprechen und vertritt die Ansicht, daß die höheren Mieten bei durch Genossenschaften usw. errichteten Neubauten eine Vorbereitung für eine Heraufsetzung der Mieten in den Althäusern sein soll, daß man über diesen Weg, indem man den Unterschied in den Zinshöhen aufzeigt, die Widerstandskraft der Bevölkerung gegen eine Zinserhöhung lähmen will.

Als Forderungsprogramm müßte die Gemeinde aufstellen: Beseitigung des Bundespräzipiums, Aufteilung der Einnahmen aus der Mineralölsteuer einschließlich Zuschlag zum Beispiel nicht nach dem derzeitigen Bundesstraßennetz, sondern in Anlehnung an das wirkliche Straßennetz eines Landes, und Erschließung neuer Steuerquellen für Länder und Gemeinden, falls sie neue Aufgaben übernehmen. Wenn der Finanzminister kein Geld hat, dann möge er eine Luxussteuer einführen.

Es soll ein Finanzausgleich beibehalten werden, von dem der Vorgänger des Finanzreferenten gesagt hat, er ist schlechter als jemals im demokratischen Regime. Mit dem können wir uns nicht einverstanden erklären.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) wies einleitend darauf hin, daß der heutige Voranschlag von einem neuen Finanzreferenten eingebracht wurde. Das soll Anlaß zu einigen grundsätzlichen Betrachtungen über die sozialistische Finanzpolitik sein. Es ist selbstverständlich, daß der neue Mann in der neuen Funktion nichts anderes tun kann und will, als die Grundsätze jener Finanzpolitik weiterzuentwickeln, die in Wirklichkeit die Kommunalpolitik seit 1919 kennzeichnen. Alles das, was wir heute auf so vielen Gebieten als Selbstverständlichkeiten ansehen, ist mühselig und hart auf dem demokratischen Kampfboden errungen worden (Beifall bei der SPÖ). Es waren Männer und Frauen auf beiden Seiten dieses Hauses, die in ihrer Weise dazu beitrugen. Die Demokratie hat die Grundlagen für all das geschaffen, worauf wir und der neue Finanzreferent in moderner Form weiterbauen werden müssen.

Die Aufgabe der sozialistischen Finanzpolitik ist es, die Lasten so gerecht als möglich zu verteilen. Stadtrat Slavik war sich als neuer Finanzreferent so wie wir bewußt, daß hier eine Tradition vorliegt, die zurückgeht auf Dreitner, Danneberg, Honay und Resch. Diese Tradition ist gekennzeichnet durch eine saubere, korrekte, schuldenfreie und anständige Finanzpolitik (Beifall bei den Sozialisten).

Wir haben vor 12 Jahren vielleicht die Größe der Aufgabe, die uns gestellt war, gar nicht erfaßt. Der Gemeinderat hat aus Anlaß der gewaltigen wirtschaftlichen Veränderungen stets die notwendigen Beschlüsse gefaßt. Aber nicht ein einziges Mal ist der Finanzreferent dieser Stadt aufgestanden und hat gesagt, das könne man nicht machen, weil die Kassen leer sind. Diese vorsorgliche, oft verlästerte und verhöhnzte Finanzpolitik ist in Wahrheit die solide Grundlage, die es uns ermöglicht hat, alle Krisenerscheinungen abzufangen und der Entwicklung Rechnung zu tragen (Beifall bei der SPÖ). Alles, was heute die Bewunderung und das Aufsehen der Welt erregt, ist ohne zusätzliche Belastung der Wiener Bevölkerung vollführt worden. Das ist eine gewaltige Hypothek, die die sozialistische Fraktion in die Hände des neuen Stadtrates gelegt hat. Wir sind froh zu wissen, daß diese Hypothek gut verwahrt werden wird.

Finanzausgleich und Abgabenteilung waren schon immer nur scheinbar ein wirtschaftliches Problem, in Wahrheit ist der Finanzausgleich immer mehr zu einem politischen Problem geworden. In der Ersten Republik hat der Finanzminister des Bundes jede Möglichkeit benützt, um Wien an großzügigen Investitionen zu hindern. Es scheint, daß nicht alle aus der Entwicklung die richtigen Schlüsse gezogen haben und daß sich manches auf dem Wege des Finanzausgleiches wiederholen könnte, was in den Jahren 1930 bis 1932 zu einer völligen Lahmlegung der kommunalen Leistungstätigkeit auf verschiedenen Gebieten geführt hat. In der letzten Zeit sind viele Äußerungen gefallen, die darauf schließen lassen könnten, daß das Verhältnis der Länder zur Bundeshauptstadt ein trübes ist. Man sollte in den Bundesländern doch etwas mehr Liebe zur Bundeshauptstadt spüren. Beim Finanzausgleich bekommt die Stadt Wien nie das herein, was in Wien an Steuern aufgebracht wird. Es ist selbstverständlich, daß die Vertreter der Stadt Wien trachten werden, das bestehende Verhältnis zugunsten Wiens zu verbessern.

GR. Dr. Stemmer befaßte sich sodann mit der Sanierung der Verkehrsbetriebe und erklärte, daß die 1955 festgefahrene Haltung der ÖVP und ihrer Verantwortlichen für diese Frage sich bitter gerächt hat. Als die Volkspartei im Juli 1957 auf die schlechte Situation der Verkehrsbetriebe aufmerksam machte, hat sie mit Recht gedrängt, daß diese Fragen ehestens in Parteienverhandlungen besprochen werden. Als im Jahre 1955 von sozialistischer Seite vorgeschlagen wurde, die ganze Tarifffrage in Parteienverhandlungen zu klären, hat der ÖVP-Stadtrat erklärt, das wäre nicht notwendig, denn seine Fraktion sei dagegen. Schon dieser Unterschied in der Behandlungsweise läßt die Hoffnung zu, daß es diesmal gelingen wird, mit einer erträglichen Lösung herauszukommen.

Die Volkspartei hat einen Sanierungsplan vorgelegt. Die Diskussion hat sich nur auf den ersten Punkt dieses Planes beschränkt, nämlich wie das Defizit von 300 Millionen Schilling allmählich weggebracht werden kann. Der Vorschlag der ÖVP enthielt auch das Projekt einer großzügigen Verkehrsplanung, dessen Durchführung in die Milliarden ginge. Der Bau von nur drei Kilometer Untergrundbahn im Jahr kostet nach internationaler Erfahrung etwa 600 Millionen Schilling. 600 Millionen Schilling im Jahr sind aber für die Gemeinde eine außerordentlich hohe Belastung. Es ergibt sich ernst-

haft die Frage, ob überhaupt eine Aussicht besteht, solche Ausgaben in nächster Zeit finanziell zu bedecken. Der Ansicht der Gemeinderätin Dr. Stürzer, daß es sinnlos sei, eine Autobahn bis zur Stadtmitte zu führen, könne man sich anschließen. Dieser Vorschlag wurde aber nicht von der Gemeindeverwaltung sondern vom Handelsminister gemacht. Eine Autobahn in einer Stadt gibt es ja nirgends, eine Autobahn aber, die in eine Stadt einmündet, überall. Außerdem müßte man sie innerhalb der Stadt nicht "Autobahn" nennen, es könnte auch eine Bundesstraße sein. Die Tragung der halben Baukosten durch den Bund sei kein Geschenk an die Gemeinde Wien, denn diese müßte ihrerseits 350 Millionen Schilling für den Bau aufbringen.

Bei dem Gedanken, Wien zur Weltstadt zu machen, darf nicht darauf vergessen werden, daß diese Stadt auch der Lebensraum für ihre Bewohner ist. Weltstädte aus dem Nichts zu gestalten, geht leider nicht. In Salzburg hat man zum Beispiel für verschiedene Bauvorhaben pro Monat und pro Kopf der Bevölkerung 4 1/2 Schilling eingehoben. Die Forderung nach Heranziehung von Krediten klingt sehr gut, aber es erhebt sich die Frage, ob man der kommenden Generation derartige Belastungen auferlegen könne. Wenn sich die Gemeindeverwaltung heute etwas rühren könne, dann nur deshalb, weil sie nicht Kreditlasten aus der Vergangenheit zu tragen hat. Das Sprichwort "Hinter uns die Sintflut" hat für demokratische Verwaltungen keine Berechtigung (Beifall bei der SPÖ). Zu wünschen wäre, daß die Wiener Bevölkerung die Leistungen innerhalb ihrer Stadt genauso würdigen und ihnen so aufgeschlossen gegenüberstehen würde, wie sie dies immer wieder im Ausland tut. Sicher hat der Wiener seine Stadt gern, aber leider neigt er dazu, alles was hier geschieht zu verkleinern und über alles zu raunzen. Ernster ist es, wenn eine politische Tageszeitung über Wien schreibt "Das Dorf mit 2 Millionen Einwohnern". Die Presse kann mithelfen, die Liebe zur Heimat zu vergrößern. In letzter Zeit hat sich auf diesem Gebiet ja glücklicherweise vieles geändert. Für diese kluge und sinnvolle Einstellung ist der Presse zu danken.

Vorschläge für die Verschönerung unserer Stadt gibt es ja genug. Leider wird aber nie dazu gesagt, wer ihre Verwirklichung bezahlen soll. Eine genauere Betrachtung des Budgets unter Berücksichtigung der verschiedenen Sanierungsvorschläge und des Finanz-

ausgleiches zeigt folgendes Bild: Die Beträge aus dem Finanzausgleich wären nach dem Wunsch des Finanzministers um 200 Millionen Schilling geringer. Die Ausgaben zur Sanierung der Verkehrsbetriebe in der Höhe von 300 Millionen, die Baukosten für die Autobahneinfahrt von 350 Millionen und die 600 Millionen Schilling für den Bau der ersten drei Kilometer der Untergrundbahn würden das augenblickliche Defizit der Gemeinde auf 1.650 Millionen Schilling erhöhen. Ein Betrag, für den im Budget keinerlei Bedeckung vorhanden ist, höchstens es käme jemand auf die Idee, die 1.500 Millionen Schilling, die für Bauvorhaben vorgesehen sind, hierfür zu verwenden. Eine derartige Bedeckung würde jedoch von der sozialistischen Mehrheit dieses Hauses abgelehnt (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Slavik stellt in seinem Schlußwort fest, daß durch einige Stunden eine kritische Prüfung des Voranschlages erfolgt ist. Zur Frage, wieviele Wohnungen von der Gemeindeverwaltung in den vergangenen Jahren fertiggestellt worden sind: Wegen Arbeitermangel und auch bedingt durch den Mangel an Baumaterial konnten die ersten Wohnungen erst im Jahre 1948 fertiggestellt werden, es waren 426. 1949 waren es 653, 1950 - 3116, 1951 - 6429, 1952 - 5890, 1953 - 5968, 1954 - 6029, dann im Jahre 1955 in Auswirkung des Wohnbauförderungsgesetzes neben 1000 Wohnungen auf dem genossenschaftlichen Sektor 5004 Gemeindewohnungen, 1956 - 5111 und bis zum 30. November 1957 - 4562. Insgesamt sind dies seit 1945 also 43.188 Wohnungen und 11.576, die sich derzeit noch im Bau befinden. Im kommenden Jahr soll jedoch besonders darauf geachtet werden, daß eine möglichst große Zahl der im Bau befindlichen Wohnungen fertig wird.

Einige weitere Fragen der Debatteredner haben sich auf Dinge bezogen, die nichts mit dem Wiener Budget zu tun haben. Dazu gehört auch der Ausbau der Schnellbahn und die Schaffung eines zweiten Stadtbahnringes. Die Schnellbahn, die von Meidling bis Floridsdorf geführt wird, ist Bundessache und wird im Jahre 1958 weiter beschleunigt. Die Stadtverwaltung legt auf die rasche Fertigstellung wert, da die Bauarbeiten am Praterstern damit im Zusammenhang stehen.

Zur Frage von Tarifregulierungen bei den Verkehrsbetrieben ist zu sagen, daß diese Angelegenheit vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet werden muß. Dr. Stemmer hat bereits darauf

verwiesen, daß man bei der Bevölkerung hier keine Illusionen erwecken dürfe. Er glaube aber, er müsse hier nicht erst den Beweis dafür erbringen, daß bei einer Regelung wirtschaftlich Schwächere geschont und der wirtschaftlich Stärkere entsprechend mehr herangezogen werden wird.

Den Antrag von GR. Lauscher, der sich gegen die Überführung von Teilen der Österreichischen Mineralölverwaltung in ausländisches Eigentum wendet, empfiehlt der Referent, dem Magistrat zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Stadtrat Slavik wendet sich dann den Ausführungen der Generaldebatterrednerin der ÖVP zu. Er stellte fest, daß die berühmte Steuersenkungspolitik des Bundes die Länder und Gemeinden 700 Millionen Schilling kostet. Die günstige wirtschaftliche Lage in Österreich sei jedoch keine Folge der Steuersenkungen und auch kein Verdienst des Finanzministers, sondern in der allgemein guten wirtschaftlichen Lage der westlichen Welt begründet. Wenn die Rednerin meint, daß der Bund auch viel für die Stadt Wien tue und dabei Staatsoper und Burg erwähnt, so hält dem der Referent entgegen, daß Staatstheater in den ganzen Welt eine Angelegenheit des Staates seien. Der Bund gibt aber auch für die Ländertheater Geld aus. Man braucht sich bloß anzuschauen, wieviel Geld der Bund für die Salzburger Festspiele ausgibt und wie gering dagegen sein Beitrag für die Wiener Festwochen ist (Beifall der SPÖ).

Zu einigen Zwischenrufen kommt es, als Stadtrat Slavik der ÖVP vorhält, daß sie sieben Parteilokale in Gemeindebauten habe. Der Referent weist auch darauf hin, daß die Vertreter der ÖVP im Jahre 1945, als er Stadtrat für Wohnungswesen gewesen war, zu ihm gekommen sind, und um mehr Lokale gebeten haben. Was die Vorgebung von Lokalen an die Konsumgenossenschaft betrifft, so müsse man bedenken, daß sie eine große wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen habe, nämlich preisregulierend zu wirken. Die Konsumgenossenschaften haben in den Krisenzeiten wesentlich dazu geholfen, daß die Preise nicht ins uferlose gestiegen sind.

Wegen des Krankenanstaltengesetzes bemerkt der Redner, daß die Wien benachteiligende Bestimmung von der ÖVP im Nationalrat verlangt wurde. Bürgermeister Jonas und er haben nur deswegen zugestimmt, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu verzögern, das für alle übrigen Gemeinden Vorteile brachte.

Was das Schülerinternat in der Brigittenau betrifft, so scheint hier nicht die Frage zu sein: Spital oder Internat, sondern: Kolpinghaus oder Internat? Hier sei er allerdings für das Schülerinternat und nicht für das Kolpinghaus.

Zu den in der Debatte aufgeworfenen Wohnungsproblemen meint Stadtrat Slavik, daß es zwei Extreme gebe, den privaten Wohnungsbau und den kommunalen Wohnungsbau, der jenen zugute kommen soll, die keinen Beitrag leisten können. Dazwischen liegen der genossenschaftliche und der Eigenheim-Wohnungsbau. Dann gibt es noch eine Abart: den Eigentumswohnungsbau mit Hilfe des Wohnungswiederaufbaufonds. Dieser Fonds hat jedoch in Wirklichkeit die Zweckbestimmung, den Ausgebombten Wohnungen zur Verfügung zu stellen, nicht aber jenen, die in der Lage sind, Geld auf den Tisch zu legen. Um nun den genossenschaftlichen Wohnungsbau in Übereinstimmung mit dem kommunalen Wohnungsbau zu bringen, ist es notwendig, die Bedürfnisse der jeweils in Betracht kommenden Bevölkerungsgruppen abzuwägen. Dies ist wohl, so betonte der Referent, im vorliegenden Budget geschehen, wenn 5.000 Wohnungen im kommunalen Wohnungsbau 4.500 im genossenschaftlichen Wohnungsbau gegenüberstehen.

Zu dem Vorwurf, daß der Bau der U-Bahn nicht geplant wurde, erklärt Stadtrat Slavik: Sie wurde schon lange geplant, sogar schon in der Monarchie und in der Ersten Republik. Aber man muß sich die Frage vorlegen, ob der Bau nach der wirtschaftlichen Situation auch realisierbar ist. In Hamburg zum Beispiel befaßt man sich jetzt mit einem anderen Verkehrssystem, weil man daraufgekommen ist, daß die Kosten unabschätzbar sind - eine einzige Unterführung zum Beispiel hat dort 125 Millionen Schilling gekostet. Wir würden sieben der acht Milliarden für den U-Bahn-Bau brauchen. Das können wir weder durch inländische noch durch ausländische Anleihen aufbringen. Wollen wir also der Bevölkerung etwas vorgaukeln, was nicht realisierbar ist?

Wir bemühen uns, einen Verkehrsknotenpunkt nach dem anderen zu sanieren. Es mag uns zu langsam gehen. Ja, wenn wir die Gelder hätten, die unsere Wiener Autofahrer für die anderen Bundesländer zahlen, dann ginge es schon geschwinder (Beifall bei der SPÖ). Wir haben nicht auf 350 Millionen für den Bau der Autobahn verzichtet, wir verzichten auf gar nichts, sondern wir wollen, daß der Bund alles zahlt.

Bei den Wiener Stadtwerken müssen Rationalisierungen und Einsparungen erfolgen, soweit es nur geht. Sie müssen so wirtschaftlich wie möglich geführt werden. Und nur jene Vorschläge der Direktionen, die nach strengster Kontrolle, sei es durch das Kontrollamt, sei es durch die Paritätische Kommission, als berechtigt anerkannt werden, werden im Gemeinderat die Zustimmung finden.

Bei den Finanzausgleichsverhandlungen werden wir uns auch in Zukunft bemühen, die Interessen der Wiener Bevölkerung so gut und energisch wie möglich zu vertreten. Ich hoffe nur, daß in der Vertretung der Wiener Interessen alle Parteien dieses Hauses einig sind und auch beim Bund mitwirken, das notwendige Verständnis für Wien zu erlangen (Lebhafter Beifall bei der SPÖ).

Hierauf werden die Ansätze des II. Hauptstückes gegen die Stimmen der VO angenommen. Die Erinnerungen werden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Der Antrag des GR. Lauscher, betreffend Erdölfragen, wird einstimmig der zuständigen Magistratsabteilung zugewiesen.

- - -

Das städtische Personal

=====

Anschließend erstattete Stadtrat Riener den Bericht über das I. Hauptstück: Personalangelegenheiten. Wie er ausführt, können alle Fragen, die sich aus dem neuen Besoldungsrecht ergeben haben, als gelöst betrachtet werden.

Der Personalaufwand ist für die Hoheitsverwaltung mit 1.457.7 Millionen Schilling präliminiert. Davon machen die Hauptbezüge für den Magistrat 930 Millionen aus, die Nebenbezüge 65.9 Millionen; für Ruhe- und Versorgungsbezüge sind 326.5 Millionen veranschlagt. Der Personalaufwand der Wiener Stadtwerke ist mit 1.032.8 Millionen Schilling veranschlagt. Für die aktiven Bediensteten der Stadtwerke werden voraussichtlich 693.2 Millionen gebraucht werden, während der Aufwand für die Pensionisten 339.5 Millionen betragen wird. Für Magistrat und Stadtwerke zusammen ergibt sich somit ein Personalaufwand von 2.490.5 Millionen Schilling.

Entsprechend einer Forderung der Gewerkschaft wurde heuer wieder eine außerordentliche Zuwendung ausgezahlt, die bei den Aktiven 250 bis 350 Schilling und bei den Ruhe- und Versorgungsbezugsempfängern 150 bis 250 Schilling ausmacht. Auch die jugendlichen Bediensteten und die Krankenpflegeschülerinnen erhielten Zulagen.

86.436 Bedienstete und Pensionsparteien

In der Hoheitsverwaltung sind mit 1. Jänner 1958 33.264 Aktive gegen 32.997 zu Beginn dieses Jahres beschäftigt. Die Vermehrung um 267 Personen ist ausschließlich auf die Erhöhung des Personalstandes beim Pflegepersonal, bei den Ärzten und bei den Kindergärtnerinnen zurückzuführen. Das Kanzleipersonal hingegen wird ständig reduziert.

Die Zahl der Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung beträgt 14.766 gegenüber 14.518 zu Jahresbeginn.

./.

Die Wiener Stadtwerke werden im kommenden Jahr nur 19.118 Aktive, das sind um 403 Bedienstete weniger aufweisen als zu Beginn dieses Jahres. Dagegen steigt die Zahl der Pensionisten gegenüber dem Vorjahr um 170 auf 19.288. Die Stadtwerke werden also im kommenden Jahr mehr Pensionisten als aktive Bedienstete zu bezahlen haben. Bei den Verkehrsbetrieben stehen 12.365 Aktiven 13.790 Pensionisten gegenüber. Der Gesamtpersonalstand der Stadtwerke ist mit 38.406 gegenüber 38.639 im Vorjahr angesetzt.

Hoheitsverwaltung und Stadtwerke zusammen beschäftigen 52.382 aktive Bedienstete. Insgesamt erhalten von der Stadt Wien 86.436 Personen Aktivitätsbezüge oder Ruhe- und Versorgungsgenüsse.

Die Gemeinde Wien ist in der letzten Zeit dazu übergegangen, leitende Posten öffentlich auszuschreiben. So wurden auch die vakant gewordenen Posten eines Stadtplaners und des Leiters der Magistratsabteilung für Statistik ausgeschrieben.

Beim Magistrat erfolgten in den letzten 11 Monaten 530 Pensionierungen, 332 Kündigungen von Vertragsbeamten wegen Erreichung der Altersgrenze; 136 Bedienstete sind freiwillig ausgeschieden und nur 6 mußten entlassen werden. 44 Bedienstete sind im aktiven Dienst gestorben. Bei den Wiener Stadtwerken erfolgten 774 Pensionierungen, 312 Kündigungen und Dienstesentsagungen und 16 Entlassungen. Durch Ableben sind 65 Bedienstete ausgeschieden.

In Angleichung an die Privatwirtschaft wurde den Arbeitern des Landwirtschaftsbetriebes eine Erhöhung des Monatsbarbezuges um 50 S zugebilligt. Bei der "Gewista" wurde für die Arbeiter eine monatliche Erschwerniszulage von 80 S geschaffen. Im Brauhaus der Stadt Wien wurden im Jahre 1957 die Löhne um 10 Prozent und die Gehälter um durchschnittlich 13 Prozent erhöht.

Durch die NS-Amnestie 1957 sind die bisher bestandenen Sühnefolgen für die belasteten Personen beendet worden. Damit ist auch jene Sühnefolge weggefallen, die darin bestand hat, daß öffentliche Bedienstete, die belastete Nationalsozialisten waren, durch den Gesetzgeber selbst aus dem öffentlichen Dienstverhältnis entlassen waren. Bei diesen Personen ergibt sich nun im Falle eines Antrages die Notwendigkeit, das seinerzeit bestandene Dienstverhältnis einer endgültigen Klärung zuzuführen. Bisher ist beim Magistrat bei 30 solchen ehemaligen Beamten und bei den Stadtwerken bei 5 solchen ehemaligen Beamten diese Klärung durch Zuerkennung eines Ruhegenusses erfolgt. In allen diesen Fällen war mangels freier Dienstposten eine Aufnahme in den städtischen Dienst nicht möglich.

Die sogenannten illegalen Nationalsozialisten waren in der Zeit von 6. Juni 1945 bis 17. Februar 1947 ebenfalls aus dem Dienstverhältnis entlassen. Dieser Zeitraum konnte bisher weder für die Bezüge noch für die Ruhegenüßbemessung angerechnet werden. Die NS-Amnestie 1957 hat nun die seinerzeitige Entlassung, rückwirkend mit 6. Juni 1945, wieder aufgehoben. Damit ist den Dienstbehörden die Möglichkeit gegeben, auch diesen bisher von der Anrechnung ausgeschlossen gewesenen Zeitraum von einem Jahr, acht Monaten und 12 Tagen anzurechnen. Die Anrechnung bei den aktiven Beamten des Magistrates ist praktisch abgeschlossen, bei den Pensionsparteien sowie bei den Bediensteten der Stadtwerke ist die Berechnung noch in Zuge.

Wohl die größte Personalbewegung hat in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien stattgefunden. Im abgelaufenen Jahr hat die Gemeinde 160 neue Arztposten bei der Stadt Wien geschaffen (Beifall bei der SPÖ). Die Stadt Wien beschäftigt derzeit 1.073 fest angestellte Ärzte. Dazu kommen noch 227 Gastärzte und 114 freiwillige Hospitanten.

Eines der schwierigsten Probleme der Personalverwaltung ist das des Pflegedienstes. Trotz des geringen Angebotes an Pflegerinnen ist es in abgelaufenen Jahr gelungen, die Zahl der weltlichen Pflegepersonen um 70 zu vermehren. Die Zahl der geistlichen Pflegerinnen ist leider um 72 Schwestern zurückgegangen. Derzeit beschäftigt die Stadt Wien 6.156 Pflegepersonen, davon 369 männliche und 4.849 weltliche Schwestern, außerdem 39 Rudolfinerinnen und 899 geistliche Schwestern.

Die Problematik des Pflegedienstes liegt hauptsächlich im mangelnden Interesse der weiblichen Jugend an der Ausbildung in diesem Berufszweig. Viele diplomierte Pflegerinnen scheiden nach wenigen Dienstjahren aus, entweder weil sie geheiratet haben oder Mutter geworden sind. Infolge des geringen Nachwuchses kann die Gemeinde für je zwei aus dem aktiven Dienst scheidende Diplomschwestern nur eine diplomierte Schwester einstellen. Die jungen Mädchen warten heute nicht vier Jahre nach Schulaustritt, bis sie in die Pflegerinnenschule eintreten können, weil die Wirtschaft ihnen andere Gelegenheiten des Verdienens bietet. Bei einer Enquete über dieses Thema wurde übereinstimmend die Herabsetzung des Mindesteintrittsalters in die Krankenpflegeschulen von 18. auf das 17. Lebensjahr verlangt.

Diskutiert wurde auch die Frage, ob die Wartezeit der Anwärterinnen auf die Pflegeschule vom Schulaustritt bis zum Eintritt in die Schwesternschule in irgendeiner Form von Vorschulen überbrückt werden kann. Um den Anreiz der Schwesternschulen für die weibliche Jugend etwas zu erhöhen, hat sich die Gemeindeverwaltung entschlossen, das Taschengeld der Schülerinnen um 100 Schilling monatlich zu erhöhen.

Das große publizistische Interesse an dem Beruf der Krankenpflegerin ist an sich sehr zu begrüßen, nur sollte man nicht immer von einem Monatsbezug von 1.300 oder 1.400 S sprechen, da die Pflegerinnen bis in die Dienstklasse IV kommen können, wo Bezüge bis zu 3.700 S monatlich zu verzeichnen sind.

Von den Spitalsärzten der Stadt Wien wird häufig darüber geklagt, daß die Besetzungsvorschläge des Landessanitätsrates für ärztliche Leiterstellen in den Wiener Krankenanstalten fast nur Angehörige der Kliniken aufweisen. Die Ärzte der Wiener Gemeindespitäler empfinden dies als Zurücksetzung. Der Wiener Landessanitätsrat sollte daher bei Feststellung seiner Empfehlungen für die Besetzung frei gewordener Primariate die Bewerber aus den Reihen der Wiener Spitalsärzte nicht unberücksichtigt lassen.

Ein Beispiel dafür, wie durch wohlüberlegte Personallenkung und richtigen Personaleinsatz die Verhältnisse in einzelnen Dienststellen und Anstalten nicht nur zum Besseren gewendet, sondern dort geradezu ein völlig neuer Geist Einzug halten kann, ist das Zentralkinderheim der Stadt Wien. Durch die Betrauung einer bewährten Fürsorgerin mit der Leitung dieser Anstalt konnte dazu übergegangen werden, dieses nicht mehr als Spitalsbetrieb sondern als Wohlfahrtsanstalt zu führen. Der Leiterin zur Seite steht ein anerkannter Kinderarzt als Primarius. Die Anstalt wird nun pädagogisch und fürsorgerisch nach den fortschrittlichen Methoden geführt, die in den Kindergärten längst heimisch sind. Das Zentralkinderheim ist auf dem besten Wege eine Mustaranstalt zu werden (Beifall bei der SPÖ).

Besonderes Augenmerk wurde im ablaufenden Jahr auch der Schulung des Personals zugewendet. Im Bereiche des Magistrates und der Stadtwerke haben nicht weniger als 19 Fachkurse stattgefunden. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat im Einvernehmen mit der Verwaltung wieder 12 Fortbildungskurse für Kanzleipersonal abgehalten, an denen insgesamt 720 Bedienstete teilnahmen.

Nach dem Jugendeinstellungsgesetz wurden 70 jugendliche Stenotypisten aufgenommen. Sie wurden auch heuer wieder zu Informationsvorträgen, Führungen und Rundfahrten zusammengefaßt. Im Rahmen der Verwaltungsakademie der Gemeinde Wien haben 19 Kurse zur Fortbildung von Beamten, die schon längere Zeit in städtischen Dienst stehen, stattgefunden, um die Beamtenschaft mit den aktuellsten Problemen ihres Dienstes und mit den Gesetzgebungsakten der jüngsten Zeit bekanntzumachen. Die Vorgesetzten-schulung wurde auf breiter Basis durchgeführt. Außer Vortragszyklen haben bisher fünf Seminare von je viertägiger Dauer stattgefunden, von denen zwei Seminare Beamte der Stadtwerke in leitender Stellung und drei Seminare Beamte des Magistrates erfaßt haben. Die Veranstaltungen haben sich erfreulich rasch und gut durchgesetzt. Die Wiener Verkehrsbetriebe hatten auf diesem Gebiet bereits Pionierarbeit geleistet und gehen nunmehr daran, den Kreis zu erweitern. So entwickelte sich diese Vorgesetzten-schulung zu einem wichtigen und ausbaufähigen Instrument der Betriebsdemokratie. Eine Fortsetzung dieser Schulungen ist auch für das Jahr 1958 geplant.

Auch auf dem Gebiete der Verwaltungsvereinfachung haben die Stadtwerke Pionierarbeit geleistet. In Fortsetzung der Mechanisierung der Verrechnung der Ruhebezüge und schließlich auch der Aktivbezüge ist die Generaldirektion der Stadtwerke derzeit dabei, eine zentrale Besoldungsabteilung einzurichten. Diese Umstellung wird bis Ende März 1958 erfolgt sein. Eine weitere Vereinfachung entsteht durch das Zusammenlegen der Dienstkleiderlager aller Teilunternehmungen der Stadtwerke, ferner ergab eine Überprüfung bei den Verkehrsbetrieben, daß 40 Prozent der Kanzleihilfenposten eingespart werden können. Auch bei den Gas- und E-Werken wird eine Reduzierung dieser Beamtengruppe angestrebt. Eine weitere Personalsparnis wird durch eine Reorganisation des Mahnbüros der Gas- und Stromverrechnung erwartet. Auch durch die Einstellung von Weichenspritzwagen bei den Bahnwärtern konnte Personal erspart werden.

Im Bereiche des Magistrates sind die Amtsinspektion und das Kontrollamt in Zusammenarbeit ständig bemüht, durch Verwaltungsvereinfachungen Personaleinsparungen zu ermöglichen. Es ist daran gedacht, auch die Personalgebarung der Hoheitsverwaltung auf das Lochkartensystem umzustellen und damit zu rationalisieren. Im Dienste der Sportförderung und des sportlichen Ansehens Österreichs in der Welt hat die Stadt Wien in diesem Jahr 22 Bediensteten, die Sportler internationalen Formats sind, insgesamt 181 Arbeitstage Sonderurlaub mit vollen Bezügen und weiteren 21 Sportlern Karenzurlaube im Ausmaß von 1.172 Arbeitstagen gegeben.

Die letzten Wochen waren Verhandlungen mit der Gewerkschaft über die Neuregelung der Arbeitszeit beim Magistrat gewidmet. Ab Mai wurde ja die Arbeitszeit für die meisten Magistratsabteilungen und für die Magistratischen Bezirksämter um eine Stunde wöchentlich gekürzt. Die Forderung der Gewerkschaft ging nun dahin, die Arbeitszeit auf 45 Stunden durch Verlängerung des Wochenendes durch einen freien Samstag, zu verkürzen. Eine diesbezügliche Vereinbarung wurde dann auch mit Gewerkschaft getroffen, jedoch nur mit Anwendung auf die Hoheitsverwaltung und auch dort nur in jenen Magistratsabteilungen und Dienststellen, wo dies ohne Beeinträchtigung der Interessen der Wiener Bevölkerung, ohne Vermehrung des Personals und ohne Mehraufwand bei den Nebengebühren möglich ist. Unter dieser Voraussetzung wurde die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 45 Stunden für die in Frage kommenden Dienststellen mit Wirksamkeit ab 30. Dezember 1957 vereinbart. Die Einteilung wird so getroffen, daß jeder Bedienstete jeden zweiten Samstag frei hat. Von dieser Verbesserung werden vorläufig ungefähr 18.000 Bedienstete des Magistrates erfaßt. Für jene Dienststellen, wo das Publikumsinteresse den freien Samstag ausschließt, wird in Verhandlungen zwischen den Dienststellen und der Amtsinspektion und den Personalvertretungen zu prüfen sein, ob und auf welche Weise ihre Einbeziehung in die Neuregelung möglich ist. Mit noch größeren Schwierigkeiten ist hinsichtlich der Neuregelung bei den kontinuierlichen Betrieben und Dienststellen zu rechnen.

Es ist aber zu hoffen, daß dort, wo durch verbesserte Organisation oder bei Anwendung des technischen Fortschrittes Zeitgewinne erzielt werden können, die verkürzte Arbeitszeit auf weitere Bedienstetengruppen ausgedehnt werden kann. Es ist selbstverständlich, daß derartige Maßnahmen nur schrittweise erfolgen können. Stadtrat Riener appelliert an alle jene Mitarbeiter im städtischen Dienst, die derzeit noch nicht in den Genuß der neuen Arbeitszeitregelung kommen können, nicht ungeduldig zu werden und nicht zu drängen. Die Vielfalt und die Eigenart der vielen Dienststellen zwingen zu vorsichtiger Prüfung und Erwägung jeder einzelnen Sonderregelung.

Abschließend dankt Stadtrat Riener allen Bediensteten für die im Jahre 1957 geleistete Arbeit. Er dankt auch den Dienststellenleitern und insbesondere Magistratsdirektor Dr. Kinzl, der in den verworrensten Situationen Lösungen gefunden hat. Herzlicher Dank gebühre auch Generaldirektor Frankowski für seine unermüdliche Bemühungen auf dem Personalsektor.

Die Personaldebatte

GR. Dr. Soswinski (VO) stellt an die Spitze seiner Ausführungen die Forderung, man müsse gerade bei Personalfragen den Menschen sehen. Der Redner bespricht in diesem Zusammenhang an Hand von Einzelfällen verschiedene Personalprobleme. So verlangt er, daß die Verkürzung der Arbeitszeit keine Erhöhung der Arbeitsmenge mit sich bringen dürfe. Er spricht sich auch für bessere Arbeitsbedingungen bei den Krankenschwestern aus und wendet sich vor allen gegen die Dienstbeschreibung, die nur dazu dient, um einen seelenlosen bürokratischen Apparat über die Verwendung und den Aufstieg auf Grund von Voraussetzungen entscheiden zu lassen, die der Betroffene gar nicht kennt. Dr. Soswinski beschäftigt sich weiter mit der Benachteiligung der Träger von Amtsbescheinigungen. Hier gäbe es für die Gemeinde Wien eine Ehrenschild abzutragen. Diese Menschen haben für Österreich Taten gesetzt und nicht Reden gehalten; als Anerkennung begehren sie nicht Reden, sondern Taten!

Schließlich verlangt Dr. Soswinski die Wiedereinführung eines 14. Monatsgehaltes. Die Arbeitsintensivierung und Preissteigerungen seien allein Grund genug dafür. Darüber hinaus aber sei es eine politische und moralische Pflicht der Gemeindeverwaltung, die Rechte der Bediensteten von 1934 wiederherzustellen.

Ich glaube, schließt er, daß die Darlegungen zeigen, daß es uns nicht möglich ist, durch Zustimmung zu den Ansätzen die Politik auf diesem Gebiete gutzuheißen.

GR. Dr. Freytag (ÖVP) bringt neuerlich verschiedene, wie er sagte, bisher unerfüllte Anliegen seiner Fraktion vor. So verlangt er, daß die Dienstbeschreibungen keine Geheimwissenschaft sein sollen. Es mögen bei der Gemeinde in dieser Hinsicht jene Verhältnisse geschaffen werden, wie sie beim Bund bestehen. Auch der Akademikerurlaub soll dem beim Bund angeglichen werden.

Der Gedanke, Dienstposten öffentlich auszuschreiben, ist sicher von jedem zu begrüßen. Doch ist das nur der erste Schritt, und es war bisher nicht zu erfahren, wie man sich den zweiten, entscheidenden, vorstellt: wer über die einlaufenden Gesuche entscheidet. Erst in letzter Zeit ist ein Posten, der nach allgemeiner Ansicht hätte öffentlich ausgeschrieben werden sollen, ohne Ausschreibung besetzt worden. Als Begründung wurde angeführt, daß die Dringlichkeit der Sache es nötig mache. Daraus könnte man schließen, daß mit dieser Begründung weitere Fälle so behandelt werden sollen, wodurch der an sich richtige Gedanke ad absurdum geführt werden kann.

Bei der Aufnahmepolitik der Gemeinde kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Tendenz besteht, Beamte, die politisch der Minderheit angehören, auf den Aussterbe-Etat zu setzen. Die Minderheit ist außerstande, irgendwelche Besetzungsvorschläge zu machen (Zustimmung bei der ÖVP). Man muß die Möglichkeiten gleicher Startbedingungen schaffen oder sich mit dem Gedanken eines Proporztes tragen.

Man möge die Kurse, die der Verbesserung der menschlichen Beziehungen unter den Bediensteten der Stadt dienen sollen, nicht überschätzen. Wenn die Beamten das Gefühl haben, gerecht behandelt zu werden und wenn ein gewisser sichtbarer, mehr aber noch unsichtbarer Druck, der da und dort ausgeübt wird, wegfällt, wird das mehr dazu beitragen, die Zufriedenheit und die Freude der Bediensteten an ihrer Arbeit zu steigern.

Weiter wäre es angezeigt, künftig mit einem höheren Betrag für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vorzusorgen.

Das schwerste Vergehen, dessen sich eine Körperschaft schuldig machen kann, ist, wenn sie die Verfassung nicht einhält. Leider hat sich die Gemeinde Wien dieses schweren Vergehens schuldig gemacht. Nach der Verfassung ist die Kompetenz des Gemeinderates bei der Erstellung des Stellenplanes eindeutig gegeben. Wir haben das schon mehrmals urgiert, leider ohne Erfolg. Da es trotz mehrmaliger Urgenz nicht möglich ist, die Einhaltung dieser Verfassungsbestimmung zu erreichen, wird nur die Klage beim Verfassungsgerichtshof übrig bleiben. Dieser Schritt ist sehr bedauerlich, aber er muß unternommen werden, wenn man darauf Wert legt, daß die Verfassung eingehalten wird.

Bei dem Appell Dr. Freytags, auf dem Personalsektor gerechter vorzugehen und eine gewisse Ritterlichkeit obwalten zu lassen, wird in einen sozialistischen Zwischenruf auf Niederösterreich hingewiesen, was zu wechselseitigen Hinweisen über die Stellenbesetzungen in verschiedenen Bundesländern führt. Dr. Freytag: Es ist tief bedauerlich, daß man hier einen gegen den anderen ausspielt (Beifall bei der ÖVP. - GR. Frieda Nödl: Sie tun das!). Ich habe von Wien gesprochen. (GR. Konir: Es gibt doch nicht zweierlei Moral!) Ihre Kollegen werden in Niederösterreich ebenso in der Lage sein, ihre Wünsche vorzubringen. (GR. Dr. Stemmer: Sie werden sofort erfüllt werden! - Heiterkeit bei der SPÖ.)

Abschließend dankt Dr. Freytag allen Bediensteten für ihre treue Pflichterfüllung und erklärt namens der ÖVP die Zustimmung zu dieser Geschäftsgruppe (Beifall bei der ÖVP).

GR. Schiller (SPÖ) zeigte auf, daß die Gemeinde Wien in ihrem Kategorienverzeichnis rund 380 verschiedene Gruppen von Bediensteten aufweist und somit in Personalwesen eine sehr weit verzweigte Verwaltungsarbeit zu leisten hat. Diese Vielfalt von Arbeit geht in großen gesehen reibungslos vor sich, und es konnten nennenswerte Fortschritte in bezug auf die Rechtstellung und in bezug auf die Entlohnung erreicht werden. Dieses Jahr stand unter dem Gesichtspunkt, das Gehaltsgesetz in allen seinen Auswirkungen zu verwirklichen und durchzuführen.

Die Erfüllung des Gehaltsgesetzes hat für die Gemeinde Wien wohl eine Belastung gebracht, es gab aber keine Schwierigkeiten bei der Auszahlung der höheren Gehälter. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß das Gehaltsgesetz vor rund einem Jahr unter dem Druck der Gemeindevertreter erzwungen wurde, die erklärten, das Gehaltsgesetz auf alle Fälle durchzuführen. Beim Bund gab es damals Schwierigkeiten, weil 300 Millionen Schilling zur Erfüllung des Gesetzes fehlten, und um diese 300 Millionen zu erbringen, ist man auf den Ausweg verfallen, im Wege von Volksaktien Betriebe der öffentlichen Hand zu reprivatisieren.

Bei den städtischen Betrieben bestand und besteht ein großer Nachholbedarf an hygienischen und sozialen Einrichtungen. Vor allem bei den Verkehrsbetrieben herrschte auf diesen Gebieten ein Tiefstand, der weit unter dem liegt, was sonst üblich ist. Auf einigen großen Bahnhöfen wurden bereits Wascheinrichtungen und WC geschaffen, und diese Aktion soll weiter fortgeführt werden..

Zur Verkürzung der Arbeitszeit betonte der Redner, daß auch die Gewerkschaft es ablehnt, bei verkürzter Arbeitszeit die Überstundenleistungen in den Vordergrund der Betrachtungen zu stellen.

Die 3. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, die in diesen Tagen im Parlament verabschiedet werden soll, wird eine besondere Auswirkung auf alle Bediensteten der Gemeinde Wien haben, denn es gibt heute bei der Berechnung der Renten aus der Sozialversicherung einen Bruch im Jahre 1952; die Bediensteten, die früher oder später eingetreten sind, werden nach verschiedenen Rechtsgrundsätzen behandelt. Diese Ungleichheit soll nun durch die 3. Novelle aus der Welt geschafft werden. Dies wird auch ehemaligen Gemeindebediensteten, die in Pension gegangen sind, nennenswerte Vorteile bringen.

Die sozialistische Fraktion hat gegen eine Diskussion der Dienstbeschreibung an sich nichts einzuwenden, sie hat aber für die Form, wie sie heute bei den Bundesdienststellen üblich ist, nicht sehr viel übrig. Sie hält von einer starken Personalvertretung mehr als von einer schablonenhaften Beschreibung.

Bei Neuaufnahmen und bei Besetzung von Posten wird es eine vollkommene Gerechtigkeit nicht so leicht geben. Es ist nicht einzusehen, warum zum Beispiel ein Hochschulprofessor immer ein Angehöriger der anderen Couleur sein muß. Bei den Besetzungen geht es Aug um Aug und Zahn um Zahn. Hier wird man sich nur finden können, wenn man das Gesamtproblem zu lösen versucht. Ist die Volkspartei bereit, über die Gesamtfrage in Verhandlungen einzutreten, dann sind es auch wir. Die Sozialisten haben in Parlament schon zweimal den Antrag eingebracht, alle öffentlichen Posten auszuschreiben. Die ÖVP ist auf dieses Angebot bisher nicht eingegangen. Wir sind auch weiterhin bereit, über eine allgemeine Lösung dieses Problems in Verhandlungen einzutreten. Mit allgemeinen Hinweisen und Nadelstichen wird man an den gegenwärtigen Grundlagen nichts ändern.

Der Redner verteidigt in Erwiderung auf Ausführungen der Gemeinderätin Dr. Stürzer die Vereinigung der gesamten Personalverwaltung der Gemeinde in einer Hand und erklärt, man habe beim Bund nicht die besten Erfahrungen mit der Methode gemacht, daß die Personalagenden in jedem Ministerium getrennt geführt werden. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ist froh darüber, daß eine Zentralpersonalverwaltung eingerichtet wurde und daß die Gewerkschaft die Verhandlungen mit einer Stelle zu führen hat.

Wir versuchen, sagt GR. Schiller, den Gedanken der Betriebsdemokratie auch unseren leitenden Beamten näherzubringen, die Demokratie auch in die Verwaltung zu übertragen und auch dort zu demokratisieren, wo vereinzelt manche Stellen noch sehr den Standpunkt der Bürokratie in den Vordergrund stellen. Wir bemühen uns, hier eine Brücke zu schlagen und eine Verbindung herzustellen. Wir erkennen und würdigen die Schwierigkeiten, begrüßen umso mehr aber das Bemühen, daß man hier neue Wege versucht und durch Vernenschlichung der Verwaltung, durch Vernenschlichung der Bürokratie den demokratischen Gedanken auch in der Verwaltung fester und noch tiefer verwurzeln will. Diese Absicht wollen wir auch in Zukunft fördernd unterstützen.

Die Verwaltungs- und Betriebsreform hat vor allen in den städtischen Betrieben schon zu Erfolgen geführt, die sich in der Verminderung des Personalstandes und in einer Verbesserung der

Verhältnisse für das übrige Personal auswirken. Dies soll der Grundsatz aller kommenden Reformarbeit sein. Die Gewerkschaft und die Personalvertretungen sind zu diesen Reformarbeiten bereit, sie werden aber nicht Vorschläge unterstützen, wenn sie nur auf Kosten der Verringerung des Personals gehen, ohne daß den Zurückbleibenden daraus auch gewisse Vorteile erwachsen. Alle Reformbestrebungen dürfen sich nicht nur für die Interessen des Dienstgebers, sondern müssen sich auch für die Interessen des Personals auswirken.

Wir erwarten uns von der verständnisvollen Arbeit des Stadtrates für das Personalwesen, daß wir instande sein werden, auch in kommenden Jahr für die Bediensteten unserer Stadt neue Erfolge zu erringen. Wir glauben aber auch daran, daß sich solche neue Erfolge ausdrücken werden in einer größeren Leistung der Gemeindebediensteten. Wenn das gelingt, dann ist diese Verwaltungsarbeit auf dem besten Wege. Und weil wir davon überzeugt sind, wird die sozialistische Fraktion den Ansätzen dieser Gruppe zustimmen (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Riener stellt in Schlußwort zu den Ausführungen seines Vorredners über die Arbeitszeitverkürzung fest, daß es bei uns keine Produktionsnormen gibt. Bei uns gibt es eine Verwaltung und diese unterliegt ganz anderen Gesetzen als ein Produktionsbetrieb. Zu einer Steigerung oder Vermehrung der Arbeitsleistung können bei einer Gemeindeverwaltung auch nur ganz selten Maschinen herangezogen werden. In den meisten Fällen handelt es sich darum, eben andere Zeitersparnisse oder Verkürzungen des Aktenlaufes zu erreichen. Die Arbeitszeitverkürzung wurde nicht nur bei uns, sondern auch in Westdeutschland in den letzten Monaten diskutiert. Den deutschen Zeitungen konnte man entnehmen, daß es Meinungen gab, die dem öffentlichen Dienst überhaupt kein Recht auf Arbeitszeitverkürzung einräumten. Die Gemeinde Wien ist jedoch der Ansicht, daß die Fortschritte der Sozialpolitik auch für die öffentlich Angestellten gelten müssen.

./.

Die Schwierigkeiten des Pflegerinnendienstes, auf die gleichfalls verwiesen wurde, sind auch der Verwaltung bekannt. Sicherlich kommen manchmal viele Wochenstunden zusammen, durchschnittlich hat jedoch eine Pflegerin eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 bis 52 Stunden. Diese Mehrleistungen werden aber durch Mehrdienst- und Erschwerniszulagen abgegolten, die jede Pflegerin bekommt. Die Gemeindeverwaltung ist auch seit Jahren bestrebt, für die Besserung der Wohnungsverhältnisse der Pflegerinnen beizutragen. So wurde vor wenigen Jahren im Wilhelminenspital ein Pflegerinnenpavillon gebaut und ein Teil der Einzelräume, die im sozialen Wohnungsbau geschaffen werden, wird ebenfalls den Pflegerinnen zur Verfügung gestellt.

Dienstbeschreibungen gibt es bei der Gemeinde keine regelmäßigen. Sie werden nur vom Personalamt oder der vorgesetzten Dienststelle angefordert, wenn sich eine Notwendigkeit hierzu ergibt. GR. Dr. Soswinski hat sich auch heuer wieder mit den Pensionen für die Witwen der Justifizierten aus den Jahren 1934 und 1938-45 beschäftigt. Es muß darauf verwiesen werden, daß die Witwen der Justifizierten bedeutend günstiger in der Bemessung ihrer Ruhebezüge behandelt wurden, als wenn sie Witwen von Bediensteten wären, die auf natürliche Weise starben. Auch die Beschwerde, daß Träger von Amtsbescheinigungen nicht dem Gesetz entsprechend bevorzugt behandelt wurden, ist nicht stichhältig. Es ist kein einziger Fall bekannt, in dem die Verlängerung eines Ausbildungsarztes, der den Facharzt anstrebt, abgelehnt wurde.

Zum Problem des 14. Monatsbezuges ist zu sagen, daß die Gemeinde Wien gegenüber der Privatwirtschaft in der Ersten Republik viele Begünstigungen gehabt hat, die in der faschistischen Zeit verloren gingen und bis heute noch nicht wiedereingeführt werden konnten. Die Gemeindebediensteten haben aber durch das neue Gehaltsgesetz Bezüge erreicht, die sich mit den gleichgearteten Bezügen der Privatangestellten gut vergleichen lassen. Das Gehalts- und Lohnniveau der Gemeinde entspricht durchaus dem der Privatwirtschaft. Zu den Ausführungen des ÖVP-Redners meinte der Stadtrat, Dr. Freytag habe es schwer, Angriffspunkte zu finden. Wenn er gefragt habe, wer über die Stellenausschreibungen entscheidet, so sei die Antwort darauf: die kompetenten Organe der Gemeindeverwaltung werden die Auswahl dessen treffen, der am würdigsten erscheint.

Was die Kritik an der Darlehensgewährung anlangt, so ist die Form, die bei der Gemeinde geübt wird, dem Personal lieber. Bei unverzinslichen Darlehen wie beim Bund werde eine strengere Auswahl getroffen. Den städtischen Bediensteten ist jedoch eine großzügigere Gewährung bei geringer Verzinsung angenehmer.

Der Referent wendet sich gegen den Vorschlag von Dr. Freytag, den Proporz bei Aufnahmen in den Gemeindedienst anzuwenden. Er wehre sich dagegen, daß die Posten nicht nach der Eignung und Tüchtigkeit vergeben werden.

Zu der Klage über den fehlenden Stellenplan wies Stadtrat Riener darauf hin, daß dieser ein integrierender Bestandteil des Budgets sei und ohnehin im Voranschlagsentwurf enthalten ist. Abschließend ersuchte Stadtrat Riener um die Zustimmung zu den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe (Beifall bei der SPÖ).

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des I. Hauptstückes ohne die Stimmen der VO angenommen. Der Vorsitzende GR. Ing. Arch. Lust unterbricht um 19.05 Uhr die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Dienstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, fortgesetzt.

- - -

Fröhliche Weihnacht überall!
=====

16. Dezember (RK) Seit Jahren schon werden Kinder aus Erziehungsheimen der Stadt Wien, die keine Angehörigen haben oder um die sich niemand kümmert, vom Jugendamt zu Weihnachten in städtische Erholungsheime entsendet. Jedes Kind kann seine Wünsche sagen und diese werden in den allermeisten Fällen restlos erfüllt. Die Kinder werden besonders gut gepflegt und bleiben bis 7. Jänner 1958 im Erholungsheim.

Die Aktion, die vor Jahren im bescheidenen Ausmaße ins Leben gerufen wurde, hat jetzt an Umfang bedeutend zugenommen. Es werden heuer 150 Kinder in den Heimen Sulzbach-Ischl und Stollhof a.d. Hohen Wand Aufnahme finden. Für persönliche Geschenke dieser Kinder wurde ein Betrag von 20.000 Schilling bewilligt.

Der Amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Vizebürgermeister Honay, wird die Kinder bei der Abfahrt verabschieden.

- - -

Prämien für Wiener Kleinbühnen
=====

16. Dezember (RK) Als beste Aufführung einer Wiener Kleinbühne im Monat November wurde die Erstaufführung von Sidney Howard's "Die Silberschnur" im Theater am Parkring mit 5.000 Schilling von der Wiener Stadtverwaltung prämiert. 3.000 Schilling erhielt das Theater der Courage für die Erstaufführung von William Inge's "Komm zurück, kleine Sheba".

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

16. Dezember (RK) Donnerstag, den 19. Dezember, entfallen die Sprechstunden des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 16. Dezember
 =====

16. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 5 Ochsen, 4 Stiere, 23 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 34. Neuzufuhren Inland: 243 Ochsen, 194 Stiere, 1.043 Kühe, 143 Kalbinnen, Summe 1.623. Gesamtauftrieb: 248 Ochsen, 198 Stiere, 1.066 Kühe, 145 Kalbinnen, Summe 1.657. Unverkauft: 22 Ochsen, 8 Stiere, 23 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 56. Verkauft: 226 Ochsen, 190 Stiere, 1.043 Kühe, 142 Kalbinnen, Summe 1.601.

Preise: Ochsen 9 bis 11.50 S, Extremware 11.80 bis 12.60 S (14 Stück), Stiere 9.80 bis 12 S, Extremware 12.10 bis 12.40 S (19 Stück), Kühe 7.20 bis 9.80 S, Extremware 10 bis 10.50 S (14 Stück), Kalbinnen 10 bis 11.60 S, Extremware 11.90 bis 12.20 S (7 Stück), Beinlvieh, Kühe 6 bis 7.50 S, Ochsen, Kalbinnen 8 bis 9.50 S. Der Durchschnittspreis ernäbigte sich bei Ochsen um 20 Groschen, Stieren um 28 Groschen, Kühen um 21 Groschen, Kalbinnen um 11 Groschen je Kilogramm. Er beträgt bei Ochsen 9.94 S, Stieren 11.02 S, Kühen 8.01 S, Kalbinnen 10.51 S je Kilogramm. Beinlvieh ernäbigte sich bis zu 40 Groschen je Kilogramm.

- - -

Die Naglergasse huldigt einer 100jährigen
 =====

16. Dezember (RK) Vizebürgermeister Honay beglückwünschte heute Frau Maria Promper, die älteste Bewohnerin der Inneren Stadt, zum 100. Geburtstag. Er übermittelte der greisen Frau die herzlichsten Glückwünsche und überreichte ihr mit einem weißen Fliederstrauß ein Schreiben des Bürgermeisters und das Ehrengeschenk der Stadtverwaltung. Die Geburtstagsgrüße des 1. Bezirkes überbrachten Bezirksvorsteher Dr. Friesinger und der Vorstand des Fürsorgeamtes Frau Baumann. Die Bewohner der Naglergasse, wo Mutter Promper seit vielen Jahren im Haushalt ihrer erst vor kurzem verwitweten jüngsten Tochter lebt, überraschten die

./.

Jubilarin mit vielen Geschenken. Auch die Jetzelsdorfer erinnerten sich ihrer einstigen Ortsangehörigen und der dortige Bürgermeister schickte mehrere Flaschen des besten Haugsdorfer Tropfens nach Wien.

Frau Promper, die Jüngste in Kreise der 100jährigen Wienerinnen, blickt auf ein arbeitsreiches Leben einer Landwirtin zurück. Sie ist Mutter von zehn Kindern. Dreimal bekam sie Zwillinge. Trotz ihrem hohen Alter hat sie sich ihre Frische erhalten und freute sich an ihrem 100. Geburtstag über die vielen ihr dargebrachten Huldigungen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, Kl. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 17./Dezember 1957

Blatt 2530

Jugendliche diskutieren über Gemeindeangelegenheiten

17. Dezember (RK) 60 Jugendliche Hörer des 1. Jahrganges der Lebensschulen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes statteten gestern abend dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Sie wurden von Bürgermeister Jonas im Namen der Stadtverwaltung begrüßt. Auf Wunsch der jungen Gäste informierte sie der Bürgermeister über die Grundlagen der demokratischen Gemeindeverwaltung. In einer zweistündigen Diskussion beantwortete er viele von den Burschen und Mädchen an ihn gerichtete Fragen über verschiedene kommunalpolitische Angelegenheiten.

- - -

Franz Martin Haberditzl zum Gedenken

17. Dezember (RK) Am 19. Dezember wäre der bedeutende Wiener Kunsthistoriker und Fachmann des Musealwesens Dr. Franz Martin Haberditzl 75 Jahre alt geworden.

Er begann nach Absolvierung der Studien seine Laufbahn in der Kupferstichsammlung der Nationalbibliothek und wurde 1909 deren Leiter. 1915 erfolgte seine Ernennung zum Direktor der Österreichischen Galerie, deren drei Teile, Barockmuseum, Galerie des 19. Jahrhunderts und Moderne Galerie er einrichtete und eröffnete. Weiters veranstaltete er im Belvedere zahlreiche Sonderausstellungen und hielt sie in wertvollen Katalogen fest. Unter seinen wissenschaftlichen Arbeiten sind besonders erwähnenswert die Monographie über Carl Schindler, die Veröffentlichung über die Einblattdrucke des 15. Jahrhunderts in der Kupferstichsammlung der Nationalbibliothek und das große Werk "Handzeichnungen und Aquarelle der Österreichischen Galerie". Haberditzl trat 1938 von seinem Amt zurück und starb am 22. Jänner 1944.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener RathausKultur, Volksbildung und Schulverwaltung

17. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas nahm der Wiener Gemeinderat heute vormittag um 9 Uhr die Beratungen des Voranschlages 1958 der Bundeshauptstadt Wien wieder auf.

Stadtrat Mandl (SPÖ) referierte über das Kapitel Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung. An der Spitze seiner Ausführungen stellte der Referent den Leitgedanken der gesamten Arbeit des Kulturamtes: Erhalten - Fördern - Erziehen! Drei Tätigkeiten, die in ihrer oft wechselnden Bedeutung immer wieder aufs Neue gegeneinander abgewogen und gewertet werden müssen und die in ihrer Auswirkung selbstverständlich auch immer wieder der Kritik der Öffentlichkeit unterworfen sind.

Materielle Substanz und geistiges Erbe

Wien ist eine Stadt mit einem außerordentlich großen Kulturbesitz. Ich glaube, es ist den Wienern erst durch unsere Ausstellung "Wien - eine Stadt stellt sich vor" bewußt geworden, welche große Zahl kunsthistorisch wertvoller Frechtbauten und Denkmäler das Antlitz der Stadt formen. Ein kostbarer und einmaliger Besitz, den wir zu wahren haben. Wir werden in den nächsten Jahren alle zusammenhelfen müssen, um noch die letzten Reste des Verfalls in unserer Stadt zu beseitigen. Viel ist ja schon geschehen und ich möchte in diesem Zusammenhange die Leistungen des Bundes auf Wiener Boden nicht unerwähnt lassen. Aber auch die Stadt selbst hat an materieller Substanz erhalten, was nur möglich war. Ich erinnere nur an unsere Beihilfen zum Wiederaufbau des Stephansdomes und der evangelischen Schule auf dem Karlsplatz, an die Restaurierung so bedeutsamer Denkmäler, wie der Pestsäule am Graben, der Mariensäule auf dem Hof, des Mozart-Denkmal im Burggarten, des Austriabrunnens auf der Freyung, der "Spinnerin am Kreuz" und anderer mehr.

./.

Und systematisch werden nun auch die anderen Gebäude und Denkmäler restauriert.

Dabei ist es nicht nur die materielle Substanz, der wir unsere Pflege angedeihen lassen müssen, es ist auch das große geistige Erbe, das es zu betreuen gilt. Auch hier hat die Stadt ihren Beitrag geleistet. Die Stadtbibliothek, die drittgrößte Bibliothek Wiens, ist mit neuen Depots ausgestattet und die Renovierung abgeschlossen. Das Museum der Stadt Wien steht vor seiner Vollendung und dürfte Februar oder März im Bau abgeschlossen sein. Das Archiv der Stadt Wien wird in den nächsten Jahren ein vollkommen neues, modernes Zentraldepot im aufgelassenen Schulgebäude, 7, Kandlgasse 13, erhalten. Für den Umbau sind sieben Millionen vorgesehen.

Wiener Kunstleben auf internationaler Höhe

Stadtrat Mandl wandte sich dann dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Kulturamtes, dem Fördern, zu. Die günstige Situation auf allen Sektoren des kulturellen Lebens hält an. Unser Kunstleben ist auf einer international beachtlichen Höhe und erfreut sich auch weiterhin der Anteilnahme der Bevölkerung.

Wir konnten in der abgelaufenen Saison allein in den Wiener Theatern 3,2 Millionen Besucher zählen, während bei allen Sportveranstaltungen zusammen nicht mehr als 2,2 Millionen Besucher erreicht werden konnten.

Ahnlich ist es bei den musikalischen Veranstaltungen, in den Volksbüchereien, den Volksbildungshäusern usw. Trotzdem sind die Theater, die Konzerthäuser, heute in der gleichen finanziell prekären Situation wie damals.

Es ist kaum zu glauben, daß unsere Kunstinstitute in einer Zeit der allgemeinen Hochkonjunktur unter Defiziten leiden, die ihre Existenz gefährden. Und dies nur deshalb, weil die Höhe der Eintrittspreise mit der Höhe der Ausgaben in eine gefährliche Diskrepanz geraten ist.

Verraucht, vertrunken und vernascht

Eine vor wenigen Tagen erschienene Aufstellung des Statistischen Zentralamtes über die Verwendung des privaten Anteiles am Volkseinkommen gibt interessante Aufschlüsse.

Jede österreichische Familie hat nach dieser Statistik im Jahre rund 1.000 S verbraucht, 2.000 S vertrunken und 700 S vernascht.

Jede österreichische Familie hat für Unterricht, Bildung und Unterhaltung 1.700 S ausgegeben, wobei sicherlich den Hauptanteil der Unterhaltungssektor in Anspruch nahm.

Nach einer Statistik des Theaterorchester-Verbandes ist der Zuschußbedarf aller österreichischen Bühnen - Bundestheater, Landestheater und Privattheater - rund 176 Millionen Schilling.

Wenn ich bedenke, daß wir im Jahre 1.2 Milliarden Schilling vernaschen, 2.4 Milliarden Schilling verbrauchen und 5.8 Milliarden Schilling vertrinken, so handelt es sich bei den 170 Millionen Schilling um einen wahrlich bescheidenen Betrag, nämlich nur 0.02 Prozent, die man abzweigen müßte.

Wir subventionieren heute, wie bekannt, drei Wiener Großbühnen: das Volkstheater, das Theater in der Josefstadt und das Raimundtheater, mit rund 5 Millionen Schilling im Jahr. Wenn ich noch überlege, welche Summen in Bewegung gesetzt werden durch das Theater der Jugend, das Jugend-Abonnement usw., so kann ich wohl sagen, daß bedeutende Mittel zur Unterstützung des Wiener Theaters gegeben werden müssen, weil die Diskrepanz zwischen Einnahme und Ausgabe nicht günstiger gestaltet werden kann.

Gemeinde stiftet Josef Kainz-Medaille

Wir haben alles Interesse, den guten Ruf Wiens als der Stadt des europäischen Theaters zu erhalten. Um das neuerlich zu unterstreichen und auch nach außen hin zu dokumentieren, wird die Stadt Wien aus Anlaß des 100. Geburtstages des größten Wiener Schauspielers unseres Burgtheaters Josef Kainz eine Josef Kainz-Medaille stiften, die jährlich am 20. September an seinem Todestag vergeben werden soll. Ausgezeichnet wird die beste schauspielerische Darstellung einer männlichen und einer weiblichen Rolle und die beste Regieleistung des Jahres, gleichgültig, an welcher Bühne sie geboten wurde.

Viele Konzertbesucher bei halbleeren Kassen

Ähnlich wie auf dem Gebiete des Theaters liegen die Verhältnisse auf dem Musiksektor. Die Besucherziffern haben sich gegenüber dem Vorjahr weiterhin erhöht, die Konzertveranstaltungen haben beachtliches Niveau - aber die finanzielle Situation ist die gleiche wie bei den Theatern. Die beiden großen Konzerthäuser erhalten beträchtliche Zuwendungen, um ihren Betrieb aufrecht erhalten zu

können, obwohl alle bedeutenden Veranstaltungen außerordentlich gut besucht sind.

Die Wiener Symphoniker haben durch die Regulierung ihrer Bezüge eine fühlbare Verbesserung ihrer Besoldung erfahren. Sie sind das Konzertorchester Wiens, ohne dessen aufopfernder hoher Leistung Wiens Musikleben nicht zu führen wäre.

Die Musiklehranstalten der Stadt Wien sind unter Leitung ihres verdienten Direktors zu Zentren der Musikwerbung und Musikerziehung in den Wiener Bezirken geworden. Im kommenden Jahre wird zu den 12 bestehenden Musikschulen eine 13. im 2. Bezirk treten.

Das vom Kulturamt von Jahr zu Jahr erweiterte Programm für die Sommermonate erfreut sich steigender Beliebtheit. Im kommenden Jahre werden uns die Wiener Symphoniker auch im Sommer zur Verfügung stehen.

Großzügiges Mäzenatentum der Stadtverwaltung

Die Pflege der bildenden Kunst war immer ein besonderes Anliegen der Stadtverwaltung. In Wien leben rund 500 Maler und Bildhauer, die ohne das großzügige Mäzenatentum der Stadtverwaltung in eine außerordentlich schwierige Situation kommen würden.

Mehr als 3,5 Millionen Schilling werden allein zum Schmuck von Wohnhausanlagen aufgewendet; daneben geben wir beträchtliche Summen für Ankäufe und sonstige Förderungsmaßnahmen aus.

Man macht uns oft den Vorwurf, daß wir in unsere Förderung auch die moderne Kunst einbeziehen. Wir bekennen uns dazu und tun dies, weil es niemand verantworten kann, den lebendigen Prozeß der Formäußerung einer Generation aufzuhalten. Nie hat die Gegenwart erwiesen, was Wert und Gültigkeit für kommende Generationen besitzt. Es ist unsere Absicht, in Zusammenarbeit mit dem Unterrichtsministerium und anderen Stellen in den kommenden Jahren Ausstellungen großer europäischer Künstler nach Wien zu bringen. Als erste dieser großen Expositionen soll eine Van Gogh-Ausstellung im Februar nächsten Jahres nach Wien gebracht werden.

Wenn wir von Förderungsmaßnahmen sprechen, so dürfen wir unser Bemühen um die Literatur nicht unerwähnt lassen. Es gilt gleichermaßen unseren lebenden Autoren wie der Förderung des guten Buches. Die 45 Zweigstellen der städtischen Büchereien, die im nächsten Jahre um eine im 14. Bezirk vermehrt werden, konnten ihren festen Leserstock neuerlich erweitern. Sie betreuen heute mehr als 47.000 Leser, das ist gegenüber 1950 eine Steigerung um 79 Prozent. Besonders auffällig ist die hohe Zahl von Kindern, als ständige Leser; sie beträgt derzeit 15.600.

Wiener Stadthalle - das größte Bauvorhaben Österreichs

Lassen Sie mich nur noch im besonderen den Sport erwähnen. 67 Sportplätze mit einem Gesamtflächenausmaß von zwei Millionen Quadratmetern stehen den Sportvereinen gegen einen Anerkennungszins zur Verfügung, 4 weitere Plätze mit einem Ausmaß von mehr als 200.000 Quadratmetern verwaltet die Stadt selbst. Mit dem Ertragnis des Sportgroschens von 1,650.000 S konnten 318 Subventionsansuchen aufrecht erledigt werden. Von den 343 Turnsälen in Wiener Schulen wurden 242 an Sportorganisationen vermietet. Unserer Jugend stehen 48 Spielplätze und eine Rodelbahn zur Verfügung, 12 neue sind für das kommende Jahr vorgesehen.

Die Wiener Stadthalle, das momentan größte Bauvorhaben Österreichs, steht vor der Fertigstellung.

Wir hoffen, die Halle, wie vorgesehen, in der letzten Woche der Wiener Festwochen eröffnen zu können.

Im Stadion werden bis Ende 1957 40 Prozent der Tribünen-Erweiterung benutzbar sein.

Im nächsten Jahr 12.000 Schüler weniger

Das kulturelle Leben einer Großstadt ist vielfältig, wie eben ihr ganzes gesellschaftliches Sein. Aber, was wäre der reichste Schatz vergangener Zeiten, was wäre das Mähen und Plagen im Gegenwärtigen, wenn nicht die jungen, in die Zukunft weisenden Kräfte gebildet und für ihre Aufgabe vorbereitet würden? Hier liegt unsere dritte große Verpflichtung: Reif machen, erziehen, für die Lösung der Probleme von morgen. Deshalb messen wir der Schule und ihren Bildungsaufgaben so eminente Bedeutung zu.

Lassen Sie mich kurz die Situation auf dem Sektor des Pflichtschulwesens darstellen: Wir zählen im Schuljahr 1957/58: 5409 Klassen mit 102.195 Schüler, das sind gegenüber 1956/57 265 Klassen und 9.090 Schüler weniger. Im nächsten Schuljahr werden wir nur mehr 90.000 Schüler haben. Jeder vernünftige Mensch muß einsehen, daß bei einem solch starken Absinken der Schülerzahl sich auch die Zahl der Klassen und die Zahl der Schulen verringern muß. Wir werden also - und ich bitte die Eltern, das doch zu verstehen, im Laufe der nächsten Jahre Schulhäuser sperren müssen.

Bisher 400 Millionen für neue Schulen

In diesem Jahre wurden 19 Schulgebäude vollkommen renoviert und dafür ein Betrag von 20 Millionen Schilling ausgeworfen. Insgesamt hat die Stadt Wien für den Wiederaufbau und den Neubau von Schulen 400 Millionen Schilling seit 1945 ausgegeben.

Das erste Schulbuch unserer Kinder, die Fibel, ist nach mehrjähriger Erprobung nun zum Druck bereit. Ab kommendem Schuljahr werden alle Schulanfänger dieses Buch aus der Hand ihres Lehrers als Geschenk der Stadt Wien zur Erinnerung an ihren ersten Schultag erhalten. Eine Widmung im Buch und die Unterschrift des Lehrers wird dieses erste Schulbuch zu einem bleibenden Andenken an die Kindheit gestalten.

Die Wiener Berufsschulen weisen mit rund 45.000 Schülern gegenüber dem Vorjahre keine wesentlichen Veränderungen in Schüler- und Klassenzahl auf. Sie werden im kommenden Jahr einen Gesamtbetrag von 36 Millionen Schilling erfordern. Die drei Lehranstalten für gewerbliche und hauswirtschaftliche Frauenberufe sind im Budget mit einem Kostenaufwand von rund vier Millionen Schilling ausgewiesen.

Unsere Modeschule in Hetzendorf gewinnt von Jahr zu Jahr mehr Ansehen im In- und Ausland und ich hoffe, daß die versprochene Gleichwertigkeitserklärung seitens des Handelsministeriums in nächster Zeit gegeben wird.

Fast 170 Millionen Schilling wendet die Stadt für das Wiener Schulwesen auf. Das ist eine große Investition in die Zukunft, die einmal reiche Früchte tragen muß.

Wir unterstützen und fördern auch alle Bestrebungen der Volksbildung so gut wir nur können. Wir haben in Wien derzeit 12 Volkshochschulvereine mit mehr als 60 größeren Außenstellen. 1,870.000 Schilling wurden 1957 seitens der Stadt dem Verband der Wiener Volkshochschulen zugewendet. Das Experiment in der Per Albin Hansson-Siedlung, deren Volksheim in zwei Jahren über 100.000 Besucher hatte, ist gelungen. Das Volksheim hat uns gezeigt, daß wir mehr Mut zu Neuem, Mut zum Experiment haben müssen. Wir werden diesen Weg weiter gehen und diesem einen Volksbildungshaus weitere folgen lassen (Beifall bei der SPÖ).

Ein "Forum der Wiener Volksbildung"

Der Volksbildung soll in den nächsten Jahren aber auch noch eine andere, spezielle Aufgabe zugewiesen werden, zu deren Erfüllung wir wieder Sondermittel zur Verfügung stellen. Wir haben beschlossen, unter dem Titel "Forum der Wiener Volksbildung" eine Einrichtung zu schaffen, die der offenen Diskussion dienen und dem

Staatsbürger die Möglichkeit der eigenen Meinungsbildung geben soll. Ab Jänner nächsten Jahres soll das "Forum der Wiener Volksbildung" in Aktion treten und es wird sich nicht scheuen, auch "heiße Eisen" anzupacken. Diese Forum-Diskussionen, bei denen Meinung gegen Meinung gestellt werden soll, werden im Zusammenwirken mit dem Österreichischen Rundfunk die von uns gewünschte Ausstrahlung haben.

Wiener Festwochen mit Singakademie und Singverein

Aber einmal im Jahr soll sich die kulturelle Kraft dieser Stadt zu einer Hochleistung zusammenballen, einmal im Jahre, zu den "Wiener Festwochen".

Für die Festwochen des Jahres 1958 steht im Mittelpunkt das 100jährige Jubiläum der beiden, vor kurzem mit dem Renner-Preis ausgezeichneten Chöre, des Singvereines und der Singakademie. Um dieses Jubiläum gestaltet die Gesellschaft der Musikfreunde, die in diesem Jahre die Hauptlast des Musikprogrammes zu tragen hat, das 1. Europäische Chorfest, an dem acht ausländische Chöre aus Deutschland, England, Holland, Italien und der Tschechoslowakei teilnehmen werden. An Orchestern sind verpflichtet das Kölner Rundfunkorchester, die Prager Philharmoniker, die Wiener Philharmoniker und die Wiener Symphoniker.

Die Bundestheater beteiligen sich an den Wiener Festwochen mit einem Zyklus von Werken des zeitgenössischen Opernschaffens in der Staatsoper und einem sieben Werke umfassenden Grillparzer Zyklus im Burgtheater.

Es besteht die Absicht, 500 junge Menschen aus aller Welt auf sechs Tage zu einer "Jugendfestwoche" nach Wien einzuladen.

Wien im Mittelpunkt Europas

Die Festwochen 1958 werden aber einen vollkommen neuen Akzent bekommen, durch das in der dritten Juniwoche stattfindende Europa-Gespräch!

Ich habe zu Beginn meiner Darlegungen gesagt, daß diese Stadt, einer großen Tradition verpflichtet, in einem Kontinent der Blöcke nach neuen und doch im Grunde so alten Aufgaben suchen muß, weil sie sich nicht einfach mit einem Schicksal abfinden kann, das ihr bestimmt hat, Endstation eines freien Europa zu sein. Wien

liegt nach wie vor im Mittelpunkt der großen Drehscheibe Europa und kann - wenn es will - vielleicht dazu beitragen, heute noch bestehende Spannungsfelder aufzulockern und aufzulösen. Wir müssen uns ein großes Konzept suchen, das natürlich abgestimmt sein muß auf die gesamte österreichische Außenpolitik, der dadurch ebenfalls eine bedeutende Aufgabe erwachsen kann. Wir müssen Wien wieder in den Mittelpunkt Europas rücken.

Alle diese Überlegungen und der unbändige Lebenswille, den diese Stadt trägt, haben uns bewogen, den Europagedanken stärker als bisher in unsere Arbeit einzubeziehen - in der festen Zuversicht, daß auch ein zweigeteiltes Europa - das doch immerhin noch den gemeinsamen Namen trägt - vielleicht einmal zur Gemeinsamkeit zurückfindet.

Der Bürgermeister hat nun anlässlich des Kongresses der europäischen Parlamentarier in Wien den Auftrag erteilt, sich mit dem Gedanken eines Europa-Institutes zu beschäftigen. Ende August dieses Jahres fand unter Leitung des Pädagogischen Institutes das erste "Seminar europäischer Erzieher" statt, an dem rund 30 Delegierte aus 23 europäischen Städten von Athen bis Straßburg teilnahmen. Sie berieten eine Woche lang das Thema "Erziehung zu Europa in den europäischen Schulen" und beschäftigten sich mit der Herausgabe eines Europa-Lesebuches. Die Tagung war ein voller Erfolg. Nun wagten wir den zweiten Schritt!

Seminar der europäischen Presse

In der Zeit vom 24. bis 28. Februar kommenden Jahres wird das erste Seminar der europäischen Presse unter Leitung von Chefredakteur Prof. Vinzenz Ludwig Ostry abgehalten, zu dem 30 Zusagen von Journalisten bekannter Zeitungen aus 12 europäischen Ländern schon heute vorliegen.

Zur Diskussion steht das Thema "Die Presse im Dienste der Einheit Europas". Hervorragende Referenten werden dazu Stellung nehmen.

Politisches Europagespräch

Und nun soll während der Festwochen des kommenden Jahres, in der Zeit vom 18. bis 22. Juni, das erste politische Europagespräch stattfinden, dessen Thema Anruf und Aufruf sein soll, und das lautet: "Die Einheit Europas - Idee und Aufgabe", gesehen aus der Perspektive des Jahres 1958. Die Gespräche sollen im Gemeinderatssitzungssaal stattfinden und durch Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlt werden.

Als Sprecher zum Thema haben bisher zugesagt: Ministerpräsident a.D. Robert Schumann (Frankreich), Präsident des Europarates Fernand Dehousse (Belgien), Generalsekretär des Europarates Ludovico Benvenuti (Italien), Univ. Prof. Dr. Raymond Aron (Frankreich), Außenminister des Schattenkabinetts der Labour Party Aneurin Bevan (England), Abgeordnete Jenny Lee (England), Botschafter a.D. Prof. Salvador de Maderiage (span. Exilpolitiker), Ministerpräsident H.C. Hansen (Dänemark), Minister a.D. Per Federspiel (Dänemark), Präsident des deutschen Bundestages Dr. Karl Gerstenmeier (DBR), Vizepräsident des deutschen Bundestages Prof. Carlo Schmid (DBR), Abgeordneter des deutschen Bundestages Fritz

Erlar (DBR) und Abgeordneter des deutschen Bundestages Kurt Kiesinger (DBR).

"Europa-Platz" vor dem Westbahnhof

Anläßlich dieser Tagung soll der Platz vor dem Westbahnhof den Namen "Europas-Platz" erhalten.

Ich glaube sagen zu können, daß sich für dieses erste Gespräch, dem Jahr für Jahr andere folgen sollen, eine hervorragende Repräsentanz europäischer Gesinnung in Wien versammeln wird und ich kann nur hoffen, daß dieser erste auf Wiener Boden zum Ausdruck gebrachte Appell Wiederhall finden wird in allen Ländern, die sich - wo sie auch liegen mögen - zu Europa bekennen.

Und mit dieser Hoffnung, eine große, neue Aufgabe einer ewig jung gebliebenen Stadt zu sehen, möchte ich meine Ausführungen schließen. Wir alle, die wir hier sitzen, wissen um den alten Glanz dieser ehrwürdigen Stadt. Wir wissen aber ebenso genau, daß dieser Glanz aus einer Epoche strahlt, die sicher groß war - die aber unwiderbringlich vergangen ist. Und wir wissen, daß wir die ewige Jugend und die Kraft dieser Stadt nur erhalten können, wenn wir sie mit immer neuen Aufgaben konfrontieren. Aufgaben, die in ihrer Vergangenheit fußen, in ihrer Gegenwart lobendig und in neuem Geist einer großen Zukunft zugewandt sind.

Und diese große Zukunft kann nicht nur im Bereiche ihrer eigenen Grenzen liegen, sie kann nicht nur auf ihre Funktion als Bundeshauptstadt unserer Republik beschränkt sein - sie muß hinausreichen in den ganzen europäischen Bereich, dessen Mitte sie einst war und dessen Mitte sie einst wieder werden soll in einer Welt des Friedens und der Freiheit (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Die Kulturdebatte

GR. Dr. Christoph (VO) begrüßt als erster Debatteredner die gegenüber dem Vorjahr erfolgte Erhöhung der Ausgaben der Geschäftsgruppe III. Er lobt diesen Entschluß umso mehr, da man beim Bund diese Freigebigkeit immer noch vermißt. Zum Kapitel Jugenderziehung erklärt er, daß seiner Meinung nach der Höhepunkt der Verbreitung von Schundliteratur als überwunden erscheint. Er bedauert zugleich, daß man hinsichtlich des Niveaus der Kinoprogramme leider noch nicht so weit ist. Das Problem der Jugenderziehung bezeichnet er als eine Frage der Freizeitgestaltung. Die großen Jugendorganisationen

hätten heute nicht mehr die große Anziehungskraft, die sie einst besaßen. Er meint, man müßte es mit der Schaffung von Jugendklubs unter Führung von erfahrenen Pädagogen versuchen, am besten in Wohnhausanlagen der Stadt Wien. Er begrüßt die Zunahme der Teilnehmer am Jugendabonnement der Stadt Wien, dessen Ausweitung er als imponierend bezeichnet. Er schlägt vor, die Gemeinde Wien möge das leerstehende Scala-Theater zu einem Theater für Jugendliche ausgestalten. Die Musikerziehung sollte seiner Meinung intensiviert und auf breiteste Basis gestellt werden. Die Musiklehranstalten sollten jeden aufnehmen, der ein Musikinstrument erlernen will, auch dann, wenn mehr Musiklehrer herangezogen werden müßten. Die Stadt Wien sollte auch mehr Einfluß auf die Gestaltung der Rundfunkprogramme ausüben. Der Redner verweist darauf, daß die Stadt Wien bei einem Gesamtkapital der neugegründeten Rundfunkgesellschaft von 80 Millionen Schilling nur mit 600.000 Schilling beteiligt ist und hofft, daß der Einfluß der Stadtverwaltung nicht im selben Verhältnis beschränkt bleiben wird.

Beim Sport bemängelt er die zu geringe Zahl der vorhandenen öffentlichen Sportplätze, Schwimmbäder und anderen sportlichen Anlagen. In zwei Resolutionsanträgen verlangt er, man möge den Amateur-Sportvereinen die entrichtete Vergütungssteuer refundieren und der sporttreibenden Jugend dieser Vereine auch unentgeltliche Straßenbahnfahrscheine zum Besuch der Sportanlagen zur Verfügung stellen. Der Redner warnt vor der Subventionierung von deutschnationalen Turnvereinen und spricht sich auch gegen die Unterstützung des Heeressportes aus.

Er stellt mit Genugtuung fest, daß der Schulbetrieb an den Wiener Schulen reibungslos funktioniert und das Modernisierungsprogramm der Schulhäuser gut voranschreitet. Demgegenüber würde er eine Verbesserung des von der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Materials der Schulrequisiten begrüßen. Wenn Schulgebäude wegen zu wenig Schüler gesperrt werden müssen, regt er an, die freigewordenen Objekte den Wiener Mittelschulen zur Verfügung zu stellen. Die Beanspruchung der Schulhäuser ist nicht überall gleich. Wir haben einerseits leere Schulhäuser, andererseits aber gibt es dort, wo neue Wohnhausanlagen gebaut wurden, hier und da auch eine empfindliche Schulraumnot. Dem könnte durch rechtzeitige Planung bei der Errichtung von größeren Gemeindebauten abgeholfen werden. Abschlies-

send setzt er sich für eine Verbesserung und Aktualisierung des Lehrplanes an den Wiener Berufsschulen ein. Seine Fraktion, so erklärt er, wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe III die Zustimmung geben.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) beschäftigt sich einleitend mit dem schon wiederholt zitierten Begriff "Weltstadt Wien". Gerade auf dem Kultursektor könnte viel zur Erreichung dieses Zieles beigetragen werden. Schließlich war ja Wien bereits einmal das Mekka der Medizin, der Dichtkunst, des Theaters, der Wissenschaft, also der Kultur überhaupt. Viel können auch die Wiener Festwochen dazu beitragen. Bei den kommenden Festwochen müßte auch auf das hundertjährige Jubiläum unserer Wiener Ringstraße, die eine der schönsten Straßen Europas ist, Bedacht genommen werden. Es ließe sich sicher auch eine Ausstellung über die Baumeister dieser Zeit, die Dichter, Maler, das Theater usw. in das Festwochenprogramm einbauen.

Als erfreulich bezeichnet die Rednerin die Erhöhung des Kulturbudgets. Es ist auch ein schöner Fortschritt, daß man nun nicht mehr wie in den vergangenen Jahren dafür sorgen muß, in den Schulen die ärgsten Kriegsschäden zu beheben, sondern man nun auch schon darangehen kann, Lehrerzimmer und Klassenräume schön und modern auszugestalten. Es soll nun aber auch die Jugend dazu erzogen werden, diese neuen und schönen Schulen zu pflegen und zu erhalten.

Wenn im kommenden Schuljahr allen neu eintretenden Kindern eine Schulfibel als Geschenk der Stadt Wien überreicht werden soll, müßte diese Aktion, wie überhaupt die Überlassung von Lehrmitteln, auch auf die privaten Schulen ausgedehnt werden. Auch sie haben ein Anrecht auf diese Beihilfen, steht es doch in einer Demokratie den Eltern frei, die Kinder in die von ihnen gewünschte Schule zu schicken. GR. Hiltl stellt einen Resolutionsantrag, den Schülern der Privatschulen Wiens die Lehrmittel im selben Ausmaß umsonst zur Verfügung zu stellen, wie den Schülern öffentlicher Schulen.

./.

Bei den Berufsschulen ist die Fertigstellung der Schule Dörfelstraße zu begrüßen. Bedauerlich sei jedoch, daß der vor Jahren erstellte Kostenvoranschlag Baukosten in Höhe von 1,8 Millionen Schilling vorsah, die wirklichen Kosten sich aber nun durch die Verzögerung des Baues auf fünf Millionen gestellt haben.

Bei der Modeschule der Stadt Wien wäre zu wünschen, daß die Absolventinnen die Anerkennung ihrer Gesellenprüfung zuerkannt bekommen, ähnlich wie dies an den Bundeslehranstalten für Frauenberufe gehandhabt wird.

Sehr bewährt haben sich die Stewardessen. Es gebührt ihnen aller Dank, denn sie haben dazu beigetragen, Wiener Charme, Freundlichkeit und auch die Wiener Sprachbegabung in der Welt bekanntzumachen. Sie haben einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen.

Beim Landesjugendreferat müßte mehr darauf geachtet werden, daß es nicht Aufgabe dieses Referates ist, von sich aus eigene Jugendlager, Ferienlager und Aktionen zu veranstalten. Es ist vielmehr dazu da, die einzelnen Organisationen bei ihren Lagern usw. zu fördern. Dies dürfte jedoch nicht nach einseitigen politischen Standpunkten erfolgen (Beifall bei der ÖVP).

Bei der Aktion des Jugendfilm-Abonnements dürfe man gewisse Bedenken nicht außer acht lassen. Bedeutende Ärzte haben nachgewiesen, daß sich der Filmbesuch auf Kinder und Jugendliche nicht günstig auswirkt. In Belgien zum Beispiel ist der Kinobesuch überhaupt erst ab 16 Jahren gestattet. Es sollte die Filmsucht der Jugend nicht noch mehr gefördert werden, sondern sie vielmehr zur guten Musik, zum guten Buch und zum guten Theater geführt werden. Die Filmkommission müßte auf die Verantwortung, die sie den Jugendlichen gegenüber hat, besonders aufmerksam gemacht und auch entsprechend geschult werden.

Als viel zu gering bezeichnet die Rednerin die Ansätze für Stadt- und Ortsbildpflege. Waren im Jahre 1956 80.400 Schilling veranschlagt, im Jahre 1957 60.000, so stehen im Budget für 1958 nur 2.000 Schilling. Gerade der Stadt- und Ortspflege müsse aber bedeutendes Augenmerk zugewendet werden. Man möge für Wien ein Landschaftsmuseum in der Hermesvilla einrichten.

Ein Antrag der Rednerin verlangt die Übernahme des alten Wehrturmes auf dem Leopoldsberg in die Obhut der Stadt Wien. Auch auf dem Gebiete der Denkmalpflege sind noch viele Wünsche offen. So hat Wien kein Berta von Suttner-Denkmal usw. Wünschenswert wäre auch die Anstrahlung der Mariensäule "Am Hof" und die Beleuchtung des Hochstrahlbrunnens während der schönen Jahreszeit.

Eine Änderung wäre auf dem Gebiete der Ehrungen notwendig. Wohl gibt es das Ehrenbürgerrecht, das Bürgerrecht, den Ehrenring und die Ehrenmedaille sowie noch verschiedene kleinere Stufen. Die große Diskrepanz zeigt sich aber zwischen Ehrenmedaille und Ehrenring. Hier müßte eine Zwischenstufe geschaffen werden.

Abschließend dankt Gemeinderätin Hiltl allen Beamten und Bediensteten dieser Gruppe, den tausenden Helfern auf kulturellem Gebiet und auch den Kulturschaffenden und Kulturempfängern dieser Stadt, die ihren Beitrag leisteten, daß unser Wien auch wieder zu einer Weltstadt der Kultur wird (Beifall bei der ÖVP).

GR. Planck (SPÖ) beschäftigt sich mit den verschiedenen Einzelfragen, die im Verlauf der Debatte aufgeworfen wurden. Im Zusammenhang mit den Ausführungen der ÖVP-Rednerin über die Kunstförderung der Gemeinde weist er darauf hin, daß alle Künstler, die ihrer Zeit voraus waren, von dieser ihrer Zeit auch abgelehnt wurden. Die Lehre aus der Kunstgeschichte sollte uns zur Vorsicht raten. Wir müssen daher in der Kunstförderung tolerant sein. Wir finden es selbstverständlich, daß auf wissenschaftlichem Gebiet Experimente unternommen werden, aber es fällt uns nie ein, der Kunst ebenfalls Experimente zuzubilligen. Die Stadt Wien hat auf diesem Gebiet eine Aufgabe, die sie in erheblichem Maße erfüllt. Aber neben der Stadtverwaltung sollten auch andere als Mäzene eingreifen. Ein erfreuliches Beispiel stellt hier der von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien geschaffene Kunstfonds dar.

Die Entwicklung der Volksbildungsarbeit ist überaus beachtenswert. Gab es 1945/46 17.000 Hörer, so waren es 1956/57 69.000 Hörer. Das ist eine Zunahme auf mehr als das Vierfache. Bei den Einzelveranstaltungen ist die Zahl der Besucher von 371.000 auf 1.130.000 gestiegen, eine Zunahme auf 304 Prozent. Die Bedeutung der Volksbildung ist jedoch mit diesen Zahlen nicht ausgedrückt. Auch Methoden und Ziele der Volksbildung haben sich mit den Jahren geändert.

Heute ist man der Meinung, daß die Volksbildung die Aufgabe hat, der Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit zu dienen. Als wünschenswert bezeichnet der Redner eine Koordinierung innerhalb der Volksbildung, um die Kräfte ökonomischer zu verwerten und die Mittel besser zu verwenden. Besonders weist GR. Planek auch auf den Erfolg der Volksbildung bei der Jugend hin.

Die Probleme um den Film könnten nach Meinung des Redners annähernd gelöst werden, wenn man endlich die Prädikatisierung der Filme einführt. Die Länder müßten sich zusammenfinden und eine gemeinsame Stelle dafür einrichten. Heute gibt es nur die Möglichkeit zu entscheiden, ob ein Film für die Jugend geeignet ist oder nicht. In diesem Zusammenhang nennt der Redner einige interessante Zahlen über die in Wien gezeigten Filme. Von 562 Streifen kommen allein 248 aus den USA. Er bedauert es, daß gerade aus diesem Land die schlechtesten Filme nach Wien kommen. Von 84 Abenteuerfilmen waren allein 80 aus den Vereinigten Staaten.

Fremdenverkehr: Hier weist der Redner darauf hin, daß von den Fremden vielfach Klage über mangelnde Preistreue zu hören sind. Er begrüßt es, daß ein Komitee gebildet wurde, das sämtliche Hotels neu einstufen soll. Ebenso begrüßt GR. Planek die propagandistische Tätigkeit der Fremdenverkehrsstelle im In- und Ausland. Leider werden im politischen Kampf noch immer Argumente gebraucht, die den Ruf Österreichs oder Wiens schädigen. Aus einer Statistik geht übrigens hervor, daß unter den Besuchern Wiens die Amerikaner das meiste Geld hier lassen, nämlich täglich 500 Schilling.

Es wurde in dieser Budgetdebatte viel von der Weltstadt Wien gesprochen. Aber "Wien wieder Weltstadt" ist mehr als ein politisches Schlagwort, es ist ein Programm! Die ersten Voraussetzungen dafür seien geistiger Art, an zweiter Stelle erst könnten die materiellen genannt werden. Man müsse daher zunächst dafür sorgen, daß Wien wirtschaftlich, sozial, politisch und kulturell zur Weltstadt wird.

Abschließend betont GR. Planek, daß Wien seine Kulturarbeit im Interesse unserer Stadt aber auch im Interesse unseres Staates leistet, denn Wien ist Österreich und Österreich ist Europa!
(Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Mandl benützte sein Schlußwort, um zunächst den Debatterednern für ihre sachliche Beurteilung der Ansätze seiner Geschäftsgruppe zu danken. Auf die Anregung von GR. Dr. Christoph eingehend, aus dem Scala-Theater ein Theater der Jugend zu machen, sagte er, daß sich die Gemeinde Wien mit diesem Gedanken schon längere Zeit beschäftigt, doch immer wieder auch die finanziellen Fragen, die mit der Verwirklichung eines solchen Vorhabens verbunden sind, berücksichtigen müsse.

Die Musikschulen der Stadt Wien kommen der ihnen gestellten Aufgaben in jeder Hinsicht nach, nämlich der Förderung und Ausbildung der begabtesten Musikstudierenden. Dies geht auch schon aus der Zahl der Schüler dieser Anstalten hervor.

Zu einem weiteren Antrag des Debatteredners, man sollte den Amateursportvereinigungen die Vergnügungssteuer nachlassen, machte er darauf aufmerksam, daß es sich hier um den geringsten Steuersatz handelt.

Die freigewordenen Schulobjekte der Stadt Wien werden, wenn darum angesucht wird, bereitwillig den Wiener Mittelschulen überlassen. Bis jetzt wurde jedem solchen Wunsch entsprochen. Der Gemeinde Wien wäre es lieber, erklärte Stadtrat Mandl, wenn in jeder neuen städtischen Wohnhausanlage auch gleich ein neues Schulhaus gebaut werden könnte. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß die Kinder in den bestehenden Schulen der Umgebung ausreichend untergebracht werden konnten.

Zu den Ausführungen von Frau GR. Hiltl, in denen sie sich mit der Beistellung von Lehrmitteln auch für Privatschulen einsetzte, meinte er, sie hätte damit ein heißes Eisen angegriffen. Die Diskussion über dieses Anliegen wird auf Bundesebene geführt. Die angeregte Subventionierung der privaten Musiklehranstalten würde die Frage aufwerfen, warum dann auch nicht seitens der Stadt Wien die privaten Musiklehrer unterstützt werden sollten.

Den von GR. Hiltl vorgebrachten Befürchtungen, die Europagespräche könnten einen einseitigen Charakter annehmen, hielt er entgegen, daß die Stadt Wien im Vorhinein an einer Aussprache auf breitester Grundlage interessiert sei. Die Vielfältigkeit der Europagespräche ist schon durch die Auswahl der Persönlichkeiten, die zu Worte kommen werden, voll gewährleistet. Zum Vorwurf, die Gemeinde solle durch ein Filmabonnement die Filmsucht

der Jugend nicht fördern, meint Stadtrat Mandl, sechs Filme im Jahr wären noch nicht zu viel, und schon gar nicht zu viel, wenn es sich um gute Filme handelt. Die Stadtverwaltung habe aber keineswegs Interesse daran, unserer Jugend den Film als alleinbeglückend zu präsentieren. Zur aufgeworfenen Frage über die Verwendung der Hermesvilla sagte er, es werden mehrere Vorschläge diskutiert und man hoffe auch in diesem Falle eine günstige Lösung zu finden. Das Berta von Suttner-Denkmal wird in der Anlage Favoritenstraße seinen Platz finden.

Abschließend beschäftigte sich Stadtrat Mandl mit den in der Debatte ausgesprochenen Gedanken über Kunstförderung. "Wenn wir immer und überall erklären", sagte er, "daß der Mensch das Maß der Dinge ist, dann gilt das auch für die Kunst. Und wenn die Menschen manchmal Abwege gehen, dann sind es immer noch Menschen, und es muß immer noch nicht klar sein, was der richtige Weg ist."

Er dankte dann noch einmal den Debatterednern für ihre Ausführungen und meinte zusammenfassend in Bezug auf die Arbeit des abgelaufenen Jahres, daß wir unser Feld im allgemeinen gut bestellt haben.

Die Resolutionsanträge von GR. Dr. Christoph empfahl er der Überweisung an den Magistrat, die der GR. Hiltl dem Ausschuß III. Die Ansätze der Geschäftsgruppe III wurden dann einstimmig angenommen.

./.

Das Wiener Wohlfahrtswesen
=====

Vizebürgermeister Honay (SPO) referierte sodann über die Ansätze der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen. Er stellte einleitend fest, daß sich unsere Republik seit dem Abzug der Besatzungsmächte einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur erfreut. Diese findet ihren Niederschlag in einer kaum mehr nennenswerten Arbeitslosenziffer.

Steigende Geburtenzahl im freien Österreich

Diese erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung blieb auf das städtische Wohlfahrtswesen nicht ohne Wirkung. Seit Jahren hat uns der Geburtenrückgang mit großer Sorge erfüllt. Starben doch in unserer Stadt jährlich doppelt so viele Bewohner als geboren wurden. Seit Österreich frei ist, seit die Angst vor einer ungewissen Zukunft von den Menschen gewichen ist, steigt die Zahl der Lebendgeburten von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1954, dem letzten vollen Jahr der Anwesenheit fremder Truppen, wurden in Wien 11.216 Kinder geboren, 1955 - wir waren noch die Hälfte des Jahres besetzt - stieg die Geburtenzahl auf 11.839 und 1956 erreichte sie bereits 13.222, denen aber immer noch 24.092 Sterbefälle gegenüberstehen. Bis Ende Oktober wurden 11.025 Lebendgeburten gezählt. Auf 10.000 Einwohner kamen im Jahre 1954 nur 70 Geburten, 1955 waren es 73, im Jahre 1956 bereits 81 und in diesem Jahre schon 90. Innerhalb von drei Jahren erhöhte sich die Wiener Geburtenziffer um 28.6 Prozent.

Höherer Lebensstandard auf Kosten der Familie

Vor einigen Wochen gab es drei Fälle von besonderem Kinderreichtum. In allen Fällen handelt es sich um Familien, die keineswegs mit Glücksgütern gesegnet sind und denen die staatliche Kinderbeihilfe eine wirksame Erleichterung der Lebenshaltung bringt. Wie vor dem ersten Weltkrieg ist es auch heute so, daß der größte Teil der Wohlhabenden - vor allem trifft dies bei Besitzern größerer Gewerbebetriebe zu, in denen beide Eheleute im Geschäft tätig sind - eine Ein- oder eine Kein-Kinderche führen. Hier würden auch höhere Kinderbeihilfen wirkungslos bleiben. Man darf nicht übersehen, daß der verhältnismäßig hohe Lebensstandard, den wir heute erreicht

haben, zum Teil nur dadurch ermöglicht worden ist, daß sowohl der Mann, als auch die Frau arbeiten und daß die Familie sich nicht nur auf ein Kind beschränkt, sondern daß dieses Kind in vielen Fällen erst nach langjährigem Bestand der Ehe geboren wird, wenn der notwendige und gewünschte materielle Standard erreicht ist. Es wurde also der höhere Lebensstandard zum Teil auf Kosten der Familie erreicht. Die Statistik gibt darüber sehr deutlich Aufschluß. Von den im Jahre 1955 ehelich geborenen 10.676 Kindern wurden 4.067 von Müttern geboren, die mehr als 30 Jahre zählten. 6.162 waren Erstgeborene, davon 1.487 nach vier- oder mehrjähriger Ehe.

Schwangerenfürsorge-Zentrale geplant

Im Jahre 1958 wird die Jugendfürsorge weiter ausgebaut werden. In engster Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt wird vor allem der Schwangerenfürsorge besonderes Augenmerk zugewendet werden. Die Errichtung einer Zentralstelle der Schwangerenfürsorge wird erwogen. Sie wäre eine geeignete Institution zur Zusammenfassung aller Bestrebungen auf diesem so wichtigen Gebiet. Wir müssen alles daran setzen, um die Säuglingssterblichkeit auf ein Mindestmaß herabzudrücken.

Ungemein schwierig zu lösen ist das Problem der Errichtung von Säuglingskrippen. Aus dem Voranschlag ist ersichtlich, daß der jährliche Aufwand für eine Säuglingskrippe mit 16 Kindern rund 176.000 Schilling beträgt. Für die Gemeinde, die gegenwärtig 70 Säuglinge in ihren Krippen betreut, bedeutet dies eine monatliche Ausgabe von nahezu tausend Schilling für jedes Kind.

Der Ausbau des Kindergarten- und Hortwesens wird auch im Jahre 1958 fortgesetzt. Den Einnahmen aus den Elternbeiträgen von 11 Millionen Schilling, stehen Gesamtausgaben von rund 80 Millionen Schilling gegenüber, sodaß ein tatsächlicher Aufwand von 69 Millionen Schilling erforderlich ist.

Gegenwärtig stehen in fünf Säuglingskrippen 70, in 27 Kleinkinderkrippen 432, in 51 Krabbelstuben 1.020, in 270 Kindergarten-gruppen 7.159 und in 176 Hortgruppen 4.994 Plätze zur Verfügung. Diese 13.675 Plätze sind von 14.586 Kindern belegt.

Seit 1957 subventioniert die Gemeinde aber auch verschiedene private Vereinigungen, die Kinderbetreuung führen. Die Ausgabe beträgt 2,5 Millionen Schilling.

In den Bezirksjugendämtern wurden Ende Oktober 23.953 Amtsmündel betreut. Nur 226 sind ehelicher Geburt. Wegen Vaterschaft und Unterhaltsverpflichtung sind gegenwärtig 608 Prozesse anhängig.

Erhöhung des Beitrages für Pflegekinder

Nach dem Stand vom 31. Oktober 1957 befanden sich 5.359 Kinder in Gemeindebetreuung. Davon 2.274 in eigenen Heimen und 1.984 in privaten Anstalten. Bei Wiener Pflegeeltern waren 701 und bei Pflegeeltern in Niederösterreich, Steiermark und Burgenland 400 Kinder untergebracht. Zum ersten Male wurde heuer im Dezember für alle bei Wiener Pflegeeltern befindlichen Gemeindekinder ein voller zusätzlicher Pflegebeitrag gewährt. In zehn Großfamilien befinden sich 71 Pflegekinder. Vom 1. Jänner 1958 an wird für diese Kinder das monatliche Pflegegeld von 400 auf 450 Schilling erhöht werden.

Schloß Tribuswinkel - schönstes Heim für Wiener Kinder

Für die Umwandlung des Schlosses Tribuswinkel in ein Jugenderholungsheim sind im Voranschlag als Restbetrag 1,680.000 Schilling vorgesehen. Es wird damit das schönste städtische Jugenderholungsheim geschaffen werden, dessen Führung das Wiener Jugendhilfswerk übernimmt.

Zur Adoption sind 121 Kinder vorgemerkt. Eltern, die Kinder adoptieren wollen, werden 174 in Vormerkung geführt. Die Ansprüche, die teils vom Jugendamt an die Adoptiveltern, teils von diesen an die Kinder gestellt werden, erklären diese Diskrepanz.

Die Vollendung des ersten Jahres der Ehe- und Familienberatung wurde zum Anlaß genommen, um durch eine statistische Zusammenfassung eine Übersicht über die Arbeit vom 1. Oktober 1956 bis 30. September 1957 zu gewinnen.

Demnach wurden an 90 Beratungsabenden 799 Fälle behandelt, also durchschnittlich 9 neue Fälle pro Beratung bearbeitet; mit den Wiederholungsfällen wurde ein Durchschnitt von 15.5 Fällen für eine Beratung errechnet. Die häufigsten Gründe des Erscheinens sind sehr mannigfaltig. So u.a. Untreue des Ertrners, bzw. der Partnerin 26.1 Prozent, juristische Beratungen 14.1 Prozent, physische und psychische Erkrankungen 12.1 Prozent, Trinker und Spieler 10.7

Prozent, Probleme mit sexuellen Schwierigkeiten 21 Prozent.

Neue Lehrwerkstätte wird in der Brigittenau gebaut

Die Vollbeschäftigung hat auch die vor Jahren noch schwierige Einschaltung der Schulentlassenen in den Arbeitsprozeß erleichtert. Dies kommt sichtlich in der Arbeit des Vereines "Jugend am Werk" zum Ausdruck. Sonst betreute diese Einrichtung mehr als tausend Jugendliche, gegenwärtig sind es siebenhundert. Im Voranschlag sind als Zuschuß für den Verein 1,5 Millionen Schilling eingesetzt.

Über den Neubau der Lehrwerkstätte ist endlich eine Verständigung erfolgt. Um den Betrieb in der aufzulassenden Lehrwerkstätte in der Hellwagstraße ohne Unterbrechung weiterführen zu können, ist der Neubau an einer anderen Stelle beabsichtigt. Die Gemeinde ist bereit, ihr Grundstück für die Errichtung der Lehrwerkstätte, in der Brigittenau, Lorenz Müller-Gasse, zur Verfügung zu stellen. Im Voranschlag sind als erste Baurate für diese Werkstätte 2,5 Millionen Schilling eingesetzt. Der Metallarbeitervorband und die Wiener Arbeiterkammer haben je eine Million Schilling als Baukostenbeitrag zur Verfügung gestellt. Es liegen auch entsprechende finanzielle Zusicherungen des Gewerkschaftsbundes vor. Besonders dankbar muß die Unterstützung des Vereines "Jugend am Werk" durch das Bundesministerium für soziale Verwaltung hervorgehoben werden. Es trägt 40 Prozent der gesamten Kosten mit Ausnahme der Inventaranschaffungen, aber einschließlich des Aufwandes für den Betrieb der Lehrwerkstätten. Dem Verein haben bereits verschiedene soziale Institutionen mit namhaften Beträgen subventioniert. So hat die Arbeiterkammer 100.000 Schilling und die Kammer der gewerblichen Wirtschaft 10.000 Schilling eingesetzt. Der Gewerkschaftsbund hat 500.000 Schilling zugesichert.

Die Zahl der Stipendien für Gastärzte weist eine kleine Verringerung auf. Im Jahre 1957 wurden rund fünf Millionen Schilling für solche Stipendien ausgegeben. Für 1958 sind nur mehr 4,6 Millionen erforderlich. Die Hälfte zahlt der Bund. Die Stipendien für Hoch-, Mittel- und Handeschüler sowie für Lehrlinge erfordern 3,6 Millionen Schilling.

Das Wohlfahrtsamt verwaltet sechs Flüchtlingslager. Die Kosten im Ausmaß von zwei Millionen Schilling trägt der Bund. In den Lagern, die nur teilweise Barackencharakter aufweisen, sind 2.891 Personen untergebracht, davon 985 Frauen, 511 Kinder und 1.395 Männer. Es sind dies meist Ungarn und Volksdeutsche. 1.070 haben bereits die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt.

Große Anforderungen an alle Mitarbeiter stellte die Betreuung der ungarischen Flüchtlinge. Was hier an Aufopferung zu sehen war, muß dankbarst anerkannt werden. Im Oktober hat das Wohlfahrtsamt das letzte Lager im Brigittaspital geschlossen. Die Lager werden jetzt ausnahmslos vom Innenministerium geführt.

Die Wiener werden immer älter

Auf dem Gebiete der Altersfürsorge ist zu sagen, daß die Langlebigkeit noch immer ansteigt. Aus der Altersstatistik ist ersichtlich, daß in Wien im Jahre 1880 auf 10.000 Einwohner nur 759 über 60 Jahre zählten. Aber im Jahre 1950 waren es schon 1.502, also doppelt so viel. Von den 12.893 Dauerunterstützten, die Ende Oktober gezählt wurden, hatten 10.541, das sind 80 Prozent, das 60. Lebensjahr überschritten. Mehr als 80 Jahre zählten 2.598 Dauerunterstützte, davon sind 2.301 Frauen. Von den 12.893 ständige monatliche Gemeinderenten beziehenden Personen sind 1.861 Männer und 11.032 Frauen. Die Höchstzahl an Dauerbefürsorgten hat Favoriten mit 948 Personen. Im kurzen Abstand folgen Fünfhaus mit 908, Ottakring mit 905 und Landstraße mit 900. Hietzing steht mit 207 Dauerbefürsorgten an letzter Stelle. Sie haben bis Ende November rund 57,6 Millionen Schilling an Unterstützung bezogen. Da für das Jahr 1957 nur 62,5 Millionen veranschlagt wurden, im Dezember jedoch der doppelte Rentenbetrag bezahlt wird, ergibt sich die Notwendigkeit eines Zuschußkredites. Für 1958 wurden 62,8 Millionen Schilling veranschlagt, da mit einem weiteren Rückgang der Dauerunterstützten zu rechnen ist.

Auf dem Weg zum sorgenfreien Alter

Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz verpflichtet die Gemeinde, an die Rentner der Versicherungsanstalten Zuschüsse zu leisten, wenn die durch Beitragsleistung erworbenen Mindestrente von 550 Schilling monatlich nicht erreicht wird. Das Gesetz ist am 1. Jänner 1956 in Kraft getreten. Für dieses erste Jahr hat die Gemeinde rund zehn Millionen Schilling an solchen "Aufstockungsbeiträgen" geleistet. Heuer werden es 47 Millionen Schilling sein. Im Voranschlag sind nur 35 Millionen Schilling eingesetzt. Dieser Betrag wurde von den Versicherungsanstalten errechnet. Er ist aber zweifellos überholt.

Nach dem Rechnungsabschluß hat die Gemeinde im Jahre 1956 an Dauerunterstützungen 56,8 Millionen Schilling ausgegeben, wozu die 10 Millionen Schilling für die Sozialrentner zu rechnen sind, sodaß sich ein Rentenaufwand von 66,8 Millionen ergibt. Heuer werden die Dauerunterstützungen etwa 73 Millionen und die Zuschüsse zu den Sozialrenten rund 47 Millionen, insgesamt demnach 120 Millionen erfordern. Niemals hat die Gemeinde eine so große Summe auf dem Sozialsektor ausgegeben. Wir Sozialisten freuen uns über diese Entwicklung. Führt sie doch letzten Endes zur Erreichung eines sorgenfreien Alters für das wir seit Jahrzehnten gekämpft haben!

Bisher 15.000 "Gemeindeurlauber"

Auch im Jahre 1958 wird die Landaufenthalts-Aktion für Dauerbefürsorgte fortgesetzt werden. Bisher wurde 12.730 Dauerbefürsorgten der 14tägige Urlaub auf Kosten der Gemeindeverwaltung bewilligt. In Voranschlag ist die Entsendung von 3.000 Dauerbefürsorgten vorgesehen, sodaß 1958 der 15.000. Gemeindeurlauber verabschiedet werden wird. Der Aufwand beträgt 1,5 Millionen, wovon 900.000 Schilling im Budget bedeckt sind, der Rest wird aus den Erträgen der Sammlung für die Armen Wiens entnommen.

An 2.370 Dauerbefürsorgte, die im Jahre 1957 wegen ärztlichem Verbot oder schwerer körperlicher Behinderung an der Landaufenthaltsaktion nicht teilnehmen konnten, wurden Lebensmittelpakete ausgegeben. Die Kosten dafür betragen 85.794 Schilling.

Jedes Jahr im Oktober findet eine Wiederssehensfeier statt. In den Jahren 1952 bis 1954 wurden "Wiener Jausen" im Sofiensaal und im Messepalast veranstaltet. In den Jahren 1955 bis 1957 fanden aus dem gleichen Anlaß in der Wiener Volksoper Aufführungen von Operetten - "Der Zigeunerbaron", "Land des Lächelns" und "Der Bettelstudent" - statt.

Seit dem Jahre 1954 werden anläßlich des Muttertages von der Gemeinde Wien für alle über 75 Jahre alten Mütter auf dem Kahlenberg Muttertagsfeiern veranstaltet. Die Mütter werden von den Fürsorgeämtern mit Autobussen abgeholt und zu einer Jause in das Kahlenberg-Restaurant geführt. Diese Mütter sowie alle jene, die wegen Gehbehinderung an dieser Feier nicht teilnehmen können, erhalten ein Lebensmittelpaket sowie ein Geschenkpackchen mit Süßigkeiten. Im Jahre 1957 haben 1.203 Mütter an den Feiern teilgenommen. Die Kosten in diesem Jahr betragen 45.910 Schilling. Bei der Weihnachtspaketaktion für alle Dauerbefürsorgten erhielten 13.800 Personen Lebensmittelpakete. Das Erfordernis stellte sich auf 317.000 Schilling.

Im November wurden 66 Tagesheimstätten für alte Leute eröffnet. Um drei mehr als im Winter 1956/57. Die Ausgaben sind mit 1,550.000 Schilling präliminiert, wozu der Bund 200.000 Schilling leistet. Neben den verschiedenen Veranstaltungen, die meist von Schulkindern und Jugendrotkreuzgruppen durchgeführt werden, wird jetzt auch durch den Ankauf eines Tonfilmapparates den alten Leuten die Möglichkeit geboten, ernste und heitere Filme zu sehen. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die Faschings- und Weihnachtsfeiern. Trotz den Lokalschwierigkeiten konnten heuer einige Musterheimstätten eingerichtet werden.

Ausgezeichnet bewährt sich die Abteilung für Körperbehinderte, die ständig ausgebaut wird.

Städtische Blindenrente dreizehnmal im Jahr

Durch das Landesgesetz vom 16. Oktober 1956 wurden die Blinden aus der Fürsorge herausgenormen und ihnen ein gesetzlicher Rentenanspruch gesichert. Derzeit beziehen 1.696 Blinde diese Renten, die dreizehnmal im Jahre gezahlt werden und im Budget mit einer Ausgabe von 7,6 Millionen Schilling aufscheinen.

Jugendamt und Sozialarbeiter haben in diesem Jahre verantwortungsvolle und gute Arbeit geleistet. Diese Arbeit ist gewiß ohne den üblichen Aktengang nicht denkbar, aber es muß mit besonderer Befriedigung festgestellt werden, daß in allen Ämtern der Wohlfahrtspflege der Geist der Menschlichkeit obwaltet. Alle besetzten Mitarbeiter, die Fürsorgerinnen, die Kindergärtnerinnen, die Fürsorgeräte mit ihren Vorständen, kurz alle die an diesem Sozialwerk mitwirken, wissen, daß hinter jedem Akt ein Mensch mit seinen Nöten und Wünschen steht. Sie handeln darnach und nur so ist es zu erklären, daß bei der großen Fülle der Arbeit und bei der großen Zahl der Fürsorgefälle und bei den gesteigerten Anforderungen, die an dieses Ressort gestellt werden, verhältnismäßig wenig berechtigte Kritik laut wird. Immer mehr soll die Fürsorge auf allen Gebieten individualisiert werden. Dies haben alle, die auf diesem kommunalen Arbeitsgebiet wirken, erkannt, und sie alle erfüllen meist mehr als ihre Pflicht. Dafür dankt ihnen heute, an dem Tag, in dem der Gemeinderat für das kommende Jahr die Mittel für diese Tätigkeit bewilligt, die Bevölkerung, aber auch diese frei gewählte Körperschaft (Allgemeiner Beifall).

Die Debatte über das Wohlfahrtswesen

GR. Lauscher (VO) bespricht zunächst die Steigerung der Fürsorgeausgaben, die durch die zusätzlichen Belastungen der Gemeinden erwachsen. Wir begrüßen die im Parlament beschlossenen Gesetze, sagte der Redner, wenden uns aber gegen die Praxis, bedeutende Lasten auf die Gemeinden abzuwälzen. Solche Methoden gefährden den Ausbau der städtischen Wohlfahrtspflege.

GR. Lauscher wendet sich dann Einzelfragen der Fürsorge zu. Er ersucht darum, wenigstens jenen Dauerbefürsorgten eine Erhöhung des Heizzuschusses zu gewähren, die nicht in der Lage sind, die Tagesheimstätten aufzusuchen. Gleichzeitig regt er eine Vermehrung der Tagesheimstätten an.

Ein besonders Kapitel ist die Vereinsamung der alten Menschen. Es gibt 150.000 alte Leute in Wien, die ihr Leben allein verbringen müssen. Hier eröffnet sich für die Fürsorge ein neues Aufgabengebiet. Man könnte unter anderem daran denken, die Tagesheimstätten auch in der warmen Jahreszeit offen zu halten. Der Redner verlangt auch die Schaffung von Altersspitälern.

Weitere Forderungen des VO-Debatteredners: Mehr Geldmittel für den Ausbau von Jugendheimen, Einführung eines Autodienstes zwischen den Kindergärten, um aus überbelegten Kindergärten die Kinder in unterbelegte Abteilungen zu bringen, Ausbau der Heimkrankenpflege, Schaffung eines Sommerkindergartens auf den Schwarzenberggründen in Neuwaldegg. Der Redner stellt den Antrag, einen mehrjährigen Plan zum Ausbau der Heimschulen aufzustellen.

GR. Lauscher begrüßte es, daß im Budget ein Betrag für den Neubau der Lehrwerkstätte in der Hellwagstraße eingesetzt ist. Es wäre aber auch notwendig, eine Lehrwerkstätte für Frauenberufe einzurichten. Vielleicht könnte die Gemeindeverwaltung hier die Initiative ergreifen.

Ein weiterer Antrag von GR. Lauscher verlangt Vorkehrungen für den Bau eines Jungarbeiterheimes. Der Redner regt ferner an, in der sonst musterhaft geführten Erziehungsanstalt Eggenburg auch für die Möglichkeit eines Musikunterrichtes zu sorgen. Vielleicht könnten Schüler des Konservatoriums der Stadt Wien einmal in der Woche in Eggenburg unterrichten.

GR. Lauscher kritisiert den geringen Ansatz für Stipendien, wobei zu berücksichtigen ist, daß davon noch der größte Teil für die Gastärzte bestimmt wurde.

Zum Jugendproblem im allgemeinen bemerkt der Redner, daß der überwiegende Teil der Jugend gut, arbeitsfreudig, opferbereit und voll von Idealen sei. Ein ernstes Problem stelle jedoch die sinnvolle Freizeitgestaltung dar. Die Jugendklubs haben sich hier bewährt und sollten daher in jeder Weise unterstützt werden.

Der Redner regt abschließend noch an, man möge Fürsorgefahrtscheine genehmigen, die auch an Sonntagen Gültigkeit haben. Er stellt fest, daß im vergangenen Jahr im Wohlfahrtswesen viel geleistet wurde und seine Fraktion daher den Ansätzen zustimmen wird.

Auch GR. Peterlin (ÖVP) stellt als nächster Debatteredner mit Genugtuung fest, daß in der Fürsorge gut gearbeitet wurde. In seinen weiteren Ausführungen spricht er sich für eine Koordination der Fürsorgeleistungen aus und regt an, daß überall dort, wo bereits ein Kindergarten besteht, kein weiterer, sei es von städtischer Seite oder von privaten Organisationen, errichtet werden soll. Im Zusammenhang bezeichnet er es als eine Verletzung der Gleichberechtigung, wenn Eltern, die ihre Kinder in private Kindergärten schicken, keine Unterstützung zur Zahlung der Pflegebeiträge erhalten. Er beklagt sich, daß eine diesbezügliche von seiner Fraktion wiederholt vorgebrachte Forderung bis jetzt unbeachtet geblieben ist. Er stellt einen Resolutionsantrag, in dem verlangt wird, das Jugendamt möge zur Auszahlung einer solchen Unterstützung ermächtigt werden.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen begrüßt der Redner die Erhöhung der Pflegekinderbeiträge und dankt den Pflegefamilien für die liebevolle Betreuung der ihr anvertrauten Kinder (Beifall bei ÖVP).

Er würdigt dann die gute Idee des Jugendamtes, die Eltern über eine gute Auswahl von Kinderspielzeugen aufzuklären, wendet sich aber gegen die Verletzung der Gesetze über den Alkoholausschank an Jugendliche und zugleich auch über die Verletzungen der Bestimmungen zum Schutze der Jugendlichen gegen schlechte Filme. Hier wäre es an der Zeit, meint er, viel strenger gegen Erwachsene vorzugehen und er stellt die Anfrage, wie viele Strafen in diesem Zusammenhang schon verhängt worden sind.

Er gibt seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß beim "Jugend am Werk" über Verlangen der ÖVP eine Demokratisierung eingetreten sei, fügt dem aber hinzu, daß es bedauerlicherweise nicht nur aus ideellen Gründen geschehen sei. Die Beweggründe waren die, daß man daraufgekommen sei, daß das Sozialministerium einer Magistratsstelle nicht Beihilfen geben darf.

Mit Nachdruck verweist er auf den Mangel an Jugendfürsorgerinnen. Wenn einer einzigen Fürsorgerin bis zu 160 Fälle übertragen werden, dann ist es nicht anders möglich, daß ihre Tätigkeit nur aus Karteiarbeit bestehen kann. Der Redner hofft, daß auf diesem Gebiet eine Erleichterung eintreten werde. Bei der Geburtenzahl ist eine Besserung eingetreten. Seine Fraktion besteht dennoch

auf der Erfüllung der schon seinerzeit vorgebrachten Forderungen, und zwar die Errichtung von Schwangerenberatungsstellen in den Bezirken, die Auszahlung einer einmaligen Geburtenhilfe und der Bau von familienfreundlichen Wohnungen.

Der Redner verlangt, daß die vom Bund gewährten zweckgebundenen Leistungen für Kinderbeihilfen ausschließlich nur den Kindern zugute kommen müssen und regt eine Erhöhung der Richtsätze für die Kinder Dauerbefürsorgter an. Bei der Auszahlung von Haushaltshilfen an Dauerbefürsorgte bis zu 50 Schilling müßte seiner Ansicht nach ein ärztliches Zeugnis genügen, ohne weitere Belege zu verlangen. Er verweist auch auf bestimmte Schwierigkeiten bei der Auszahlung von Begräbnisbeiträgen an Angehörige von Dauerbefürsorgten. Seine Fraktion ist der Auffassung, daß Begräbnisgelder in Höhe von 300 Schilling auf jeden Fall ausbezahlt werden sollten.

Er spricht sich für die Herabsetzung der Altersgrenze für Frauen, die zu Muttertagsfeiern der Gemeinde Wien eingeladen werden und meint, diese Feiern könnten in verschiedenen Bezirken abgehalten werden, sollte der Fassungsraum auf dem Kahlenberg nicht ausreichen. Sein besonderes Lob findet die Urlauberkaktion für Dauerbefürsorgte und er freut sich besonders darüber, daß auch diejenigen Befürsorgten, deren Gesundheitszustand einen Landaufenthalt nicht erlaubt, jetzt auf Vorschlag seiner Fraktion als Äquivalent ein Lebensmittelpaket erhalten. Er hält der SPÖ vor, daß sie sich oft über die alten "Kuß die Hand-Methoden" aufregt, selbst aber es nie verabsäumt, durch ihre Funktionäre den Dauerbefürsorgten vorrechnen zu lassen, wieviel sie der Stadtverwaltung kosten. Es wäre zu begrüßen, würden in den Tagesheimstätten der Stadtverwaltung zwei "Sorgenfreie Tage" eingeführt werden. Auch die bessere inventarische Ausgestaltung der Tagesheimstätten findet das Wohlgefallen der Redner. Abschließend spricht er sich noch einmal gegen die Benachteiligung der Eltern von Kindern in privaten Kindergärten sowie der Befürsorgten in den konfessionellen Altersheimen aus, denen eine gehobene Rente vorenthalten wird.

Namens der ÖVP dankt er allen Mitarbeitern im Wohlfahrtswesen für ihre vorbildliche Arbeit und erklärt, daß seine Fraktion den Ansätzen zustimmen wird.

GR. Gratzl (SPÖ) stellt fest, daß das Wiener Wohlfahrtswesen in den letzten Jahren eine bedeutende Ausdehnung erfahren hat, besonders auf dem Gebiet der zusätzlichen Leistungen in der Betreuung der alten Wienerinnen und Wiener. Die Belastungen der Gemeinde Wien durch das ASVG sind sehr groß. Trotzdem nehme man diese Belastung sehr gerne in Kauf, da sie doch den Bedürftigsten zugute kommt. Die Ausgaben auf dem Wohlfahrtssektor sind im kommenden Jahr fast doppelt so hoch, obwohl die Zahl der Befürsorgten immer kleiner wird. Durch diese Verringerung bei erhöhten Ausgaben wird eine bessere und individuellere Betreuung der Befürsorgten erreicht. Im Mittelpunkt soll ja immer der Mensch und nicht der Akt stehen (Beifall bei der SPÖ).

Besonders segensreich hat sich die Landaufenthaltsaktion ausgewirkt. Eine Reihe von Befürsorgten kam durch diese Aktion zum ersten Mal in ihrem Leben auf Urlaub. Großes Augenmerk wurde auch der Ausgestaltung der Tagesheimstätten zugewendet. Zum Wunsch auf ihre Vermehrung ist zu sagen, daß ihre Zahl ständig größer wird, wobei es aber vielleicht Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Lokalen gibt. Der Wunsch des GR. Peterlin nach Einführung eines zweiten "sorgenfreien Tages" wurde auch innerhalb der sozialistischen Fraktion schon geäußert und auch darüber verhandelt. Diese Aktion bedeutet ja für die alten Menschen sehr viel. Man müßte trachten, bei der Bundesregierung eine Erhöhung ihrer Beitragsleistung hierfür zu erreichen. Schließlich sind 70 Prozent aller Tagesheimstättenbesucher Sozialrentner. Ein "sorgenfreier Tag" kostet die Gemeinde ungefähr 70.000 Schilling.

Mit großer Freude kann der Ausbau der Kindergärten begrüßt werden. Die Kinder sind heute durch diese Einrichtung nicht mehr der Straße überantwortet, sondern werden von der Gemeindeverwaltung in mustergültigen Kindergärten und Horten betreut. Gleichfalls begrüßenswert ist die Fortsetzung der Bautätigkeit auf dem Sektor der Kindergärten. Wien ist auf dem Gebiet der Fürsorge schon jahrzehntelang Weltstadt, leider mit einer Unterbrechung zwischen 1934 bis 1945 (Beifall bei der SPÖ).

Erfreulich sind auch die Leistungen des Wiener Jugendhilfswerkes, das in diesem Sommer 30.000 Kindern einen Ferienaufenthalt in den schönsten Gegenden Österreichs in mustergültigen Heimen ermöglichte. Mit dieser Aktion hat die Gemeindeverwaltung dazu beigetragen, den Kindern neue Kraft und neue Lernfreude zu geben.

Die heuer erstmalig gewährte zusätzliche Hilfe in Form des 13. Pflegegeldes für die Pflegeeltern sowie die Erhöhung des Pflegegeldes für die sogenannten Großpflegefamilien haben gleichfalls allgemeine Zustimmung gefunden. Auch hier geht die Gemeinde beispielgebend voran. Beim Bund war es leider nicht möglich, derartiges zu erreichen. Es ist eine schöne und humanitäre Leistung, die in dieser Verwaltungsgruppe zum Ausdruck kommt. Diese Leistungen dienen den Kindern und den Alten unserer Stadt. Der Redner dankt abschließend allen Bediensteten dieser Gruppe, den Kindergärtnerinnen und Kinderwärterinnen und den Fürsorgerinnen. Sie haben mitgewirkt, ein schönes Werk, das besonders den Sozialisten dieser Stadt ans Herz gewachsen ist, fortzusetzen und auszubauen zum Wohle des Volkes, zum Wohle unserer Stadt! (Beifall bei der SPÖ)

Vizebürgermeister Honay stellt in seinem Schlußwort fest, daß die Vielfalt der Arbeit dieser Gruppe schon aus den 36 Anregungen und den drei Anträgen, die von den Debatterednern gestellt wurden, zum Ausdruck kommt. Er sei für diese sehr dankbar. Zur Erhöhung der Richtsätze ist zu sagen, daß diese Verbesserung in gemeinsamer Arbeit ermöglicht wurde. Die Belastung, die der Gemeinde durch das ASVG erwächst, ist ungeheuer groß, doch muß man objektiver Weise sagen, daß durch das ASVG auch die Zahl der Dauerbefürsorgten gesunken ist. Wäre die Einführung der Arbeiterrente nicht erfolgt, wäre die Zahl der Dauerbefürsorgten nicht in dem Maße gesunken. Die geforderte Erhöhung des Heizzuschusses würde der Gemeinde eine Mehrbelastung von einer halben Million Schilling bringen.

Das Problem der Vereinsamung der alten Menschen ist in letzter Zeit viel diskutiert worden. Durch die Überalterung ist sie zu einer sehr ernstesten Angelegenheit geworden. Ob sich diese Leute jedoch auch im Sommer in geschlossenen Räumen aufhalten würden, ist sehr fraglich. Die Gemeinde plant die Errichtung eines Altersspitales.

Das Problem der Besetzung der Kindergärten ist sehr schwierig.

Es gibt Bezirke, in denen die Stadtverwaltung keine Bauten auf-führen kann und daher die Zahl der Kindergartenkinder nur sehr gering ist. Es gibt in solchen Bezirksteilen Gruppen mit nicht einmal 15 Kindern, die aber trotzdem aufrechterhalten werden müssen. Es wird aber kaum möglich sein, wie GR. Lauscher meinte, die Kinder mit Autobussen aus anderen Bezirken dorthin zu bringen, da die Mütter ihre Kinder nicht regelmäßig und pünktlich in den Kindergarten führen. Zur Forderung nach Schaffung von Heim-schulen und Horten ist zu sagen, daß nicht nur die eigenen Horte vermehrt wurden, sondern daß auch die privaten Horte von der Gemeindeverwaltung finanziell unterstützt werden.

Das Verlangen von GR. Lauscher, auf den Schwarzenberg-gründen einen Sommerkindergarten zu errichten, werde der Referent prüfen lassen. Was den Antrag auf Errichtung eines Gesellenheimes betrifft, so hat die Stadt Wien die Absicht, in der nächsten Zeit eine aufgelassene Schule in ein solches Heim umzuwandeln.

Vizebürgermeister Honay weist auch darauf hin, daß das Budget für die allgemeinen Stipendien nicht gekürzt wurde, es sind 3,6 Millionen Schilling.

GR. Peterlin verlangte eine Unterstützung der privaten Kinder-gärten. Diese alte Forderung der ÖVP gehört in das große Problem der konfessionellen Schulen und der Unterstützung. Hier müsse die Regelung auf Bundesebene abgewartet werden.

Der Referent beantwortete dann noch einzelne Fragen und An-regungen der Debatteredner wegen der Schwangerenberatung, Ge-burtsbeihilfe, den Muttertagsfeiern u.a. Vizebürgermeister Honay schließt seine Ausführungen mit dem Dank an die Debatteredner für das bewiesene Interesse und ersuchte um die Zustimmung zu den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IV. Hauptstückes einstimmig angenommen, die Anträge der VO und der Antrag der ÖVP werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner
 =====

17. Dezember (RK) Im Jänner 1958 sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Jänner: Ankündigungsabgabe für Dezember,
 Getränkesteuer für Dezember,
 Gefrorenessteuer für Dezember,
 Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die
 zweite Hälfte Dezember.
14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember,
 Ortstaxe für Dezember.
15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember.
25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die
 erste Hälfte Jänner.

- - -

Entfallende Sprechstunden
 =====

17. Dezember (RK) Donnerstag, den 19. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten Bauer.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 17. Dezember
 =====

17. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 16. Neuzufuhren: 9631. Gesamtauftrieb: 9647. Verkauft alle.

Preise: Extremware 14.- S, 1. Qualität 13.50 bis 14.- S, 2. Qualität 13.- bis 13.50 S, 3. Qualität 12.- bis 13.- S, Zuchten 11.50 bis 12.50 S, Altschneider 9.50 bis 11.- S. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich um 20 Groschen je Kilogramm und beträgt 13.30 S.

- - -

Ein Geschenk der Stadt Wien für die "Wien"
=====

17. Dezember (RK) Der Präsident des Senates der Freien und Hansestadt Hamburg und der Vorstand der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg haben Bürgermeister Jonas für Samstag, den 21. Dezember, zu der Probefahrt des neuen Motorfrachtschiffes "Wien" eingeladen. Wegen der wichtigen Beratungen im Wiener Gemeinderat über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das kommende Jahr mußte sich der Bürgermeister entschuldigen lassen. Der Leiter des Präsidialbüros des Wiener Rathauses, Senatsrat Dr. Kutil, wird als Vertreter der Stadt Wien an den Feierlichkeiten teilnehmen und ein Geschenk der Stadtverwaltung für das Motorschiff überreichen. Es handelt sich dabei um künstlerisch ausgeführte Wandteller mit Wiener Motiven für die Kajüte der "Wien".

- - -

Die Wiener Gesundheitsverwaltung
=====

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) referierte über die Wiener Gesundheitsverwaltung. Die Ausgaben für die Geschäftsgruppe V sind mit 871,8 Millionen veranschlagt. Diesen stehen Einnahmen von 442,9 Millionen gegenüber. Heuer waren es 779,4 Millionen Ausgaben und 383,9 Millionen Einnahmen. Für 1958 ergibt sich ein Abgang von 428,9 Millionen Schilling, um 33,4 Millionen mehr.

Die Bedeutung und Wichtigkeit einer gut und reibungslos funktionierenden Organisation des Gesundheitsamtes ist der Allgemeinheit viel zu wenig bekannt und wird im allgemeinen gar nicht beachtet. Nur in Krisenzeiten, wenn da und dort einmal einige Krankheitsfälle bestimmter Art gehäuft auftreten, was oft auch rein zufällig vorkommen kann, und diese, von sensationslüsterner Seite aufgegriffen werden, dann schreibt, spricht und hört man wieder oft mehr als notwendig wäre von diesem oder jenem Zweig des Gesundheitsdienstes.

Ich habe schon im Vorjahr das Ergebnis der Arbeit der Statistiker und die Meinung der Fachärzte erläutert, wonach sich das Krankheitsbild einzelner Infektionskrankheiten wie zum Beispiel des Scharlachs ganz wesentlich geändert hat und einen ganz anderen Verlauf nimmt als vor etwa 20 Jahren. Heuer ist die Zahl der Scharlacherkrankungen gegenüber dem Vorjahr wesentlich zurückgegangen und beträgt bis Ende November 1.110 gegenüber 1.841 im Vorjahr innerhalb des gleichen Zeitraumes, wobei der gutartige Charakter anhält, sodaß wir wie im Vorjahr auch heuer bisher überhaupt keinen Sterbefall mit dieser Todesursache zu verzeichnen haben.

Der Rückgang der Diphtherie scheint, nachdem sie nun bereits ein außerordentlich niedriges Niveau erreicht hat, erstmalig seit mehreren Jahren zum Stillstand gekommen zu sein. Sie erreicht heuer 62 Fälle mit einem Sterbefall gegen 61 mit einem Sterbefall im Vorjahr.

Einen weiteren mäßigen Rückgang zeigen die Darminfektionskrankheiten und erreichen etwa 50 Prozent der Zahlen des Vorjahres: So bei Paratyphus 70 gegen 66 mit einem Sterbefall und bei Ruhr 38 gegen 70 mit einem Sterbefall.

Die Poliomyelitis verläuft wellenförmig in den Grenzen der bisherigen Beobachtungen. Wenn auch heuer mit 118 Fällen gegenüber 70 Fällen im Vorjahr ein Ansteigen zu verzeichnen war, kann im Hinblick auf die Vergleichsziffern der letzten 20 Jahre bei weitem nicht von einem Epidemiejahr gesprochen werden; bemerkenswert aber ist heuer die höhere Sterblichkeit, die mit 24 Fällen 20 Prozent erreicht. Auch diese Zahl ist aber nicht der höchste Prozentsatz innerhalb der letzten 20 Jahre.

Da nunmehr auch eine große Menge von österreichischen Impfstoff zu einem verhältnismäßig nicht allzuhohen Preis zur Verfügung steht, habe ich in einer der letzten Sitzungen des Stadtsenates die Bewilligung zusätzlicher Geldmittel beantragt, um vorerst einmal bei den meist gefährdeten Jahrgängen eine Schutzimpfung durchführen zu können. Da eine gesetzliche Verpflichtung zu einer Schutzimpfung nicht besteht, sollen durch eine entsprechende Aufklärung möglichst viele Kinder der 1. und 2. Volksschulklasse sowie über die Kindergärten die vorschulpflichtigen Kinder ab dem etwa 3. Lebensjahr erfaßt werden.

Viel Unruhe verursachte in den letzten Wochen die Grippewelle. Hier sei vorweg gesagt, daß alle da und dort in den Zeitungen und Berichten genannten Zahlen nur schätzungsweise, also ungefähr die Zahl der tatsächlichen Krankheitsfälle nennen konnten. Die Grippe zählt nicht zu den anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten und wird nur beschränkt zahlenmäßig gemeldet. Hier geben uns nur die Meldungen der praktischen Ärzte, die unter dieser Diagnose erfolgten Krankmeldungen bei der Krankenkasse, die Zahl der mit Grippe krank gemeldeten Schüler u.a.m. beschränkte Anhaltspunkte. So wurden im Oktober 124.738 Fälle amtlich ausgewiesen, die in 144 Fällen die Todesursache wurden. Im November wurden dagegen nur mehr 24.162 Neuerkrankungen an Grippe gemeldet und insgesamt an die 60 Sterbefälle. Sobald ein halbwegs allgemein verwendbarer Impfstoff greifbar war, wurde auch hier mit einer Schutzimpfung begonnen, und zwar wurde diese vorerst an den Ärzten und dem Krankenpflegepersonal des Anstaltenamtes durchgeführt.

Bei den an Tuberkulose Erkrankten dürfte die Sterblichkeit im Jahre 1957 etwas niedriger liegen als im Vorjahr. Dabei ist vor allem die Kindersterblichkeit an Tuberkulose nach wie vor äußerst gering. So ist heuer noch kein Kleinkind an Tbc gestorben. Im

allgemeinen kann hier wieder auf Grund der vorhandenen Statistiken und Zahlen gesagt werden, daß der langsame Rückgang der Tuberkulose weiter anhält. Die Ansteckungsgefahr aber ist deshalb nicht kleiner geworden, da die Tuberkulösen heute durchschnittlich viel länger leben als früher. Ende 1956 standen in Wien immer noch 5.765 Offen-Tuberkulöse in Evidenz der Fürsorge.

So wie im Vorjahr wurden auch heuer wieder mit unserem Schirmbildgerät die Röntgenreihenuntersuchungen der Stellungspflichtigen durchgeführt. Diese Untersuchungen haben wohl eine geringere Anzahl von aktiven Tuberkulösen ergeben als die Untersuchung der Stellungspflichtigen im Jahre 1956, doch sind die gefundenen Zahlen nicht unbedeutend.

Die Gesundenuntersuchungsstellen

Die Gesundenuntersuchungsstellen haben sich in den nunmehr sieben Jahren ihres Bestehens bestens bewährt und können manch schönen Erfolg ihrer Arbeit aufweisen. Vom 30. Oktober 1950, an welchem Tag mit der Tätigkeit in den ersten zwei Untersuchungsstellen begonnen wurde, bis zum 30. Oktober 1957 wurden insgesamt 40.850 Personen, davon rund $\frac{1}{4}$ Männer und $\frac{3}{4}$ Frauen untersucht. Hierbei wurden 2.166 karzinomverdächtige Befunde erhoben und daraufhin die entsprechenden ärztlichen Maßnahmen eingeleitet, wobei sich in so manchen Fällen bei der Operation ergab, daß nur durch die Früherfassung die Betroffenen von einem langjährigen qualvollen Siechtum bewahrt blieben. Außerdem wurden bei über 22.000 der Untersuchten andere behandlungsbedürftige Leiden festgestellt.

So erfreulich es ist, daß sich diese neue Einrichtung so bewährt hat und so, ich möchte fast sagen, beliebt sie geworden ist, so schwierig und immer komplizierter wird die weitere Tätigkeit, da infolge der wenigen zur Verfügung stehenden Untersuchungsstellen sich leider immer noch viel zu lange Wartefristen ergeben, die immerhin noch mehrere Wochen, bei den Männern mitunter sogar noch einige Monate betragen. Ich muß wieder darauf hinweisen, daß sich die Eröffnung von etwa zwei Stellen nicht mehr wird länger hinauschieben lassen.

Mit Fluor gegen Zahnkaries

Der schulärztliche Dienst wurde weiter intensiviert. Die fachliche Ausbildung wurde durch die Einbeziehung weiterer Ärztekreise in die Schulärztekurse auf eine breitere Basis gestellt. Von den Wiener Schulzahnkliniken wurde im Februar 1956 in einigen ersten Volksschulklassen und einigen Kindergartengruppen mit der probeweisen Prophylaxe der Zahnkaries durch Fluorverabreichung begonnen. Diese Aktion erfaßt rund 4.000 Kinder. Die ersten vorläufigen Resultate über den Erfolg dieser Arbeit können erst mit Abschluß des nächsten Schuljahres erwartet werden. Zur Intensivierung der Betreuung wurde für das Jahr 1958 die Errichtung einer Schulzahnklinik-Expositur im 2. Bezirk beantragt. Nach Meinung der zuständigen Fachleute wären für die Randbezirke fahrbare Schulzahnkliniken sehr zu begrüßen.

Säuglings- und Kleinkinderfürsorge

Derzeit bestehen in Wien 53 Mutterberatungsstellen mit 37 angestellten Ärzten. Die Zahl der Beratungen betrug in diesem Jahre bis Ende September 63.534. Während der erfreuliche Anstieg der Zahl der Lebendgeburten nach wie vor anhält - im Jahre 1955 betrug die Zahl der Lebendgeburten 11.839, im Jahre 1956 13.222, und in diesem Jahr ist mit einer Geburtenzahl von 14.000 bis 15.000 zu rechnen -, ist leider noch immer keine Senkung der Säuglingssterblichkeit eingetreten. So belief sich die Säuglingssterblichkeit im Jahre 1956 auf 46 je 1.000 Lebendgeburten. Wien weist leider die zweithöchste Säuglingssterblichkeit auf, die lediglich noch vom Burgenland etwas übertroffen wird. Ein großzügiger Ausbau der Schwangeren- und Neugeborenenfürsorge ist daher dringend geboten.

Die Krankenanstalten

Die Kosten für die Wiener Krankenanstalten werden, wie Vizebürgermeister Weinberger feststellte, von Jahr zu Jahr höher. Es ist damit zu rechnen, daß diese Entwicklung auch noch in den nächsten Jahren anhalten wird. Heute weiß jeder Patient, daß er sich im Krankheitsfalle am besten in Spitalspflege begibt.

Die durchschnittliche Lebenserwartung, die vor einer Generation noch 40 bis 50 Jahre betrug, ist heute auf rund 70 Jahre gestiegen. Ältere Menschen aber werden häufiger krank und sind dann länger pflegebedürftig als jüngere. Der Fortschritt der Medizin bringt ein Mehrfaches - man behauptet, das Sechs- bis Achtfache - an Vermehrung der Arbeit des Krankenpflegepersonals mit sich. Der Nachwuchs an Krankenschwestern entspricht nicht mehr dem Bedarf, obwohl der Nachwuchs gar nicht schlecht ist. Es ist zu hoffen, daß die schon getroffenen Verbesserungen für die Schwestern-Schülerinnen und noch weitere Maßnahmen dazu beitragen werden, die Liebe zu diesem schönsten, aber auch verantwortungsvollsten aller Frauenberufe neu zu beleben und zu vertiefen. Allen Wiener Mädeln aber sei der Rat weitergegeben: Wenn Ihr etwas Großes tun, wenn Ihr Euren Mitmenschen helfen wollt, dann werdet Schwestern!

Der Normalbettenstand der städtischen Krankenanstalten wird im Jahre 1958 12.550 Betten betragen. Die Zahl der Verpflegstage wird für 1958 mit rund 4 Millionen angenommen. Die Einnahmen der Spitäler sind mit rund 275 Millionen präliminiert, denen Ausgaben in der Höhe von rund 586 Millionen gegenüberstehen, sodaß sich ein Abgang von rund 311 Millionen Schilling ergibt. Das ist eine gewaltige Summe. Von den Ausgaben entfallen 335 Millionen auf Personallasten, 226 Millionen auf Sachausgaben und 25 Millionen auf Investitionen.

Auf den Verpflegstag umgerechnet werden die Einnahmen im Jahre 1958 durchschnittlich 69 S betragen, während die Ausgaben mit rund 146 S angenommen werden. Pro Verpflegstag ergibt sich daher eine Differenz von 77 S, die von der Stadt Wien, bzw. aus Steuergeldern zugeschossen werden muß. Die Verpflegsgebühren betragen in der I. Klasse 110 S, in der II. Klasse 90 S und in der III. Klasse 70 S. Die Krankenkasse leistet dazu ab 1. Oktober 1957 ganze 56 S! Rund 85 Prozent aller Spitalpatienten sind Versicherte der Krankenkassen.

Die Bettensituation

Die Bettensituation war auch im Sommer 1957 sehr angespannt, weil durch die Um- und Zubauten eine sehr große Zahl von Krankbetten nicht belegbar war. Künftig sollen die vorgesehenen Adaptierungsarbeiten, soweit dies möglich ist, zentral eingeteilt und gelenkt werden. Für die Zeit des stärksten Bettenbedarfes, das ist in den Frühjahrsmonaten, werden wieder im ehemaligen Infektionskrankenhaus zwei Pavillons mit 250 Betten als medizinische Abteilung geführt werden. Auch das St. Rochusspital soll wieder vorübergehend belegt werden.

Die Jugendfürsorgeanstalten

In seinem Bericht über die Jugendfürsorgeanstalten erwähnte Vizebürgermeister Weinberger, daß im Heim für körperbehinderte Kinder in Rodaun die im Vorjahr begonnene Elektro- und Unterwassertherapiestation fertiggestellt und mit den erforderlichen Apparaten und Einrichtungen ergänzt wurde, sodaß diese Abteilung vor wenigen Wochen der offiziellen Benützung übergeben werden konnte.

In allen Lehrlingsheimen wurde an der Instandsetzung und Erneuerung der Außenfassaden weitergearbeitet, aber auch in den Heimen selbst durch verschiedene Adaptierungen und bauliche Umgestaltungen die Heime vielfach zweckmäßiger und auch freundlicher und netter gestaltet.

Die Altersheime

Die Erneuerung der städtischen Altersheime wurde auch im Jahre 1957 mit einem Kostenaufwand von 7,500.000 Schilling im Budget und einer Million Schilling im Zusatzprogramm fortgeführt. Für die Inventaranschaffungen wurden eine Million Schilling aus dem Budget und ein gleich hoher Betrag im Zuschußprogramm aufgewendet.

Aus diesen Mitteln wurde im Altersheim Lainz Pavillon V und VII fertiggestellt. Mit dem Umbau des letzten noch im argen befindlichen Pavillon IX wurde begonnen. Er wird mit einer Zentralheizung ausgestattet, jedes Zimmer erhält Warm- und Kaltwasseranschluß sowie eine Ruf- und Radioanlage.

Auch die Veranden des Lungenpavillons werden durch Glas-

verbundfenster verschlossen, sodaß diese als Aufenthaltsräume benützt werden können.

Die Bauarbeiten an den Fassaden und Dächern des Altersheimes Baumgarten sind beendet.

Im Altersheim Liesing wird der Umbau der Schlaf- und Krankenzimmer im Altgebäude noch heuer abgeschlossen werden.

Auch im Altersheim, bzw. der Heilanstalt Klosterneuburg wurden bereits bedeutende Mittel für die Instandsetzung aufgewendet.

Im Altersheim St. Andrä schließlich wurde der Saal mit Kinossesseln neu ausgestattet.

Die Kinderabteilung im Altersheim Lainz verfügt derzeit über 85 Betten.

Die Arbeit auf dieser Abteilung ist durch die spezifische Art der Erkrankungen ungeheuer schwer. Diese Betreuung der Kinder aller Altersstufen obliegt insgesamt 21 Schwestern.

Heil- und Pflegeanstalten

Die zunehmende Überalterung der Bevölkerung wirkt sich auch in der Zusammensetzung des Pfléglingsstandes der Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke deutlich aus. Während die Anzahl der an Schizophrenie, Epilepsie, Alkoholismus chronicus Leidenden sich im wesentlichen konstant hält, ist ein stetes Anwachsen der Altersdemenzen zu verzeichnen. Die im Jahre 1958 notwendig werdende Vermehrung um 50 Betten in der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" ist ausschließlich auf diese Entwicklung zurückzuführen.

Im Jahre 1956 wurden insgesamt 3.920 Pfléglinge aufgenommen, davon 2.217 Männer und 1.703 Frauen. 1957 bis 30. November dagegen bereits 3.705, davon 2.021 Männer und 1.684 Frauen.

An der Spitze der Einweisungen stehen weiterhin die Fälle wegen Alkoholismus.

Die baulichen Verbesserungen werden im laufenden Jahre sieben Millionen Schilling im ordentlichen Budget und 800.000 Schilling an Zuschußkredit betragen.

In der Heil- und Pflegeanstalt in Ybbs wurde vor allem die Verbesserung der sanitären Einrichtungen fortgesetzt. Die Möglichkeiten der Arbeitstherapie, die ein wichtiges Heilmittel darstellt, werden erweitert.

Die städtischen Herbergen

In den städtischen Herbergen ist durch eine erhöhte Zuweisung von Wohnungen an die Heimensassen durch die Gemeinde Wien eine fühlbare Erleichterung eingetreten.

Für das Heim in Mauerbach, dessen Gebäude nicht im Eigentum der Stadt Wien steht und das in der Erhaltung einen ungemein hohen Aufwand erfordert, wird versucht, eine zum Unterricht nicht mehr benötigte Schule und vor allem eine örtlich günstiger gelegene Unterkunft zu erhalten.

Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst

Durch die Inbetriebnahme der Sprechfunkanlage konnte die Schlagkraft des Rettungsdienstes im laufenden Jahre wesentlich gesteigert werden.

Nach einem rund 8monatigen Betrieb läßt sich feststellen, daß der Sprechfunk nicht nur eine Rationalisierung des Betriebes durch eine wesentliche Einsparung von Leerkilometern, sondern in erster Linie eine Vermeidung von bis dahin alltäglichen Verzögerungen bei der Hilfeleistung erbracht hat.

Für den Krankenbeförderungsdienst konnten aus den Mitteln des Zusatzprogrammes 1957 weitere 4 Ambulanzwagen bestellt werden. So sind für die eigentlichen Aufgaben des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes durchwegs Ambulanzwagen neuer Typen in Verwendung.

Zum Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses

Der Berichterstatter bedauert, daß sich die Planung und damit auch der Beginn des Baues des neuen Allgemeinen Krankenhauses nun schon viele Jahre lang hinzieht. Gewiß, sagte er, es sind auch heuer wieder Gelder für die Planung eingesetzt und es ist zwischenher seither auch manches vorbereitet und getan worden, wenn es aber so weiter geht, wie es bisher leider ging, dann werden wir wohl alle zusammenkaum noch die Grundsteinlegung zum neuen Allgemeinen Krankenhaus erleben. Es sollte so nicht mehr weitergehen und dieses wirklich dringende und drängende Problem in abschbarer Zeit endlich gelöst werden, wenn wir nicht den guten Glauben und das Vertrauen aller, die an diesem großen Werke interessiert sind, schwerstens erschüttern wollen.

Der Erziehungsnotstand

Von 2.295 Kindern und Jugendlichen, die sich am 31. Oktober 1957 in den 16 Heimen der Stadt Wien in Pflege befanden, waren im Alter: 0 bis 6 Jahre 538, 6 bis 14 Jahre 876, 14 bis 18 Jahre 881, davon nur 894 aus intakten Ehen.

Wenn man auch bei objektiver Betrachtung dieser Zahlen leicht geneigt wäre, feststellen zu müssen, daß bei mehr als 80 Prozent unserer Zöglinge das warme Nest eines geregelten Familienlebens fehlt, so darf man nie vergessen, daß die Zöglinge unserer Anstalten in erster Linie wegen ihrer Führungsschwierigkeiten in Anstaltspflege überstellt werden mußten, ganz gleich ob diese nun letzten Endes auf soziale oder wirtschaftliche Notstände oder auf Erziehungsunfähigkeit der Kindeseltern zurückzuführen sind.

Die Aufgabe der Erzieher muß es in allererster Linie sein, die Folgen bereits gemachter Fehler zu beheben und es hieße Teufel mit Belzebub austreiben, wollten wir sie alle die Auffälligkeiten und Schwierigkeiten der ihnen Anvertrauten mit ewigem Verstehen, Erklären und Beschönigen, nicht aber mit richtiger erzieherischer Behandlung beheben wollen.

Wenn in der modernen Erziehung auch von der Anstalt verlangt wird, daß sie der Familie möglichst nahe kommen soll, dann müssen auch für sie dieselben Erziehungsgrundsätze gelten wie für die Familienerziehung.

In einer gesunden Heimsituation sollen die Kinder je nach ihren Schwierigkeiten und geistigen und körperlichen Fähigkeiten in differenzierten Heimen geführt werden.

Die Erziehungsheime der Stadt Wien sind größtenteils alte Bauwerke, die früher einmal ganz anderen Zwecken gedient haben. Die bauliche Erhaltung kostet jährlich Unsummen. Es wäre angezeigt, sich einmal mit dem Gedanken vertraut zu machen, ein richtiges, zweckentsprechendes, modernes Erziehungsheim mit den unbedingt nötigen Spiel-, Sport- und Auslaufmöglichkeiten neu zu schaffen.

Dringend geboten wäre die Schaffung von Gesellen- und Gesellinnenheimen, um den aus den Heimen der Stadt Wien austretenden Zöglingen entsprechende Unterkunft zu bieten. Diese Heime müßten sich allerdings selbst erhalten. Sehr nötig wäre auch die Neueinrichtung, bzw. bessere Ausgestaltung der Erziehungsheime. Größere Beträge müßten hierfür bereitgestellt werden. Auf diesem Gebiet besteht leider auch Personalmangel. Abhilfe wäre vielleicht durch die Gewährung verschiedener Zulagen zu schaffen. Bedeutendes Augenmerk ist der Ausbildung der Erzieher zuzuwenden.

Das Altersproblem

Im Jahre 1910 kamen in Wien auf 96 Kinder im Alter bis zu 6 Jahren nur 75 alte Menschen im Alter über 60 Jahre. Die Zahl der Kinder übertraf somit bedeutend die Zahl der alten Menschen. Schon im Jahre 1951 haben wir eine wesentlich andere Situation in Wien: auf nur 56 Kinder kommen 210 alte Menschen. Die Zahl der Kinder überwiegt also nicht mehr, sondern die Zahl der Alten übertrifft die Zahl der Kinder um fast das Vierfache. Aus dem "Jahrhundert des Kindes" ist ein "Jahrhundert der Alten" geworden. In vielen Fällen wird der alte Mensch zu einem hilflosen verlassenen Menschen, weil die kinderreichen Familie zur Seltenheit geworden ist. In anderen Fällen sind nur wenige Kinder geneigt, zu Gunsten der alten Menschen Opfer zu bringen, Opfer materieller oder ideeller Art. Besuche in den städtischen Altersheimen geben davon in erschütternder Art Zeugnis. An der Zeit sei es auch, die Aufnahmeformalitäten in ein Altersheim in dem Sinne zu vereinfachen, daß die Erhebungen über die Zahlungspflicht nicht vor der Aufnahme, sondern nach der Aufnahme des alten Menschen erfolgen. Wenn die Gemeinde Wien für die Offene Fürsorge erhebliche Mittel aufwendet, ist es an der Zeit, eine entsprechende Dotierung auch für die Geschlossene Fürsorge, die Altersheime, die heute eher Alterskrankenhäuser sind, durchzuführen (Beifall bei der ÖVP). Die Errichtung eines Alterskrankenhauses wird unausweichlich werden, benötigt doch der alte Mensch eine eigene Pflege und Behandlung.

Die viel diskutierte Spitalsbettennot wird in der Zukunft zu einem ernstlichen Problem werden, denn Statistiken haben gezeigt, daß nicht die Zahl der Krankheitsfälle, sondern die Dauer der Erkrankungen und die dadurch bedingte Dauer des Spitalsaufenthaltes beim alten Menschen wesentlich größer ist, als beim jugendlichen Patienten. So ist die Spitalsaufenthaltsdauer beim 65jährigen Patienten viermal so lang als beim 20jährigen. Eine Blockierung der Spitalsbetten durch die alten Menschen würde die Folge sein. So stellt uns das Altersproblem heute vor eine Reihe von Entscheidungen, die, nicht rechtzeitig getroffen, erhebliche Folgen und Härten mit sich bringen werden.

Für die nächsten Jahre ist eine weitgehende Ungestaltung und Modernisierung des Altersheimes Baumgarten ins Auge gefaßt. Die Modernisierung anderer Altersheime wäre dringend notwendig.

Vizebürgermeister Weinberger meinte abschließend, er habe mit seinen Ausführungen den Nachweis erbracht, daß die Wiener Gesundheitsverwaltung ordentlich gearbeitet und ihre Pflicht erfüllt hat und sich darüber hinaus ständig um Verbesserungen und die Lösung schwebender Fragen bemüht. Aus diesem Grunde möchte er allen Bediensteten seiner Gruppe für ihre oft aufopferungsvolle Arbeit herzlich danken (Beifall bei der ÖVP). Ehrfurchtvolles Gedenken gebühre dem verstorbenen Mitglied seines Ausschusses Gemeinderat Prof. Dr. Felix Mandl. Ebenso soll Frau GR. Platzer gedankt werden, die seit dem Jahre 1946 Mitglied des Ausschusses war und einige Jahre auch dessen Vorsitzende. Sie hat gewissenhaft und mit viel Anteilnahme und Liebe gewirkt und zur guten Atmosphäre und loyalen Zusammenarbeit innerhalb des Ausschusses beigetragen. (Allgemeiner Beifall)

Die Debatte über das Gesundheitswesen

GR. Dr. Christoph (VO) bringt verschiedene Anregungen und Kritik vor. Er beschäftigt sich eingehend mit der Schwesternfrage. Es werde immer Klage über den Mangel an Idealismus geführt, der die Hauptursache für den fehlenden Nachwuchs an Pflegepersonal sei. Er sei der Überzeugung, sagte der Redner, daß es genug junge Menschen gibt, die diesen Idealismus aufbringen.

Aber es sei abwegig, Idealismus zu verlangen, ohne die Voraussetzungen für eine materielle Basis zu schaffen. Die Unterbezahlung ist auch bei anderen Gruppen des städtischen Gesundheitsdienstes festzustellen.

Beim Ärztenachwuchs ist in den Bundesländern bereits ein gewisser Mangel zu beobachten. In Wien ist das nicht der Fall, aber der Redner warnt davor, diese Entwicklung zu übersehen. Sonst wird vielleicht Vizobürgermeister Weinberger einmal in bewegten Worten über den Ärztemangel klagen und den jungen Studenten fehlenden Idealismus vorwerfen, weil sie nicht Medizin studieren.

Der Redner lobte den selbstlosen Einsatz der Wiener Rettung, für die aber acht Wagen zu wenig seien. Schon der Umstand, daß die Ambulanzen des Roten Kreuzes und des Arbeiter-Samariterbundes auch voll beschäftigt sind, beweise die Notwendigkeit einer weiteren Ausgestaltung des städtischen Rettungswesens.

Die Spitäler funktionieren im allgemeinen klaglos, was zweifellos ein Verdienst der Ärzte, der Schwestern und des übrigen Personals darstellt. Die Klagen über schlechtes Essen sind meistens nicht berechtigt. Einzelne Anstalten sind verpflegsmäßig hervorragend geführt, wie zum Beispiel die Poliklinik, während die Verpflegung in anderen Anstalten manchmal zu wünschen übrig läßt. Wien verfügt leider noch immer über keine Trinkerheilstätte. Im Kampf gegen den Krebs wäre nach wie vor zu fordern, daß die Ärzte in den Spitälern in die Lage versetzt werden sollen, auf breitester Basis Krebsprophylaxe zu betreiben.

Die Mütter der Kinder verstehen es nicht, warum man mit der Impfung gegen die Kinderlähmung so lange zuwartet. In der Statistik über die Säuglingssterblichkeit schnidet Wien sehr schlecht ab. Vielleicht könnte eine verstärkte Schwangerschaftsberatung und etwa die Auszahlung einer Schwangerschaftsbeihilfe eine Verbesserung herbeiführen.

Da die Mängel im Gesundheitswesen sehr groß seien, könne die kommunistische Fraktion dem Kapitel V nicht die Zustimmung erteilen.

Gr. Dr. Eberle (ÖVP) stellte in Würdigung der positiven Leistungen des Gesundheitswesens zunächst fest, daß das Krankenhaus Floridsdorf vor der Vollendung steht.

Hier wurde mit großen Mitteln eine Schule in ein Krankenhaus umgebaut, und die Gemeinde verfügt nun im Norden Wiens über ein schönes Spital, das mit den notwendigen Abteilungen eingerichtet ist.

In der Heilanstalt Ybbs wurden große Restaurationen durchgeführt, vor allem hat man die Riesensäle in kleine nette Krankenzimmer umgewandelt. In der Lungenheilanstalt Baugartner Höhe sind sehr wichtige medizinische Errungenschaften zu verzeichnen, sodaß diese Anstalt zu den modernsten Lungenheilstätten zählt. In der Kinderheilstätte Rodaun wurde vor kurzem eine Unterwassertherapie-Station errichtet, in der es möglich ist, verkrüppelte Kinder nach den neuesten Errungenschaften zu behandeln. Auch in den übrigen Krankenanstalten Wiens sind wesentliche Verbesserungen erfolgt.

Wir alle, betonte GR. Dr. Eberle, Stadtverwaltung, Gemeinderat, Ärzte und Schwestern, sind Vizebürgermeister Weinberger zu Dank verpflichtet für die großen Leistungen, die auf diesem Gebiete 1957 erreicht werden konnten (Beifall bei der ÖVP). In seiner langen Amtszeit darf er es für sich buchen, daß trotz der vielen und schweren Verwüstungen, die der Krieg in den Wiener Anstalten angerichtet hat, alle Wiener Spitäler viel schöner und viel moderner dastehen als je zuvor.

GR. Dr. Eberle verwies dann darauf, daß sich nun das Gastärzteproblem seinem Ende nähert und daß sich inzwischen auf manchen Abteilungen ein Ärztenangel bemerkbar macht. Es wäre daher klug, eine Dienstverlängerung der Sekundärärzte und Assistenten anzustreben, um auch eine Situation zu meistern, die in abschbarer Zeit eintreten könnte. Er stellte daher den Antrag, allen Sekundärärzten und Assistenten, die bereits ihre Ausbildungszeit beendet haben, die Möglichkeit zu geben, über eigenen Entschluß ihre Anstellungszeit um weitere drei Jahre verlängern zu können. Zur Frage der Schulärzte sagte er, sie hätte sich bereits wesentlich gebessert. Es wurde ein Kriterium geschaffen, nach dem die Anstellung der Schulärzte erfolgen soll. Dringend notwendig dagegen wären Ärzte für Geburtshilfe in den Schwangerenberatungsstellen, die in den Bezirken errichtet werden müßten. Denn hätten wir in jedem Bezirk eine gut funktionierende Schwangerenberatungsstelle, in der die Mütter etwa alle acht Wochen untersucht werden könnten, würden wir auch manches gegen die Säuglingssterblichkeit erreichen.

Was die Säuglingssterblichkeit selbst betrifft, müßte sie eher Frühgeburtensterblichkeit heißen. Sie ist es jedenfalls, die unsere Säuglingssterblichkeit schwer belastet und wir müssen alles tun, um die Zahl der Frühgeburten herabzusetzen. Der Redner stellt einen weiteren Antrag, vorerst in fünf Wiener Bezirken Schwangerenberatungsstellen mit einem hauptamtlich tätigen Frauenarzt als Leiter zu errichten.

Ein anderes Kapitel ist die Vermehrung der Alterskrankenhäuser, denn mit der erhöhten Lebenserwartung nehmen auch die Alterskrankheiten zu. Wir brauchen solche Spitäler auch schon deswegen, weil die Alterskrankheiten anders verlaufen. Sie müßten genau so geführt werden, wie die übrigen Anstalten. Eine andere dringende Forderung wäre eine eigene Krankenabteilung in der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof". Was das Brigittaspital betrifft, verwies der Redner darauf, daß es als Krankenhaus gebaut wurde. Nun debattiert man über die Zukunft dieses Objektes und die Allgemeinheit, vor allem die Ärzteschaft, würde dagegen protestieren, würde man dieses Spital jetzt für andere Zwecke freigeben. Die Ärztekammer, sagte er, wäre gerne bereit, dieses Spital weiter zu führen und dort chirurgische Fälle zu behandeln. Es ist unverständlich, meinte er, in einer Zeit des Bettenmangels ein Spital in ein Heim unzubauen. Besorgniserregend sei der Zustand in den städtischen Lehrlingsheimen, in denen freigesprochene Lehrlinge nicht mehr untergebracht werden dürfen. Er regt daher die Schaffung von Übergangsheimen an, in denen die jungen Gesellen etwa ein Jahr nach der Freisprechung noch weiter bleiben können.

Die Frage der Schutzimpfung gegen Kinderlähmung habe den Landessanitätsrat schon längere Zeit beschäftigt. Mit den Impfungen wurde nur zugewartet, weil es keinen geeigneten Impfstoff gab. Jetzt haben wir ihn, und der Redner empfiehlt, ungeachtet der gegenwärtig noch ziemlich hohen Kosten eine Impfung auf breiter Basis in Angriff zu nehmen. Zu diesen Opfern müßte man sich aufschwingen.

GR. Dr. Eberle ersucht, für das Krankenhaus Lainz baldigst eine Kobaltbombe zur Krebsbekämpfung anzuschaffen. Die Anschaffung würde zwar 5 Millionen Schilling erfordern, wäre aber für die kranken Patienten dringend notwendig.

Sehr gut bewährt haben sich die drei bestehenden Blutbanken, doch müßte versucht werden, sie unter eine einheitliche Führung zu stellen. Außerdem müssen sie innig mit der Klinik verbunden sein.

Auf den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses eingehend, stellt der Redner fest, daß es nun an der Zeit wäre, aus dem Stadium der Planung herauszukommen. Er hoffe jedoch, daß es dem Gesundheitsstadtrat möglich sein werde, im kommenden Jahr die Grundsteinlegung zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses feiern zu können (Beifall bei der ÖVP). Bedauerlich sei, daß der Gesundheitschef dieser Stadt nicht in das Planungskomitee einbezogen wurde.

Große Bedeutung komme auch der Schwesternfrage zu. Sicher besteht der Schwesternmangel auf der ganzen Welt, aber vielleicht könnte Wien einen Anfang bei der Lösung dieses Problems machen. Ein besseres Gehalt, bessere Unterkunftsbedingungen und die Möglichkeit, daß sich die Schwestern nur der Krankenpflege widmen müssen, könnten hier viel dazu beitragen. Es müßte daher auch dafür gesorgt werden, daß die Abteilungen mehr Bedienungspersonal bekommen (Beifall bei der ÖVP).

Schließlich möge man auch der technischen Assistentinnen und Laborantinnen gedenken, die für ihre wertvolle Arbeit sehr schlecht bezahlt sind.

Die ÖVP wird den Ansätzen dieses Kapitels zustimmen (Beifall bei der ÖVP).

Gr. Käthe Jonas (SPÖ) betonte, daß eine Stadt, die im Rahmen der Kulturnationen in sozialpolitischer Hinsicht mit an der Spitze stehen will, dies am besten durch die Leistungen beweist, die sie jenen gewährt, die noch nicht oder nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu helfen. Das kommunale Gesundheitswesen steht stets im Blickfeld der Öffentlichkeit. Auf diesem Gebiet hat die Gemeindeverwaltung jährlich große Ausgaben zu tätigen. Auch im Voranschlag 1958 ist hierfür wieder ein Betrag von 872 Millionen eingesetzt, wobei die ansehnliche Summe von 521 Millionen aus Wiener Steuergeldern für diese Einrichtungen verwendet werden muß. Diese große finanzielle Leistung ist nur möglich dank des Fleißes der Wiener

und der pünktlichen und regelmäßigen Steuerleistung des größten Teiles der Bevölkerung.

Die sozialistische Fraktion hat verschiedene neue Wege aufgezeigt, um dem Bettenmangel in den Altersheimen zu begegnen. So wurde angeregt, das Rochusspital als Altersheim zu führen und ein neues Spital für Alterskrankheiten zu errichten. Die Wohnungsanlagen für alte Menschen in den Gemeindencubauten bringen eine große Erleichterung für unsere Alten, weil sie dort keine Stiegen zu steigen brauchen und die Möglichkeit haben, doch unter jüngeren Menschen zu leben und nicht die Einsamkeit zu fühlen (Beifall bei der SPÖ). Die alten Menschen suchen heute erst dann das Altersheim auf, bis sie körperlich nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu helfen. Solange sie können, bleiben sie zu Hause, denn sie beziehen zumeist auch eine Rente.

Seit Jahren werden immer Beträge zum Ausbau der Altersheime bereitgestellt. In Lainz ist man bemüht, die früher offenen Terrassen zu schließen und große Glasveranden zu machen, diese hübsch einzurichten und die Räume einladend zu gestalten. Unbezahlbar ist der Wert dieser Aufenthaltsräume bei Schlechtwetter. Das Altersheim Baumgarten bekommt endlich die so notwendige Installation der Zentralheizung. Ebenso dringend wäre die Kalt- und Warmwasserversorgung der Krankenzimmer. Ein großer Wunsch ist auch eine moderne Ruf- und Radioanlage.

Dankbar sei die Anregung des Vizebürgermeisters Honay vermerkt, man solle versuchen, eine zentral gelegene Schule, die nicht gerade gebraucht wird, für ein Gesollenheim einzurichten.

Das Zentralkinderheim ist heute nicht nur bestrebt, die Kinder körperlich zu betreuen, sondern auch die geistigen Anlagen und Werte im Kinde zu fördern. Diesen Kindern bleibt das Heim das ganze Leben in Erinnerung.

Alle Ärzte, Schwestern und Pfleger in den Krankenanstalten und Wohlfahrtsanstalten leisten in hervorragender Weise ihre schwere Pflicht. Wir dürfen allen diesen Menschen, die ihre Arbeit als eine ethische Verpflichtung auffassen, ein herzliches Danke sagen.

Die sozialistische Fraktion wird den Ansätzen der Budgetgruppe des Gesundheitswesens die Zustimmung erteilen (Beifall bei der SPÖ).

Vizebürgermeister Weinberger dankt in seinem Schlußwort den Debatterednern für ihre Ausführungen. Er beschäftigt sich zunächst mit der Rede von Dr. Christoph und meint, auch er habe die Leistungen dieses Ressorts anerkannt, allerdings auch daneben auf Mängel hingewiesen, die aber zum Teil schon erwähnt wurden.

Es sei selbstverständlich, daß nicht nur der Idealismus allein bei den Krankenschwestern angesprochen werden kann; man müsse vielmehr den Idealismus durch einige Schillinge eine kräftige Unterlage geben.

Der VO-Redner hat auch die großen Leistungen der Rettung besprochen. Ich würde mich freuen, sagte Vizebürgermeister Weinberger, wenn es möglich wäre, die Zahl der Wagen zu vergrößern. Die Konkurrenz zwischen Rettung und Roten Kreuz konnte erfreulicherweise beseitigt werden.

Die Anregung wegen eines Lärmschutzgesetzes kommt zu spät. Er selbst habe ein solches Gesetz bereits angeregt.

Ein Unterschied in der Spitalsverpflegung wird kaum zu vermeiden sein, wie auch eine Hausfrau besser kocht als die andere.

Die Trinkerheilstätte habe er selbst ständig gefordert und er werde sich freuen, wenn sie endlich geschaffen wird.

Die alte Forderung von Dr. Christoph, auch in den Spitälern die Krebsvorsorge stärker zu betreiben, kann immer nur gleich beantwortet werden: dies geschieht jetzt schon. Die Forderung aber, die Dr. Christoph verlangt, ist nach der Meinung der Ärzte nicht zweckmäßig.

Die Impfung gegen Kinderlähmung: Ich hoffe, daß wir recht bald dazukommen werden. Vielleicht schon in der nächsten Woche wird die Stellungnahme des Landessanitätsrates vorliegen.

GR. Dr. Eberle hat wie jedes Jahr aus seiner reichen Erfahrung und Sachkenntnis die positiven Leistungen der Gesundheitsverwaltung anerkannt. Besonders dankbar sei er ihm für seine wertvolle Ergänzung zum Thema Schwangerenfürsorge. Die Anträge des ÖVP-Redners sollten dem zuständigen Ausschuss zur Behandlung zugewiesen werden.

Vizebürgermeister Wein' erger unterstreicht auch besonders, was Dr. Eberle über die Notwendigkeit des Baues eines Alterskrankenhauses gesagt hat.

Er versichert Gr. Dr. Eberle, daß nicht die Absicht bestehe, die Blutbanken in den städtischen Spitälern aufzulassen. Was den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses betrifft, gab er der Zuversicht Ausdruck, daß in abschbarer Zeit doch mit der Grundsteinlegung gerechnet werden kann. Eine Revision der dienstrechtlichen Stellung, eine Verbesserung der Wohnverhältnisse sowie die Lösung verschiedener Berufsfragen der Krankenpflegerinnen bezeichnete er als dringend, meinte jedoch, man wird diese Angelegenheiten nur stufenweise realisieren können. Die Umwandlung des Rochusspitals in ein Altersheim findet bei ihm wenig Anklang, denn er selbst würde lieber dieses Objekt zu einem Alterskrankenhaus umgestaltet sehen.

Abschließend dankte der Berichterstatter für die sachliche Diskussion und bat den Gemeinderat, auch weiterhin um Mitarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens. Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne Stimmen der VO angenommen. Die Resolutionsanträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Darauf unterbricht der Vorsitzende GR. Sigmund um 19.10 Uhr die Budgetberatungen. Sie werden morgen, Mittwoch, um 9 Uhr mit der Beratung der Ansätze der Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, fortgesetzt.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 18. Dezember 1957

Blatt 2581

Ein reichgedeckter Tisch zu den Feiertagen

Das Wiener Marktamt hat vorgesorgt

18. Dezember (RK) Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, ist auch heuer der Lebensmittelmarkt für die bevorstehenden Weihnachtstage reichlich und gut beschickt.

So werden über 250 Tonnen inländische Flußfische (größtenteils Karpfen, aber auch Hechte, Schleien und Welse) und 20 Tonnen Karpfen aus der Tschechoslowakei, aus Jugoslawien und aus Polen zur Verfügung stehen. Auch Fogosch aus Ungarn und Zander aus Polen werden vorrätig sein. Ferner sind etwa 500 Tonnen Seefische (Kabeljau-, Seelachs und Schellfische aus Norwegen) nach Wien geliefert worden. Daneben gibt es noch 10 Tonnen Sprotten, Makrelen, Schollen, Rotbarsch und Angler.

Auch der Geflügel-Markt weist eine reiche Beschickung auf. Es sind für die Feiertage 30 Waggons Gänse, 10 Waggons Enten, 15 Waggons Indian, 10 Waggons Poularden und 4 Waggons Suppenhühner vorrätig. Dem zu den Feiertagen zweifellos erhöhten Eierbedarf trägt ebenfalls eine sehr gute Marktbeschickung Rechnung, so daß auch die bisher notierten Preise keine Änderung erfahren dürften.

Bei Schweine-, Rind- und Kalbfleisch ist gleichfalls eine sehr gute Anlieferung zu verzeichnen.

Dem heuer etwas schwächer beschickten Inlands-Obstmarkt wurde durch rechtzeitige Einfuhren ausländischer Äpfel wirksam begegnet. Vor allem sind es die reichlichen Zufuhren der Sorten "Kalterer", "Abbondanza", "Morgenduft" und "Delicious" aus Italien und Griechenland, welche die notwendige Ergänzung des Inlandmarktes brachten und daher keinerlei Mängel aufscheinen lassen. Auch die reichlichen

./.

Importe von Orangen und Mandarinen aus Italien, Spanien und Griechenland stellen bei stabilen und entsprechenden Preisen eine wertvolle Ergänzung des heimischen Obstmarktes dar. Es gibt auch reichlich Bananen.

Die Gemüseaufbringung ist voraussichtlich voll gesichert. Alle zeitbedingten Gemüsesorten sind in ausreichenden Mengen vorhanden. Der zu den Feiertagen zu erwartende Mehrbedarf an Salatgemüsen, wie Rote Rüben, Sellerie, Endiviensalat und Vogerlsalat kann umso mehr befriedigt werden, als Importe von Häuptelsalat aus Italien und Frankreich bereits eingeleitet wurden und zum Teil auch schon eingetroffen sind.

Das Hauptgeschäft auf dem Lebensmittelsektor ist wohl erst in den letzten Tagen vor Weihnachten zu erwarten. Es kann aber heute schon gesagt werden, daß alle Vorkehrungen getroffen worden sind, um den Wienern für die Feiertage einen reichgedeckten Tisch zu sichern.

- - -

Filmdokumente der Stadt Wien

Vorführung am Goldenen Sonntag

18. Dezember (RK) Am 22. Dezember, Goldener Sonntag, werden im Schäffer-Kino, im Flotten-Kino und im Studio I zwischen 9 und 13 Uhr, laufend Filmdokumente der Stadt Wien, es handelt sich durchwegs um Farbfilme, vorgeführt. Eintritt frei.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat
=====Kapitel VI: Bauangelegenheiten

18. Dezember (RK) Heute um 9 Uhr früh wurden die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 1958 mit dem Kapitel VI, Bauangelegenheiten, fortgesetzt. Berichterstatter ist Stadtrat Thaller. Er sagt zu Beginn seines Referates:

Wien hat nicht nur Anschluß an die internationale Welt gefunden, sondern darüber hinaus durch seine universale Atmosphäre jene globale Bedeutung erlangt, die eine "Weltstadt" charakterisiert. Mehr als bisher muß unser Blick in die Zukunft gerichtet werden, wir müssen heute schon die Geleise vorbereiten, in denen diese Entwicklung in dieser und in der nächsten Generation verlaufen kann.

Es ist eine Forderung der Städtebauer und Landesplaner der ganzen Welt, die Stadt, wie sie uns von gestern vererbt ist, und das Land, das diese Stadt umgibt, Zug um Zug umzubauen zu einer naturnahen harmonischen und zweckvoll gegliederten "Stadtlandschaft".

Die historisch so ausgeprägte städtebauliche Struktur Wiens hat durch die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Verschiebungen der letzten 40 Jahre Umformungen großen Ausmaßes erfahren.

Nach dem 2. Weltkrieg hat die Stadtplanung durch eingehende Untersuchungen im Rahmen der städtebaulichen "Grundlagenforschung" begonnen, den städtebaulich-strukturellen Zustand objektiv zur erforschen und darzustellen. Eine lange Reihe von Überlegungen macht die vorausschauende Planung unseres Wiener Lebensraumes zu einem immer bedeutsameren Element der öffentlichen Verwaltungsarbeit; wir werden darum der Schaffung eines "Leitplanes Wien", der auf längere Zeit richtungsweisend neuen Erkenntnissen und Bedürfnissen Rechnung tragen kann, unser stärkeres Augenmerk zuwenden müssen. Die allgemeine technische Entwicklung zwingt uns zu radikalen Entschlüssen.

Die rasante Verkehrsentwicklung verlangt neue einschneidende stadtplanliche Überlegungen.

Die auf Grund der Empfehlungen der Straßenverkehrsenquête eingesetzte "Verkehrsplanungskommission" hat ihre Tätigkeit aufgenommen und bisher 4 Sitzungen abgehalten.

Im kommenden Jahr wird sich die Verkehrsplanungskommission vor allem mit dem Problem der Behebung der Parkraumnot in der Innren Stadt und aller erforderlichen Maßnahmen zur Erleichterung des Verkehrs in den Geschäftszentren zu beschäftigen haben.

Die Ausarbeitung eines Generalverkehrsplanes wird nur stufenweise und auf Grund von Gesamtüberlegungen aller beteiligten Faktoren erfolgen können.

Auch die Auswertung der wohnkulturellen Erkenntnisse und Wohnwünsche der Wiener Bevölkerung werden weitere städtebauliche Überlegungen notwendig machen.

In unser Planungskonzept werden wir die künftige Entwicklung der Energieversorgung durch die Wasserkraft, die wachsende Erdgasförderung und den sicherlich kommenden Bau von nuklearen Anlagen im Wiener Raum einbeziehen müssen.

Die Unantastbarkeit der Frei- und Erholungsflächen am Stadtrand ist oberstes Gebot.

Wir haben uns in den 5 Jahren seit der großen Planungsdebatte im November 1952 bemüht, die vom Gemeinderat damals einhellig akklamierten Grundsätze des 8-Punkte-Programmes des sozialen Städtebaues soweit als irgend möglich durch Vorträge, Filme und Publikationen in das Bewußtsein der Wiener Bevölkerung zu bringen, um den Boden für ein modernes soziales städtebauliches Denken aufzulockern.

In der täglichen Praxis stellen sich leider unzählige Schwierigkeiten teils juristischer, politischer, finanzieller und teils personeller Natur diesen Bestrebungen entgegen. Die Bauordnungsnovelle von 1956 und schon in Vorbereitung befindliche weitere Bestimmungen sollen uns bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten helfen.

Mangel an Bauland

Der Mangel an städtebaulich geeignetem noch greifbarem Bauland hat uns gezwungen, eine Reihe ungueter Kompromisse in Kauf zu nehmen. Dies vor allem auf dem Sektor Bauland für Wohngebiete. Ich muß hier auf den alarmierenden Umstand hinweisen, daß die Bodenpreise im Wiener Raum in unerhörtem Maße steigen und eine Bodenspekulation auf breitester Ebene eingesetzt hat. Dieser Tendenz kann auf Dauer nur ein straffes bodenpolitisches Konzept entgegenwirken. Das Profitstreben des einzelnen Bürgers, das sich auf den

Grund und Boden stützt, gehört bestimmt nicht zu den schutzwürdigen staatsbürgerlichen Grundrechten, denn der Boden ist infolge seiner Nichtvermehrbarkeit ein wichtiges Monopol, das unter öffentliche Kontrolle gehört.

Die Not an Bauland macht viele der wichtigsten und besten Planungsabsichten für Wien zur Illusion. Kaum eine Millionenstadt in Europa hat einen solchen Mangel an freier Erde wie Wien. Oft ist nur eine stückweise und splittorweise Bauentwicklung möglich.

Der Mangel eines schnell funktionierenden Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes macht sich immer stärker fühlbar.

Die an sich außerordentlich erfreuliche rege Bautätigkeit der öffentlichen und privaten Hand hat leider eine spekulative Hortung von parzellierten und unparzellierten Baugründen mit sich gebracht. Die Stadt Wien begrüßt daher die vom Bundesministerium für soziale Verwaltung ausgearbeiteten Entwürfe eines Bundesgesetzes über die Enteignung zur Assanierung von Wohngebieten und eines Bundesgesetzes über die Beschaffung von Baugrund für die Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen.

Wenn von bestimmter Seite die Befürchtung geäußert wurde, daß diese Gesetze die Gefahr einer Kollektivisierung von Grund und Boden in sich bergen, so wird dabei offensichtlich überschen, daß die Wiener Bauordnung schon seit vielen Jahren Enteignungsbestimmungen enthält.

Niemand, der einmal Elendsviertel besichtigt hat, wird die Notwendigkeit der Assanierungen bestreiten, mag auch das eine oder andere Objekt innerhalb solcher Viertel an sich erhaltungswürdig sein; im übrigen ist es etwas anderes, solche Häuser einmal im Jahr von außen zu betrachten und dabei in sentimentale Lokalerinnerungen zu verfallen, als in solchen Häusern wohnen zu müssen.

Das neue Assanierungsgesetz ist eine unabdingbare Notwendigkeit geworden.

Sozialer Wohnungsbau auf breiterer Basis

Der soziale Wohnungsbau sollte auf eine noch breitere Basis als bisher gestellt werden. Die Koppelung des kommunalen sozialen Wohnungsbaues mit dem gemeinnütziggenossenschaftlichen sozialen Wohnungsbau wird jenes Bauvolumen zu schaffen in der Lage sein, mit dem die Wohnungsnot endgültig beseitigt werden kann. Wer für seine eigene Wohnung sparen will, soll in jeder Hinsicht gefördert werden.

Dem allen aber geht eines voran: Eine Reihe von Wiener Stadtplanungen können nur in Koordinierung mit dem Lande Niederösterreich durchgeführt werden. Der schon im Vorjahr konstituierte Planungsausschuß Wien - Niederösterreich hat auch in diesem Jahr erfreuliche und fruchtbare Arbeit geleistet.

Wir könnten mit Recht einen angemessenen Bundeszuschuß für die Stadt- und Landesplanung von Wien für ihre Aufgaben als Bundeshauptstadt beanspruchen. Stadtrat Thaller verweist dabei vor allem auf Berlin und auf Brüssel und andere Hauptstädte, wo namhafte Beträge für diese Zwecke durch die staatlichen Faktoren bereitgestellt werden.

Leider aber muß die Stadt Wien oft genug feststellen, daß der Bund ganz bewußt das kommunale Interesse der Bundeshauptstadt vernachlässigt und mißachtet.

Auf dem Gebiete des Wasserschutzbaues stehen für Wien zum Beispiel an Förderungsbeiträgen im Jahr durchschnittlich nur etwa vier Prozent der Mittel, die insgesamt bereitgestellt sind, zur Verfügung. Ein typisches Beispiel dafür ist auch die Liesingbachregulierung. Von der 24 Kilometer langen Regulierungsstrecke sind bereits mehr als 18 Kilometer fertiggestellt. Die Gesamtkosten betragen 71 Millionen Schilling; bisher wurden an Bundeszuschüssen 18 Millionen Schilling geleistet.

Besonders unerträglich ist der mangelnde Beitragswille des Bundes zu der Ausgestaltung der Wiener Straßen.

Von Jahr zu Jahr werden die Probleme schwieriger, die mit dem stetig anwachsenden Verkehr in Wien zusammenhängen.

Den außerordentlich stark angestiegenen Verkehr soll ein Straßennetz bewältigen, das in seiner Anlage auf den Fahrzeugverkehr der Jahrhundertwende abgestellt war.

Schon seit Jahren ist die Stadtverwaltung daher bemüht, die Verkehrssituation an besonders kritischen Verkehrspunkten zu verbessern.

Weiters wurden sehr namhafte Mittel für den neuzeitlichen Ausbau von wichtigen Straßen aufgewendet.

In Wien nur 0.18 Prozent Bundesstraßen

Gemäß Artikel 10, Abs.1, Ziffer 9, des Bundesverfassungsgesetzes sind "Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung" auch die "Angelegenheiten der wegen ihrer Bedeutung für den Durchzugsverkehr durch Bundesgesetz als Bundesstraße erklärten Straßenzüge".

Wie sieht das aber in der Praxis aus? Während in den übrigen Bundesländern 3.000 km Straßen vom Bund erhalten werden, gibt es im Bundesland Wien nicht mehr als 15 km Bundesstraßen.

Es besteht die Groteske, daß alle an den alten Stadtgrenzen einmündenden Bundesstraßen an diesen Stellen ihre Bedeutung als "Durchzugsstraßen" plötzlich verlieren und auf einmal nur mehr als "minder wichtige Gemeindestraßen" weiterführen, um dann an der anderen Stadtgrenze wieder bundeswichtige Durchzugsstraßen zu werden.

Die Forderung der Bundeshauptstadt, daß der Bund die wichtigen Straßenverbindungen der am Stadtrand einmündenden Bundesstraßen untereinander sowie eine geeignete Ringverbindung dieser Strassenzüge zu Bundesstraßen erklärt, ist wohlbegründet. Auf diese Weise wären rund 85 km bestehender Straßen in Wien zu Bundesstraßen zu erklären und rund 41 km neu zu errichten. Die insgesamt rund 126 km Bundesstraßen im Wiener Gemeindebereich würden sodann 1.46 Prozent des gesamten Bundesstraßennetzes gegenüber derzeit 0.18 Prozent umfassen.

Und noch eines. Wie lange hat es gedauert, bis der Bund sich bereit erklärt hat, für seine Hauptstadt die direkte Westeinfahrt der Autobahn zu schaffen. Allerdings hält er noch immer an dem gleichzeitigen Ausbau der Südtrasse über Heiligenkreuz fest. Und für den Bund hört die Autobahn an der Stadtgrenze überhaupt auf.

Auch die Verbesserung der schienengleichen und schienenfreien Eisenbahnkreuzungen im Stadtbereich ist notwendig. Es gibt in Wien 112 schienengleiche und 200 schienenfreie Kreuzungen.

Bevölkerung muß Fragen der Stadtplanung kennen

Der Planung wird wachsende Bedeutung zukommen. Wir müssen die Fragen der Stadtplanung den weitesten Kreisen der Wiener Bevölkerung verständlich machen, damit das Leitbild des "Wien von morgen" den Bewohnern dieser Stadt klar bewußt werde.

Der Berichterstatter gibt dann eine Zusammenfassung der Tätigkeit der Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten: Die Stadtbaudirektion hat eine Wanderausstellung "Wien und sein Umland" eingerichtet, die mit lebhaftem Interesse bereits in 21 Bezirken gezeigt wurde. Sie wurde auch auf der Interbau-Ausstellung in Berlin zur Diskussion gestellt.

Es wurden Fachbroschüren und Kurzinformationen über Wien in drei Sprachen verfaßt und Filmdokumente, welche die Probleme unserer Stadt in mustergültiger Weise veranschaulichen, hergestellt.

Auch das Bild- und Filmdokumentenarchiv der Stadtbaudirektion wurde ausgebaut. Viele internationale Fachexperten, Delegationen, Politiker und prominente Persönlichkeiten, die im heurigen Jahr nach Wien kamen, wurden betreut. An allen markanten Punkten der Stadt werden in Hinkunft Vitruinen aufgestellt werden, die unter dem Motto "Stadtplanung geht alle an" Aufschluß über die beabsichtigten Projekte und Arbeiten der Stadt geben sollen.

Der neue Stadtplaner

Die praktische Arbeit der Landes- und Stadtplanung schafft die Grundlage für alle neuen Projekte im Raum unserer Stadt. Wir halten diesen Aufgabenbereich für so eminent wichtig und verantwortungsvoll, daß wir den zu besetzenden Posten des Stadtplaners öffentlich ausgeschrieben haben, um eine Persönlichkeit zu finden, die alle Voraussetzungen für diese Berufung erfüllen kann. Es genügt nicht, das Wien von morgen nach einem Schema am Reißbrett zu planen. Der neue Stadtplaner muß etwas mitbringen, was nicht im Dienstvertrag enthalten sein wird, aber unerläßliche Notwendigkeit bedeutet: nämlich die Liebe zu unserer Stadt und den Sinn für die Vereinigung stadtgeschichtlicher Tradition mit den unerläßlichen Aufgaben von morgen (Beifall SPÖ).

Um diese Persönlichkeit nicht mit den Geschäften der laufenden Regulierungsarbeiten zu belasten, werden die Agenden der Magistratsabteilung 18 in zwei Gruppen geteilt werden.

Die Planungsabteilung hat im laufenden Jahr die Strukturpläne für das Wohnbauprogramm 1958/59 ausgearbeitet und für 15 Teilgebiete fertiggestellt. Als wichtigste Arbeit für das nächste Jahr wird die Neufestsetzung der Bauklassen im ganzen Stadtgebiet fortgesetzt werden.

Im Rahmen des Wohnbauprogrammes 1957 waren 99 Privatarchitekten und vier Amtsarchitekten mit der Planung von 57 Bauprojekten befaßt, die zusammen 5.158 Wohnungen vorsahen.

Auch für das Wohnbauprogramm 1958 sind 158 Privatarchitekten und vier Amtsarchitekten mit der Planung von 72 Bauprojekten, die 5.904 Wohnungen ergeben, betraut worden.

Freischaffende Architekten werden auch für die Planungen von Nutzbauten verschiedener Art zur Mitarbeit herangezogen.

Für die künstlerische Ausschmückung unserer Bauwerke wurden 102 Bildhauer und Maler herangezogen, die 110 künstlerische Arbeiten ausführten.

Wohnungen werden größer

Im Wohnbauprogramm kommen seit dem Sommer ds.J. neue Wohnungstypen zur Anwendung, die auf Grund eines im Vorjahr durchgeführten Wettbewerbes von der Architekturabteilung entwickelt wurden. Als wichtigster Unterschied gegenüber den alten Typen hat sich der Wohnungsdurchschnitt um rund 5 Quadratmeter vergrößert.

Es ist uns gelungen, die äußere Erscheinung der städtischen Neubauten durch die Verwendung der modernen wasserabstoßenden Dispersionsfarben zu beleben und freundlicher zu gestalten.

Bei der Verbauung größerer Grundflächen wird die Verbauung mehr differenziert. Es werden neben normal hohen auch niedrigere Objekte und an markanten Punkten Dominanten in Form von Punkt- oder Sternhäusern geschaffen. Unsere Typengrundrisse im sozialen Wohnungsbau können alle Vergleiche mit dem Ausland aushalten (Beifall bei der SPÖ).

Mit der Errichtung von Heimstätten für alten Menschen haben wir ein großes Experiment der Stadtverwaltung erfolgreich fortgeführt. Diese typische Wiener Einrichtung ist unser Stolz, dient dem Ausland als Vorbild und wird von den Fachleuten aus aller Welt bewundert.

Im Vorjahr wurde auf 1.664 Baustellen der Gemeinde ein Höchststand von 16.326 Beschäftigten registriert, während heuer auf 1.591 Baustellen sich ein Beschäftigtenhöchststand von 16.424 Arbeitern ergeben hat.

Geheizte Winterbaustellen

Die Stadt Wien bemüht sich auf ihren Baustellen auch während der Wintermonate durch bautechnische und organisatorische Maßnahmen die Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, daß die Bauarbeiten auch im Winter vom Wetter unabhängig weitergeführt werden können. Die gesammelten Erfahrungen mit den Thermobloc-Heizgeräten waren so zufriedenstellend, daß wir auch im kommenden Winter wieder 40 große und 10 kleine ölgefeuerte Geräte sowie 30 Gaswarmluftgeräte auf unseren Baustellen verwenden.

Ferner werden im heurigen Winter auf fünf Baustellen "Winterbauhallen" in Funktion treten.

Diese Maßnahmen zielen auch darauf hin, die schädlichen Auswirkungen des Überangebotes in den Sommermonaten im Baugewerbe möglichst einzudämmen.

Im laufenden Jahr haben wir insgesamt 1,320.000 Tonnen Baustoffe beschafft. Mit dieser ungeheuren Menge könnte man 132.000 Waggon zu je zehn Tonnen beladen, und dieser gigantische Eisenbahnzug würde die Strecke Wien - Rom ausfüllen. 230 Millionen Schilling beträgt die Rechnungssumme für diese Menge.

Die Abteilung Nutzbauten wurde mit großen Bauvorhaben bis zum äußersten ihrer Kapazität ausgelastet. Das Museum der Stadt Wien wird bis Februar baulich fertig sein.

Bei der Wiener Stadthalle, dem augenblicklich größten Bauvorhaben der Gemeindeverwaltung, wurde der erste Bauteil bereits 1956 fertiggestellt. Vom zweiten Bauteil sind die Gymnastikhalle und die Rudertrainingshalle in Betrieb; Ballspielhalle und die Sportkegelbahnen werden bald fertiggestellt sein, ebenso die Eishalle, das Restaurant und die Verwaltungsräume. Der dritte Bauteil wird Ende Mai abgeschlossen werden, mit Ausnahme der Radrennbahn, die erst nach den Festwochen 1958 fertig werden wird.

Die Aufstockungsarbeiten im Wiener Stadion werden programmgemäß weitergeführt. Die Nachtbeleuchtungsanlage des Stadions wurde verstärkt. Im Stadionbad ist das dritte Badebecken fertiggestellt und das Kinderplanschbecken verlegt worden. Der Einbau der Wellenbadmaschine und die notwendigen Gartenarbeiten sind für das nächste Jahr vorgesehen.

Im laufenden und im kommenden Jahr sind und werden wichtige Schulbauten beendet und begonnen. Der wichtigste Bau wird die Schule für Körperbehinderte auf den Gründen des ehemaligen Czartoryski-Schlössels in Währing sein. In der Schloßberggasse in Hietzing ist der Bau des zweiten Jugendgästehauses so weit fortgeschritten, daß mit der Fertigstellung der Anlage im Sommer 1958 zu rechnen ist. Auch der Bau von Kindergärten und Horten wird ständig weiter betrieben.

Die Arbeiten für das Sommerbad Laaer Berg sind planmäßig ange laufen. Im kommenden Jahr wird die Anlage im Rohbau fertiggestellt und auch die Badebecken ausgeführt sein, sodaß voraussichtlich im Sommer 1959 die gesamte Anlage in Betrieb genommen werden kann.

Verschiedene Instandsetzungsarbeiten wurden in der Großmarkthalle, auf einigen Märkten und in den Schlachthöfen durchgeführt.

Beim Wiederaufbau der Feuerwache Döbling ist der 1. Bauteil bereits bis auf einige Professionistenarbeiten im Inneren fertiggestellt.

Die Planungsarbeiten zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, das auf dem noch unverbauten Gelände zwischen Lazarettgasse und Währinger Gürtel errichtet werden soll, gehen weiter. Im kommenden Jahr wird ein Ideen-Wettbewerb ausgeschrieben werden können. Wären die Ansichten über die notwendige Anzahl der klinischen Betten zwischen den zuständigen Stellen des Bundes nicht so arg divergent und die Auffassungen über den Umfang der Planungen einheitlicher gewesen, könnten wir schon viel weiter sein. Jedenfalls liegen die Verzögerungen nicht auf Seite der Gemeinde.

Für den kommunalen, sozialen Wohnungsbau sind im kommenden Geschäftsjahr im Budget 502 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag ist einerseits die bezugsreife Fertigstellung von ungefähr 5.500 Wohnungen gesichert, andererseits die Fortführung von weiteren 5.300 bereits im Bau befindlicher Wohnungen garantiert. Der Bau von 4.000 neuen Wohnungen kann in Angriff genommen werden (Beifall bei der SPÖ).

Im Jahre 1957 wurden auch aus den Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds rund 18,5 Millionen Schilling verbaut. Mit diesem Betrag konnten 459 Wohnungen fertiggestellt werden. 253 Wohnungen befinden sich noch im Bau. Im Jahre 1957 wurde von der Gemeinde Wien um Wiederaufbaudarlehen in der Höhe von rund 27,8 Millionen Schilling für die Errichtung von 226 Wohnungen neu angesucht. Mit Hilfe von Darlehen aus den Mitteln der Wohnbauförderung sind bis Jahresschluß 1957 1.611 Wohnungen in Bau, hievon wurden 1.327 Wohnungen 1955 und 1956 begonnen. 330 Wohnungen sind im laufenden Geschäftsjahr fertiggestellt worden.

Moderne Waschküchen in älteren Gemeindebauten

Die Gemeindeverwaltung hat auch mit der Modernisierung der Waschküchen in den älteren städtischen Häusern begonnen. Auf Grund von Erfahrungen, die bei Umbauten in 42 Waschküchen gesammelt wurden, wurde das eigentliche Programm begonnen, das die Modernisierung von 309 Waschküchen umfaßt.

Der für die Durchführung von Sofortmaßnahmen und Ersatzausführungen für das Jahr 1957 bewilligte Kredit von 4 Millionen Schilling wird bis zum Abschluß des Rechnungsjahres aufgebraucht sein. Im Voranschlag für das Geschäftsjahr 1958 sind für diese Zwecke wieder 4 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Magistratsabteilung für Gebäudeerhaltung hat für die Instandsetzung fast aller Objekte der Hoheitsverwaltung zu sorgen. Denkmäler und Gedenkplatten müssen laufend erhalten und gereinigt werden, Ehrengräber gepflegt, Sport- und Spielplätze umgestaltet und betreut und Schulen, Lehrlingsheime, die Kinderübernahmestelle, Horte, Tageserholungsstätten, Altersheime, Amtshäuser, Herbergen und Flüchtlingslager laufend erhalten und adaptiert werden. Bedeutende Modernisierungs- und Umbauarbeiten mußten auch in den verschiedenen Krankenhäusern geleistet werden.

In der Feuerwehrezentrale und in weiteren 4 Feuerwachen wurden Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten vollendet und dadurch bauliche Rückstände behoben.

Im Krankenhaus Lainz sind bedeutende Arbeiten beendet worden.

Die Gemeindeverwaltung muß aber auch die modernen Belange des Fremdenverkehrs berücksichtigen. Es wurde daher in Atzgersdorf der Campingplatz Wien-Süd errichtet. Die Fertigstellung wird im kommenden Jahr abgeschlossen.

Die Besucher des Lainzer Tiergartens werden im nächsten Jahr ein neugebautes und modern eingerichtetes Rasthaus beim "Hirschengstamm" vorfinden. Das alte durch Kriegseinwirkung beschädigte Gasthaus ist bereits abgetragen worden. Ebenso werden die Arbeiten des Umbaus im Schloß Tribuswinkel, das ein Kindererholungsheim werden soll, im kommenden Jahr beendet sein.

Groß waren auch die Erhaltungs- und Erneuerungsarbeiten an den Gas-, Wasser- und Elektroinstallationen, die mit einem Kostenaufwand von 70 Millionen Schilling durchgeführt wurden.

250 km Fahrbahn und 180 km Gehsteige instandgesetzt

Den Straßenbau sind große Aufgaben gestellt. Im Jahre 1957 konnten für die Wiener Straßenbauten 142 Millionen Schilling ausgelegt werden. 2 Millionen Quadratmeter Fahrbahnen und 440.000 Quadratmeter Gehsteige wurden instandgesetzt und verbessert, das entspricht 250 km an Fahrbahnen und 180 km an Gehsteigen. An 60

verschiedenen Stellen im engeren Stadtgebiet wurden größere Umbauten vorgenommen.

An der Spitze der großen Bauvorhaben, die im nächsten Jahr begonnen werden, steht die Neugestaltung des Südtiroler Platzes mit dem anschließenden Umbau des Gürtels zwischen Argentinierstraße und Radekgasse sowie eines Stückes der Favoritenstraße und der Laxenburger Straße. Große Aufmerksamkeit wird auch der Neuplanung der großen Umsteigpunkte, wie der Philadephiabrücke, der Lobkowitzbrücke und der Hietzinger Brücke, erfordern. Eine bestehende Lösung ist den Planern des Projektes für den Umbau der Ringturmkreuzung gelungen. Das bereits im Bau befindliche Objekt erspart alle kostspieligen Fußgängertunnels. Der Praterstern ist, soweit es auf die Gemeindeverwaltung ankommt, fertig.

Wegen des Fehlens finanzieller Mittel ist der Ausbau der Schnellbahntrasse Meidling - Hauptzollamt - Floridsdorf nur in sehr geringen Ansätzen erfolgt. Die Gemeindeverwaltung ist aber an einer baldigen Fertigstellung der Schnellbahn sehr interessiert, da diese sicherlich eine fühlbare Entlastung der Verkehrssituation in Wien mit sich bringen würde. Auf dem Gebiet des Verkehrs ist eine der drängendsten Fragen das Parkgaragenproblem. Es kann jedoch nicht Aufgabe der Stadtverwaltung sein, für die Unterbringung von privaten Kraftfahrzeugen zu sorgen; dafür muß sich die private Initiative einschalten. Die Gemeindeverwaltung wird natürlich alle diesbezüglichen Bestrebungen fördern. Befriedigend war das Ergebnis der Befragungsaktion der Kraftfahrer. Die Auswertung ist im Gange. Im Interesse der Leistungsfähigkeit der Wiener Straßen wird es nicht vermeidbar sein, generelle Parkverbote auf Hauptstraßen einzuführen. Ebenso wird sich das tageweise wechselseitige Parken als unbedingt notwendig erweisen. Wie sich überhaupt die Autofahrer an viel mehr Disziplin im Fahren wie im Parken werden gewöhnen müssen, so wie es in anderen Großstädten der Fall ist. Neue Verkehrsmittel, wie Unterflurstraßenbahn, Alweg-Bahn, U-Bahn und Gurtförderbahn werden im Interesse der beweglichen Anpassung an das Verkehrsgeschehen studiert werden.

Vor dem Ausbau des Wiener Hafens müssen noch tiefschürfende wirtschaftspolitische Untersuchungen angestellt werden, die bereits im Gange sind. Im kommenden Jahr werden in den Häfen Freudenau, Lobau und Albern große Arbeiten durchgeführt werden. Der Bau der großen Straßenbrücke, die die Häfen Freudenau und Albern verbindet, wird voraussichtlich 1958 fertig sein. Die Neubachbrücke in Albern, die Marenabrücke über die Liesing und der Personentunnel unter der Ostbahn im Zuge der Erzherzog Karl-Straße in Stadlau wurden heuer der Benützung übergeben. Für die Erhaltung, bezw. Wiederherstellung und für Neubauten im Brücken- und Wasserbau sind im Budget 1958 rund 72 Millionen vorgesehen, das ist um 16 Millionen Schilling mehr als heuer eingesetzt war. Mit dem Ausbau des Hafens eng verbunden ist auch die Ausgestaltung weiterer Strecken der Donaulände.

Alte Donau als Erholungsgebiet

Aber nicht nur die Donaulände soll entrümpelt und in weltstädtischer Manier ausgestaltet werden; der gesamte Donaukanal und die gesamte Alte Donau stecken inmitten ihrer Sanierung.

Die Alte Donau hat besondere Bedeutung als Erholungsgebiet für die Wiener. In einigen Jahren wird sie zu einem Wassererholungsgebiet ausgebaut sein, um das uns sehr viele Großstädte beneiden werden.

Auch den Gartenanlagen in unserem Stadtgebiet gilt die besondere Obsorge. Es sind rund 12.4 Millionen Quadratmeter Gartenflächen zu erhalten, gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von rund 100.000 Quadratmetern. 2.550 Alleebäume wurden neu angepflanzt und nahezu 500 neue Gartenbänke zusätzlich aufgestellt. Im 7. Bezirk wurde der Josef Strauß-Park umgestaltet und im kommenden Jahr wird man vom neugestalteten Aussichtsplatz am Kahlenberg unser Wien bewundern können. Im 17. Bezirk in der Lidlgasse entsteht eine neue moderne Gartenanlage. Der Wertheimsteinpark wird im kommenden Jahr erweitert und ein "Blindengarten" geschaffen werden. Für diese Anlage ist ein Ideen-Wettbewerb ausgeschrieben. Bis Mitte Februar sind die Entwürfe abzugeben. Für die besten Vorschläge sowie für den Ankauf einzelner Entwürfe sind Preise im Werte von 40.000 Schilling vorgesehen.

Der neue Reservegarten in Hirschstetten ist die modernste kommunale Anlage auf diesem Gebiet in Europa. Im nächsten Jahr wird das Personalwohngebäude, das Palmenhaus, der Werkstättenhof, die Glashaus-Blockanlage fast fertiggestellt sein. Die Wiener Gärten zählen zu den Sehenswürdigkeiten unserer Stadt und werden immer noch schöner werden.

Abschließend stellt Stadtrat Thaller fest, daß zwei große Generallinien das Arbeitsprogramm beeinflussen. Es ist dies bei den laufenden Arbeiten der große Mangel an Facharbeitern, die allgemeinen Preissteigerungen und die wachsende Bodennot und darüber hinaus die Bestrebungen für die Planung für morgen, die sich immer stärker entwickeln müssen. Man werde jedoch bestrebt sein, die Planungsgrundlage Wiens auf eine zeitgemäß international äquivalente Ebene zu stellen, die der Weltstadt Wien entspricht.

Stadtrat Thaller dankte sodann noch allen in seiner Gruppe Beschäftigten, für ihre unermüdliche, pflichteifrige und aufopfernde Arbeit. Besonderer Dank gebührt dem dahingeschiedenen Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Hosnedl, aber auch seinem Nachfolger Baudirektor Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Pecht. Das neue Jahr möge wieder ein Jahr der produktiven Arbeit und des Fortschrittes sein. Viele Probleme harren der Lösung. Diese werden aber nicht in provozierenden, unsachlichen, politisch orientierten und unrichtigen Darstellungen einiger dafür augenscheinlich besonders prädestinierter Organe gelöst, sondern vom Ideenreichtum unserer Architekten und Ingenieure, vom Fleiß unserer Arbeiter und vom Verantwortungsbewußtsein und Organisationsvermögen unserer Beamten. Der Bevölkerung unserer Stadt kann man heute nichts mehr einreden. Sie sieht selbst, welche Leistungen die Gemeindeverwaltung in jedem Bezirk bewältigt hat und schätzt sie richtig ein.

Wir werden auch im kommenden Jahr unbeirrt auf den vorgezeichneten Wegen dem Ziel entgegengehen. Dieses Ziel aber heißt: ein noch schöneres und moderneres Wien in dem zufriedene und glückliche Menschen leben! (Allgemeiner Beifall.)

Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke werden morgen eingebracht
=====

18. Dezember (RK) Morgen, Donnerstag, den 19. Dezember, wird nach Vorberatung und Beschlußfassung des Gemeinderatsausschusses für die Städtischen Unternehmungen der Amtsführende Stadtrat für diese Geschäftsgruppe, Dkfm. Nathschläger, in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem Finanzausschuß die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses der Stadt Wien und der Gewista für das Jahr 1958 einbringen. Diese Wirtschaftspläne werden nach Abschluß der Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der elf Geschäftsgruppen der Hoheitsverwaltung - das wird voraussichtlich am Freitag dieser Woche sein - im Gemeinderat behandelt werden.

- - -

Pferdemarkt vom 17. Dezember
=====

18. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 371 Pferde, davon 35 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 349, als Nutztiere 7 verkauft, unverkauft blieben 15 Pferde.

Preise: Fohlen 11.20 bis 12.80 S, Extremware 9.50 bis 11.60 S, 1. Qualität 6.50 bis 8.20 S, 2. Qualität 5.90 bis 6.40 S, 3. Qualität 5.- bis 5.80 S.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 174, Oberösterreich 72, Burgenland 41, Steiermark 38, Kärnten 32, Tirol 7, Salzburg 9.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Pferden um 9 g und bei Fohlen um 18 g/kg. Er beträgt: Pferde 6.24 S, Fohlen 12.10 S/kg.

- - -

Die Debatte über das Kapitel Bauangelegenheiten
=====

Als erster Debatteredner zum Kapitel Bauangelegenheiten ergreift das Wort GR. Maller (VO), der einleitend daran erinnert, daß mit dem Beginn des sozialen Wohnhausbaues nach dem ersten Weltkrieg in Wien ein neuer Abschnitt der Wohnkultur begonnen hat. Es war auch der Beginn des Endes des Bettgebertums und der Tuberkulose als Volksseuche. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen nimmt er gegen das Verlangen der ÖVP Stellung, für Gemeindefwohnungen Baukostenzuschüsse zu verlangen und meint, dies könne ausschließlich nur dort geschehen, wo auf kommerzieller Basis gebaut wird. Er setzt sich dann für die Interessen der Bombengeschädigten ein und stellt fest, daß viele unter den Ausgebombten ihre Baukostenbeiträge nicht auftreiben konnten und daß dann der ihnen zustehende Wohnraum an zahlungskräftige Personen übergegangen ist. In einem Resolutionsantrag verlangt er, der Gemeinde Wien solle der Wiener Anteil für den Aufbau kriegszerstörter Wohnungen direkt übertragen, und dieser dann für die Errichtung von Wohnungen für Ausgebombte verwendet werden. Desgleichen verlangt er, daß die Gemeinde Wien auch die ihr zustehenden Mittel für den Sozialen Wohnungsbau vom Bund auf das Entschiedenste verlangen müsse. Er stellt dann einen weiteren Resolutionsantrag, die Gemeinde Wien möge in ihren größten Wohnhausanlagen Klubräume für Jugendliche einrichten, die tagsüber auch als Tagesheimstätten für alte Leute dienen könnten. Im Zusammenhang regte er den Einbau von verschiedenen Einstellräumen auch in älteren Gemeindebauten an.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen verlangt er gesetzliche Bestimmungen gegen die Grundstückspekulation und stellt fest, daß in vielen Fällen die Bodenbenützer ihren Besitz ausschließlich zu eigenen Vorteilen und gegen die Interessen der Öffentlichkeit ausnützen. Er bemängelt, daß sich die Gemeinde Wien zum Nachteil einer schnelleren Bauführung der Anwendung von vorfabrizierten Bauelementen widersetze. Der Redner stellt fest, daß lediglich die Gemeinde Wien für die Modernisierung der Altfwohnungen Verständnis aufbringt und wünscht, daß sie sich noch mehr für die Förderung des genossenschaftlichen Wohnbaues und des

Siedlungsbaues einsetze. Er verlangt ferner ein modernes Konzept der Stadtplanung, das vor allem eine großstädtische Entwicklung der Außenbezirke Floridsdorf, Donaustadt und Liesing ermöglichen würde. Bei der Planung von großen Wohnhausanlagen müßten auch rechtzeitig für die Lösung der Verkehrsprobleme Entscheidungen getroffen werden. Er verlangt, die Stadt Wien möge den Siedlungswilligen Siedlungsgebiete bereitstellen und Gesetze zum Schutz der Kleingärtner und Siedler erlassen. Er kommt auf die gegenwärtigen Verkehrsprobleme zu sprechen und verweist auf die Verpflichtung des Bundes, zur Sanierung der Verkehrsanlagen Wiens beizutragen. Er stellt dann Resolutionsanträge, in denen die Lösung der Verkehrsprobleme auf der Philadelphiabrücke, Lobkowitzbrücke und Hietzinger Brücke angeregt wird, ferner Anträge zur Beseitigung der Verkehrsenge in der Dornbacher Straße, zur Erweiterung der Fahrbahn in der Erzherzog Karl-Straße und zur Errichtung einer Straßenerweiterung bei der Ostbahn. Weitere Resolutionsanträge betreffen die Sanierung der Brücke auf dem Weg zur Rohrerhütte in Neuwaldegg sowie die Verbesserung der Straßenverhältnisse in den Gebieten am linken Donauufer.

Abschließend stellt der Redner fest, daß der Zustand der Häfen nicht der Bedeutung Wiens als wichtigen Umschlagort entsprechen und plädiert für einen großzügigen Ausbau.

Dem Stadtgartenamt zollt er sein uningeschränktes Lob für seine mühevollen Arbeit bei der Ausgestaltung der Grünflächen. Seine Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI die Zustimmung geben.

GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP) führt aus, Stadtrat Thaller habe in seinem Referat von einem "Leitplan" gesprochen und das sei auch das Wichtigste bei diesem Kapitel. Die Wirtschaftlichkeit aller Aufwendungen hänge von der richtigen Planung ab. Aber gerade hier ergeben sich viele Ansatzpunkte zur Kritik. Von echter Planung ist in unserer Stadt noch wenig zu spüren. Die Schuld daran liegt nicht an einzelnen Persönlichkeiten, sondern an einem System, das Planung mit Reglementieren verwechselt.

Daß die Planung nicht vorhanden ist, beweist unter anderem die Art, in der ein von der ÖVP im Dezember des vorigen Jahres gestellter Antrag und eine diesbezügliche Anfrage im Mai dieses Jahres beantwortet wurden. In der Beantwortung mußte praktisch zugestanden

werden, daß die Stadtverwaltung nicht imstande ist, solche Fragen auch nur zu erörtern.

Der Redner begrüßt, daß nun ein neuer Stadtplaner gesucht wird, bemängelt jedoch die Art der Ausschreibung. Er stellt außerdem einen Antrag, einen Bericht des ausgeschiedenen Stadtplaners zu publizieren und dem Gemeinderat vorzulegen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen befaßt sich DDr. Prutschnig mit den verschiedenen Planungsproblemen. Er bezeichnet die Strukturplanung als wesentliche Voraussetzung für die Lebensfähigkeit unserer Stadt in der Zukunft. Auch das Problem der Tochterstädte gehöre dazu. Als Beispiele für mangelnde Planung führt der Redner den Bau von Hochhäusern im ohnehin schon dicht verbauten Stadtgebiet an. Es zeigt sich immer wieder, daß man echte Planung mit der Durchführung von Detailfragen verwechselt.

Was die Art der Verbauung anlangt, so kennt man in Wien bisher nur das Großwohnhaus statt der familiengerechten Wohnung im Grünen. Überhaupt dürfe man nicht vergessen, daß der kommunale Wohnungsbau nur einen Teil des sozialen Wohnungsbaues darstellt.

Auf eine gefährliche Entwicklung macht der Redner aufmerksam, nämlich, daß sich Industrie und Gewerbe aus Wien zurückziehen beginnen und in Gegenden abwandern, wo Grund und Boden billiger sind. Wenn aber die Betriebe Wien verlassen, dann hört sich auch die Zuwanderung auf und das Geburtendefizit wirkt sich stärker aus. Außerdem müsse man den Ausfall an Gewerbesteuer bedenken.

Wohnung und Beruf werden durch den Verkehr miteinander verbunden. Ist er schlecht geplant, so sitzt man stundenlang in der Straßenbahn oder anderen Verkehrsmitteln. Eine Umfrage bei den Wienern würde ergeben, daß schlecht geplant ist. Die letzte großzügige Verkehrsplanung erfolgte zu einer Zeit, als der Gürtel gebaut wurde. Der Redner urgiert auch nachdrücklich den bei der Verkehrsenquete geforderten General-Verkehrsplan und weist auf die Notwendigkeit einer zweiten Verkehrsebene hin.

Abschließend sagt GR. Dr. Prutscher, wenn er hier einige Kritik vorgebracht hat, so will er damit keineswegs gesagt haben, daß in den Fragen Wohnung, Beruf und Verkehr nichts Erfreuliches geschieht. Es soll nicht heißen, daß nicht Leistungen unserer Verwaltung vorliegen, die anerkannt werden müssen. Er sei auch überzeugt, daß jeder vom Stadtrat bis zum kleinsten Beamten bemüht ist, etwas zu leisten. Aber der fehlende Zusammenhang einzelner Projekte nimmt so vieler gut gemeinter Arbeit ihre Wirkung. Es muß die Aufgabe des kommenden Jahres sein, die Richtlinien und die Grundlagen zu schaffen, die unsere Arbeit fruchtbarer machen als bisher (Beifall bei der ÖVP).

GR. Helene Potetz (SPÖ) stellt mit Befriedigung fest, daß durch den sozialen Wohnungsbau die Zustände auf dem Wohnungssektor wesentlich gebessert werden konnten. Eine vollkommene Befriedigung konnte durch die ungeheuren Bausünden während der Gründerzeit leider noch nicht erreicht werden. Auch innerhalb des Wohnbauprogrammes der Gemeindeverwaltung zeigt sich ein bedeutender Fortschritt. So soll jede Wohnung einen Abstellraum erhalten und im Vorzimmer eine Nische für einen Kasten. In den Kochnischen wird Platz für die Unterbringung eines Eiskastens gelassen. Die Rednerin richtet an die Architekten und Baumeister die dringende Bitte, durch entsprechende Planung der Wohnungen noch verschiedene Verbesserungen zu erreichen.

Die Absiedlung von Kleingewerbebetrieben und kleinen Industrien kann nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Die Stadtverwaltung hat aber auch hier bereits einen bedeutenden Schritt zur Lösung dieses Problems unternommen. Der Versuch der Errichtung eines Werkstättenhofes in Erdberg hat sich sehr bewährt. Größere Betriebe müßten allerdings weiter an den Stadtrand verlegt werden. Die Gemeinde Wien hat während des Krieges ein 120 Hektar großes Industriegelände in Liesing gewidmet. Dieses Gebiet wird leider nicht voll ausgenützt. Es wäre Aufgabe der Gemeinde Wien dort möglichst viel Grund zu erwerben, um diesen den gewerblichen Absiedlern zur Verfügung stellen zu können. Auf diesem Gebiet werden noch gewaltige Ausgaben erwachsen.

Groß ist der Unterschied der Bauweise der Gegenwart mit der der Vergangenheit auch in der Verbauungsdichte, die heute ungleich großzügiger ist als in vergangenen Jahren. Sehr konservativ ist der Wiener bezüglich seiner Wohnwünsche. So hat eine Rundfrage in Wien ergeben, daß 45 Prozent der Befragten innerhalb des Gürtels wohnen wollen, 37 Prozent in den Außen- und Randbezirken wenn eine Schnellbahn besteht, und nur 18 Prozent in den Außenbezirken und am Stadtrand ohne Einschränkung. Eine Umfrage in München ergab, daß 84 Prozent am Stadtrand und nur 16 Prozent in der Stadt wohnen wollen. Zur Frage des Wohnhochhausbaues ist zu sagen, daß die Stadtverwaltung hier etwas sparsam in der Vergebung der Baurechtsbewilligungen umgehen sollte. Eine Erweiterung der Stadt stößt auf gewisse Schwierigkeiten, man müßte jedoch auch hier einen Ausweg finden. Dringend erforderlich ist die Bereitstellung des erforderlichen Baulandes für die Bautätigkeit der nächsten Jahre. Dank gebührt auf diesem Gebiet jenen Grundstückbesitzern, die durch ihre Bereitwilligkeit die Assanierung verschiedener Gebiete ermöglichten. Bedeutendes Augenmerk müßte der Assanierung auch am Stadtrand zugewendet werden, so vor allem beim Biberhaufen. Viel erreicht wurde auch auf dem Gebiet des Wald- und Wiesengürtels und der wilden Siedlungen. Leider hat der Verwaltungsgerichtshof durch eine Entscheidung den Ankauf dieser Gründe sehr erschwert, als er das Vorkaufsrecht der Gemeinde Wien im Wald- und Wiesengürtel aufgehoben hat.

Besonders schön sind unsere Parkanlagen und Gärten. Vor allem soll auch die neue Anlage längs des Donaukanales erwähnt werden. In den letzten Jahren haben im Ausland verschiedene Gartenbauausstellungen stattgefunden, die wahre Kulturstätten waren. Auch Wien hätte die Möglichkeit gehabt, 1959 eine solche Gartenbauausstellung in seinen Mauern abzuhalten. Alle Voraussetzungen waren gegeben, aber leider hat der Finanzminister, der ein Drittel der Ausfallhaftung in Höhe von zehn Millionen Schilling hätte übernehmen sollen, sich nur für die Beistellung von fünf Millionen bereiterklärt. Daran ist dieses Vorhaben gescheitert. Wien wurde wieder einmal sabotiert. Leider wird unsere Stadt vom Bund nicht als Bundeshauptstadt, sondern als Feind Nr. 1 behandelt (Beifall bei der SPÖ).

Auch auf dem Sektor des Verkehrs ist viel geschehen. Verkehrsschwierigkeiten gibt es nicht nur in Wien sondern auch in anderen großen Städten der Welt. Die Verkehrsplanungskommission arbeitet fleißig und tüchtig an der Lösung dieses Problem.

Gemeinderätin Potetz erklärt abschließend, daß auf dem Bau-sektor in den letzten Jahren große Leistungen vollbracht worden sind. Der Mann, der an der Spitze dieses Referates steht, ist ein Sozialist wie seine Vorgänger. Er hat vor einigen Jahren ein Acht-Punkte-Programm geschaffen, in dessen Erfüllung schon viele entscheidende Veränderungen in unserer Stadt auf dem Bausektor vor sich gegangen sind. Es gebühre daher Stadtrat Thaller und allen seinen Mitarbeitern der herzlichste Dank für die geleistete Arbeit (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Thaller gibt in seinem Schlußwort der Befriedigung über den positiven Verlauf der Debatte zum Ausdruck. Er beantwortet zunächst einige von GR. Maller gestellte Fragen. Vor allen stellt er fest, daß seine Fraktion nach wie vor den Methoden des Wiederaufbaufonds kritisch gegenüber stehe. Was die bemängelte architektonische Planung der städtischen Wohnhäuser betrifft, gibt er zu bedenken, daß im sozialen Wohnungsbau außer vielen anderen Gesichtspunkten auch die Sparsamkeit und die Einhaltung der erwünschten Wohnungstypengroßen berücksichtigt werden müssen. Zum Vorwurf, die Gemeinde Wien könne sich noch immer nicht für vorfabrizierte Bauelemente erwärmen, erklärt er, daß gegenwärtig bei uns immer noch mit Ziegeln am zweckmäßigsten gebaut werden kann. Was die vorgebrachten Wünsche des Debatteredners bezüglich der Bezirke am linken Donauufer anbelangt, verweist Stadtrat Thaller auf die dort bereits bestehenden Wohnhausanlagen und andere Bauwerke. Baukostenüberschreitungen, erklärt er, können nur bei Großbauten außergewöhnlicher Art, wie etwa bei der Wiener Stadthalle vorkommen. Für Wohnungsbauten oder für Verkehrsbauten wurden nachträglich Zuschüsse seit Jahren nicht mehr verlangt.

Stadtrat Thaller beschäftigt sich dann mit einigen kritischen Bemerkungen, die von GR. Dkfm. DDr. Prutscher vorgebracht wurden. Er sagt, daß er dem, was sein Vorredner über die Bedeutung der Planung vorgebracht hatte, beipflichten müsse, ebenso dem, was er über die Art, wie vor kurzem die Stelle des Stadtplaners ausgeschrieben wurde, gesagt hat. Er erklärt, daß die Aufgabe der Inzerate nicht von seiner Geschäftsgruppe veranlaßt wurde. Er nimmt dann Stellung zur Planung der Stadterweiterung und stellt fest, daß die Stadtverwaltung in keinem Fall an der Errichtung von Töchterstädten, die außerhalb der Stadtgrenzen errichtet werden können, interessiert sein könne. Es könne sich nur um Nachbarschaften mit 5.000 bis höchstens 10.000 Einwohnern handeln. Auch der Ansicht, daß jede Zeit so baut, wie sie es versteht, schließt der Berichterstatter sich an. Allerdings führt er einige Beispiele aus der jüngsten Zeit an, wo von den Bauherren der vorhandene Baugrund bis zu 70 Prozent verbaut wurde und erklärt, daß sich die Stadtverwaltung zu einer solchen Bauauffassung niemals bekennen wird.

Abschließend dankt Stadtrat Thaller den Debatterednern für ihre positive Einstellung und für die von ihnen vorgebrachten Anregungen. Es freue ihn, daß der von ihm vor mehreren Jahren geprägte Slogan "Mitdenken, mitsprechen und mitverantworten" jetzt bei allen Mitgliedern des Gemeinderates Anklang gefunden hat.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe VI einstimmig angenommen. Die Anträge der Debatteredner wurden zur weiteren Behandlung dem Magistrat, bzw. dem Gemeinderatsausschuß VI zugewiesen.

- - -

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten
=====

In Vertretung des erkrankten Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe VII, Lakowitsch (ÖVP), referiert Stadtrat Bauer (ÖVP) über das Kapitel: Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.

Der Berichterstatter beschäftigt sich einleitend mit der Tätigkeit der Plan- und Schriftenkammer und kommt dann zur öffentlichen Beleuchtung.

Immer mehr Licht

Im Jahre 1957 wurde die öffentliche Straßenbeleuchtung in Wien um rund 4.100 Lichtstellen vermehrt. Ende 1957 waren daher rund 72.500 Lichtstellen in ganz Wien in Betrieb sein, und zwar rund 67.650 elektrische und rund 4.850 Gas-Lichtstellen.

Wegen der zahlreichen Umbauten infolge der vielen Straßen, Park- und Wohnhausbauten konnte 1957 nur sehr wenig Gasbeleuchtung eliminiert werden (rund 50 Gaslaternen).

Bei der Verbesserung der Beleuchtung von Hauptstraßen und Kreuzungen wird die Vermehrung der Lichtstellen bis zum Ende des Jahres rund 1.300 betragen.

Zur Verbesserung der Beleuchtung in den Randgebieten wurden im Jahre 1957 rund 1.000 neue Lichtstellen installiert.

Die Umschaltarbeiten von Gleich- auf Drehstrom sind sehr undankbar, weil sie viel Arbeit verursachen (ungefähr 65 Prozent des Neubaues) und von der Bevölkerung nicht bemerkt werden, zumal nach der Umschaltung kaum eine Änderung auffällt. So mußten 1957 an die 3.000 Straßenleuchten im Zuge der EW-Umschaltungen von Gleich- auf Drehstrom umgebaut werden.

Der Entwicklung auf dem Gebiete der Leuchtkörper und der derzeit herrschenden Tendenz der Verwendung von Leuchtstoff- und Gasentladungslampen wird Rechnung getragen, was zu einer stärkeren Erhellung der auszuleuchtenden Flächen führt.

Wenn man bedenkt, daß es 1945 unmittelbar nach Kriegsende überhaupt keine öffentliche Beleuchtung in unserer Stadt gegeben hat, während wir mit Ende dieses Jahres wie schon erwähnt rund 72.500 Lichtstellen in Betrieb haben, so kann man die Leistungen auf diesem Gebiet erst richtig erfassen.

Bau-, Feuer- und Gewerbe Polizei

Zur Baupolizei stellt der Berichterstatter fest, daß sie noch immer nicht in der Lage ist, bei Baubewilligungen die in der Bauordnung für Wien festgesetzten Fristen einzuhalten. Es handelt sich hier nicht um jene Baubewilligungen, deren rechtzeitiges Zustandekommen durch die mangelhafte Beibringung von Unterlagen unmöglich ist, sondern um jene, wo selbst bei Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen die Abteilungen nicht in der Lage sind, die gesetzlichen Fristen einzuhalten. Dies ist im Wesentlichen auf die derzeitigen Personalstände zurückzuführen. Verschiedentliche Versuche, hier eine Neuregelung zu finden, die unter Umständen eine Novellierung der Bauordnung erforderlich machen würde, haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Von 1.212 Baubewilligungen entfallen 682 auf Neubauten, 361 auf Wiederaufbauten nach totalem Kriegsschaden, 693 auf Zu- und Umbauten und bauliche Herstellungen, 364 auf Instandsetzungen nach Kriegsschäden und 12 auf Sommerhütten.

Die Stadt wird vermessen

Zur Herstellung eines neuen, modernen Stadtplanes (Stadtkarte) wurde ein großes Luftbildauswertegerät angeschafft. Nach eingehender Schulung des Auswertepersonals sind bis jetzt schon etwa 700 Hektar mit Hilfe dieses Gerätes genau vermessen worden. Bis Ende des laufenden Jahres ist noch mit der Auswertung von weiteren 500 Hektar zu rechnen.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Stadthalle werden laufend verschiedene Messungen besonderer Präzision für diverse bauliche Maßnahmen durchgeführt.

Für den vorgesehenen Neubau des Allgemeinen Krankenhauses hat die Stadtvermessung umfangreiche Planunterlagen erstellt.

Die gesamte Trasse der im Regulierungsplan vorgesehenen Südrandstraße wurde als Unterlage für allfällige "Lichtlinienbekanntgaben zur Gänze analytisch berechnet.

Die Planung des großen Verkehrsbauwerkes am Südtiroler Platz macht eine Vielzahl sehr genauer vermessungstechnischer Arbeiten und Berechnungen notwendig.

Neugestaltung der Friedhöfe

Mit Beginn des Jahres ist die neue Friedhofsordnung in Kraft getreten. Sie enthält unter anderem auch Bestimmungen über die Schmückung und Ausgestaltung der Gräber. Ebenfalls wurden vom Gemeinderat Richtlinien für die Neugestaltung von Gräbern auf verschiedenen Friedhofserweiterungen und Neuanlagen beschlossen. Leider hat hier in der Bevölkerung noch nicht das nötige Verständnis Platz gegriffen und es wird daher noch vieler Aufklärungen und manch schwieriger Verhandlungen bedürfen, um die Neugestaltung der Friedhofserweiterungen durchzusetzen.

In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres war die Anzahl der Beerdigungsfälle gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1956 um etwa drei Prozent höher.

Der Referent brachte auch das Einfahren von Personenkraftwagen auf dem Wiener Zentralfriedhof zur Sprache. Die einzig gerechte und tragbare Lösung wird die Einrichtung eines Rundverkehrs in diesem Friedhofe selbst sein. Sie muß so beschaffen sein, daß sie die übrigen Besucher weder durch Lärm noch durch Geruch belästigt und ihre Benützung mit geringen Kosten verbunden ist. Es ist klar, daß eine solche Einrichtung nicht von heute auf morgen geschaffen werden kann und wird sich dadurch die Notwendigkeit für eine Übergangslösung ergeben.

3.659 Verkehrszeichen aufgestellt

Die Magistratsabteilung 46 - Technische Verkehrsangelegenheiten - hat auf dem aufsichtsbekördlichen und straßenpolizeilichen Arbeitsgebiet außer ihrer Mitwirkung an den Entwürfen auch die verkehrsmäßige Behandlung vieler Großbaustellen, wie Urban Loritz-Platz, Franz Josefs-Kai und Südtiroler Platz durchgeführt. Die Abteilung hat an den Planungsvorarbeiten im Bereiche Oper - Karlsplatz mitgewirkt.

Zahlreiche Einbahnstraßen und Verkehrsbeschränkungen auf Grund erlassener Kundmachungen sowie das wechselseitige Parkverbot in 14. bis 17. Bezirk wurden gekennzeichnet. Insgesamt wurden zur Regelung des Verkehrs 3.659 Verkehrszeichen und 1.415 Ständer aufgestellt und zahlreiche Fußgängerübergänge angelegt, bzw. erneuert sowie Leitlinien, Parkplatzmarkierungen und sonstige Bodenzeichen angebracht.

Bei der Prüfstelle der Magistratsabteilung 46 wurden bis einschließlich Oktober dieses Jahres 7.268 Kraftfahrzeuge einzelgenehmigt und 1.044 weitere Überprüfungen vorgenommen. In der gleichen Zeit wurden 37.460 Lenkerprüfungen abgenommen.

Hinsichtlich der Errichtung von Verkehrszeichen machen sich zwei widersprechende Tendenzen bemerkbar. Es werden immer wieder, insbesondere von den verschiedenen Bezirksvertretungen Wünsche nach Aufstellung solcher Zeichen vorgebracht. Andererseits ist man bemüht, den schon vorhandenen Mastenwald zu lichten.

Das Parkraumproblem

Von der Tatsache, daß das Parkraumproblem bereits einer dringenden Lösung bedarf, kann sich jeder, der durch die Straßen unserer Stadt geht oder durchfährt persönlich überzeugen. Die Absicht, den Dauerparkern zu Leibe zu rücken, ist zweifelschne notwendig und richtig, vorausgesetzt, daß hierbei die zweckmäßigste und billigste Form gewählt wird. Aber auch sie wird uns den bestehenden Parkraum um nichts vermehren, er wird lediglich mehr Benützern zur Verfügung gestellt werden können.

Auch alle schon bestehenden und noch durchzuführenden Verkehrsbeschränkungen werden wirkungslos bleiben, wenn ihre Durchsetzung nicht mit aller Energie betrieben wird. Was sollen Halteverbote für einen Zweck haben, wenn sie nicht beachtet werden und dieses Nichtbeachten ungestraft bleibt.

Aber alle diese Maßnahmen schaffen uns nicht einen Quadratmeter mehr an Verkehrsflächen. Dieser Mangel kann auch nicht durch Heranziehung der letzten Reserven im erforderlichen Ausmaße beseitigt werden. Hier wird die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene eben unerlässlich sein.

188.000 Menschen besuchten den Lainzer Tiergarten

Bis Ende Oktober wurden in den Wienerwaldforsten auf einer Fläche von rund 27 Hektar zwei- und mehrjährige Laub- und Nadelholzpflanzen versetzt und 300 Kilogramm Forstsamen eingebracht.

Der Lainzer Tiergarten wurde in der abgelaufenen Saison von rund 188.000 Personen besucht. Der Besuch weist gegenüber dem Vorjahr neuerlich eine Zunahme von rund 20.000 Personen auf.

Von der Hermesvilla zum Rohrhaus wurde eine neue Straße angelegt.

Der Wildstand im Tiergarten zeigt bis auf Schwarzwild eine Erhöhung und beträgt zur Zeit zirka 55 Stück Damwild, 70 Stück Mufflon, 200 Stück Rehwild und 400 Stück Schwarzwild.

Der Wildstand in der Forstverwaltung Lobau hat sich ebenfalls erhöht und beträgt zur Zeit zirka 280 Stück Rehe, 300 Stück Hasen, 700 Stück Fasane und einige Ketten Rebhühner.

Das Hirschstemmhaus wurde abgerissen und soll durch ein modernes, in den Tiergarten passendes Rasthaus ersetzt werden.

Für die schwierigste Aufgabe des Stadtforstamtes, die Wohlfahrtsaufforstungen auf dem Laaer Berg, wurden 160.000 Schilling aufgewendet. Diese Aufforstung kann nun im großen und ganzen als abgeschlossen betrachtet werden. Der Erfolg kann als sehr gut bezeichnet werden.

In den Quellschutzforsten wurden 538.000 Forstpflanzen versetzt und damit eine Fläche von rund 68 Hektar neu kultiviert.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Forste der Stadt Wien nicht dem Ertrag, sondern der Wohlfahrt des Landes zu dienen haben.

Daraus ist zu verstehen, daß die Stadt Wien um jeden Quadratmeter Wald kämpft, daß sie Wälder ankauft - im Jahre 1957 den rund 300 Hektar großen ehemaligen Schwarzenbergbesitz im Bereiche des Wald- und Wiesengürtels - und daß, so schwierig es auch sein mag, Ödflächen aufgeforstet werden.

Am Schlusse seines Berichtes dankte der Referent den Mitgliedern des Ausschusses VII für die Mitarbeit sowie allen Angestellten und Arbeitern.

Die Debatte zum 7. Hauptstück

GR. Kronberger (VO) verlangt, sich mit der Frage des Ausbaues der Lobau, wie überhaupt mit der Ausgestaltung des Ostrandess unserer Stadt in erhöhtem Ausmaß zu beschäftigen. Ein Plan zur Aufforstung des Ostrandess wäre dringend notwendig, denn je länger man mit der Aufforstung zuwartet, umso teurer wird sie kommen. Mit großer Genugtuung hat die Wiener Bevölkerung den Ankauf der Schwarzenberggründe zur Kenntnis genommen und ihre Einbeziehung in den Wald- und Wiesengürtel. Mit dem Kauf allein sei es jedoch nicht abgetan. Die Aufgabe der Stadtverwaltung sei es nun, dort ein schönes Erholungsparadies zu schaffen. Es würde dies mit einem relativ geringen Kostenaufwand möglich sein. Ein Ideenwettbewerb müßte hierüber ausgeschrieben werden, über den die Öffentlichkeit diskutieren sollte. Der Redner stellt dazu einen Antrag.

Ein weiterer Antrag verlangt vermehrten Schutz für die Fußgänger im Straßenverkehr, vor allem auf den sogenannten Zebrastrifen. Wenn auch auf dem Gebiet des Verkehrs schon Verschiedenes unternommen wurde, so muß man feststellen, daß dies mehr zugunsten der Autofahrer als der Fußgänger geschehen ist. Es ist gegen den Fahrzeugverkehr sicherlich nichts einzuwenden, doch müsse auch für den Fußgänger gesorgt werden. Der zuständige amtsführende Stadtrat müßte seinen Einfluß geltend machen, damit der Entwurf des Handelsministeriums im Parlament erst eingebracht wird, wenn im Gesetz der Schutz für die Fußgänger verankert ist. Im verstärkten Ausmaß müßten zur Lösung der Verkehrsprobleme auch die Bezirksvertretungen herangezogen werden. Dank und Anerkennung gebühre der Tätigkeit der Wiener Verkehrspolizei, auf deren Wirken es nicht zuletzt zurückzuführen ist, daß die Zahl der jugendlichen Verkehrstoten sinkt. Der Redner tritt sodann für die vermehrte Anbringung von Verkehrsampeln und Lichtsignalen ein. Auch Maßnahmen gegen den nerventötenden Lärm wären dringend notwendig. Es wurden zwar schon Untersuchungen zur Lärmbekämpfung angestellt, doch hat man bis jetzt keine Mitteilungen über die Ergebnisse dieser Kommission erhalten.

Bei der Straßenbeleuchtung ist ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen, doch muß auch hier noch sehr, sehr viel geschehen, nicht nur in Siedlungsgebieten, sondern auch in der Innenstadt. Selbst Ring und Gürtel sind nicht entsprechend beleuchtet. Ein Antrag des Redners verlangt den Ersatz von Gaslaternen durch eine elektrische Straßenbeleuchtung überall dort, wo sie nicht aus Fremdenverkehrsgründen belassen werden sollen. Abschließend stellt GR.Kronberger fest, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Gruppe nicht zustimmen könne, da die negativen Seiten die positiven übersteigen.

GR. Ing.Arch. Lust als Debatteredner der ÖVP verweist auf die Bedeutung der Geschäftsgruppe VII, der im Räderwerk des Bauens eine wichtige Rolle zukommt. Er bemängelt, daß dieser Geschäftsgruppe die so wichtigen Magistratsabteilungen 18 und 19, Stadtplanung und Landesplanung nicht angehören, obwohl sie organisationsmäßig absolut zu dieser Geschäftsgruppe gehören. Er ist der Meinung, daß die beiden Abteilungen ohne Rücksicht auf politische Momente zur Geschäftsgruppe VII umgereiht werden müßten. Er halte eine solche Neuordnung für absolut notwendig, vor allem im Hinblick auf die notwendige Forcierung der Stadt- und Verkehrsplanung. Er appelliert an den Gemeinderat, seinen Vorschlag als Diskussionsgrundlage anzunehmen und einen entsprechenden Beschluß zu fassen.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen verlangt er, man möge sich mit dem Problem des Technikernachwuchses im städtischen Dienst ernsthaft und dringend beschäftigen, ohne dabei finanzielle Opfer zu scheuen. Denn nicht nur bei der Baupolizei, sondern auch bei allen Bauabteilungen finden wir einen geringen Personalstand vor, der ein ordnungsgemäßes Funktionieren des Apparates nicht immer gewährleisten kann. Den vorliegenden Stellenplan für Techniker hält er für absolut unzulänglich und daher reformbedürftig. Die Zeit ist vorüber, sagt er, wo der Techniker im öffentlichen Dienst als zweitrangig betrachtet und gerne als Anhängsel irgend einer verwaltungstechnischen Abteilung betrachtet wurde.

Unter den hohen Anforderungen, die gegenwärtig an die Baupolizei gestellt werden, sei es kein Wunder, daß die Geschäftsabwicklung außerordentlich schleppend vor sich geht und oft den gesetzlichen Vorschriften widerspricht. Er führt dafür einige Beispiele aus der Baupraxis an.

Hinsichtlich der Handhabung der Bauordnung bringt er eine

Reihe von Mißständen vor, die sowohl für die Bauherren wie auch für die planenden Architekten eine empfindliche Belastung darstellen. Desgleichen spricht er sich gegen die zu hohen Stundungszinsen bei der Stundung von Verwaltungsabgaben anlässlich der Erteilung der Baubewilligungen aus.

Dem Redner scheint auch die Frage des baulichen Luftschutzes aktuell, und er meint, man müßte auf diesem Gebiet rechtzeitig und vorsorglich entsprechende Maßnahmen treffen. Als ein weiteres akutes Problem bezeichnet er auch die Frage des Hochhausbaues. Ein Wettbewerb unter Architekten über diesen Fragenkomplex scheint ihm absolut zweckmäßig. Seiner Meinung nach wären Hochhäuser nur dort am Platz, wo es genügend Grünflächen gibt und wo das Landschaftsbild durch sie nicht verunziert wird.

Er bedauert die geringe Dotierung der Magistratsabteilung 20 und bemängelt, daß der Plan- und Schriftenkammer selbst für das Notwendigste zu wenig Geld zur Verfügung gestellt wurde.

Die Magistratsabteilung 40 habe durch ihre preisregulierende Tätigkeit auf die sich leider ausbreitenden Bodenspekulationen hemmend gewirkt, was der Redner begrüßt.

Bei der Friedhofsverwaltung wäre eine vorsorgliche Beschaffung von Gründen für die geplanten Friedhofserweiterungen einzuleiten.

Als sehr erfreulich bezeichnet GR. Ing. Arch. Lust die Entwicklung auf dem Gebiete der öffentlichen Beleuchtung. Er wünscht aber, daß unsere Hauptverkehrsstraßen sehr rasch eine ordentliche und moderne Beleuchtung bekommen, damit sie mit der Steigerung des Verkehrs Schritt halten können. Die Anstrahlung der Baudenkmäler bezeichnet er als eine erfreuliche Maßnahme zur Unterstützung der Fremdenwerbung.

Zum Kapitel städtische Forste rühmt er die vorbildlichen Bemühungen, die von der Stadtverwaltung zur Erhaltung und Aufforstung des Wienerwaldes unternommen werden und richtet im Zusammenhang an die Bevölkerung den Appell, auf die Schonung dieses Luftreservoirs bedacht zu sein.

Den Personalstand bei der Magistratsabteilung 46 (Technische Verkehrsangelegenheiten) bezeichnet er als zu klein. Seiner Meinung nach könne niemanden überraschen, wenn aus diesem Grund diese Abteilung bei der Lösung des Verkehrsproblems nicht so mit-

wirken kann, wie es wünschenswert ist. Durch den Personalmangel wurde sie bei wichtigen Entscheidungen zu einer Statistenrolle degradiert. Er ist der Ansicht, daß die Magistratsabteilung für Straßenbau nicht dazu berufen ist, auch die planende Arbeit für das gesamte Verkehrsproblem durchzuführen, und meint, auch hier wäre eine Koordinierung der Magistratsabteilung 46 und 28 vorteilhaft.

Abschließend stellt er den Antrag, die Erstellung des Generalstadt- und Generalverkehrsplanes ernsthaft in Angriff zu nehmen. Er ist der Meinung, daß nach acht Jahren, in denen die Voraussetzungen zu diesen Plänen studiert wurden, schon ein Gerippe vorhanden sein müßte. Er spricht sich noch für eine Handhabung der Bauordnung aus, die die Gleichheit vor dem Gesetze nicht verletzt. Es gehe nicht an, daß die Gemeinde als Bauherr Sonderrechte für sich in Anspruch nimmt, während der private Bauherr mit Strafen zu rechnen hat. Er plädiert auch für die gleiche Behandlung bei den Flächenwidmungen für den Kirchenbau. Seine Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe VII zustimmen.

GR. Mayr (SPÖ) bemängelt bei der öffentlichen Beleuchtung, daß die Triester Straße so schlechtes Licht hat. Der Lamponabstand beträgt bis zu 250 Meter. Er meint jedoch, wenn bei der öffentlichen Beleuchtung nicht alle Wünsche der Bevölkerung erfüllt werden konnten, so müsse man bedenken, daß man auch seine eigene Wohnung nicht auf einmal einrichten kann.

Die Baupolizei hat ein ungeheuer großes Gebiet zu bearbeiten. Man versteht in der Öffentlichkeit leider nicht immer, daß diese Abteilungen ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung erfüllen, wenn sie notwendige Sicherungsmaßnahmen vorschreiben.

Bei der Stadtvermessung begrüßt der Redner, daß eines der modernsten Geräte für die Luftbildauswertung angeschafft werden konnte.

Wenn man bei den Friedhöfen 1,9 Millionen Schilling für die Luegerkirche eingesetzt habe, so wäre es wohl angemessen, auch Mittel bereitzustellen, um die Verwaltungsgebäude des Zentralfriedhofes renovieren zu können. Man versuche in der Geschäftsgruppe VII, die städtischen Gärtner und Steinmetzen nach Möglichkeit zurückzudrängen, um den Privatunternehmungen mehr Spielraum zu schaffen. Die Einnahmenverluste müßten jedoch aus Steuer-

mitteln ersetzt werden! Der Redner verlangt auch die Wiedereröffnung der städtischen Gärtnerei beim Stammersdorfer Friedhof.

Bei der Besprechung der Abteilung für technische Verkehrsangelegenheiten urgiert der Redner das neue Straßenverkehrsgesetz. Er hoffe, daß der Entwurf des Handelsministeriums bald verwirklicht wird.

GR. Mayr richtete einen Appell an alle Kraftfahrer aber auch an die Fußgänger, im Straßenverkehr mehr Rücksicht zu üben!

Minister Dr. Bock sollte auch danach trachten, daß wir ein Bodenbeschaffungsgesetz bekommen, um Verkehrsengen und Verkehrsfallen endlich beseitigen zu können. Die Stadt Wien ist gerne bereit, für die notwendigen Grundablösungen zu zahlen, allerdings nicht mit "Transfines-Provisionen" (Lobhafte Zwischenrufe bei der ÖVP, Gegenrufe bei SPÖ und VO).

Die Stadtförste erfüllen für Wien die große Aufgabe, das Quellenschutzgebiet zu betreuen, um den Wienern das gute Wasser zu sichern. Es ist auch erfreulich, daß die Aufforstung auf dem Laaer Berg so gut geglückt ist.

Abschließend sagt GR. Mayr, daß alle Abteilungen in der Geschäftsgruppe VII daran mitwirken, damit unser Wien heller, sicherer und schöner wird. Seine Fraktion gebe daher die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Gruppe.

Stadtrat Bauer sagt in seinem Schlußwort, er könne die Beantwortung der Anfragen des VO-Debatteredners dem zuständigen Ausschuß überlassen, da zu jeder Anfrage auch ein entsprechender Antrag gestellt wurde. Er teilt ferner mit, daß Verhandlungen im Gange sind, um weitere große Liegenschaften im Wald- und Wiesengürtel bald in den Besitz der Stadt Wien zu bringen.

GR. Ing. Arch. Lust hat sich mit verschiedenen Reorganisationsvorschlägen beschäftigt. Mit dem neuen Stadtplaner werden diese Fragen wohl bald gelöst werden können.

Was GR. Mayr wegen der schlechten Beleuchtung der Triester Straße gesagt hat, müsse mit dessen eigenem Argument beantwortet werden, nämlich, daß man auch eine Wohnung nicht auf einmal einrichten könne. Der Stammersdorfer Friedhof wird von vier Gärtnern betreut, deren Kapazität nicht ausgenützt ist. Aber man könne prüfen, ob eine städtische Gärtnerei dort Platz habe.

Sodann ersucht der Referent um die Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe VII.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VII. Hauptstückes ohne die Stimmen der VO angenommen. Die Anträge der VO werden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Städtischen Unternehmungen im Jahre 1958
=====

18. Dezember (RK) Wie wir heute bereits berichteten, wird der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, morgen in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates und des Finanzausschusses die Wirtschaftspläne für die Betriebe der Wiener Stadtwerke sowie für das Brauhaus der Stadt Wien und die Gewista einbringen. Stadtrat Dkfm. Nathschläger übermittelte der "Rathaus-Korrespondenz" zu diesen Wirtschaftsplänen folgende Erläuterungen:

Die Aufstellung des Voranschlages, speziell der Wiener Stadtwerke, für das Jahr 1958 war, wie der Öffentlichkeit bereits bekannt ist, mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Erst heute konnte das Budget dem zuständigen Ausschuß für die Städtischen Unternehmungen zugeleitet werden und morgen früh wird es in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates und des Finanzausschusses eingebracht, um am Freitag im Wiener Gemeinderat verabschiedet zu werden. Die Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke (E-Werke, Gaswerke, Verkehrsbetriebe und Bestattung) legten ursprünglich Budgetentwürfe vor, die zu einem Gesamtabgang von rund 379,3 Millionen Schilling führten. Durch verschiedene Veränderungen, die überwiegend eine Auswirkung der bis vorgestern geführten Parteienverhandlungen darstellen, konnte das Defizit auf 314,3 Millionen Schilling herabgemindert werden. Pro 1957 betrug dieser Abgang 314,7 Millionen Schilling; das Ergebnis der Voranschläge der beiden Jahre ist somit praktisch gleichgeblieben.

Das Brauhaus der Stadt Wien weist in seinem Voranschlag einen Überschuß von 314.000 S aus und die Gewista einen solchen von rund 189.000 S.

Sämtliche Unternehmungen verzeichnen an Aufwendungen 2.968 Millionen Schilling und Erträge von 2.655 Millionen Schilling. Gegenüber dem Jahre 1957 sind die Aufwendungen um 2.94 Prozent und die Erträge um 3.32 Prozent gestiegen.

Von großer Bedeutung bei der Erstellung des Voranschlages der Wiener Stadtwerke war besonders der Umstand, daß sich der Personalaufwand, aber auch die Abschreibungen nur unwesentlich gegenüber dem Jahre 1957 veränderten, während von 1956 auf 1957 der Personal-

aufwand um 189 Millionen Schilling (= 21.18 Prozent) und die Abschreibungen um 81 Millionen Schilling (= 23.8 Prozent) anstiegen.

Produktions- und Leistungsannahmen

Die E-Werke beziffern den voraussichtlichen Stromverkauf im kommenden Jahr mit 1420 Millionen kWh, das ist um rund 6 Prozent mehr als im Ansatz pro 1957 und um rund 8 Prozent mehr als die tatsächliche Abgabe im laufenden Jahr betragen wird. Da die Steigerung des Stromverkaufes von 1956 auf 1957 mit 13.3 Prozent angenommen wurde, zeichnet sich sehr deutlich eine Verlangsamung des Konsumanstieges ab, der auch beim Gasverkauf zu bemerken ist. Die Gaswerke präliminieren eine verkaufte Gasmenge von 514.2 Millionen Kubikmeter, das bedeutet eine Zunahme um rund 6 Prozent gegenüber der im Jahre 1957 abgegebenen Menge, während für das laufende Jahr, verglichen mit dem Voranschlag 1956, mit einer Steigerung von 10.7 Prozent gerechnet wurde. Die Verkehrsbetriebe rechnen mit einer Gesamtfrequenz von rund 506 Millionen Fahrgästen gegenüber einer Annahme von 512 Millionen pro 1957 und effektiv erreichten 505 Millionen Fahrgästen im Jahre 1956.

Reduzierung der Personalstände

Der Personalstand der Wiener Stadtwerke wird um 410 Bedienstete niedriger angenommen als pro 1957; davon entfällt auf die Wiener Verkehrsbetriebe allein ein Minus von 314 Bediensteten. Die Anzahl der Pensionsparteien ist jedoch nach wie vor im Steigen begriffen, wenn auch nicht so stark wie in den vorangegangenen Jahren. Im nächsten Jahr werden voraussichtlich nur 170 Pensionsparteien zuwachsen, während dem Ansatz 1957 eine Steigerung um 570 Pensionsparteien zugrundegelegt wurde. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten weist eine seit langer Zeit nicht mehr verzeichnete Reduzierung um insgesamt 240 Aktive oder pensionierte Bedienstete auf.

Insgesamt beschäftigen die Wiener Stadtwerke sowie das Brauhaus der Stadt Wien und die Gewista 20.052 aktive Bedienstete, während sie für 19.528 Pensionsparteien zu sorgen haben. In den Personalständen sind 345 Jugendliche nach dem Jugendeinstellungsgesetz enthalten.

Investitionen

Die möglichen Investitionen der Wiener Stadtwerke beziffern sich im Jahre 1958 auf 304,9 Millionen Schilling gegen 297,3 Millionen Schilling im Jahre 1957. Im einzelnen sind bei den E-Werken Investitionen im Gesamtausmaße von 200,6 Millionen Schilling, bei den Gaswerken von 71,9 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben von 28,5 Millionen Schilling und bei der Bestattung von 3,9 Millionen Schilling vorgesehen. Gegenüber dem Voranschlag 1957 können die E-Werke um 36,5 Millionen Schilling, die Gaswerke um 8.6 Millionen Schilling und die Bestattung um 0.9 Millionen Schilling mehr investieren, dagegen tritt bei den Verkehrsbetrieben, wo es eminent notwendig wäre, eine Verminderung um 38.3 Millionen Schilling ein, wobei noch zu bedenken ist, daß die durch einen 100 Millionen Schilling-Kredit im Jahre 1957 ermöglichte Investitionssumme von 66,8 Millionen Schilling nur ungefähr ein Drittel dessen darstellte, was das Unternehmen unter normalen Umständen braucht.

In einer solchen Situation können die Verkehrsbetriebe weder neue Bestellungen für den Wagenpark des Straßenbahn- und Stadtbahnbetriebes noch des Autobusbetriebes tätigen. Wohl werden im kommenden Jahr auf Grund früher erteilten Bestellungen noch 10 Großraumzüge, 21 Triebwagen für die Straßenbahn und 24 Umbauwagen für die Stadtbahn geliefert werden. Weitere Bestellungen, sei es für die Modernisierung des Stadtbahnbetriebes, sei es für die Anschaffung neuer Autobusse können vorläufig mangels finanzieller Mittel nicht getätigt werden. Auch für den Gleisbau steht nur ein ganz geringfügiger Betrag zur Verfügung.

Wenngleich die Situation bei den Elektrizitäts- und Gaswerken trotz einer Verlangsamung des Konsumanstieges noch immer als im großen und ganzen befriedigend bezeichnet werden kann, erscheinen die Verhältnisse bei den Verkehrsbetrieben nach wie vor gravierend und erheischen dringend eine dauerhafte Sanierung. Ansätze hiezu sind in Parteienverhandlungen bereits gemacht worden. Es müssen aber auch weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, um sowohl eine gesunde Lösung im Interesse des Unternehmens als auch der Wiener Bevölkerung herbeizuführen.

Die Öffentlichen EinrichtungenDie Beratungen über das 8. Hauptstück

Stadtrat Koci (SPÖ) referiert sodann über die Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen. Der Stand des aktiven Personals in dieser Gruppe beträgt 4.455 Arbeiter und Angestellte, die einen Personalaufwand von 182,3 Millionen Schilling erfordern. Für den Sachaufwand sind 257 Millionen eingesetzt. Die Einnahmen werden sich auf insgesamt 222 Millionen Schilling belaufen und sind damit um 9,8 Millionen höher als 1957. Die Ausgaben sind mit 449 Millionen veranschlagt, sie steigen gegenüber 1957 um 13,3 Millionen Schilling. Es ist somit für diese Geschäftsgruppe ein Gebarungsabgang von 227,1 Millionen Schilling zu verzeichnen, um 3,5 Millionen mehr als 1957.

Bei der Kanalisation sind für die Erhaltung der baulichen Anlagen im Jahr 1958 8,6 Millionen bereitgestellt. Darin sind die laufenden Instandsetzungsarbeiten, vor allem die Erneuerung der alten baufälligen Kanäle mit 3,2 Millionen und größere Kanalinstanzsetzungen mit 1,3 Millionen enthalten. 22,5 Millionen Schilling sind für Kanalneubauten budgetiert. 10 Millionen sind für etwa 6.450 m neue Straßenkanäle städtischer Wohnhausanlagen und 6,9 Millionen für sonstige Kanalbauten gedacht. Für den weiteren Ausbau des Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanales ist ein Betrag von 2 Millionen ausgeworfen.

Mehr Wasser für Wien

Zur Verbesserung der Wasserversorgung wurde im heurigen Jahr die Wientalwasserleitung um einen Betrag von 21,3 Millionen angekauft. Die Gemeinde kann durch diesen Ankauf in den kommenden Jahren erhebliche Beträge aus der Post "Fremdwasserbezug" einsparen. Für die Erhaltung der baulichen Anlagen auf dem Gebiete der Wasserversorgung wurden 30 Millionen bereitgestellt, für die Erneuerung der maschinellen Einrichtungen 5,8 Millionen. Die achte und letzte Baurate für den Wasserspeicher in Neusiedl wird 3 Millionen betragen. Die im Jahre 1956 im Rohbau fertiggestellten Kammern C und D wurden 1957 vollständig ausgebaut und sind am Ende dieses Jahres betriebsbereit. Mit der eigentlichen Inbetriebnahme ist im Jahre

1958 zu rechnen, da erst das Ergebnis der vorgeschriebenen chemischen, bakteriologischen und biologischen Untersuchungen abgewartet werden muß. Der Ausbau des Grundwasserwerkes Nußdorf wird weiter fortgesetzt. Zur Durchführung von Maßnahmen für die zusätzliche Wassergewinnung sieht das Budget 1,180.000 Schilling vor. Der derzeitige Winterwasserverbrauch erreicht fast die Höhe des früheren Sommerwasserverbrauches. Um dem steigenden Wasserverbrauch Rechnung zu tragen, wurde die Fassung und Einleitung der Schreyerbachquelle in Steinbach durchgeführt, ferner die Übernahme des Wasserwerkes im ehemaligen Luftpark Wöllersdorf zur zusätzlichen Leistungssteigerung der 1. Hochquellenleitung herangezogen. Im Holzäpfeltal werden weitere Aufschließungsarbeiten durchgeführt. Zur Erleichterung der Verbrauchsspitzen werden im Wiener Raum Vorbereitungsuntersuchungen zur Einbeziehung des Grundwassers unternommen. Im heurigen Jahr beträgt der durchschnittliche Wasserverbrauch pro Kopf der Bevölkerung im Tagesdurchschnitt 247 Liter, das ist ungefähr gleich hoch wie im Vorjahr. Der Tageshöchstverbrauch wurde während der Hitzeperiode im Juni verzeichnet mit 300 bis 330 Liter. Der Tagesmindestverbrauch wurde am 21. April mit 190 Liter gemessen.

Neue städtische Bäder

Die städtischen Bäder werden voraussichtlich Einnahmen von 18,299.500 Schilling bringen, haben jedoch Ausgaben von 48 Millionen. An baulichen Herstellungen ist besonders die zweite Baurate für das Sommerbad Laaer Berg in der Höhe von 10 Millionen zu nennen. Das neu errichtete Kinderfreibad im 19. Bezirk, Hintergärtenstraße, wird im Sommer 1958 eröffnet werden können. Ein weiteres Kinderfreibad wird im 13. Bezirk gebaut werden. Die Baukosten erfordern 1 Million Schilling. Damit beginnt die Gemeinde Wien mit dem Bau des 30. Kinderfreibades (Beifall bei der SPÖ).

Ein Versuch wird mit der Modernisierung des überalterten Volksbades in Favoriten unternommen. Sollte dieser Versuch Erfolg haben, werden alle übrigen Volksbäder in der gleichen Weise modernisiert.

Im Sommerbad Hütteldorf wird das Schwimmbecken erneuert werden. Insgesamt betreibt die Gemeinde Wien 22 Warmbäder, 3 Warm- und Sommerbäder, 10 Sommerbäder und 28 Kinderfreibäder.

Die Warmbäder besuchten bis Ende Oktober 1957 4,794.778 Personen, das sind um 98.967 mehr als 1956; die Sommerbäder weisen eine Besucherzahl von 1,139.856 auf, das sind um 76.043 mehr gegenüber 1956; die Kinderfreibäder wurden jedoch nur von 569.733 Kindern aufgesucht, das sind um 106.256 weniger als im Vorjahr.

Die Steigerung bei den Sommerbädern erklärt sich durch das günstige Sommerwetter, der Abgang bei den Kinderfreibädern dadurch, daß während der Ferienzeit in den Monaten Juli und August äußerst ungünstiges Badewetter herrschte.

Die Übersicht über die Besucher der Warmbäder zeigt gegenüber dem Vorjahr eine steigende Tendenz in den Brause-, Wannen-, Dampf- und Schwimmbädern.

Die städtischen Wäschereien

Die betriebsmäßig geführte Magistratsabteilung 45 betreut nicht nur die eigenen Zentralwäschereien, sondern auch die anstalts-eigenen Wäschereien. Der Gebarungsabgang weist 2,2 Millionen auf, da den Einnahmen von 16,046.800, Ausgaben von 18,266.800 Schilling gegenüberstehen. Der größte Betrag mußte wie immer für die Verbrauchsmaterialien, darunter für Waschmittel sowie für Brennstoffe mit 3,2 Millionen bereitgestellt werden. Bauliche Veränderungen sind ständig erforderlich. Im kommenden Jahr wird für die Errichtung eines Hallenneubaues mit 1,3 Millionen Schilling vorgesorgt und Maschinen verschiedenster Art werden mit einem Betrag von 800.000 Schilling angeschafft.

Diese notwendigen Investitionen sind umso mehr verständlich, weil die Zentralwäscherei eine stets steigende Waschleistung aufweist. Betrug die Leistung bis Oktober 1956 4,160.800 kg, monatlich 16.000 kg, so wurde diese bis Oktober 1957 auf 4,510.816 kg, das sind monatlich 451.000 kg gesteigert.

Sämtliche 34 maschinell eingerichtete Wohnhauswäschereien stehen in Betrieb. Bis Oktober 1957 wurden die Wohnhauswäschereien von 188.058 Wohnparteien benützt.

Besonders stark besucht werden die Wohnhausbadeanlagen. In den 74 durchschnittlich in Betrieb gestandenen Wohnhausbadeanlagen wurden bis Oktober 1957 421.446 Besucher gezählt, das sind um 18.479 mehr als 1956.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Magistratsabteilung 48 ist als Betrieb organisiert und umfaßt die Stadtreinigung und den Fuhrpark.

Die Straßenpflege in unserem Stadtgebiet wird immer schwieriger. Das rasche Ansteigen des ruhenden und fließenden Verkehrs infolge der ständig zunehmenden Motorisierung beengt und behindert die Reinigung. Auf diesem Gebiete wird immer wieder laufend versucht durch Mechanisierung bessere Möglichkeiten zu schaffen, um die Straßen sauber zu halten.

Der Versuch des wechselseitigen Parkverbotes im begrenzten Gebiet des 1., 7. und 8. Bezirkes hat sich bewährt. Mit Ausnahme weniger haben sich im allgemeinen die Fahrzeuglenker an dieses Verbot gehalten.

Über die allgemeine Straßenreinigung kann gesagt werden, daß durch das wechselseitige Parkverbot ein wirklicher Erfolg zu verzeichnen ist, da die selbstaufnehmenden Kehrmaschinen dadurch in der Lage sind, bei Nacht jeweils eine Straßenseite in diesem Gebiete einwandfrei zu reinigen.

Aus der Praxis der winterlichen Straßenreinigung im Zusammenhang mit dem wechselseitigen Parkverbot kann leider kein Bericht gebracht werden, da der vergangene Winter glücklicherweise sehr mild und ohne besonderen Schneefall war.

Es zeigt sich jedoch immer mehr, daß die Straßenreinigung ihre Haupttätigkeit in die Nachtstunden verlegen muß. Dies bedeutet selbstverständlich nicht nur Schwierigkeiten beim Personaleinsatz, sondern auch höhere Ausgaben, wie auch die Budgetziffern zeigen: 79,249.500 Schilling sind die Einnahmen und 192,214.000 Schilling die Ausgaben der Stadtreinigung und des städtischen Fuhrparks. Das ergibt einen Gebärungsabgang von fast 113 Millionen Schilling.

Von besonderer Bedeutung ist der Ansatz von 600.000 Schilling für Instandhaltung und Beschaffung von Straßentafeln. Infolge der Schaffung von neuen Verkehrsflächen ergibt sich ein erhöhter Bedarf bei der Anschaffung von Straßentafeln.

Im Voranschlag 1958 ist es mir gelungen, zum erstenmal einen Betrag von 100.000 Schilling vorzusehen, für Versuche in Alleenstraßen beleuchtete Straßentafeln anzubringen.

Die größte Budgetpost nehmen selbstverständlich die Beförderungskosten ein. Für den Betrieb der Kehrmaschinen, für die Straßenkehrrichtabfuhr, für den Winter- und Sommerdienst der Straßenreinigung, als auch für die Hauskehrrichtabfuhr durch den städtischen Fuhrpark werden 28,465.000 Schilling erforderlich sein.

Neue Geräte und Maschinen für die Straßenpflege, 12.000 Coloniagefäße zu 90 Liter und 6.000 zu 35 Liter werden angeschafft und für die Erneuerung und Modernisierung des Fuhrparkes, sowohl für die Straßenreinigung, als auch für die Müllabfuhr werden Fahrzeuge angekauft. Für diese Inventaranschaffungen sind beabsichtigt 11,30.000 Schilling aufzuwenden.

Die Magistratsabteilung 48 wird auch heuer wieder einen Winterbereitschaftsdienst in den drei Großgaragen einführen, um auch gegen einen plötzlich eintretenden Schneefall gewappnet zu sein. Alle technischen und organisatorischen Maßnahmen, beziehungsweise Vorbereitungen, alle Anschaffungen von Maschinen und Geräten können immer nur Hilfsmittel für die Straßenpflege sein.

Der Berichterstatter dankt abschließend allen Arbeitern und Angestellten, allen Abteilungsleitern und leitenden Beamten der Verwaltungsgruppe VIII für ihre treue Pflichterfüllung.

Die Debatte über das 8. Hauptstück

GR. Maller (VO) kritisiert in seinem Debattebeitrag die mangelnden Vorrichtungen in der Umgebung der Müllablagerungsstätten zum Schutz der Bevölkerung gegen Geruchsbelästigung und regt an, man möge gegen diesen Übelstand etwas unternehmen. Er spricht sich auch für eine bessere Ausstattung des städtischen Fuhrparkes mit Straßenreinigungsmaschinen aus. Auch die klaglose Schneesäuberung erfordere zeitgerechte Vorkehrungen seitens der zuständigen Stellen. Zum Kapitel Wasserversorgung meint er, daß in gewissen Zeitabständen die Chlorbeimengungen in das Wiener Trinkwasser empfindlich zu spüren sind und verlangt die Einschränkung der Chlorierung des Wassers. Er bringt ferner einige durch eigene Beschluß- und Resolutionsanträge unterstützte Anregungen. So beantragt er die Errichtung eines Kinderplanschbeckens im Esterházypark, die Erweiterung des Volks-

bades auf dem Reithofferplatz in Rudolfsheim-Fünfhaus, die Vergrößerung des Kinderfreibades auf dem Franz Josefs-Kai sowie die Errichtung eines Hallenschwimmbades im 21. Bezirk.

Er verweist auf den Mangel an Bedürfnisanstalten und richtet an den Amtsführenden Stadtrat die Anfrage, ob etwas zum Schutz der Bewohner von Floridsdorf gegen die Gerüche des Leopoldauer Sammelkanals vorgesehen ist. Abschließend machte er noch darauf aufmerksam, daß die Anbringung der Straßentafeln in den Siedlungsgebieten sehr langsam vor sich gehe. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe VIII zustimmen wird.

GR. Walzer (ÖVP) verweist auf die Bedeutung der Leistungen der Geschäftsgruppe für Öffentliche Einrichtungen. Er begrüßt die Dotierung für Kanalbauten und spricht sich im Zusammenhang auch für den Ausbau von sanitären Anlagen aus, vor allem auf größeren Plätzen. Als ein unrühmliches Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte, erwähnte er die neue Bedürfnisanstalt, die beim **Umbau** des Urban Loritz-Platzes, also unmittelbar in der Nähe der Wiener Stadthalle, aufgestellt wurde. Es scheint ihm unwahrscheinlich, sagt der Redner, daß dieses Objekt aus finanziellen Gründen nicht unter das Straßenniveau verlegt werden konnte.

Die Wasserversorgung ist jedoch nach wie vor ein Sorgenkind. Er hoffe, daß die Vollendung des Speichers eine Erleichterung bringen werde. Der Redner gab auch seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Bevölkerung von Hadersdorf-Weidlingau in absehbarer Zeit mit einer einwandfreien Wasserversorgung rechnen könne.

Bei den Bädern begrüßt GR. Walzer den Weiterbau des Sommerbades auf dem Laaer Berg. Einige Wiener Bezirke haben leider noch immer kein Kinderfreibad. Es wäre wünschenswert hier Abhilfe zu schaffen.

Die Stadtreinigung wird wohl immer Anlaß zu Kritik geben. Die Straßenpflege in den Außenbezirken läßt allerdings wirklich zu wünschen übrig. Er hoffe, daß sich die Investitionen bei dieser Abteilung günstig auswirken werden.

Bürgermeister Jonas hat ja auch in einer Radiorede davon gesprochen, daß es vor allem auf die Organisation ankommt. Die Organisation muß eben so eingerichtet sein, daß sie allen Anforderungen entspricht. Der Redner stellt auch die Frage an den Referenten, welche Fahrzeuge für die Erneuerung des Fuhrparkes im kommenden Jahr angeschafft werden sollen.

Die Müllabfuhr entspricht nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit. Die Ablagerungsplätze liegen bereits im Stadtgebiet. Die Müllverbrennung ist nach Ansicht des Redners der einzige richtige Weg.

Abschließend dankt GR. Walzer allen Angestellten und Arbeitern dieser Geschäftsgruppe und erklärt die Zustimmung zu dem Voranschlag (Beifall bei der ÖVP).

GR. Wiedermann (SPÖ) bespricht ebenfalls die einzelnen Abteilungen der Gruppe VIII. Er hebt hervor, daß man bei den Wasserwerken imstande war, um ein Drittel mehr Wasser in den letzten Jahren nach Wien zu bringen. Dies entspricht dem Bau einer dritten Wasserleitung von der Kapazität der ersten Hochquellenleitung. Es wird jedoch weiter notwendig sein, zusätzlich Wassermengen zu beschaffen. Der Redner begrüßt daher die Vorarbeiten für den Bau einer neuen Wasserleitung. Eines sei jedoch klar, daß es sich bei der dritten Wasserleitung nicht mehr um Hochquellenwasser handeln kann.

Bei den Bädern verweist der Redner darauf, daß die Besuchergebühren nicht mehr den Aufwand für das Personal decken. Er freue sich, daß wieder ein Kinderfreibad im Voranschlag vorgesehen ist. Leider sind jedoch keine Mittel für das Bad in der Kuchelau bereitgestellt. Warum gibt es gerade hier immer wieder neue Schwierigkeiten?

Bei der Stadtreinigung scheinen immer wieder die gleichen Klagen auf. Man möge jedoch bedenken, daß das Ausmaß der Wiener Straßen 21 Millionen Quadratmeter beträgt. Niemand kann annehmen, daß die Reinigung dieser großen Fläche in kürzester Zeit erfolgen kann. Wie sehr die Stadtverwaltung bemüht ist, auf diesem Gebiet das Bestmögliche zu leisten, beweisen die aufgewendeten Summen für die Straßenreinigung. So werden 1957 18,5 Millionen Schilling ausgegeben. Der Redner tritt auch dafür ein, daß das wechselseitige Parken auf ganz Wien ausgedehnt wird.

Was die Müllverbrennung betrifft, so gibt es auf diesem Gebiet nicht allzuvieler Erfahrungen. Es sei daher besser noch zuzuwarten.

Zum Schluß gab der Redner die Zustimmung zu den Ansätzen des Voranschlages der Gruppe VIII.

Stadtrat Koci stellt zu den Wünschen des GR. Maller und auch des GR. Walzer fest, es sei auch ihm bekannt, daß noch etliche Kinderfreibäder mehr gebraucht werden. Leider fehlen aber die finanziellen Mittel, um jährlich mehr als ein Kinderfreibad zu errichten. Dort, wo der Bedarf am größten ist, wird jedoch immer zuerst für die Errichtung eines Kinderfreibades gesorgt. Dasselbe gelte für die Wünsche nach dem Bau von Hallenbädern. Er weiß, daß der Wunsch nach einem Hallenbad in Floridsdorf sehr groß ist. Augenblicklich sei Favoriten an der Reihe, doch könne er versprechen, er werde sich bemühen, auch die Floridsdorfer Wünsche zu erfüllen, sobald dies die finanziellen Mittel erlauben.

Zur Klage über die Geruchsbelästigung durch die Abwässer des Leopoldauer Sammlers ist zu sagen, daß eine Eindeckung leider wegen Explosionsgefahr nicht möglich ist und auch deswegen nicht, weil es den Kanalarbeitern unmöglich wäre, einen solchen geschlossenen Kanal zu räumen. Der ganze Akt wurde jedoch an die Direktion des Gaswerkes, das seine Abwässer in den Kanal einmündet, abgetreten. Es wurde bereits ein Plan erstellt, der Abhilfe schaffen könnte, doch müssen für seine Verwirklichung erst die finanziellen Mittel aufgebracht werden. Die Schwierigkeiten in der Durchführung der Straßenbezeichnungen haben gleichfalls finanzielle Ursachen.

GR. Walzer hat den Umbau der Bedürfnisanstalt auf dem Urban Loritz-Platz einer Kritik unterzogen. Sicher wäre es schöner, alle diese Anlagen unter die Erde zu verlegen, aber es ist ein Unterschied, ob man für eine Sache 160.000 Schilling aufwenden muß oder 800.000 Schilling, die für den unterirdischen Einbau notwendig gewesen wären. Außerdem liegt dort der Kanal zu hoch, so daß eigene Pumpenaggregate eingebaut hätten werden müssen. Verkehrsbehindernd wirkt die Bedürfnisanstalt auf dem Urban Loritz-Platz jedoch nicht.

Die Anträge des GR. Maller empfiehlt Stadtrat Koci dem zuständigen Ausschuß zuzuweisen.

Stadtrat Koci bringt dann auf Wunsch von GR. Walzer eine umfangreiche Liste zur Verlesung, aus der die Zahl der für den Fuhrpark seiner Geschäftsgruppe bestellten Fahrzeuge hervorgeht. Auf die Frage der Schneereinigung zurückkommend, verweist er auf die Bemühungen sämtlicher Bediensteten. Sie stehen oft vor einer schwierigen Aufgabe, die noch dazu manchmal das Ausmaß einer Naturkatastrophe hat. Nicht nur in Wien, sagte er, sondern in der ganzen Welt ist vor allem die Schneeabfuhr ein großes Problem. Selbst bei Einsatz der größten Zahl von Fahrzeugen könnten die Schneemaschinen nicht so rasch weggeschafft werden, wie man es wünschen würde. In der letzten Zeit wurde in Wien die Zahl der zur Schneeaufnahme geeigneten Kanalschächte vergrößert.

Stadtrat Koci beantwortet dann die Anfragen wegen des Kanalbaues in der Pionierkaserne in Klosterneuburg, die staubfreie Müllabfuhr im 23. Bezirk und kommt dann noch einmal auf das Kapitel Wasserversorgung zu sprechen. Er erklärte, daß der gegenwärtige durchschnittliche Wasserverbrauch von 247 Liter pro Kopf und Tag noch keine besonderen Probleme aufwerfe. Die Sorge beginne erst dann, wenn im Sommer der Wasserverbrauch täglich und wochenlang auf 300 Liter und darüber steigt.

Zu den Ausführungen von GR. Walzer über die Laudon'sche Wasserleitung sagt der Referent, daß das Gesundheitsamt seinerzeit die Qualität dieses Wassers einwandfrei befunden habe; trotzdem hat sich aber jetzt die Stadtverwaltung, vor allem aus sanitären Gründen, zu einer gründlichen Instandsetzung dieser Wasserleitung entschlossen.

Ob eine dritte Wiener Wasserleitung gebaut werden kann, hängt nicht so sehr von der Bereitstellung der finanziellen Mittel ab, sondern davon, ob das Ministerium der Stadtverwaltung das Wasserrecht erteilen wird.

Was die von GR. Maller vorgebrachte Anregung zur Müllverbrennung betrifft, so habe sich die Stadtverwaltung schon seit längerer Zeit mit dieser Frage ernsthaft beschäftigt.

Zur Verwirklichung dieser Absichten wird es in absehbarer Zeit kommen müssen, schon aus dem Grunde, weil die Müllablagerungsmöglichkeiten in Wien immer geringer werden. Er versprach auch alles zu unternehmen, um die Bevölkerung von der Geruchsbelästigung der Ablagerungsstätten zu verschonen. Abschließend dankte er allen Diskussionsrednern für ihre sachliche Debatte und bat um die Genehmigung seiner Ansätze.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 8. Hauptstückes einstimmig angenommen. Die beiden Resolutionsanträge des GR. Maller wurden einstimmig dem zuständigen Ausschuß zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Präsident Marek unterbricht um 18.30 Uhr die Sitzung, die morgen, Donnerstag, um 9 Uhr, mit den Beratungen zum Kapitel IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, fortgesetzt wird.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KI. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 19. Dezember 1957

Blatt 2627

Wohnungstausch auch im Winter!

=====

19. Dezember (RK) Die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers, die soeben erschienen ist, beschäftigt sich in einem einleitenden Absatz mit der Frage, ob ein Wohnungstausch im Winter günstig ist. Erfahrungsgemäß bietet gerade die kalte Jahreszeit die beste Gelegenheit zur Auffindung einer Tauschwohnung.

Der Tauschanzeiger enthält auf 28 Seiten wie immer Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken, ferner in Spezialrubriken Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Angebote aus den Bundesländern. Eine Einschaltung für die nächste Nummer, die am 4. Februar erscheint, kann bis spätestens 23. Jänner im Tauschreferat, 1, Rathausstraße 2, vorgenommen werden.

Der Tauschanzeiger ist in den Wiener Trafiken, in den Bezirksstellen des Wohnungsamtes und im Tauschreferat um 1.50 Schilling erhältlich.

- - -

Ab morgen wieder Durchfahrt durch die Webgasse

=====

19. Dezember (RK) Nach Beendigung der Straßenbauarbeiten wird morgen, Freitag, im 6. Bezirk die Webgasse zwischen Mariahilfer Straße und Gumpendorfer Straße wieder für die Durchfahrt freigegeben.

- - -

Wiener Landesregierung bewilligte neue Förderungsbeiträge
=====Theaterhilfe aus den Mitteln der Vergnügungssteuer

19. Dezember (RK) Je 100.000 Schilling erhalten noch im Dezember die drei Wiener Großbühnen, das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater und das Raimundtheater als weitere Subvention aus den Mitteln der Vergnügungssteuer. Die Wiener Landesregierung bewilligte heute auf Antrag von Stadtrat Mandl diese 300.000 Schilling. Ein gleich großer Betrag aus den Mitteln der Vergnügungssteuer ist diesen drei Bühnen bereits im August dieses Jahres ausbezahlt worden. Darüber hinaus erhält bekanntlich jedes dieser drei Theater einen monatlichen Förderungsbeitrag von 60.000 Schilling.

Volkstheater in den Außenbezirken

Wie Stadtrat Mandl in der heutigen Sitzung der Wiener Landesregierung weiter mitteilte, setzt das Volkstheater seine Tätigkeit in den Wiener Außenbezirken auch in der Theatersaison 1957/58 fort. Es wird an 17 Stellen außerhalb des Gürtels und des Donaukanals, zu denen fallweise auch noch Vorstellungen im Franz Domes-Lehrlingsheim kommen, gespielt. Folgende Stücke sind geplant: Heinrich von Kleist "Amphitryon", Tennessee Williams "Glasmenagerie", Bruno Frank "Sturm im Wasserglas", Gotthold E. Lessing "Emilia Galotti", Augustin Moreto "Donna Diana", Franz Grillparzer "Medea", Arthur Schnitzler "Liebelei", Henrik Ibsen "Nora", George B. Shaw "Die Häuser des Herrn Sartorius", John B. Priestley "Die Conways und die Zeit", Edmund Morris "Die hölzerne Schüssel", Ludwig Anzengruber "Um'kehrte G'freit" und Wilhelm Lichtenberg "Sträfling 501".

Die Vorstellungen des Volkstheaters haben bei der Bevölkerung der Außenbezirke großen Anklang gefunden. Die Eintrittspreise liegen zwischen 4 und 8 Schilling. Es gibt auch Abonnements. Natürlich ist bei diesen billigen Eintrittspreisen das finanzielle Ergebnis nicht kostendeckend. Das Volkstheater ist deshalb an die Gemeinde Wien und an die Arbeiterkammer um Zuschüsse herangetreten. Stadtrat Mandl beantragte, daß dieser Bitte entsprochen wird, worauf die Wiener Landesregierung einen Förderungs-

beitrag von 200.000 Schilling bewilligte.

Subvention für Länderbühne und Volksliedwerk

Außerdem genehmigte die Wiener Landesregierung 4.000 Schilling für die Österreichische Länderbühne, die unter anderem für die Zöglinge der Erziehungsanstalt Eggenburg spielt und im kommenden Jahr Molières "Der eingebildete Kranke" und Goldonis "Diener zweier Herren" aufführen wird.

Das Österreichische Volksliedwerk, das sich vor allem mit der Sammlung von Volksliedern und der Volksmusik beschäftigt, erhält 3.000 Schilling.

- - -

Diplomfeier im Krankenhaus Lainz
=====

19. Dezember (RK) Gestern abend fand im Krankenhaus Lainz die Diplomierungsfeier für 40 junge Schwesternschülerinnen statt. Bei der Feier waren Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Riemer anwesend.

Nach der Begrüßung durch den Direktor, Dozent Dr. Schneiderbauer, verwies Stadtrat Riemer in seiner Ansprache auf die Bemühungen der Stadtverwaltung, die materiellen Verhältnisse der Schülerinnen aber auch der diplomierten Schwestern zu verbessern.

Vizebürgermeister Weinberger überreichte den jungen Mädchen die Diplome. Mit besonderer Genugtuung vermerkte er, daß 22 von ihnen die Prüfung mit Auszeichnung und fast alle übrigen mit gutem Erfolg ablegen konnten. Der Vizebürgermeister verwies auch im Hinblick auf die nahen Weihnachtsfeiertage auf die symbolische Bedeutung des Christfestes für die Schwestern, die ihren Beruf nur dann wirklich erfüllen können, wenn sie die Weihnachtsbotschaft von der Liebe verwirklichen helfen.

- - -

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 23. Dezember bis 12. Jänner

19. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 23. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Orchesterkonzert; n.ö. Tonkünstler- orchester, Sängerknaben vom Wiener- wald, Traude Skladal (Sopran), Diri- gent Karl Etti (Weihnachtsmusik von Corelli, Mozart, Reger, Nicolai, Humperdinck, Keldorfer, Marx, Vier- dank)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Wiederholung des 2. Konzertes im Zyklus IV der KHG; Wr. Symphoniker, Wr. Singakademie, Dirigent Iorin Maazel (Haydn: "Die Jahreszeiten")
Mittwoch 25. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Liederabend Irmgard Seefried, am Flügel Erik Werba (Weihnachtslieder von Wolf, Schubert, Reger, Kienzl, Marx, Hindemith, Cornelius)
Freitag 27. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Konzertvereinigung blinder Künstler: Solistenkonzert
Samstag 28. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert; n.ö. Tonkünstler- orchester, Walter Groppenberger (Kla- vier), Dirigent Hans Swarowsky (Wald- stein: Ouverture d-moll; Mozart: Klavierkonzert; Brahms: 2. Symphonie)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Klavierabend Jörg Demus (Berg, Reger, Janacek, Ravel, Schmidt, Debussy)
Sonntag 29. Dez.	Kammersaal (MV) 16.00	Weihnachtskonzert blinder Künstler
	Gr.K.H.Saal 16.00	Konzert der Deutschmeisterkapelle, Dirigent Julius Hermann
	Gr.K.H.Saal 19.30	Konzert der Deutschmeiderkapelle, Dirigent Julius Hermann
	Schubertsaal (KH) 19.00	Bachgemeinde Wien: Weihnachtliche Hausmusik
Dienstag 31. Dez.	Gr.M.V.Saal 20.00	Wiener Philharmoniker: Silvesterkonzert, Dirigent Willy Bos- kowsky (Johann und Josef Strauß)
	Rathausplatz 18.00	Kulturamt der Stadt Wien: Silvester-Turmblasen des Trompeter- chores der Stadt Wien, Leitung Josef Hadraba

Mittwoch 1. Jän.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert, Dirigent Willy Bos- kowsky (Johann und Josef Strauß)
Donnerstag 2. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreich: Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Dirigent Joseph Krips
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Musikvereins-Quartett, 2. Abend (Beethoven, Mendelssohn, Pfitzner)
Freitag 3. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Dirigent Joseph Krips
	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Musikvereins-Quartett, 2. Abend (Wiederholung vom 2. Jänner)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Boccherini-Quintett (Boccherini: Quintette op.18/6 und op.13/3; Schubert: Quintett op. 163)
Samstag 4. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie"; Wr. Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Joseph Krips (Brahms: 3. Symphonie; Martin: Violinkonzert; R. Strauss: Till Eulenspiegel)
Sonntag 5. Jän.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.O. Tonkünstlerorchester: Orchesterkonzert; Gustav Swoboda (Violine), Dirigent Dr. Gustav Kos- lik (Mendelssohn: Schottische Sym- phonie; Mozart: Violinkonzert A-dur; Tschaiakowsky: 4. Symphonie)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie"; Dirigent Joseph Krips
	Radio Wien Gr. Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Radio Wien: Chor-Orchesterkonzert; Gr. Wr. Rund- funkorchester, Chor von Radio Wien, Friederike Sailer (Sopran), Otto Wiener (Baß), Dirigent Miltiades Caridis (Reutter: "Der große Kalen- der", Oratorium)
Montag 6. Jän.	Gr.L.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Wiederholung des 3. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Dirigent Joseph Krips

Montag 6. Jän.	Gr.K.H.Saal 19.30	Österreichischer Sängerbund: Neujahrskonzert
	Mozartsaal (KH) 19.30	Bachgemeinde Wien: Konzert
Dienstag 7. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Kulturamt - Theater der Jugend: Orchesterkonzert für Berufsschüler; Wr. Symphoniker, Kari Nurmela (Bari- ton), Edwin Werner (Violine), Diri- gent Hans Swarowsky (Mozart, Rossini, Bizet, Mendelsssohn, Tschaikowsky, Rimsky-Korssakow)
	Gr.K.H.Saal 18.00	Musikalische Jugend Österreichs: Jazzkonzert "Modern Jazz Quartett"
	Gr.K.H.Saal 20.30	Musikalische Jugend Österreichs: Jazzkonzert "Modern Jazz Quartett"
Mittwoch 8. Jän.	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Eugen Liszt (Bach, Schubert, Brahms, Ravel)
	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
Donnerstag 9. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Violinabend Vasa Prihoda, am Flügel Michael Karin (Bach, Paganini, Sme- tana, Prikofieff, C.Franck)
	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
	Gr.K.H.Saal 19.30	3. Konzert im Zyklus V Wr. Sympho- niker, Jacques Klein (Klavier), Jazz- orchester Fatty George, Dirigent Hans Swarowsky (Berger: Symphonique Chronique; Fortner: Mouvements für Klavier und Orchester; Krenek: Sym- phonie "Pallas Athene"; Henze: Bal- lett-Suite "Maratona")
Freitag 10. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Philharmonia Hungarica: Balint Vazsonyi (Klavier), Dirigent Volkmar Andreae (Bach: Symphonie B- dur; Beethoven: Klavierkonzert C-dur und 7. Symphonie A-dur)
Samstag 11. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des a.o. Konzertes der GdM "Festival-Strings Luzern"
	Kammersaal (MV) 19.30	Kompositionsabend Joseph Laska
Sonntag 12. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: a.o. Konzert "Festival-Strings Luzern"; Wolfgang Schneiderhan und Rudolf Baumgartner (Violine), Diri- gent Wolfgang Schneiderhan (Vivaldi, Bach, Purcell, Hindemith)

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

19. Dezember (RK) Heute um 9 Uhr hat der Wiener Gemeinderat unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas die Beratungen über den Vorschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958 mit den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen fortgesetzt.

Der Berichterstatter, Stadtrat Glaserer, geht von dem im Dezember 1956 vom Nationalrat beschlossenen Neuvermietungsgesetz aus, das die Tätigkeit des Wohnungsamtes im ablaufenden Jahr kennzeichnet. Alle Wohnungssuchenden mußten neu vorgemerkt werden. Bis 30. November dieses Jahres sind auf Grund dieses Gesetzes nicht weniger als 58.439 Anträge auf Vormerkung gestellt worden. Hievon wurden 36.052 vorgemerkt, 14.304 Anträge mußten, weil die gesetzlichen Bedingungen dafür nicht gegeben waren, abgelehnt werden, 8.083 sind noch in Bearbeitung. Da zusätzliches Personal kaum zur Verfügung stand, bedeutete dies eine ganz große Belastung, vor allem für die Bezirksstellen des Wohnungsamtes.

Im Jänner allein wurden mehr als 20.000 Anträge eingebracht. Daß es trotz dieses gewaltigen Ansturmes an den Parteientagen nicht zu größeren Zwischenfällen kam, stellt den Bediensteten der Bezirksstellen das beste Zeugnis aus. Der Akteneinlauf stieg gegenüber dem Vorjahr um 87 Prozent und der Auslauf um 51 Prozent.

Wie hat sich nun dieses Neuvermietungsgesetz ausgewirkt? Bis Ende November sind von den Hauseigentümern 7.358 Leermeldungen eingebracht worden, bedeutend weniger als in den vorangegangenen Jahren. Bemerkenswert ist, daß zu Beginn des Jahres solche Anzeigen nur sehr zögernd eingelangt sind. Erst eine größere Anzahl von Strafanträgen, die an die hierfür zuständigen Magistratischen Bezirksämter gestellt wurden, verbesserte diesen Zustand.

Das Gesetz schreibt den Gemeinde zwingend vor, jeden Wohnungsbedürftigen in Vormerkung zu nehmen. Aus diesem gesetzlichen Recht auf Vormerkung leitet der Wohnungssuchende auch das Recht ab, von der vormerkenden Stelle, also von der Gemeinde, eine Wohnung zugewiesen zu bekommen. Das ist eine schwere Belastung aller Gemeinden, die solche Vormerkungen vorzunehmen haben, also Gemein-

den mit mehr als 3.000 Einwohnern, ganz besonders aber für Wien.

Wohnungsablösen werden kleiner

Das Gesetz hat aber auch positive Seiten. Es zwingt die Hauseigentümer, bzw. deren Verwalter, die Bewerber für die freigewordenen Wohnungen nur aus dem Kreis der Vorgemerkten zu nehmen, schränkt also den in Frage kommenden Personenkreis wesentlich ein. Außerdem muß die Vermietung innerhalb von drei Wochen nach Freiverden der Wohnung erfolgen.

Beide Bestimmungen, der eingeschränkte Personenkreis und die dreiwöchige Vermietungsfrist haben zur Folge gehabt, daß die geforderten Ablösesummen doch eine, wenn auch nur leichtsinkende Tendenz aufweisen.

Das endgültige Ergebnis der Vormerkungen kann natürlich heute noch nicht vorliegen. Sicher aber werden wir Ende des Jahres mehr als 10.000 sehr dringende Fälle unter den zu erwartenden rund 45.000 Vormerkungen haben. Ein verhältnismäßig kleiner Teil davon echte Wohnungsnot - ein großer Teil Wohnungselend.

In diesem Zusammenhang halte ich es auch für notwendig, erörtert der Berichterstatter die Frage, ob es eine echte Wohnungsnot gibt und warum es eine solche gibt. Er verweist auf eine in der Regel kaum beachtete Tatsache, nämlich auf die Wanderbewegung Bundesländer - Wien, dieses für die Stadt Wien so wichtige Problem der Zu- und Abwanderung.

Vom Jänner bis einschließlich November sind nicht weniger als 77.683 Personen aus den Bundesländern nach Wien zugezogen. In gleichen Zeitraum sind 62.303 Personen von Wien abgewandert - es sind also um mehr als 15.000 mehr nach Wien gekommen, als abwanderten. Dabei ist 1957 ein schwaches Wanderjahr. In den drei vorhergegangenen Jahren, 1954, 1955 und 1956, betrug der Überschuß aus Zu- und Abwanderung 65.636 Personen.

Unsere Stadt braucht diesen Zuzug. Man darf nur nicht übersehen, daß hier eine Hauptursache unserer echten Wohnungsnot liegt und eine der Ursachen, warum Elendsquartiere immer wieder bezogen werden. Wobei Wohnungselend - wenn man von der Kellerwohnung absieht - ein Begriff ist, der nicht ganz leicht zu definieren ist.

Die typischen Wiener Mietzinswohnungen seien charakteristisch für unsere Stadt. Diese waren schon bei ihrem Entstehen nicht als entsprechend, eher als schlecht zu bezeichnen. Mit zunehmendem Alter werden sie natürlich immer schlechter. Je mehr nun gesunder und moderner Wohnraum in unserer Stadt entsteht, umso mehr müssen diese typischen Mietzinswohnungen den Stempel von Elendsquartieren erhalten.

Der Berichterstatter verweist auch noch auf eine Folge dieser Wanderbewegung: In der innegehabten Wohnung bleibt oft nur eine Person zurück; also eine weitere Vermehrung der großen Zahl von unterbelegten Wohnungen.

Daraus ergibt sich auch, daß alle Berechnungen über den durchschnittlichen Wohnungsbelag zwar rechnerisch stimmen, aber kein richtiges Bild ergeben. Der Belag ist, durch viele Umstände bedingt, ja nicht annähernd gleichmäßig verteilt.

Kraß unterbelegte Wohnungen stehen ebenso viele überbelegte gegenüber.

In Gemeindeneubauten, die erstmalig bezogen wurden, in Zwischenkriegsbauten, sowie in Althäusern der Stadt Wien wurden bis Ende November 8.253 Wohnungen vergeben. In diesen wurden 660 Familien aus einsturzgefährdeten Wohnungen, 1.095 obdachlose Familien, die in den städtischen Herbergen oder in sonstigen Notunterkünften untergebracht waren, sowie 898 vor der Delogierung stehende Familien untergebracht. Dazu kamen noch 1.369 Mieter von Objekten, die für geplante Bauvorhaben der Gemeinde Wien oder anderer Körperschaften freigemacht werden mußten und 97 Tbc-Fälle. Insgesamt: 4.119 Fälle, die als sehr dringende Fälle bezeichnet werden müssen.

2.653 Familien wurden aus gesundheitsschädlichen und überbelegten Wohnungen herausgenommen. Dazu kamen noch 1.481 Fälle, die wohl nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprachen und daher nicht vorgemerkt werden konnten. Wir haben uns aber dennoch bemüht, da soziale Notstände bestanden oder schwere Erkrankungen nachgewiesen werden konnten, zu helfen. Darunter waren auch viele alte Hausbesorgerehepaare.

Stadtrat Glaserer beschäftigte sich dann mit dem Problem der Unterbringung der alten und bresthaften Hauswarte in den Privathäusern. Er erinnert daran, daß auch Gemeinderätin Hiltl

als Debatterednerin vor einem Jahr die Hauseigentümer gebeten hatte, in den eigenen Häusern den altgewordenen und immer noch pflichttreuen Hausbesorgern zu helfen. Leider hat aber auch dieser Appell nur geringen Widerhall gefunden.

In diese Wohnungen wurden eingewiesen: 730 Bundesangestellte, 726 Gemeindeangestellte, 1.128 Pensionisten und Rentner, 4.288 Arbeiter in der Privatwirtschaft, 974 Angestellte der Privatwirtschaft und 407 freie und selbständige Berufe. Das ergibt zusammen 8.253 Familien.

Die Magistratsabteilung 52 verwaltet derzeit über 1.500 Gebäude mit rund 125.000 Mietobjekten, Allein durch den städtischen Wohnhausbau sind heuer 4.328 Mietobjekte neu dazugekommen. Darunter ist auch das Wohnhochhaus am Matzleinsdorfer Platz, das 110 modern ausgestattete Wohnungen umfaßt, die den Anforderungen neuzeitlicher Wohntechnik und Wohnkultur entsprechen. Es ist selbstverständlich, daß für diesen Bau die Mietzinsbildung anders als in den sozialen Wohnhausbauten erfolgen mußte. Trotzdem wurde auch hier ein Mietzins errechnet, der nicht gewinnbringend, sondern nur voll kostendeckend ist, allerdings ohne Abschreibung des Bauaufwandes. Es haben sich um achtmal mehr Leute für das Hochhaus beworben als dieses Wohnungen hat.

In diesen Tagen werden auch die ersten Wohnungen, die die Gemeinde Wien aus den Fondsmitteln des Wohnbauförderungsgesetzes errichtet, das im Jahre 1954 im Nationalrat beschlossen wurde, übergeben werden. In diesen Bauten wird ein Mietzins eingehoben werden, wie er bei den Genossenschaftsbauten üblich ist. Bei der Besiedlung dieser Wohnungen wird es möglich sein, bei Einweisungen etwas großzügiger vorzugehen und nicht streng nach der Kopffzahl zu rechnen. Es soll damit vor allem versucht werden, den akademischen Berufen zu helfen, denen ein zusätzlicher Arbeitsraum zuerkannt werden muß und denen zumeist auch die Bezahlung eines höheren Mietzinses zugemutet werden kann.

In Verwaltung der Magistratsabteilung 52 stehen auch die Waschküchen der städtischen Wohnhausanlagen. Seit dem Jahre 1952 wird bei allen Neubauten die Kleinwaschküche maschinell ausgestattet. Im Laufe des heurigen Jahres wurde nun damit begonnen, die übrigen Waschküchen nachträglich maschinell einzurichten.

Es wurden versuchsweise verschiedene Typen aufgestellt und die Hausfrauen sollen selbst urteilen, welcher Typ zu bevorzugen ist. Die dadurch gesammelten Erfahrungen sollen für die künftige maschinelle Ausstattung der Waschküchen maßgebend sein. Es wurden für diesen Zweck 5 Millionen Schilling ins Budget eingesetzt. Sorgen bereiten die vor dreißig Jahren errichteten Zentralwaschküchen, die heute schon vielfach unmodern sind und nicht die billigste Art des Wäschewaschens darstellen. Die eingehobenen Waschgebühren decken nicht mehr die Kosten der Instandhaltung und des Betriebes. An der Lösung dieses Problems wird jedoch gearbeitet.

Die Stadt Wien besitzt auch ungefähr 700 Althäuser, die durch ihre verschiedenartige bauliche Gestaltung die Verwaltung oft vor schwierigere Aufgaben stellen, als die Neubauten. Mit einer Verminderung der Zahl der städtischen Althäuser ist in den nächsten Jahren nicht zu rechnen, ja es ist sogar wahrscheinlich, daß die Zahl solcher Althäuser vorübergehend noch steigen wird, da die Stadt Wien laufend Althäuser von Privaten für Zwecke der Assanierung ankauft.

Im Voranschlag erscheint der Abgang bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung größer, als in den Vorjahren, obwohl der Nachholbedarf an den Zwischenkriegsbauten im großen und ganzen heuer abgeschlossen wurde. Ursache dieses größeren Abganges ist, daß für 1958 kein außerordentliches Budget erstellt wurde. Die bisher im außerordentlichen Budget untergebrachten Posten, betreffend den Wohnhaus-Wiederaufbau, sind nun in den Voranschlag der Magistratsabteilung 52 eingebaut worden.

Durch die Schaffung des Wohnbauflrderungsgesetzes entstanden auch der Siedlungsgruppe zusätzliche Aufgaben, da fast alle gemeinnützigen Genossenschaften sowie eine große Anzahl von Privaten, das Baurecht auf gemeindeeigenen Grundflächen anstreben. Für diese Zwecke wurden heuer 74.000 Quadratmeter Baugrund zur Verfügung gestellt.

6 Millionen Quadratmeter Grund für Kleingärtner

Trotz Freimachung namhafter Flächen für Zwecke des städtischen und genossenschaftlichen Wohnbauprogramms stellt die Stadt Wien für Kleingartenzwecke heute 6,031.000 Quadratmeter zur Verfügung. Das sind im Vergleich zum Vorjahr um 36.000 Quadratmeter mehr.

Beim Ernteland ist ein leichter Rückgang von 1,3 auf 1,1 Millionen Quadratmeter eingetreten. Sowohl auf dem Gebiete des Kleingarten- als auch Erntelandwesens stellt die Freimachung von Flächen für Zwecke des Wohnungsbaues eine nur unter den schwierigsten Bedingungen und Verhältnissen abzuwickelnde Tätigkeit dar, die eine Umsomme Kleinarbeit in sich schließt. Auf dem Gebiete des Kleingartenwesens verdient weiters die Bearbeitung und Behandlung des Entwurfes zur Schaffung eines Kleingartengesetzes für Wien im Einvernehmen und in gegenseitiger Abstimmung mit dem bundesgesetzlichen Entwürfe beim Bundesministerium für soziale Verwaltung hervorgehoben zu werden.

Zur Fertigstellung von im Bau steckengebliebenen Siedlungshäusern sowie für Gemeinschaftsarbeiten für Siedler und Kleingärtner stehen auch heuer wieder 600.000 Schilling im Budget. Diese werden zu gleichen Teilen auf Siedler und Kleingärtner aufgestellt.

Die Amtshäuserverwaltung verwaltet derzeit 118 Objekte, davon 111 in Wien.

NS-Möbel-Problem in der Endphase

Eine schwere und undankbare Aufgabe obliegt der Magistratsabteilung 52 mit der Verwaltung der sogenannten NS-Möbel. Glücklicherweise ist man nun bei der Endphase dieses Problems angelangt. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist sind von 6.000 ursprünglichen Möbelbesitzern rund 4.000 Anträge auf Neubegründung des Eigentums eingebracht worden. Für bedürftige Möbelbenützer, die auf Grund des Amnestiegesetzes die Möbel zurückstellen müssen, werden unverzinsliche Darlehen bis zum Höchstbetrag von 15.000 Schilling und auf die Dauer von zehn Jahren zum Ankauf von Möbeln gewährt. Die Stadt Wien hat hier einen Betrag von 50 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Es ist zu hoffen, daß bis Ende März 1958 alle eingebrachten Anträge auf Neubegründung des Eigentums erledigt sein werden.

./.

Klar ist noch nicht, was mit nicht zurückgeforderten Möbeln geschehen soll. Es werden verschiedene Vorschläge in dieser Angelegenheit überprüft. Es wird aber sicher ein Weg gefunden werden, damit diese Möbel dem zu berücksichtigenden bedürftigen Personenkreis auf dauernd zugeführt werden können. Verschiedene Vorschläge werden noch überprüft. Erst wenn auch die zuletzt besprochenen Möbel dem zugedachten Personenkreis übergeben werden können, ist der Schlußpunkt in der Möbelliquidation gesetzt.

Stadtrat Glaserer dankt abschließend allen Mitgliedern seines Gemeinderatsausschusses für die gute und loyale Zusammenarbeit während des ganzen Jahres und auch allen Bediensteten seiner Geschäftsgruppe, die gerade in diesem Jahr weit mehr als ihre Pflicht getan haben.

Die Wohnungsdebatte

Als erster Debatteredner erklärte GR. Hausner (VO), die kommunistische Voraussage, daß das Wohnungsvermietungsgesetz für die Wohnungswirtschaft und für die Wohnungslosen verheerende Folgen haben werde, habe sich leider als vollkommen gerechtfertigt erwiesen. Alle Versprechungen, die man seinerzeit bei Beschlußfassung dieses Gesetzes gab, seien in nichts zerflossen. Die Wohnungsablösen seien nicht gesunken, dagegen habe sich die Zahl der privat vergebenen Wohnungen um ein Drittel vermindert, denn die Hausherren lassen die Wohnungen lieber leerstehen und warten, bis ein zahlungskräftiger Kunde komme. Daß das Wohnungsamt mit seinem Fünfvorschlag dem Hausherrn noch die Kunden liefern müsse, aus denen sich dieser die dickste Briefftasche aussuchen könne, stelle einen öffentlichen Skandal dar. Notwendig wäre es, den Gemeinden wieder das Recht der Anforderung von Wohnungen zurückzugeben.

Man sollte endlich dem Unfug Einhalt gebieten, daß zwar der übergroße Teil der Bombengeschädigten noch immer auf eine Wohnung warten muß, während die Generaldirektoren und andere Kreise, die durch den Krieg keinen Schaden erlitten haben, sich in der City unserer Stadt aus dem Geld der Steuerträger Großwohnungen errichten lassen, weil der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds den Wohnungseigentümern Geschenke mache. Baugenossenschaften erhalten keinen solchen Kredit ohne Verzinsung und auf 75 Jahre, im Genossenschaftsbau müssen vielmehr heute schon Mietzinse bis zu 6 und 7 S pro

Quadratmeter berechnet werden, was etwa einem Viertel des Monatseinkommens entspricht.

Der berüchtigte § 7 des Mietengesetzes sollte helfen, daß auch die Mieter in älteren Häusern wieder zu schöneren Wohnungen kommen. Tatsächlich werden aber, wie der Redner erklärte, am laufenden Band durch Abmachungen zwischen Hauseigentümer und ausführendem Geschäftsmann, der viel zu hohe Kostenvoranschläge einreicht, die Mieter ums Ohr gehauen, und sie werden zu Zinsen verpflichtet, die in keinem Verhältnis zu dem Komfort in diesen alten Häusern stehen.

Die Mehrheit der Wiener Bevölkerung sind Mieter, sagte GR. Hausner, und wir wären schlechte Vertreter der Mieter, wenn wir zugunsten der Hausherren nachgeben würden. Der von der ÖVP geforderten Generalbereinigung des Mietenproblems zugunsten der Hausherren muß man den Plan einer Generalbereinigung vom Gesichtspunkt der Mieter gegenüberstellen. Der Redner forderte in diesem Sinne eine wesentliche Verstärkung des sozialen Wohnungsbaues durch größere Bundeszuschüsse, die Wiederherstellung des Wohnungsanforderungsrechtes und des Mieterschutzes für alle Mieter, eine gerechte Vergebung der verfügbaren Wohnungen unter öffentlicher Kontrolle, ein Räumungsschutzgesetz, das Verbot von Zinserhöhungen, die Schaffung eines zentralen Reparaturfonds und die Beseitigung des unsozialen § 7 des Mietengesetzes.

Dem Wohnungsamt, das die Aufgabe hätte, allen zu helfen, die in Not sind, werde immer wieder der Vorwurf der Parteiprotektion gemacht. Man sollte mehr Wert darauf legen, den Wünschen auf Wohnungswechsel nachzukommen und die Bombengeschädigten stärker berücksichtigen. Weiter müßte man trachten, das Obdachlosenheim in Mauerbach endlich in den Wiener Bereich zu verlegen. In den Zentralwaschküchen beklagen sich die Parteien darüber, daß sie die Beiträge auch dann zahlen müssen, wenn sie diese Einrichtung nicht benutzen. Einem Wunsch der Bevölkerung entsprechend sollte man am Karl Marx-Hof wieder eine Februargedenktafel anbringen.

Da die gesamte Wohnungspolitik nach wie vor nicht befriedigt, werde die kommunistische Fraktion den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe nicht die Zustimmung geben.

Als zweiter Debatteredner ergreift GR. Wohlmuth (ÖVP) das Wort. Er bezeichnet die Lösung der Wohnungsfrage als eine der vordringlichsten Aufgabe der Stadtverwaltung, die ohne Rücksicht auf politische Momente durchgeführt werden müßte. Die Bevölkerung habe gewiß Verständnis für die Wohnraummot, sie verlange aber zugleich die Gewähr dafür, daß nur wirkliche Notstandsfälle berücksichtigt werden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Frage von überbelegten Wohnungen, die in den einzelnen Bundesländern verschieden behandelt werde. Er bekennt sich zum Grundsatz, daß Wohnungswerber, die zur Errichtung von Wohnungen selbst beitragen können, dies tun sollen, und daß der soziale Wohnungsbau ausschließlich Bedürftigen zugute kommen soll. Unter Beifall seiner Fraktion stellt er fest, daß durch den Gedanken des Wohnungseigentums viele tausende Menschen zu Wohnungen gekommen sind.

Zu einem Zwischenruf über die Handhabung des Wiederaufbau-fonds verweist er auf die gestrige Erklärung des Bundesministers Dr. Bock im Parlament, in der festgestellt wurde, daß die Wohnhaus-Wiederaufbaukommission mit Ausnahme von vier Fällen alle Ansuchen positiv erledigt hat und dies auch mit der Zustimmung der Sozialisten (Heftige Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP - Der Vorsitzende ruft zur Ordnung).

Der Redner setzte sich dann mit der Auffassung auseinander, daß beim Wohnungseigentumsbau Geschenke verteilt werden. Er meint, es sei doch allgemein bekannt, daß die Wohnungswerber für die Grundstückskosten aufkommen und auch die Baudarlehen zurückzahlen müssen. In die Gemeindewohnungen werden dagegen auch Leute eingewiesen, die durchaus in der Lage wären, sich eine Wohnung kaufen zu können. Zu Bekräftigung dieser Behauptung zitiert er aus einer Zeitung einen anonymen Leserbrief, in dem es heißt, daß sich unter den motorisierten Mietern der Gemeindewohnungen auch Besitzer von Mercedes-Jagen befinden.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen bittet er den Stadtrat, sich besonders der in den Auhof eingewiesenen Obdachlosen anzunehmen und meint, man sollte bei Wohnungsvergebungen jene Familien berücksichtigen, die in diesem Lager schon längere Zeit

verbracht haben. In Einzelräume sollte man nicht zwei Personen einweisen und schon gar nicht junge Ehepaare, bei denen mit dem ersten Kind die Wohnungssorgen von Neuem beginnen. Wenn schon zwei Personen in einem Einzelraum der Type B 1 eingewiesen werden, dann sollten es ältere Ehepaare sein. Auch die Type D 6 sollte nicht ausschließlich nur an sechsköpfige Familien vergeben werden; er regt an, daß man auch schon Familien mit 5 Personen berücksichtigen sollte. Was die alten Hausbesorgerehepaare betrifft, die ihre Arbeit nicht mehr leisten können, empfiehlt er, sie mögen in städtische Wohnhaubauten, und zwar am besten in Anlagen für alte Menschen kommen.

Er verweist dann darauf, daß klein Gewerbetreibende nach Häuserabbrüchen nicht nur ihre Wohnungen, sondern vielfach auch ihre Existenz verlieren und spricht sich daher dafür aus, daß diese Leute bei der Wohnungsvergebung im sozialen Wohnungsbau entsprechend berücksichtigt werden. Abschließend stellt er fest, daß die Mehrheitspartei des Gemeinderates seit vier Jahrzehnten auf dem Wohnungssektor Politik betreibt. Heute lesen wir in ihrem Parteiprogramm, sagte er, daß die Wohnungsfrage ungelöst geblieben ist und daß sich diese Partei zum Wohnungseigentum bekennt.

Seine Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX zustimmen.

GR. Windisch (SPÖ) stellt fest, daß das Neuvermietungsgesetz keinen Ersatz für das abgelaufene Wohnungsanforderungsgesetz darstellt. Mit Hilfe des Wohnungsanforderungsgesetzes war es gelungen in zehn Jahren hunderttausend Wohnungen in Privathäusern zuzuweisen und die Mieter brauchten keine Ablöse zu zahlen. Seit dem Neuvermietungsgesetz konnten in einem Jahr nur tausend Wohnungen über das Wohnungsamt zugewiesen werden.

Unsere Sorge gilt jenen Menschen, so betonte der Redner, die nicht in der Lage sind für eine Wohnung zu bezahlen, aber auch ein Anrecht darauf haben, zu einem Heim zu kommen (Beifall bei der SPÖ).

GR. Wohlmuth hat an der Art der Zuweisung Kritik geübt ohne sich konkret zu äußern. Der Redner stellte die konkrete Frage, wer von den Zugewiesenen bevorzugt behandelt worden sein soll.

GR. Windisch kritisiert, daß die Hausbesitzer vielfach Wohnungen lange Zeit leerstehen lassen. Dies sei mit ein Grund dafür, daß viele Wohnungssuchende nicht untergebracht werden konnten.

Gemeinderätin Dr. Stürzer hat behauptet, daß die Erhaltung und Verwaltung der städtischen Wohnhäuser auf Kosten der Steuergelder geht. Dies sei nicht richtig. Für 1958 sind an Einnahmen aus Mietzinsen 72 Millionen vorgesehen, für Erhaltung und Verwaltung aber nur 57 Millionen im Voranschlag.

Besonders hebt der Redner hervor, daß die Gemeinde Wien seit den zwanziger Jahren mehr als 5 Millionen Quadratmeter Boden im Baurecht vergeben hat. Dies trug entscheidend dazu bei, daß in Wien soviel auf genossenschaftlichem Sektor gebaut werden konnte.

Es freue ihn auch, daß mit GR. Dr. Frutscher sich zum erstenmal ein ÖVP-Angehöriger für die Schaffung eines modernen Grund- und Bodenbeschaffungsgesetzes ausgesprochen hat.

Eine segensreiche Einrichtung ist die Modernisierung der städtischen Waschküchen. Bis Ende 1957 werden 351 Waschmaschinen aufgestellt sein und für 1958 sind die Mittel für 400 Maschinen vorgesehen. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß es sich um österreichische Erzeugnisse handelt.

Den Beamten des Wohnungsamtes wurde der Vorwurf gemacht, daß ihre Haltung gegenüber den Vorsprechenden nicht immer richtig sei. Er müsse feststellen, daß sich hier in diesem Jahr einiges geändert hat und sich im großen und ganzen die Beamten bemühen, möglichst freundlich und menschlich zu sein.

Unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen bemerkt der Redner zur Frage der Ausgebombten: Wenn alle die vielen tausende Wohnungen, die in den letzten Jahren mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds errichtet wurden, an Stelle im Wohnungseigentum an die Ausgebombten vergeben wären, dann gäbe es wahrscheinlich keine Ausgebombten mehr in Untermiete.

Der Redner begrüßt auch die Mitteilung von Stadtrat Thaller, daß die Durchschnittsgröße der Gemeindewohnungen von 49 auf 54 Quadratmeter erhöht wird. Aber eine größere Wohnung kostet natürlich auch mehr Miete. Es wird daher auch in Hinkunft notwendig sein, kleinere Wohnungen zu bauen, um alte Leute, Rentner usw. unterzubringen.

Zum Schluß bemerkt GR. Windisch, die Sozialisten seien sich immer bewußt gewesen, daß das ordentliche Wohnen einer der wichtigsten Faktoren im menschlichen Leben ist. Sie werden wie bisher dem Wohnungsproblem ihr besonderes Augenmerk zuwenden (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Thaller (SPÖ) erklärt, daß er zu den Behauptungen der ÖVP, die in der letzten Zeit immer wieder aufgestellt wurden, daß alle Beschlüsse in der Wiederaufbaukommission einstimmig gefaßt wurden, Stellung nehmen müsse. Selbstverständlich stimmen die Sozialisten überall dort dafür, wo ein Fall der Darlehensgewährung in Ordnung ist. Sie haben genau so wie die Volkspartei das Anliegen, daß die im Krieg zerstörten Häuser und Wohnungen wiederaufgebaut werden (Beifall bei der SPÖ). Wogegen sich die Sozialisten in dieser Kommission aber immer wieder wehren, das ist der Mißbrauch des Wohnhauswiederaufbaufonds, der von der Volkspartei systematisch geübt wird. "Es geht nicht darum", sagte Stadtrat Thaller zu den ÖVP-Gemeinderatsmitgliedern gewendet, "daß wir der Volkspartei um ihren Wohnhauswiederaufbaufonds neidig sind, wie es von dieser immer wieder behauptet wird. Es interessiert uns nicht, daß Sie darüber jubeln, daß Sie seit 1948 einen Fonds haben, in dem ein Minister Ihrer Partei tonangebend ist. Wenn der Fall in Ordnung geht, sind wir absolut dafür. Daß aber verschiedene Fälle nicht in Ordnung gehen, dagegen haben sich die sozialistischen Mitglieder in dieser Kommission gewendet. Leider werden wir in diesen Bestrebungen sehr oft überstimmt. Ganz und gar nicht der Verfassung entsprechend waren die Vorgänge während der letzten Sitzung dieser Kommission. Eine Beschlußfassung der Kommission ist bekanntlich nur möglich, wenn zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Insgesamt waren in der letzten Sitzung elf Mitglieder anwesend, davon vier Sozialisten. In dieser Sitzung konnten die Sozialisten fünf Anträgen nicht zustimmen. Da bei ihrer Anwesenheit diese fünf Anträge ohne ihre Stimmen beschlossen worden wären, wollten sie die Beschlußunfähigkeit der Kommission durch Verlassen der Sitzung herbeiführen.

Ungefähr eine Viertelstunde nach Verlassen der Sitzung hat der Vorsitzende, Sektionschef Ing. Kloss, wieder angerufen und mich gebeten, wieder zur Sitzung zu kommen, die Angelegenheit sei erledigt. Wir sind darauf zur Sitzung gegangen und haben noch einige Angelegenheit erledigt. Wie wir später gehört haben und wie aus dem Protokoll zu ersehen ist, hat der Herr Sektionschef nach Rückfrage bei Minister Dr. Bock während unserer Abwesenheit über diese fünf strittigen Anträge abstimmen lassen. (Hört-Hört-Rufe bei der SPÖ.) Natürlich sind die Anträge dann auf solche Art mit sieben Stimmen einstimmig angenommen worden. Ein derartiger Vorgang ist ganz ungehörig, und wir werden uns in der nächsten Sitzung gegen ein solches Vorgehen wehren. Eine solche verfassungswidrige Vorgangsweise halten wir Sozialisten für vollkommen unmöglich!" (Beifall bei der SPÖ.) (Zwischenruf Stadtrat Koci: Methode 1934.)

Stadtrat Thaller zeigt dann noch einzelne Fälle auf, in denen von den Sozialisten gegen die Gewährung von Fondsmitteln gestimmt wurde. So werden unter anderem in der Seilerstätte Nr. 10 Eigentumswohnungen gebaut werden, die zu einem großen Teil an Ausländer vergeben werden sollen. Es geht nicht an, erklärte der Stadtrat, daß man diesen Ausländern mit den billigsten Krediten, die es überhaupt gibt, Wohnungen baut. Gegen diese Dinge werden sich die Sozialisten immer wieder wehren (Beifall bei SPÖ und VO).

In seinem Schlußwort verweist Stadtrat Glaserer darauf, daß der sogenannte Fünfervorschlag des Wohnungsamtes, den Gemeinderat Hausner als "öffentlichen Skandal" bezeichnet habe, nur in den seltensten Fällen in Erscheinung tritt, nämlich nur dann, wenn der Hausbesitzer die Dreiwochenfrist nicht einhält. Aber gerade bei einem Fünfervorschlag hat der Hausherr keine Möglichkeit, vom Mieter etwas zu fordern.

Bei der Betrachtung der Wohnraumwirtschaft wird immer der Fehler begangen, vom gesamten Bestand der Stadt an Wohnungen auszugehen. Dem Wohnungsamt steht aber nur jener Bestand zur Verfügung, der gemeindeeigen ist, und darüber hinaus nichts. Gewiß ist jeder Neubau zu begrüßen, aber wenn noch so viele Wohnungen im Wohnungseigentum gebaut werden, so dienen sie nicht einmal zu einem Bruchteil dazu, den Wohnungsnotstand in unserer Stadt zu beseitigen.

Beim Wohnungseigentum kommen die Vormieter nur in äußerst spärlichem Ausmaß zum Zuge, denn in den allermeisten Fällen liegt eine Verzichtserklärung vor, weil der frühere Mieter nicht die Geldmittel aufbringen kann. Alle diese Fälle fallen dem Wohnungsamt der Stadt Wien auf den Kopf. Hingegen ist es selbstverständlich, daß in allen von der Gemeinde errichteten Gemeindebauten die Vormieter zum Zuge kommen (Beifall bei der SPÖ).

Die Gemeinde Wien stellt in jedem Jahr etwa 5.000 neue Wohnungen fertig. Dem steht aber ein durchschnittlicher Substanzverlust von jährlich etwa 2.500 Wohnungen gegenüber. So konnte das Wohnungsamt in diesem Jahr bisher an Einsturzfällen, an Räumungen, wegen Bauvorhaben und an Wohnungssperren wegen Gesundheitsschädlichkeit usw. 1.825 Fälle erledigen, während noch 1.530 weitere Fälle in Vormerkung stehen. Kinderreiche Familien genießen immer den Vorzug.

Eines hätte GR. Wohlmuth nicht tun dürfen: er hätte nicht sagen dürfen, daß die Sozialisten schon 40 Jahre Wohnungspolitik in dieser Stadt treiben und daß noch immer Wohnungsnot besteht. Immerhin wurden in dieser Stadt über 80.000 Wohnungen durch einen Krieg zerstört. Und was ist zwischen 1934 und 1938 geschehen? (Stadtrat Koci: Da hat man Familienasyle gebaut!) Damals hat man nur 900 Wohnungen im Jahr gebaut und meist nur das fertiggestellt, was bereits die Sozialisten begonnen hatten. Und was hat man damals für die Kleingewerbetreibenden getan? Pro Jahr elf Geschäftslokale gebaut! Wenn wir nicht so knapp an Wohnungen wären, müßte man sich fast die Frage vorlegen, ob es nicht besser wäre, das Wohnhaus in der Adalbert Stifter-Gasse, das die damaligen Machthaber gebaut haben, wegzureißen.

Dank der Sozialistischen Partei wohnen wir heute besser als früher. Wir Sozialisten sorgen nicht nur für uns selbst und die Gegenwart, sondern wir planen auch für die Zukunft. Es ist unser Ziel, daß die nach uns kommende Generation besser wohnen möge, als wir gezwungen sind zu wohnen (Beifall bei der SPÖ).

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IX. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Geschäftsgruppe X: Wirtschaftsangelegenheiten
=====

Die Beratungen über die Verwaltungsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten wurden durch ein Referat von Stadtrat Bauer (ÖVP) eingeleitet, der darauf hinwies, daß diese Geschäftsgruppe ein Spiegelbild der anhaltenden erfreulichen Entwicklung der Wirtschaft Österreichs zeige.

Das städtische Beschaffungssamt, welches den zentralen Einkauf für die zahlreichen städtischen Dienststellen besorgt, beliefert 4.060 Verbrauchsstellen. Das Amt ist in sieben Warengruppen gegliedert. In der Gruppe Lebensmittel wurden in den ersten zehn Monaten 1957 2,900.000 kg Lebensmittel eingekauft. Der Umsatz bei Textilien und Leder belief sich auf 15,249.000 S. In der Warengruppe Wirtschaftswaren, Eisen-, Chemie- und Elektrowaren konnte, wie der Stadtrat berichtete, in vielen Fällen günstiger eingekauft werden; auch ergab sich durch die Umsatzsteigerung die Möglichkeit, unmittelbar beim Erzeuger einzukaufen, wodurch günstigere Nettopreise erzielt werden konnten. Druckaufträge der Gemeinde wurden im Betrage von 3,6 Millionen Schilling vergeben, wobei an Gewerbebetriebe Aufträge um 2,6 Millionen ergingen. Für Büromaschinen wurden rund 2 Millionen Schilling aufgewendet.

Trotz Brennstoffmangels konnten die Verbrauchsstellen der Stadt Wien bisher mit festen und flüssigen Brennstoffen ausreichend beliefert werden. Die Versorgung mit Heizöl bereitet allerdings gewisse Schwierigkeiten. Für die Neuanschaffung von Einrichtungsgegenständen wurden rund 10 Millionen Schilling verausgabt, davon entfielen u.a. 1,8 Millionen auf die Krankenanstalten und 1,6 Millionen auf die Stadthalle. An Lehr- und Lernmitteln wurden für Lehrbücher, Klassenlesestoff, Schüler- und Lehrerbücherei, Instrumente und Apparate rund 4,5 Millionen, für die Neueinrichtung von Schulen rund 5,1 Millionen verausgabt.

Die städtische Bäckerei erzeugt aus eigenem Material Brot, Gebäck und Mehlspeisen für den Großteil der städtischen Wohlfahrtsanstalten. In den ersten 10 Monaten des Jahres wurden hier 618.598 kg Schwarzbrot, 402.094 kg Weißbrot, 235.020 kg Weißgebäck, 15.971 kg Schwarzgebäck und 43.399 kg Mehlspeisen hergestellt.

Das Liegenschaftsamt der Stadt Wien besorgt jene Obliegenheiten, die mit der Veräußerung von Liegenschaften und Liegenschaftsanteilen, mit der Festsetzung der Entschädigungen bei Abtrennung von Grundflächen in das öffentliche Gut sowie mit der Bestellung von Baurechten an städtischen Grundstücken und der Ausarbeitung der mit diesen Rechtsgeschäften verbundenen Verträge zusammenhängen. Was den Verkauf städtischer Grundstücke anlangt, so besteht, da sich immer wieder gezeigt hat, daß der Grundbesitz der Stadt Wien für ihre eigenen Erfordernisse nicht ausreicht, die verständliche Tendenz, Grundstücke nur in geringen Ausmaß und nur in besonderen Ausnahmefällen zu veräußern.

Dem Liegenschaftsamt obliegt auch unter anderem die Verwaltung der städtischen und der Stiftungsliegenschaften sowie der städtischen Gewerbeberechtigungen und die Evidenzhaltung des städtischen Grundbesitzes, der Abschluß von Bestandverträgen und die Erteilung von Benützungsbewilligungen.

Ferner werden vom Liegenschaftsamt auch weiterhin die Verhandlungen wegen Rückstellung von Liegenschaften, die in der Zeit von 1938 bis 1945 erworben worden waren, fortgeführt.

Zur Durchführung des städtischen Wohnbauprogrammes müssen die für die Verbauung in Anspruch zu nehmenden städtischen Grundstücke von den sie benützenden gewerblichen oder landwirtschaftlichen Bestandnehmern freigemacht werden. Die Verhandlungen sind ungemein schwierig.

Der städtische Grundbesitz umfaßt unter Berücksichtigung der im Berichtsjahr durch Kauf, Tausch, Erwerbung im Versteigerungswege erfolgten Veränderungen im Alleinbesitz in Wien 16.965,4282 Hektar, außerhalb Wiens 20.284,4903 Hektar, in Mitbesitz in Wien 665,0565 Hektar, außerhalb Wiens 44,8200 Hektar, durch die Vereinigte Wiener Fürsorgestiftung in Wien 24,2523 Hektar. 40 Prozent der Fläche Wiens sind somit im Eigenbesitz der Stadtverwaltung.

Die Zahl der Bestandnehmer der städtischen Grundstücke hat sich mit 8.400 gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert.

In Verwaltung der Magistratsabteilung 57 stehen derzeit 37 Gast- und Schankgewerbekonzessionen, von denen derzeit 7 im Nichtbetrieb sind. Die Pachtbetriebe erzielten im Jahre 1956 einen Gesamtumsatz von rund 23 Millionen Schilling, wovon der weitaus größte Teil auf die vier Großbetriebe Kursalon, Meierei Stadtpark, Cobenzl und Rathauskeller entfiel.

Die Pachtzinseinnahmen der Stadt betragen für alle verpachteten Betriebe in den Monaten Jänner bis September 1957 rund eine Million Schilling. Der Berichterstatter empfiehlt jene Betriebe abzustoßen, deren Pachtschilling in einem Einklang zum Verwaltungsaufwand steht.

Die rechtliche Angelegenheit des Ernährungswesens, des Veterinärwesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens werden von der Magistratsabteilung 58 wahrgenommen, in der in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 130 Verwaltungsstrafsachen behandelt wurden.

Die bei dieser Abteilung eingerichtete Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat auch im Jahre 1957 eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. In der laufenden Jagdperiode gibt es 42 Gemeindejagdgebiet mit zusammen 21662 Hektar.

Die Zahl der Fischereieigenreviere mit 2.184 Hektar und der sechs Fischereipachtreviere mit 152 Hektar hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert.

Die Zahl der zugelassenen Motorboote hat eine Steigerung auf 325 Boote erfahren.

Nach vielen mühevollen Vorarbeiten konnte im Berichtsjahr der Entwurf des Landwirtschaftskammergesetzes fertiggestellt werden, der am 28. Juni d.J. vom Landtag verabschiedet wurde. Immerhin werden noch einige Monate vergehen, bis die Landwirtschaftskammer nach Durchführung der vorgesehenen Wahl und Konstituierung ihre Arbeiten auch tatsächlich wird aufnehmen können.

Das Marktamt umfaßt derzeit 23 Dienststellen, das sind die Marktamtsdirektion und 19 Bezirksabteilungen sowie die Abteilungen Zentralviehmarkt, Großmarkthalle und Naschmarkt. Der Gesamtpersonalstand ist für das Jahr 1958 mit 310 Personen vorgesehen. In der Verwaltung des Marktamtes stehen 39 Marktobjekte.

Die in Aussicht genommenen Investitionen im Bereich der städtischen Marktverwaltung werden in erster Linie der Hebung der Verkehrssicherheit auf den Marktflächen, der Beseitigung der Zeitschäden an Gebäuden und Anlagen und ihrer Modernisierung und Umgestaltung dienen. Der Naschmarkt, aber auch der Zentralviehmarkt und die Großmarkthalle, erfordern erhebliche Instandhaltungsmittel, die ungeachtet mancher derzeit zur Erörterung stehender Pläne über die örtliche Verlegung solcher Märkte infolge der großen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Anlagen verausgabt werden müssen.

Im Wochendurchschnitt werden auf dem Zentralviehmarkt neben Kälbern und Pferden 1.600 Stück Rinder, 8.200 Stück Schweine, in der Großmarkthalle 740.000 Kilogramm Fleisch verkauft. Auf den Obst- und Gemüsemärkten werden 991.000 Kilogramm Obst, 1,160.000 Kilogramm Gemüse, 243.000 Kilogramm Südfrüchte, 961.000 Kilogramm Kartoffeln und 149.000 Kilogramm Zwiebeln abgesetzt.

Die Preisentwicklung wird peinlich genau registriert. Nach den Berichten des Institutes für Wirtschaftsforschung waren Gurken, Kohl, Kartoffeln, Paprika und Blätterspinat im Oktober dieses Jahres durchschnittlich billiger als im Oktober 1956. Wenn houer ein Engpaß bei Äpfel und Birnen wegen der schlechten Ernte eintrat, so wird dieser durch die verfügte Zollsenkung bei Südfrüchten beseitigt. Orangen werden dadurch um ungefähr 20 Prozent billiger abgegeben werden können.

Dem Jahrbuch der Arbeiterkammer 1956 ist zu entnehmen, daß zum Beispiel die Kartoffelpreise in einzelnen Fällen sogar niedriger waren als die Preise im Jahre 1953. Bei einem Vergleich zwischen in- und ausländischen Gemüsepreisen schneiden die Inlandspreise weiter besser als die ausländischen ab.

Im Sommer gab es eine Zeitspanne, wo man Speckfilz in der Großmarkthalle um 6 Schilling je Kilogramm abgab, wo sich aber keine Käufer fanden.

Appell an die Hausfrauen

Gestatten Sie mir daher, auch heuer wieder ein ernstes Wort, das ich besonders an die Hausfrauen dieser Stadt richte: Warum richtet man sich denn nicht nach der Marktlage? Müssen denn unbedingt der erste Häuptelsalat, die ersten Gurken, die ersten Kohlrüben auf den Tisch kommen? Auch die ersten Kirschen, Marillen und Erdbeeren sind eben teuer. Einige Wochen später ist die Ware in bester Qualität und weit billiger fast nicht abzusetzen. Wenn es einmal weniger Frischgemüse gibt, warum kann man nicht wenigstens ab und zu zum Beispiel zu Hülsenfrüchten greifen, um den Speisezettel abwechslungsreicher zu gestalten. Haben wir nicht alle zusammen die Verpflichtung zu allererst die heimischen Produkte zu kaufen um im besonderen die schwer um ihre Existenz ringenden Gemüse- und Obstgärtner zu unterstützen?

Ich habe schon im Vorjahr darauf hingewiesen, daß sehr triftige Gründe dafür vorliegen, sowohl den Naschmarkt als Gemüse- und Obstgroßmarkt, wie auch die Großmarkthalle als Fleischgroßmarkt zu verlegen und an anderer geeigneter Stelle zu errichten.

Der Blumengroßmarkt in der Phorushalle im 4. Bezirk erfreut sich eines ständig steigenden Zuspruches. Durch den nun vorgesehenen Einbau einer Galerie in der Phorushalle sollen weitere Verkaufsplätze gewonnen und der Platzmangel endgültig beseitigt werden.

Welche umfangreiche Arbeit das Marktamt auf dem Gebiet der Lebensmittelpolizei und Einfuhrkontrolle zu bewältigen hatte, erhellt allein schon daraus, daß rund 20.400 Lebensmittelkleinhandels- sowie 1.500 Großhandels- und Erzeugungsbetriebe zu überwachen sind. Rund 35.000 Proben wurden im Sinne des Lebensmittelgesetzes gezogen und begutachtet. Im Zuge der Lebensmittelkontrolle wurden im Berichtsjahre insgesamt 267.000 kg Lebensmittel außer Verkehr gesetzt.

Zu erwähnen wäre noch, daß nunmehr auch die Verpflegsstätten des Bundesheeres der Lebensmittelkontrolle durch das Marktamt unterliegen.

Mit großer Befriedigung kann ich feststellen, daß das Marktamt der Stadt Wien auch heuer seiner wichtigen Aufgabe in bewährter und hervorragender Weise nachgekommen ist.

Das Veterinäramt hat mit seinen Dienststellen in den Vieh- und Schlachthofanlagen von St. Marx, in der Großmarkthalle und in den 19 Veterinärabteilungen der Magistratischen Bezirksämter zum Schutz der Gesundheit der Wiener Bevölkerung und zur Verhinderung der Einschleppung von Tierseuchen außerordentlich wichtige Aufgaben zu besorgen. Die gewissenhafte Durchführung der Vieh- und Fleischschau, also die Untersuchung der Tiere vor und nach der Schlachtung, gewährleistet die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Fleisch.

Es kann nicht übersehen werden, daß die städtischen Schlachthofanlagen, insbesondere der Rinderschlachthof, schon recht überaltert sind. Sicher ist auch, daß der Zustand der überalterten Anlagen den Viehhof- und Schlachthofbetrieb nicht rentabel abwickeln ließen. Zur Erhaltung allein der Betriebsfähigkeit mußten in den vergangenen Jahren für laufende Erhaltungsarbeiten Beträge im Ausmaß von zwei Millionen Schilling jährlich aufgewendet werden.

Die Anlieferungen von Schlachttieren nach Wien reichen an die in den Vorkriegsjahren festgestellten Mengen heran und haben sich in den letzten Jahren ziemlich auf gleicher Höhe gehalten. Es ist bekannt, daß die Stadt Wien mit den niedrigsten Viehhof- und Schlachthofgebühren arbeitet.

Das durch die niedrigen Gebühren bedingte erhebliche Betriebsdefizit kann zum Teil durch die Einnahmen aus der Ausgleichs- abgabe für Frischfleisch und durch Heranziehung der veterinär- amtlichen Untersuchungsgebühren der Veterinärabteilungen in den Magistratischen Bezirksämtern halbwegs ausgeglichen werden.

Abschließend sagte der Referent, er habe die wichtigsten Ansätze des Voranschlages der Verwaltungsgruppe X zu erläutern versucht. Er benütze diesen Anlaß, um allen Bediensteten für ihre im Interesse der Wiener Bevölkerung geleistete Arbeit zu danken und bitte, den Ansätzen der Verwaltungsgruppe X die Zustimmung zu erteilen (Beifall bei der ÖVP).

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

In der Debatte spricht zuerst GR. Kronberger (VO). Er freut sich, daß viele Märkte ein gutes Aussehen bekommen haben. Leider aber gibt es noch immer Märkte, bedauerlicherweise gerade in den Arbeiterbezirken, die alles eher als schön aussehen.

Der Redner verlangt nachdrücklich, daß man mit der dringend notwendig gewordenen Übersiedlung des Naschmarktes ernst machen soll. Es wird zwar schon seit Jahren davon geredet, aber bisher ist nichts geschehen.

Die größte Sorge bereiten aber die Preise auf den Märkten. GR. Kronberger wendet sich in diesem Zusammenhang vor allem gegen die überhöhten Handelsspannen.

Abgestellt müßten auch Vorkommnisse werden, wie es der Verkauf von Abfallfett als Schweineschmalz durch mehrere Monate war. Eine vom Sozialministerium ausgearbeitete Verbotsverordnung müßte ehestens erlassen werden. Der Redner gibt ferner die Anregung auf Errichtung von Verkaufskiosken für Milchgetränke und Mehlspeisen. Derartige Kioske gibt es bereits in vielen anderen Städten. Auch sie tragen zur Bekämpfung des Alkoholismus bei. Die Stadt Wien müßte die Errichtung solcher Kioske fördern. Zusammenfassend stellt der Redner fest, daß die Wiener Marktbehörden, die Lebensmittelkontrollorgane, die Fleischbeschau, die Marktkommissäre usw. alle gewissenhaft ihre Pflicht erfüllt haben. Die Pflicht des Stadtrates geht jedoch über die seiner Mitarbeiter hinaus. Er müßte Maßnahmen zur Verbesserung der Wiener Märkte suchen und dafür sorgen, daß die Pläne für den neuen Naschmarkt verwirklicht werden. Er müßte auch der Preisfrage der Lebensmittel bedeutendes Augenmerk zuwenden. Eine bereits im Vorjahr gestellte Forderung auf Senkung des Brotpreises wurde nicht beachtet, sondern darauf verwiesen, daß sich mit diesen Dingen die paritätische Kommission befassen wird. Was ist aber aus dieser Kommission geworden? Sie hat wohl die Arbeiter dazu verhalten keine Lohnforderungen zu stellen, Preissteigerungen hat sie jedoch nicht verhindert. Die Gemeinde Wien besäße die Kraft, sich für einen Preisstopp einzusetzen. Stadtrat Bauer müßte dazu beitragen, daß das Leben der arbeitenden Menschen nicht immer teurer wird. Weil er, wie der Redner weiter ausführte, auf diesem Gebiet zu wenig Initiative gezeigt hat, könne seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe X nicht zustimmen.

GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) würdigte die Aufwärtsentwicklung, die die österreichische Wirtschaft unter den "Raab-Kamitz-Kurs" genommen hat, und betonte, daß es nach der dritten Senkung der Einkommensteuer und durch die Wiedereinführung der Bewertungsfreiheit der Wirtschaft auch möglich sein wird, sich für den Konkurrenzkampf in der europäischen Freihandelszone entsprechend zu rüsten. Es wäre zu überlegen, ob nicht auch die Gemeinde Wien in dieser Hinsicht einen Beitrag leisten könnte. So würde die Fremdenverkehrsindustrie in Wien, die gegenüber den westlichen Bundesländern noch im Rückstand ist, einen Anreiz erhalten, wenn man etwa die Getränkesteuer abschaffen könnte.

Ein Großteil des Einkommens der Arbeiter und Angestellten dieser Stadt wird durch die Hände der Hausfrauen ausgegeben. Durch fachmännisch gelenkte Konsumentenberatung sollte man die Hausfrau hinweisen, was augenblicklich am besten und billigsten zu kaufen ist. Es müßte nicht sein, daß Gemüse in großen Mengen verdirbt, weil es trotz billigen Preisen nicht anbringbar ist. Die Obstverwertungsgenossenschaft mußte über 52 Waggons Gemüse wegwerfen, weil es nicht einmal kostenlos abgenommen wurde. Die Bevölkerung Wiens sollte die heimischen Produkte bevorzugen, insbesondere in jenen Zeiten, in denen die österreichischen Erzeugnisse in großen Mengen auf den Markt kommen und sehr billig sind. Es ist auch nicht notwendig, Schweinefleisch zu importieren, wenn im Inland Rind- und Kalbfleisch zu angemessenen Preisen zur Verfügung steht.

Der Redner setzte sich erneut dafür ein, für das Schloß Cobenzl endlich eine entsprechende Verwertungsmöglichkeit zu finden, da dieses Gebäude heute ein Schandfleck des Wienerwaldes ist.

Nach zwölfjährigen Beratungen hat der Wiener Landtag heuer endlich das Wiener Landwirtschaftskammergesetz beschlossen. Es ist zu hoffen, daß die einmalige Zusammensetzung der Wiener Landwirtschaftskammer, in der auch die Kleingärtner und Siedler vertreten sind, ein erhöhtes Verständnis zwischen Städtern und Landwirtschaft bringen und eine gedeihliche Zusammenarbeit herbeiführen wird. Trotz vielfacher Bemühungen ist es leider noch nicht gelungen, ein geeignetes Lokal für die Kammer ausfindig zu machen.

GR. Dr. Hengl wiederholt den Wunsch, die Gemeinde Wien möge in verstärktem Maße die Landwirtschaft fördern, denn der Nachholbedarf der Wiener Landwirtschaft ist noch groß. Leider scheinen in diesem Budget noch keine Förderungsbeiträge für die Landwirtschaft auf. Ein weiteres Anliegen der Landwirtschaft ist die Bestellung von Flurhütern, da die Devastierung der landwirtschaftlichen Kulturen ein nicht mehr erträgliches Maß angenommen hat. Manche Futterwiesen werden durch parkende Autos schwer in ihrem Ertrag beeinträchtigt.

Nach jahrelangen Bemühungen der Landwirtschaft leistet die Gemeinde auch einen Beitrag zur Hagelversicherung. Auf Grund dieses Anreizes für eine erhöhte Versicherungsbereitschaft ist die Zahl der Versicherungsverträge um 24 Prozent und die Versicherungssumme um 33 Prozent gestiegen. Ganz besondere Bedeutung hat die Hagelversicherung für den Weinbau.

Die Mißstände auf dem Wiener Naschmarkt, der den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht, sind so kraß und schreien derart nach Abhilfe, daß man endlich einen entscheidenden Schritt zum Bau eines neuen Wiener Zentralmarktes tun sollte, dessen Bau Jahre erfordern wird. Die Wiener Schlachthöfe sind fast vollständig aufgebaut, der Auftrieb ist befriedigend, der Fleischbedarf der Bevölkerung kann vollauf gedeckt werden. Der Fleischkonsum hat fast den Stand vor 1937 erreicht. Wenn es trotz der Importe von Auslandsvieh möglich war, die Tierseuchen zu bannen, so gebührt dem Veterinäramt für seine Tätigkeit besonderer Dank.

Der Redner dankte allen Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses für ihre sachliche Arbeit und erklärte, daß die ÖVP den Ansätzen der Geschäftsgruppe X zustimmen wird.

Auch die nächste Debatterednerin GR. Maria Hirschler (SPÖ) stellt ein Lob für die sachliche Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß X an die Spitze ihrer Ausführungen. Sie wendet sich dann der Arbeit des Beschaffungsamtes zu und verweist auf dessen besondere Bedeutung. Ihm obliegt der Einkauf von verschiedenen Materialien. In dieser Hinsicht macht es das Wohlfahrtsamt den Einkaufsstellen wirklich nicht leicht, da es im Bezug auf die Qualität der für die Befürsorgten bestimmten Textilien besonders Anforderungen stellt. Das Beschaffungsamt besorgt auch die Ein-

käufe von Schulrequisiten. Die Rednerin benützt die Gelegenheit, um im Namen aller Wiener Mütter der Stadtverwaltung für die kostenlose Beistellung von Lehr- und Lernmitteln und Schulrequisiten zu danken (Beifall bei der SPÖ). Sie beschäftigt sich dann mit der Anschaffung von Berufskleidern und Reinigungsmitteln und spricht zugleich die Bitte aus, bei den Aufträgen der Stadtverwaltung nicht die blinden Gewerbetreibenden zu vergessen. Abschließend zum Thema Beschaffungsamt verweist sie noch darauf, daß auch der Abverkauf von Altmaterial von dieser Dienststelle lobenswert durchgeführt wird.

Sie erinnert daran, daß der Naschmarkt im Jahre 1916 als ein Provisorium auf den Platz, wo er sich heute befindet, verlegt wurde. Wenn es wirklich der Wunsch des Stadtrates ist, meint sie, daß der Naschmarkt verlegt werden soll und wenn er glaubt, daß er zur Durchführung dieser Angelegenheit die Unterstützung der sozialistischen Partei braucht, dann wird er sie sicher bekommen. Sie stellt zugleich die Frage, ob seine Meinung über die Verlegung des Naschmarktes auch von den anderen Mitgliedern seiner Fraktion geteilt wird. In ihren weiteren Ausführungen verweist sie auf das Verkehrschaos auf diesem Markt und auf den unzulänglichen Zustand, der auf dem Landparteienplatz herrscht. Gemeinderätin Hirschler stellt fest, daß auch der heutige Standort der Großmarkthalle nicht mehr den Anforderungen entspricht.

Was die Gemüsepreise anbelangt, verweist sie darauf, daß man im Hochsommer Gemüse nicht allzu lange lagern kann. Sie appelliert an die Großbetriebe und ihre Küchen, sie mögen zur Schwärmezeit ihre Speisekarten so umstellen, damit das angebotene heimische Gemüse verbraucht werden kann. Es ist schwer zu verstehen, sagt sie, wenn die heimischen Produzenten, darunter viele Kleingärtner, das Produkt ihrer fleißigen Arbeit nicht absetzen können. Die Wiener Bevölkerung ist bestimmt für das heimische Gemüse, ebenso aber auch dafür, daß im Falle des geringen Angebotes rechtzeitig für Importe aus dem Ausland gesorgt wird. Die Bevölkerung ist aber nicht dafür, daß Importe zurückgehalten werden, um die Preise der einheimischen Produkte hochzuhalten. Sie richtet ferner an alle zuständigen Stellen die Bitte, sich rechtzeitig mit der Frage der Verwendung von Speck zu beschäftigen, nicht aber erst im Augenblick des Überangebotes.

Abschließend gibt die Rednerin der Hoffnung Ausdruck, daß auch im kommenden Jahr die sachliche Arbeit im Gemeinderatsausschuß X wie bisher fortgesetzt wird (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Die sozialistische Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe X die Zustimmung erteilen.

Stadtrat Bauer stellt im Schlußwort zur Kritik an den Märkten fest, daß auf diesem Gebiet wohl noch einiges zu tun übrig bleibt. Man darf jedoch nicht vergessen, daß gerade die Marktanlagen schwere Bombenschäden aufgewiesen haben. Es sind auch 4 Millionen Schilling für 1958 bewilligt, die dazu verwendet werden sollen, auf den Märkten bessere Zustände zu schaffen. Die Erklärung der Gemeinderätin Hirschler, daß man endlich darangehe einen Plan für den neuen Waschmarkt auszuarbeiten, könne er nur sehr begrüßen. Seine Errichtung ist nicht nur im Interesse des Handels und der Gärtner notwendig, sondern auch im Interesse der Konsumenten. Zur Forderung des GR. Kronberger auf vermehrte Einflußnahme bei der Preisbildung bei Lebensmitteln ist zu sagen, daß es hier auch Aufgabe des Konsumvereines wäre, regulierend zu wirken. An Hand von Beispielen weist Stadtrat Bauer nach, daß die Handelsspannen nicht so groß sind, wie man immer glaubt. Bei der Ausstellung der Importbescheinigungen wurde rasch gearbeitet, aber leider war es während der heurigen Hitzeperiode so, daß Schwierigkeiten auch im Ausland bestanden haben. Das Marktamt dringt bei den zuständigen Stellen immer darauf, daß Importe rechtzeitig getätigt werden. Wichtig wäre eine Konsumentenberatung.

Zum Verkauf des minderwertigen Fettes ist zu sagen, daß das Marktamt hier eingegriffen hat und den weiteren Verkauf verhinderte. Es sei jedoch bedauerlich, daß die Hausfrauen lieber das schlechte Schmalz gekauft haben, als Speck, der in der Großmarkthalle um 6 bis 8 Schilling pro Kilogramm zu haben war. Zur Förderung der Errichtung von Milch kiosken könne die Stadtverwaltung nichts beitragen, weil es eine Gewerbeordnung gibt, die Ladenschlußverordnungen usw. enthält. Eine Tierbeschau bei Hausschlachtungen für den eigenen Bedarf könne vom Marktamt nicht erzwungen werden. Jeder vernünftige Produzent wird aber eine derartige Untersuchung schon zu seiner eigenen Sicherheit vornehmen lassen, noch dazu wo sie nur sehr wenig kostet.

Zur Forderung nach Ankauf von Waren, die von Blinden erzeugt werden, ist zu sagen, daß diese leider immer teurer sind, als gleichwertige Waren des Handels. Aus Wohlfahrtsgründen hatte sich Vizebürgermeister Honay bereiterklärt, solche Preisdifferenzen aus Fürsorgemitteln abzugelten. Kaum wurde diese Erklärung abgegeben, als die Preise um 50 oder gar 60 Prozent höher waren als die normalen Preise. Eine solche Preissteigerung war natürlich vollkommen ungerechtfertigt. Aus diesem Grunde wurden bisher auch keine Käufe beim Blindenverband getätigt.

Bei der Beschaffung von Textilien für die Fürsorgeämter werde gute Qualität geliefert, die auch modisch entspreche.

Bezüglich die Großmarkthalle gilt das gleiche wie beim Naschmarkt. Vielleicht wäre es möglich, sie in St. Marx unterzubringen. Bedauerlich ist, daß in der Umgebung des Zentralviehmarktes Wohnviertel entstanden sind und die Bewohner vielfach über Geruchsbelästigung durch den Markt klagen.

Abschließend spricht Stadtrat Bauer die Hoffnung aus, daß die Wiener Landwirtschaftskammer bald ihre Tätigkeit aufnehmen können wird. Nicht nur zum Wohle der Landwirtschaft, sondern auch im Interesse der Kleingärtner hat sie große Aufgaben zu erfüllen. Alle diese Maßnahmen sollen dem Wohle der Bewohner unserer Stadt dienen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der VO angenommen.

- - -

Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltung
=====

Über die Geschäftsgruppe "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten" referierte Stadtrat Afritsch (SPÖ). Im ordentlichen Voranschlag für das Jahr 1958 sind 162 Millionen vorgesehen. Im Jahre 1957 waren es 164,6 Millionen. Die Verringerung des Budgetansatzes hängt mit dem Wegfall der Ansätze für die Kosten der Bundespräsidentenwahl zusammen. Der Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei beträgt so wie in den Vorjahren 32,3 Millionen.

Seit 1945 - 150.000 neue Österreicher

Bei der Magistratsabteilung 61 - Bevölkerungswesen wurden vom 1. Jänner bis 30. November 1.203 Einbürgerungsfälle positiv erledigt. Im Jahre 1956 waren es noch 2.481, im Jahre 1955 4.007 Ansuchen, die aufrecht erledigt wurden. In der 2. Republik wurden insgesamt 90.853 Einbürgerungen in Wien vorgenommen. Wenn dazu die Frauen und Kinder gerechnet werden, haben seit dem Jahre 1945 mehr als 150.000 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft erworben.

Das Referat, das die Staatsbürgerschaftsnachweise ausstellt, war sehr überlastet. In den ersten 11 Monaten im Jahre 1955 wurden 132.000 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgefertigt, im Jahre 1956 121.000 und im Jahre 1957 145.835.

In den 10 Wiener Standesämtern wurden in den ersten 11 Monaten des Jahres 1957 12.756 Ehen geschlossen, eine Steigerung von vier Prozent.

Für die Führung der Stimmlisten sind im Budget 1958 1,200.000 S vorgesehen, wovon nur 380.000 S vom Bund ersetzt werden. Auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen können wir feststellen, daß im Monat mehr als 25.000 Änderungen und Ergänzungen durchgeführt werden müssen. Pro Werktag sind dies durchschnittlich 1.000 Veränderungen.

Die Registrierungsakten stehen nur mehr den Obersten Gerichtshöfen zur Verfügung. Eine Einsichtnahme durch die Bevölkerung ist gesetzlich nicht gestattet.

Vor einem Jahre bestanden noch 220 Öffentliche Verwaltung und 22 Öffentliche Aufsichten, nun bestehen nur noch 169 Öffentliche Verwaltungen und 9 Öffentliche Aufsichten.

Im Jahre 1957 wurden 687 Vereine neu begründet, bzw. umgebildet. 440 Vereine wurden aufgelöst.

Das Jahr 1957 brachte auf dem Gebiete des Gewerbewesens keine bedeutsamen Änderungen.

In der Zeit vom 1. Dezember 1956 bis 30. November 1957 wurden 6.480 neue Gewerbe begründet. Dem stehen 7.081 Neugründungen im Vorjahr gegenüber. Im gleichen Zeitraum sind 7.100 Berechtigungen erloschen, dem stehen 8.972 Berechtigungen im Vorjahr gegenüber. Im Jahre 1957 war die Magistratsabteilung 64, Administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftschiffahrtsangelegenheiten, besonders mit legislativen Aufgaben betraut. Hervorheben möchte ich die Arbeiten für das Wiener Garagengesetz und der dazugehörenden Durchführungsverordnung, das Wiener Feuerwehrgesetz und das Feuerpolizeigesetz samt der dazugehörenden Verordnung und die Wiener Kehrordnung.

50 Millionen für Grundkäufe

Für Grunderwerb sind im Anschlag 1958 wieder 50 Millionen Schilling vorgesehen. Im laufenden Jahr wurden die präliminierten 50 Millionen verbraucht und außerdem vier Zuschußkredite von 35 Millionen genehmigt. Es wurden in dieser Zeit 2,692.000 Quadratmeter erworben.

Der Erwerb der Gründe erfolgte in erster Linie für die Errichtung von städtischen Wohnhausbauten, für Assanierungszwecke, Siedlungen, für Zwecke des Abtausches, für Friedhoferweiterungen, für Eröffnung von Verkehrsflächen, für Sport- und Grünanlagen und für andere öffentliche Zwecke sowie auch für Wasserbauten und Flußregulierungen.

Die Grunderwerbungen im Jahre 1957, die mit großer Initiative, Geschicklichkeit und Sachkenntnissen von den Beamten geführt wurden, waren ohne Zweifel sehr erfolgreich, zunal zu berücksichtigen ist, das diese Tätigkeit ohne Unterstützung eines modernen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes erfolgt ist.

In zehn Monaten: 12.000 Wiegen, 20.000 Särge

Bei der Besprechung des Statistischen Amtes nannte der Referent einige interessante Zahlen über die Wiener Bevölkerung. Sie betrug am 1. Jänner 1,632.544, am 31. Oktober 1,639.589. Das ergibt eine Zunahme von 7.045 Personen.

Gestorben sind in den letzten 10 Monaten 20.624 Wienerinnen und Wiener, geboren wurden im gleichen Zeitabschnitt 12.190. Der Verlust aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung beträgt daher 8.434. Zugewandert sind in derselben Zeit 77.683, abgewandert 62.303. Der Wanderungsgewinn beträgt somit 15.380 Personen. Nach Abzug der Bevölkerungsverluste beträgt die tatsächliche Zunahme der Bevölkerung gegenüber dem Jahresbeginn 7.045. Der errechnete Bevölkerungszuwachs im Jahre 1956 für die 10 Monate betrug 7.041, das heißt, daß die Zunahme der Bevölkerung derzeit fast überhaupt keine Schwankungen aufweist.

160.000 Kraftfahrzeuge

Die Zahl der Kraftfahrzeuge betrug Ende Oktober 1957 159.437, das bedeutet eine Vermehrung gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres um 9.1 Prozent. Im Vorjahr betrug die Steigerung 13.4 Prozent. Das Tempo der Vermehrung an Kraftfahrzeugen hat somit im Vergleich zum Vorjahr um ungefähr ein Drittel abgenommen. Die große Zunahme war wieder bei den Personenkraftwagen festzustellen, die sich von 64.979 auf 80.475, somit um 23.8 Prozent vermehrt haben. Bei den Motorrädern ist sogar ein kleiner Rückgang um 4.6 Prozent festzustellen. Dagegen haben sich die Mopeds von 21.404 auf 23.554 vermehrt.

Straßenverkehrsunfälle

Vom Jänner bis Oktober 1957 ereigneten sich in Wien 16.684 Verkehrsunfälle, bei denen 11.030 Personen zu Schaden kamen. Das bedeutet die bemerkenswerte Erhöhung der Verletzten um 8.2 Prozent. Von den verletzten Verkehrsteilnehmern sind rund 1.76 Prozent mit tödlichem Ausgang.

76 Straßen und Plätze oder Teilstücke von diesen wurden im laufenden Jahre zu Einbahnstraßen erklärt.

Durch die verstärkte Motorisierung ist die Magistratsabteilung, die die rechtlichen Verkehrsangelegenheiten zu besorgen hat, stark belastet. Diese Abteilung erledigte in den ersten 10 Monaten dieses Jahres 2.022 Strafberufungen und 1.484 administrative Berufungen bei Führerschein und Fahrzeugzulassung. Im Jahre 1956 betrug die Anzahl aller Berufungen 3.770.

Feuerwehr löschte 1.537 Brände

Bei der Feuerwehr beträgt der Voranschlag 1958 einschließlich der Kriegsschädenbehebung 73,032.900 Schilling. An größere bauliche Herstellungen im Jahre 1958 sind bemerkenswert: die Fertigstellung der Hauptfeuerwache Döbling, der Neubau der Feuerwache Weidlingau, die Verlegung der Feuerwache Prater in das Messengelände und die Instandsetzung der Feuerwache Neubau, Währing und Kahlenbergordorf. Durch die Verlegung des Reservegartens von der Vorgartenstraße nach Hirschstetten ergibt sich die Möglichkeit, auf einem Teil der freigewordenen Gründe für die Hauptfeuerwache Leopoldstadt ein neues Gebäude zu errichten, was schon seit langer Zeit geplant war, da die jetzige Hauptfeuerwache in der Lassallestraße den technischen und sozialen Anforderungen nicht entspricht.

In den ersten zehn Monaten des Jahres rückte die Feuerwehr aus: zu 5 Großbränden, 54 Mittelbränden, 1.402 Kleinbränden, 76 Rauchfangbränden, 3.250 diversen Hilfeleistungen und 259 Fehlanzeigen. Das ergibt insgesamt 5.046 Ausrückungen. Während der großen Hitzewelle und Trockenperiode im Juli hat die Feuerwehr Wiener Park- und Gartenanlagen mit Tanklöschfahrzeugen und Pumpen bewässert. Durch diese Aktion konnten viele Hitzeschäden der Wiener Grünanlagen verhindert werden.

Die "Rathaus-Korrespondenz" wird nach wie vor täglich zweimal erscheinen und die wichtigsten Ereignisse und Mitteilungen aus allen Sparten der Stadtverwaltung bringen.

Das "Amtsblatt der Stadt Wien" erscheint wöchentlich zweimal.

Das "Landesgesetzblatt für Wien" hat eine Auflage von 1.800 Stück, der "Antliche Wohnungstausch-Anzeiger" von 5.000 Stück. Auch der Bilderdienst der Pressestelle wird im kommenden Jahr im bisherigen Rahmen seine Arbeit fortsetzen und die in- und ausländische Presse sowie die 50 Bilderkasten mit aktuellen Fotos versorgen. Das Stenographenbüro ist ausgezeichnet organisiert und erfüllt seine Aufgaben vorbildlich.

Die Arbeit des Präsidialbüros

Im abgelaufenen Jahr fanden anlässlich von Kongressen 19, von internationalen Tagungen 23, aus verschiedenen anderen Anlässen 16 große und 31 kleinere Empfänge, insgesamt also 89 Empfänge statt, an denen 12.000 geladene Gäste teilnahmen. 800 Teilnehmer aus 62 Staaten kamen zum festlichen Empfang für die Delegierten der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde.

Durch Bereitstellung von Autobussen konnten viele ausländische Gruppen die neuesten Schöpfungen unserer Stadt kennenlernen.

Im Rahmen der Aktion "Österreichische Jugend lernt die Bundeshauptstadt Wien kennen" machten 6.200 Jugendliche aus allen Bundesländern eine Rundfahrt durch das neue Wien.

Abschließend dankte Stadtrat Afritsch allen Angehörigen der Wiener Feuerwehr, den Beamten seiner Geschäftsgruppe und den Mitgliedern des zuständigen Gemeinderatsausschusses für die geleistete Arbeit und ersuchte den Gemeinderat, den Ansätzen des 11. Hauptstückes die Zustimmung zu geben (Allgemeiner Beifall).

Debatte über Allgemeine Verwaltung

GR. Hausner (VO) begrüßt die Bemühungen der Stadtverwaltung um die Grundeinkäufe, gibt zugleich aber seinem Bedauern Ausdruck, daß durch den immer stärker in Erscheinung tretenden Mangel an Bauland diese Einkäufe erschwert sind. Er beschäftigt sich dann mit einigen Problemen der Grunderwerbung und verweist darauf, daß vor allem die bauwilligen Siedler mangels Widmungen seitens der Stadtverwaltung in ihrem Hunger nach Bauland nicht befriedigt werden können.

Der Redner bezeichnet es als einen Fehler, daß die Abtrennung der ehemaligen Randgemeinden auf administrativem Wege durchgeführt wurde, ohne der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zu sagen. Es ist auf die Dauer unvorstellbar, daß wichtige Einrichtungen der Stadt, wie etwa der Flughafen in Schwechat, außerhalb der Stadtgrenzen verbleiben. Er spricht sich für eine weitere Demokratisierung der Bezirksvertretungen aus und regt an, man möge sich auch für die Einführung der Volksabstimmung einsetzen.

Zum Verbot der Betriebsaktionen meint er, daß dieses Verbot zu weit gehe und es den Betrieben ermöglicht werden sollte, gewisse Verbrauchsgüter für die Angehörigen der Belegschaft billiger beschaffen zu können. **Es wäre zu begrüßen, würden im Amtsblatt der Stadt Wien die Beantwortungen von Anträgen veröffentlicht werden.** Er erhebt Einspruch gegen die Einstellung der im Gemeinderat beschlossenen Verteilung von Buchspenden an Brautpaare.

Der technische Fortschritt habe die Tätigkeit der Feuerwehr eher erschwert als erleichtert. Der Redner ist der Meinung, man sollte die Verdienste der Feuerwehrmänner nicht nur durch die Verleihung von Auszeichnungen belohnen. Die Abgeltung der Mehrleistungen, wie sie die Angehörigen der Feuerwehr verlangen, müßte auf irgend eine Art möglich sein, eventuell auch durch Vermehrung der Urlaubstage. Seine Fraktion werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe XI zustimmen.

GR. Bittner (ÖVP) stellt fest, daß die Ansätze dieser Gruppe für 1958 fast gleich sind wie die im heurigen Jahr. Eine gewisse Erhöhung haben die Präsidialausgaben erfahren, doch ist diese zweifellos berechtigt. Wenn Wien eine Fremdenverkehrs- und Kongreßstadt sein will, muß es auch repräsentieren.

Als begrüßenswert bezeichnet es der Redner, daß man seiner Anregung und dem Drängen seiner Fraktion gefolgt ist und im März dieses Jahres die Ausgabe des Brautbuches durch die Standesämter eingestellt hat. Im Zusammenhang mit dem Kapitel Bevölkerungswesen müsse er die Ausführungen von Stadtrat Thaller korregieren, der gestern von einem Haus auf der Seilerstätte gesprochen hat, dessen 31 Mieter alles Ausländer sein sollen. Tatsache sei, daß kein einziger von ihnen Ausländer ist. Stadtrat Thaller muß hier falsch informiert worden sein.

Auf dem Gebiete des Gewerbewesens ist die Arbeit der Beamten stets korrekt erfolgt. Leider gibt es aber in unserer Stadt immer wieder unbefugte Gewerbeausübende, die nicht geduldet werden dürfen. Auch bei den sogenannten "Prackern" müßte darauf geachtet werden, daß sie nur entsprechend der Gewerbeordnung inländisches Obst verkaufen.

Für Grundankäufe sind im kommenden Jahr 85 Millionen Schilling vorgesehen. Es ist zu begrüßen, daß die Gemeinde Wien die notwendigen Gründe erwirbt, es sollen jedoch im vermehrten Ausmaß Gründe zur Schaffung von Parkplätzen angekauft werden. Gute Arbeit hat auch die Abteilung Statistik geleistet. Ihre Zählungen und Untersuchungen geben laufend Überblick über die Ereignisse in unserer Stadt. Wenn die Statistik nicht trügt, können wir auch das Ende der unheilvollen Epoche der Ein- oder Keinkinder-Ehe verzeichnen.

Bei der Feuerwehr der Stadt Wien wäre es wünschenswert, die Personalpolitik nicht nach politischen Gesichtspunkten zu führen. Dringend der Lösung bedarf auch die Frage des Offiziersnachwuchses bei der Feuerwehr. Die sehr beengten Mannschaftsräume in der Zentrale Am Hof müßten vergrößert werden. Der Redner ersucht den Stadtrat, für die Erneuerung des überalterten Fahrparks bei der Feuerwehr einen systematischen Modernisierungsplan zu schaffen. Die Aufgaben der Feuerwehr werden immer größer und sie müßte zur Bewältigung dieser auch entsprechend ausgerüstet sein.

Als dringend notwendig bezeichnet GR. Bittner eine Reform in der Gesetzgebung und Verfassung der Stadt Wien. Die Verfassung stammt aus einer Zeit, in der man eine andere Einstellung zur Demokratie hatte.

Als begrüßenswert bezeichnet der Redner, daß sich die Pressestelle im heurigen Jahr bei der Auswahl der Bilder für die Schaukästen und des Amtsblattes größerer Objektivität als bisher befleißigt hat.

Abschließend richtet GR. Bittner an Stadtrat Afritsch die Bitte, den Mitgliedern des Ausschusses XI mehr Einblick in die Tätigkeit der Verwaltung dieser Stadt zu geben. Die Zusammenarbeit innerhalb des Ausschusses kann bestimmt als eine gedeihliche bezeichnet werden.

GR. Fürstenhofer (SPÖ) stellt fest, daß die Tätigkeit dieser Gruppe in der Öffentlichkeit nicht sehr in Erscheinung tritt. Trotzdem steht sie mit ihren Ansätzen fast an der Spitze. Die Sozialisten stimmen diesen Ansätzen jedoch immer gerne zu, weil sie der Meinung sind, daß gerade diese Beträge dazu beitragen, daß Wien als Großstadt und Weltstadt internationale Bedeutung erhält. Die Präsidialausgaben sollen zur Hebung des Ansehens unserer

Stadt beitragen. Die bereitgestellten 50 Millionen Schilling für Grundankäufe sind absolut notwendig, wenn wir in der Gestaltung unseres Stadtbildes vorwärtsschreiten wollen. Schwierigkeiten sind der Stadtverwaltung durch das Gebietsabtrennungsgesetz erwachsen, braucht eine Großstadt doch Raum, auf den sie sich ausdehnen kann. Er appelliert in diesem Zusammenhang an die ÖVP, im Niederösterreichischen Landtag der Randgemeindenfrage etwas größeres Verständnis als bisher entgegenzubringen.

Im Zusammenhang mit dem NS-Amnestiegesetz weist der Redner darauf hin, daß entgegen der Ankündigung von Nationalrat Polcar bis 30. September 1957 insgesamt nur 652 Ansuchen auf Rückgabe von Kleingärten gestellt wurden, das sind kaum 10 Prozent jener Summe, von der man gesprochen hat. Von den Ansuchen wurden 415 positiv erledigt, 230 mußten negativ beantwortet werden, da es sich um Leute handelte, die im Jahre 1938 Arisierungen vorgenommen hatten. 7 Ansuchen sind noch offen.

Der Redner bedauert, daß die neue Kleingartenordnung noch nicht beschlossen werden konnte. Die alte Ordnung, die aus der autoritären Zeit stammt, weist verschiedene Bestimmungen auf, die dem Gedanken des Kleingartenwesens zuwiderlaufen. Gemeinderat Fürstenhofer erhebt daher die Forderung nach einer neuen, den modernen Ansprüchen Rechnung tragenden Kleingartenordnung.

Im Namen seiner Fraktion versichert der Redner, daß die Sozialisten an der Feuerwehr - wie die Ansätze des Budgets zeigen - besonders Interesse haben. Die Wiener Feuerwehr funktioniert nicht nur bei kleinen alltäglichen Hilfeleistungen, sondern auch bei Großbränden, wie sie sich leider im abgelaufenen Jahr in Wien ereignet haben. Der Redner dankte den Feuerwehrleuten für ihre erfolgreiche Tätigkeit (Beifall bei der SPÖ). Eine Feuerwehr wie die in Wien wird man in Europa kaum finden. Er sei überzeugt, daß allen notwendigen Erneuerungswünschen Rechnung getragen werde.

Zum Schluß wandte sich GR. Fürstenhofer dagegen, daß so viele völlig sinnlose Prozesse gegen die Gemeinde Wien geführt würden. So hat zum Beispiel ein Jugoslawe die Stadtverwaltung geklagt, sie möge jene Kommunalanleihe, die 1910 aufgelegt worden war, nun valorisiert zurückgeben.

Der Mann hat natürlich den Prozeß verloren, aber die Gemeinde mußte die Prozeßkosten tragen. Jeder Schilling, der hier ausgegeben wird, könnte besseren Zwecken zugeführt werden.

Abschließend gab der Redner unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen die Zustimmung zu den Ansätzen des XI. Hauptstückes.

Stadtrat Afritsch verweist in seinem Schlußwort in Beantwortung der Anfragen nochmals auf die dringende Notwendigkeit eines Bodenbeschaffungsgesetzes. Er meint, daß sehr oft über Gründe gesprochen wird, die die Gemeinde gekauft hat, seltener aber über solche Grundstücke, die sie nicht erwerben konnte. Zur Anfrage über die Randgebiete erklärt der Referent, die Stadt Wien würde zu jeder Zeit eine Aussprache mit Niederösterreich über gewisse Grenzvereinigungen begrüßen (Beifall bei der SPÖ). Was die Mängel bei der Einberufung der Bezirksvertretungen angeht, verspricht er, bei nächster Gelegenheit die Bezirksvorsteher an die Geschäftsordnung zu erinnern. Mit der Angelegenheit der Volksabstimmung habe man sich schon beschäftigt. Auf Grund der Erfahrungen mit dem Verbot der Betriebsaktionen kann gesagt werden, daß sich diese Maßnahme nicht ungünstig ausgewirkt hat.

Er freue sich über die anerkennenden Worte des GR. Bittner für die Arbeit des Statistischen Amtes. Die Stadtverwaltung legt großen Wert auf eine gute Arbeit der Statistiker. Stadtrat Afritsch spricht in diesem Zusammenhang dem in den Ruhestand getretenen Leiter des Statistischen Amtes, Senatsrat Dr. Pospischil, seinen Dank aus. Zugleich dankt er den in den letzten Monaten in den Ruhestand getretenen leitenden Beamten seiner Geschäftsgruppe Senatsrat Knauer, Branddirektor Dipl.-Ing. Prießnitz und Senatsrat Halbmayer für ihre ersprießliche Tätigkeit. Er gibt dabei der Genugtuung Ausdruck, daß für diese hervorragenden Beamten gute Nachfolger gefunden werden konnten (Beifall SPÖ, ÖVP und VO).

Zum Kapitel Feuerwehr sagt der Berichterstatter, daß ihre technische Ausrüstung gewiß sehr viel Geld kostet, die Stadtverwaltung sich aber darüber hinaus auch um die Verbesserung der sozialen Einrichtungen ernsthaft bemüht. Er verweist darauf, daß jeder Feuerwehrmann im Monat einen freien Tag bekommt, was praktisch eine Vermehrung des Urlaubes um 12 Tage im Jahr bedeutet.

Er müsse auch der Feststellung beipflichten, daß sich bei der Feuerwehr im Zusammenhang ihrer Technisierung ein Mangel an Ingenieuren und Technikern bemerkbar macht.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe XI einstimmig genehmigt.

GR. Gratzl (SPÖ) berichtet dann über die Weihnachtspaketaktion für Dauerbefürsorgte der Stadt Wien, für die von Wohlfahrtsamt 317.000 Schilling bereitgestellt wurden. Als Debatteredner meldet sich GR. Dr. Fiedler (ÖVP), der sich dagegen ausspricht, daß zur Offertstellung neben einigen Großfirmen der Lebensmittelgroßhandel nicht eingeladen wurde, der, wie man den Debatteredner informierte, die Zusammenstellung und Paketierung der Weihnachtspakete um 35 Groschen pro Stück billiger durchgeführt hätte.

GR. Gratzl verweist in seinem Schlußwort darauf, daß die Weihnachtspaketaktion für Dauerbefürsorgte sowie auch die Art ihrer Durchführung seinerzeit in Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtswesen einstimmig, also auch mit den Stimmen der ÖVP, beschlossen worden ist. Man habe sich für das günstigste Offert entschlossen, und zwar nach dem Grundsatz, daß man bei der Verteilung öffentlicher Mittel besonders sauber und sparsam vorgehen müsse (Beifall bei SPÖ). Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen.

Wie der Vorsitzende GR. Sigmund am Schluß der heutigen Sitzung mitteilt, werden die Budgetberatungen morgen, Freitag, um 9 Uhr früh, mit "Bilanz und Bedeckung" fortgesetzt.

Dieser Abschnitt wird voraussichtlich nur eine Viertelstunde dauern. Anschließend werden die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen beraten.

- - -

Alser Straße wieder befahrbar
=====

19. Dezember (RK) Nach Beendigung der Straßenbauarbeiten wird ab morgen die Alser Straße an der Kreuzung Lange Gasse - Spitalgasse wieder für den Verkehr freigegeben.

- - -

Rindernachmarkt vom 19. Dezember
=====

19. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 22 Ochsen, 8 Stiere, 23 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 56. Neuzufuhren Inland: 2 Ochsen, 4 Stiere, 45 Kühe, 1 Kalbin, Summe 52. Gesamtauftrieb: 24 Ochsen, 12 Stiere, 68 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 108. Verkauft: 15 Ochsen, 9 Stiere, 16 Kühe, 1 Kalbin, Summe 41. Unverkauft: 9 Ochsen, 3 Stiere, 52 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 67.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 19. Dezember
=====

19. Dezember (RK) Neuzufuhren: 501, Verkauft alle. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich im Vergleich zum Markt vom 17. Dezember um 31 Groschen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSSTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 20. Dezember 1957

Blatt 2670

Weihnachtsgratulanten beim Bürgermeister

=====

Am 20. Dezember (RK) Als erste Abordnung der Wiener Jugend sind heute früh Schüler der Wiener Berufsschulen ins Rathaus gekommen, um Bürgermeister Jonas die Feiertagsgrüße ihrer Schulgemeinden zu übermitteln. Die Klassen der Lederarbeiter und der Graphiker schickten dem Bürgermeister Geschenke, für die er sich mit Bücherspenden revanchierte. Seinerseits wünschte er allen Berufsschülern und ihren Lehrern alles Gute für Weihnachten.

Wie alljährlich brachte auch heuer die Kindersingschule der Stadt Wien, begleitet von einem Blockflötenterzett unter der Leitung von Frau Professor Susanne Frieser, dem Bürgermeister musikalische Weihnachtswünsche. Im Namen des Lehrkörpers der Musikanstalten gratulierte Regierungsrat Prof. Lustig-Prean.

Nach dem Ständchen empfing der Bürgermeister Vertreter der Lehrer und der Jugendlichen von "Jugend am Werk". Als Weihnachtsgeschenke schickten die Mädeln und Buben der Schulwerkstätten Grundsteingasse und Hellwagstraße kleine Proben ihrer Handfertigkeiten. Der Bürgermeister bedankte sich für die Weihnachts- und Neujahrsgrüße und wünschte den jugendlichen Gratulanten und auch ihren Eltern alles Gute zu den Feiertagen.

Gestern abend wohnte Bürgermeister Jonas einer Weihnachtsfeier im Mautner-Marchof'schen Kinderspital bei. Heute nachmittag wird er an einer Feier im Krankenhaus Floridsdorf teilnehmen und den Patienten und den Bediensteten des Spitals die Feiertagswünsche der Stadtverwaltung übermitteln.

- - -

Die Gasversorgung zu WeihnachtenEine Bitte an die Wiener Hausfrauen

20. Dezember (RK) Wie in jedem Jahr wird auch heuer zu den Weihnachtsfeiertagen sehr viel Gas verbraucht werden. Die Wiener Gaswerke haben alle Vorkehrungen getroffen, um die Versorgung zu sichern. Alle Einrichtungen der Gaserzeugung und der Gasverteilung werden eingesetzt sein und ihr Bestes leisten.

Aber auch die Bevölkerung kann viel dazu beitragen, daß an diesen Tagen die Gasversorgung klaglos funktioniert, wenn sie den Gasverbrauch möglichst über den ganzen Tag verteilt. Nach den bisherigen Erfahrungen drängt sich nämlich der Gasverbrauch in der Zeit zwischen 10 und 13 Uhr zusammen. Wenn in diesen wenigen Stunden alle gleichzeitig kochen, braten, backen, Wasser wärmen und außerdem ihre Gasöfen in Betrieb haben, dann entsteht eine Spitzenbelastung, die unter Umständen nicht mehr bewältigt werden kann.

Die Wiener Gaswerke bitten daher die Hausfrauen, ihre Weihnachtsbäckereien nicht erst in den allerletzten Tagen herzustellen. An den Sonn- und Feiertagen mögen sie bitte, wenn es irgendwie möglich ist, mit dem Kochen und Braten nicht erst am späten Vormittag beginnen. Sehr gut wäre es, würden sie schon einiged vor-kochen.

- - -

Die Stadtbibliothek in der Weihnachtswoche

20. Dezember (RK) Die Wiener Stadtbibliothek ist vom 23. bis 26. Dezember und am 31. Dezember geschlossen. Der Bibliotheksdienst wird Freitag, den 27., Samstag, den 28. und Montag, den 30. Dezember sowie ab 2. Jänner 1958 laufend voll durchgeführt.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen
=====

20. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Matrek wurden heute um 9 Uhr die Verhandlungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien wieder aufgenommen.

Stadtrat Slavik (SPÖ), der über Bilanz und Bedeckung referiert und damit als Finanzreferent sein Schlußwort hält, stellt fest, daß während der letzten vier Tage der Voranschlag für 1958 gründlich beraten worden ist. Die Amtsführenden Stadträte der einzelnen Geschäftsgruppen haben ihre Budgets ausführlich erläutert und auch die Debatteredner hatten durch vier Tage hindurch Gelegenheit zu eingehenden Betrachtungen gehabt. Sie haben in der Diskussion eine Reihe von Vorschlägen erstattet, es wurden Anregungen gegeben und die verschiedensten Wünsche der Wiener Bevölkerung vorgebracht. Es wäre sehr schön, alle diese Wünsche im Jahr 1958 erfüllen zu können. Leider ist die Stadtverwaltung dazu aber nicht in der Lage. Es ist aber nirgendwo auf der Welt möglich, alle Wünsche immer gleich zu erfüllen. Die Stadtverwaltung wird sich jedoch bemühen, im kommenden Jahr allen Wünschen, die berechtigt sind, soweit es irgendwie möglich ist, Rechnung zu tragen. Stadtrat Slavik dankt allen Debatterednern für ihre Ausführungen und auch für das große Verständnis für die Schwierigkeiten, die sich aus der Erstellung des Voranschlages ergaben. Stadtrat Slavik stellt sodann folgenden Antrag:

"Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.

Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, 15, Sozialversicherungsbeiträge, und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

Virements zwischen den Posten des Personalaufwandes sowie Virements und Widmungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstigen größeren baulichen Herstellungen

./.

sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge innerhalb der gleichen Post sind an die Zustimmung des amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall 10 Prozent des betreffenden Ansatzes, bzw. Teilansatzes oder 5.000 Schilling übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

Der amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert."

Stadtrat Slavik spricht abschließend die Hoffnung aus, daß man nicht allzu oft dazu gezwungen sein wird, Sperren vorzunehmen. Es sei der Wunsch der Gemeindeverwaltung, die im Voranschlag vorgesehenen Beträge in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zur Auswirkung kommen zu lassen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten ohne die Stimmen der VO angenommen. Damit ist der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien, Hoheitsverwaltung, für das Jahr 1958 genehmigt.

- - -

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen
=====

Hierauf begannen die Beratungen über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1958. Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) referierte:

Die Aufstellung des Voranschlages der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1958 war, wie bekannt ist, mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Erst vorgestern konnte das Budget im zuständigen Ausschuß für die Städtischen Unternehmungen beschlossen werden und gestern - sozusagen im letzten Augenblick - wurde es in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates und des Finanzausschusses verabschiedet. Heute liegt nunmehr das Präliminare nicht nur der Wiener Stadtwerke, sondern auch des Brauhauses der Stadt Wien und der Gewista auf dem Referententisch, um nach einer entsprechenden Stellungnahme durch den Wiener Gemeinderat beschlossen zu werden. Von vornherein möchte ich sagen, daß mich die Vorausschau pro 1958, so weit sie die Wiener Stadtwerke betrifft, nicht befriedigt. Wenn auch beim E- und Gaswerk noch im großen und ganzen ein Konsumanstieg zu verzeichnen ist, der allerdings nicht mehr das Ausmaß der Vorjahre erreicht, und die Wiener Verkehrsbetriebe im wesentlichen ihre Frequenz halten konnten, so war trotz verschiedener Abstriche und Veränderungen im Laufe der seit langem geführten Koalitionsverhandlungen vorläufig nur das Ergebnis zu erzielen, daß der Gesamtabgang der Wiener Stadtwerke in der Höhe von 314,311.000 Schilling nur ganz unmerklich niedriger ist als der für das Jahr 1957 mit 314,776.000 Schilling veranschlagte. Ich möchte dem Wiener Gemeinderat nicht im einzelnen alle Versuche schildern, die seit dem Beginn des Jahres 1957 gemacht worden sind, um besonders bei den Wiener Verkehrsbetrieben eine Sanierung vorzubereiten. Angefangen von den Beratungen der Studienkommission, deren Bemühen in 18 Empfehlungen ihren Niederschlag gefunden hat, bis zu den Parteienberatungen, die im Juli ihren Anfang nahmen und bis in die letzten Tage dauerten, kann man feststellen, daß praktisch ohne Unterlaß an einer Verbesserung der finanziellen Lage der Wiener Stadtwerke gearbeitet wurde.

Dabei konnte man vom Standpunkt der Gebarung des großen kommunalen Konzerns von Glück reden, daß im Jahre 1957 eine Beruhigung auf dem Lohnsektor eingetreten ist und daß auch Auswirkungen, wie sie sich beispielsweise im Zusammenhang mit der Aufstellung der Schillingeröffnungsbilanz ergeben hatten, keine Rolle mehr spielten und auch für das Jahr 1958 ohne Bedeutung sind. Nichtsdestoweniger waren die ersten Entwürfe, die von den Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke vorgelegt worden sind, **bedeutend ungünstiger** und ergaben in ihrer Summe einen Abgang von 379,4 Millionen Schilling. Die Differenz zwischen diesem Abgang und dem nunmehr in den vorliegenden Voranschlägen resultierenden beträgt immerhin rund 65 Millionen Schilling. Diese Verbesserung war nicht leicht zu erreichen, aber es ist doch dank des verständnisvollen Zusammenwirkens beider Koalitionsparteien gelungen, zu diesem Ergebnis zu kommen.

Tarifumgestaltung und Anleihepläne

Ich möchte nun im einzelnen die Auswirkungen ziffernmäßig bekanntgeben, die aus jenen Positionen resultieren, die in den Parteienverhandlungen positiv erledigt werden konnten:

Die Belastung der Wiener Verkehrsbetriebe durch die Altpensionen wird in der Form erleichtert, daß ca. 50 Millionen Schilling in einen Versicherungsvertrag mit einer Laufzeit von 16 Jahren umgewandelt werden (Auswirkung für 1958 ungefähr 21,6 Millionen);

die Kosten für Straßen- und Brückenbauten bei den Wiener Verkehrsbetrieben werden im Verhältnis 1 : 1 zwischen der Hoheitsverwaltung und den Verkehrsbetrieben aufgeteilt (Auswirkung 11,3 Millionen);

die Kosten der Schneesäuberung werden im Verhältnis 1 : 1 zwischen der Hoheitsverwaltung und den Wiener Verkehrsbetrieben aufgeteilt (Auswirkung 2,8 Millionen);

den E- und Gaswerken werden nach Vereinbarung sowohl für Strom und Gas für öffentliche Beleuchtungszwecke als auch für Instandhaltung und Betrieb der diesbezüglichen Einrichtungen höhere Tarife von der Hoheitsverwaltung zugestanden (Auswirkung 19,7 Millionen);

von den außertariflichen Begünstigungen, die auf die Gemeinde entfallen, werden jene, welche sich auf Gemeindemandatare und Fürsorgeräte beziehen, von der Hoheitsverwaltung übernommen (Auswirkung 7,5 Millionen).

Trotz dieser im Voranschlag schon enthaltenen Erleichterungen bleibt ein Gesamtabgang von 314,311.000 S, der sich wie folgt verteilt, bestehen: B-Werke 101,067.000 S, Gaswerke 37,255.000 S, Verkehrsbetriebe 173,920.000 S und Bestattung 2,069.000 S.

Es ist klar, daß wirtschaftliche Unternehmungen, und solche sind auch die Wiener Stadtwerke, unter solchen Verhältnissen nicht jene Leistungen erbringen können, die im Interesse der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung unbedingt notwendig sind. Die beiden Koalitionsparteien haben es daher als ihre Pflicht betrachtet, weitere Erleichterungen der budgetären Lage der Wiener Stadtwerke auf der Ausgabenseite durch kostensparende Reformen und auf der Einnahmenseite durch eine für die Bevölkerung tragbare Tarifumgestaltung zu beraten. Die diesbezüglichen Besprechungen werden zu Beginn des neuen Jahres wieder aufgenommen und mit dem Ziele einer Einigung über die notwendigen Maßnahmen fortgeführt werden.

Zwecks Bereinigung der Verpflichtungen, die im Jahre 1957 für die Wiener Verkehrsbetriebe aus erhaltenen Waggonlieferungen im Gesamtausmaße von 46,2 Millionen Schilling resultierten, wurde seitens des Finanzreferenten die Zusage gemacht, die notwendigen Mittel in der ersten Jännerhälfte des kommenden Jahres im Kreditwege zu beschaffen.

Im Zusammenhang mit wiederholten Erklärungen des früheren Finanzreferenten, Stadtrat Resch, und den auch von Stadtrat Slavik in dieser Beziehung gemachten Bemerkungen darf ich wohl die berechtigte Hoffnung schöpfen, daß nun der Weg zu einer konkreten Stadtwerksanleihe nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch beschritten werden wird. Ich stimme mit dem Finanzreferenten darin überein, daß Investitionen, die durch Anleiheoperationen gedeckt werden sollen, außerordentlichen Charakter und größeren Umfang haben müssen und daß die so finanzierten Projekte einnahmesteigernd, bzw. kostensparend zu sein haben und dadurch eine Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Mittel gewährleisten. Ich darf daran erinnern, daß die Wiener Stadtwerke bereits anfangs 1957 eine Reihe von Projekten, die den vorangeführten Merkmalen entsprechen, in einem außerordentlichen Investitionsplan zusammenfaßten und für eine anleihenmäßige Bedeckung, Verzinsung und Abstattung, auch die entsprechenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorlegten. Dieser

Plan sah von vornherein für die E-Werke und Gaswerke Investitionen im Gesamtausmaße von 335 Millionen vor, die im Verlaufe von fünf Jahren realisiert werden sollten und in weiteren zehn Jahren rückzuzahlen gewesen wären. Dieser Plan ist auch heute aktuell und könnte die Grundlage für Verhandlungen bilden, die schon in den nächsten Wochen zu einem konkreten Ergebnis führen müssten, damit noch im Jahre 1958 die Auflegung einer Anleihe gesichert werden kann.

Auch ich bekenne mich dazu, daß eine solche Anleihe weder mit wirtschaftlichen noch mit politischen Nachteilen für die Bevölkerung verbunden sein darf, möchte aber doch dabei der Ordnung halber bemerken, daß eine solche Abhängigkeit keinesfalls vorhanden sein würde, wenn Anlagen oder Maschinen, wie dies auch in der Vergangenheit wiederholt geschehen ist, im Zeichen der Liberalisierung und der europäischen Integration importiert werden. Unter den Projekten scheint mir als eines der wichtigsten der Ersatz der 37-atü-Anlage in Simmering durch eine neue 120-atü-Anlage, da die alte Anlage in keiner Weise mehr den Anforderungen eines modernen, leistungsfähigen Betriebes entspricht und genau so wie die veraltete 22-atü-Anlage in der Engerthstraße unwirtschaftlich arbeitet. Für ein solches Aggregat werden 180 bis 200 Millionen Schilling benötigt, die in einem Zeitraum von vier Jahren aufgebracht werden müssen. Feststeht jedoch, daß eine solche Anlage infolge der erzielbaren Gesamtersparnis einschließlich der Zinsen in weniger als acht Jahren amortisiert werden könnte. Die Wiener Gaswerke sind bestrebt, infolge der besonderen Wirtschaftlichkeit und des erzielbaren Wirkungsgrades weitere Methanspaltanlagen zu schaffen, wodurch die Befriedigung des steigenden Bedarfes auch bei den höchsten Winterspitzen möglich wird. Ein neuer 300.000 Kubikmeter Gasbehälter am Wienerberg soll die Versorgung des südlichen und südwestlichen Wien wesentlich verbessern und ferner sollen die Koksförderanlagen im Werke Leopoldau, die aus den Jahren 1910 und 1911 stammen, aus Betriebs- und Wirtschaftlichkeitsgründen erneuert werden.

Bei den Wiener Verkehrsbetrieben wird infolge der weiter ansteigenden Motorisierung die teilweise Umstellung des Straßenbahnbetriebes auf den Autobusverkehr nicht mehr weiter zu umgehen sein, die Modernisierung des Stadtbahnwagenparks und die Ausgestaltung zu einem modernen Schnellbahnbetrieb wird auf Jahre hinaus bedeutende

Mittel in Anspruch nehmen und schließlich wird in den nächsten Jahren zumindestens die Verlängerung der Gürtellinie nach dem Süden aktuell werden, wofür die Verkehrsbetriebe auf alle Fälle das rollende Material und die beweglichen Einrichtungen zu beschaffen haben werden.

Das sind nur einige Beispiele von sicherlich großen Projekten einmaligen Umfanges, deren Finanzierung aus den laufenden Einnahmen kaum oder überhaupt nicht möglich erscheint.

Die Wiener Gaswerke beschäftigen sich überdies mit dem Projekt, größere Industriebetriebe mit Erdgas zu beliefern, sofern eine solche Abnahme in den Sommermonaten vorgenommen werden kann. Etwa 30 Millionen Kubikmeter Erdgas könnten auf diese Weise an die Industrie zusätzlich abgegeben werden, wobei aber Voraussetzung ist, daß die erforderlichen Hauptrohrleitungen finanziert werden können.

Zweite Verkehrsebene notwendig

Zur Frage einer Wiener Untergrundbahn möchte ich diesmal nur einige ganz kurze Bemerkungen machen und dies auch nur deshalb, weil das Thema im Laufe der Budgetdebatte bereits berührt worden ist. Ich bin der Überzeugung, daß man um eine Untergrundbahn oder, besser gesagt, um eine zweite Verkehrsebene in Wien, und zwar im innerstädtischen Verkehr, auf die Dauer nicht herumkommen wird. Die Zahl der motorisierten Fahrzeuge (ohne Moped) ist von 74.281 per Ende 1952 auf 162.367 mit Stichtag vom 30. November 1957 gewachsen. In den ersten 11 Monaten des heurigen Jahres sind nicht weniger als rund 13.350 Fahrzeuge dazugekommen. Es wird kaum ein Zeitraum von drei Jahren vergehen und wir werden in Wien auf der kritischen Ziffer von 200.000 Motorfahrzeugen angelangt sein. Wenn dies aber der Fall ist, dann trifft das zu, was auf Seite 80 der Empfehlungen der I. Wiener Straßenverkehrsenquête 1955 an die Stadt Wien zu lesen ist, nämlich: "Bei einer Menge von über 200.000 Motorfahrzeugen besteht die Gefahr einer Verstopfung der Straßenarterien, die sich in stundenlangen Aufenthalten äußern kann."

In diesem Zeitraum, der durch die zweite Stufe repräsentiert wird, müßten entlastende Expresstraßen (Autobahnen) mit ihrer großen Leistungsfähigkeit gebaut werden; über diese hinaus ist eine weitere Leistungssteigerung des Straßennetzes durch straßenbauliche Maßnahmen nicht mehr möglich. Die Autofahrer müßten veranlaßt werden, von einem gewissen Punkt an möglichst Massenverkehrsmittel in zweiter Ebene zu benützen, mit denen sie rascher vorwärtskommen als mit den Autos..."

Ich bin der Meinung, daß es wenig Zweck hat, im Gemeinderat Erklärungen zu diesem Problem abzugeben, die zudem nicht immer von der notwendigen Sachkenntnis getragen sind. Ich hielte es für viel zweckmäßiger, die Schaffung der zweiten Verkehrsebene in Wien durch anerkannte Fachleute studieren zu lassen und eine eingehende Debatte sodann im Rahmen der bestehenden Verkehrsplanungskommission durchzuführen. Dies wird den realen Notwendigkeiten weit besser dienen, als wenn wir uns einmal im Jahr - pro oder kontra - über die Untergrundbahn in Wien auslassen.

Autobusse statt Straßenbahn

Hinsichtlich des teilweisen und allmählichen Ersatzes von Straßenbahn durch Autobuslinien verfolge ich die Tendenz, die in der Empfehlung Nummer 99 der Straßenverkehrsenquete 1955 zum Ausdruck kommt. Dort heißt es "Ein genereller Ersatz der Straßenbahn durch Autobus oder Obus kann bei der Größe und Struktur der Stadt in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen. Die Einrichtung von Omnibuslinien als Ersatz bestehender Straßenbahnstrecken ist jedoch bei Vorliegen besonderer Umstände in Betracht zu ziehen. Dabei wird es sich um Linien handeln, die durch enge Straßen führen und geringe Frequenz aufweisen. Es soll auch untersucht werden, ob auf einzelnen Linien die derzeit üblichen Großraumautobusse eingesetzt werden sollen oder ob auf andere flächensparende und wirtschaftliche Fahrzeuge überzugehen ist."

In diesem Sinne habe ich in den vergangenen Monaten durch das Studienbüro der Wiener Verkehrsbetriebe elf Straßenbahnlinien untersuchen und auf den möglichen Einsatz von Autobussen überprüfen lassen.

kann auch nach wie vor zugegeben werden muß, daß sich der Autobusbetrieb zwar in den Anschaffungskosten wesentlich billiger, aber in den Betriebskosten teurer stellt als der Straßenbahnverkehr, so bleibt doch auch für die Wiener Verkehrsbetriebe als oberster Grundsatz, daß auch sie dazu beitragen müssen, an der Verflüssigung des Verkehrs mitzuwirken und eine solche wird zweifellos gegeben sein, wenn der schienengebundene Straßenbahnverkehr in beengten Straßenzügen durch den beweglichen schienengebundenen Autobusverkehr abgelöst wird.

Eineinhalbdeck-Autobusse

Da die Verkehrsbetriebe auf dem Gebiete der Umstellung von Straßenbahnlinien auf den Autobusverkehr noch keinerlei Erfahrungen besitzen, beabsichtige ich das vorhandene Material schon in den nächsten Wochen durch uns bekannte Fachkollegen ausländischer Verkehrsbetriebe überprüfen zu lassen und eine Expertise darüber vorzunehmen, wie ein solcher Plan und seine wirtschaftliche Auswirkung von unvoreingenommenen ausländischen Experten beurteilt wird.

Daß im Zusammenhang mit einer solchen Umstellung das raumsparendste und wirtschaftlichste Fahrzeug ausgesucht werden muß, versteht sich von selbst. Ein solches dürfte in den in einer Reihe von deutschen Städten bereits in Betrieb befindlichen Eineinhalbdeck-Autobussen zu finden sein, die von Fachleuten der Verkehrsbetriebe schon in Augenschein genommen wurden und für den gedachten Verwendungszweck als gut geeignet bezeichnet worden sind.

Parkverbot für Straßen mit Straßenbahn

Im Laufe der Budgetdebatte wurde mehrmals die Frage berührt, ob wir uns in Wien bereits in einem Verkehrs-Chaos befinden. Ich bin der Meinung, daß wir in der abendlichen Verkehrsspitze in einer ganzen Anzahl von Wiener Straßenzügen und Plätzen nicht mehr sehr weit davon entfernt sind oder uns sogar schon mitten darin befinden. Selbstverständlich wird dies auch in anderen Großstädten im Stoßverkehr so sein. Was aber nottun würde, wäre, daß wir alles daran setzen, den öffentlichen Verkehr, der täglich noch immer mehr als 1,3 Millionen Menschen befördert, durch verschiedene Maßnahmen so flüssig als nur möglich gestalten.

Auf dem letzten Internationalen Kongreß in Hamburg wurde erneut verlangt, daß in jenen Straßenzügen, die von Straßenbahnen befahren werden entweder ein generelles oder zumindestens ein zeitweiliges Parkverbot verfügt werden muß, um die gegenseitige Behinderung aus der Welt zu schaffen.

Schließlich warne ich nachdrücklichst davor, daß weiterhin auf dem Gebiete des Verkehrs da und dort weiter improvisiert wird, weil ohne Bestehen des seit langem erforderlichen Generalverkehrsplanes die eminente Gefahr einer Fehlleitung nicht unwesentlicher öffentlicher Geldmittel gegeben ist. Ich verweise beispielsweise auf die Schleife für die Linien 61 und 63, die mit dem Bau des Heinrichshofes neu verlegt wurde, jetzt im Zuge der neuen Verkehrsplanung für den Karlsplatz illusorisch wird und überdies in Zukunft für diese Linien gar keine Neuverlegung mehr in Frage kommen dürfte, weil die Linien 61 und 63, ähnlich wie die Linie 57, direkt prädestiniert erscheinen für einen Ersatz durch den Autobus.

Die Wiener Stadtwerke im Spiegel der Zahlen

Die E-Werke rechneten für das Jahr 1957 mit einer Steigerung gegenüber dem Ansatz 1956 von 11.34 Prozent, tatsächlich aber wird sich gegenüber einem angenommenen Stromverkauf von 1345.4 Mio kWh nur ein solcher von ca. 1312 Mio kWh ergeben. Demgemäß wurde auch für das Jahr 1958 nur eine Erhöhung des Ansatzes um rund 8 Prozent angenommen.

Auch die Gaswerke rechnen auf Grund der Erfahrungen mit einer Verlangsamung im Konsumanstieg. Die Gaswerke präliminierten vorsichtig für das Jahr 1958 eine verkaufte Gasmenge von 514.2 Mio m³, die dementsprechend um 28 Mio m³ höher sein wird, als die tatsächlich abgegebene Menge im Jahre 1957.

Der Erdgaseinsatz wird mit 219.9 Mio m³ angenommen gegen 206.7 Mio m³ im Jahre 1957 und 188.2 Mio m³ im Jahre 1956. Mit Hilfe von Erdgas werden im Jahre 1958 71.3 Prozent unseres Stadtgases erzeugt werden.

Der Verkaufsanfall an Koks wird entsprechend der geringeren eingesetzten Kohlenmenge sich nur auf 350.110 Tonnen belaufen. Erfreulich ist eine weitere Verbesserung des Ausbringungsgrades an Koks aus Kohle. Dieser Ausbringungsprozentsatz wird pro 1958 mit 80.49 Prozent angenommen.

Die Wiener Verkehrsbetriebe rechnen pro 1958 auf Straßenbahn, Stadtbahn, Kraftverkehrsbetrieb und Obus mit einer Gesamtfrequenz von 505.8 Millionen Fahrgästen gegenüber 512.2 Millionen pro 1957 : effektiv erreichten 505.1 Millionen Fahrgästen im Jahre 1956. Auf Grund der im Jahre 1957 gemachten Erfahrungen wird somit für das kommende Jahr ungefähr mit den Ansätzen gerechnet, die im Jahre 1956 effektiv erreicht worden sind.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf die immer wieder gehörte Annahme zurückkommen, daß die Frequenz unserer öffentlichen Verkehrsmittel wesentlich beeinträchtigt wird durch die nach wie vor ansteigende Motorisierung. Es wird zugrundegelegt, daß ein zusätzliches motorisiertes Fahrzeug im Jahr dem öffentlichen Verkehrsträger rund 1.000 Fahrten wegnimmt. Wir haben per Ende November 1957 gegenüber Ende November 1956 eine Steigerung um 16.006 Fahrzeuge. Multipliziert mit 1.000 ergäbe dies einen Frequenzabfall von 16 Millionen Fahrgästen. Tatsächlich ergab sich jedoch in den ersten 10 Monaten 1957 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1956 auf Straßenbahn und Stadtbahn nur eine Frequenzminderung um 1,7 Millionen Fahrgästen, das ist 0.46 Prozent. Damit dürfte wohl diese Annahme ad absurdum geführt sein, wie im übrigen auch die Frequenzentwicklung in den vorangegangenen Jahren zeigt, in denen außerordentlich starke Veränderungen auf dem Sektor der Motorisierung stattgefunden haben und trotzdem die Gesamtfrequenz der öffentlichen Verkehrsmittel nahezu unverändert geblieben ist. Diese Tendenz berechtigt zu der Annahme, daß es gelingen könnte, einen Teil der Besitzer von motorisierten Fahrzeugen infolge der immer fühlbarer werdenden Verstopfung unserer Straßen vom Individualfahrzeug wieder zum öffentlichen Verkehrsmittel zurückzubringen.

Bei der Städtischen Bestattung wird auch für das kommende Jahr mit 25.000 Bestattungsfällen und 900 Bestattungen von Mittellosen gerechnet.

Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet für das Jahr 1958 mit einem größeren Bierverkauf. Dem Voranschlag werden 168.500 hl Verkaufsbier und 25.000 hl Lohnbraubier zugrundegelegt. Der Bierverkauf wird sich auf schätzungsweise 155.000 hl belaufen. Im Verhältnis zwischen Fassbier und Flaschenbier wird eine neuerliche Verschiebung zugunsten des Flaschenbieres angenommen, auf das 57.3 Prozent des gesamten

Verkaufes entfallen werden.

Die Gewista wird einige Mehreinnahmen erzielen können.

Die Ergebnisse der Voranschläge der Städtischen Unternehmungen

Die einzelnen Unternehmungen weisen in ihren Voranschlägen für 1958 folgende Ergebnisse aus:

E-Werke - 101,057.000 S (1957: - 67,038.000 S), Gaswerke - 57,225.000 S (1957: - 54,400.000), Verkehrsbetriebe - 173,920.000 S (1957: - 193,670.000 S), Bestattung - 2,069.000 S (1957: + 332.000 S).

Wiener Stadtwerke zusammen - 314,311.000 S (1957: - 314,776.000).

Brauhaus + 314.000 S (1957: + 255.000 S), Gewista + 188.900 S (1957: + 162.900 S).

Die Voranschläge für 1958 aller Städtischen Unternehmungen zusammen weisen ein Defizit von 313,808.100 S aus (1957 betrug das Defizit 314,360.100 S).

Die Subventionen der drei Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke an die Verkehrsbetriebe wurden so wie im Voranschlag 1957 mit 103 Millionen Schilling angenommen, wobei 65 Millionen Schilling auf die E-Werke, 35 Millionen Schilling auf die Gaswerke und drei Millionen Schilling auf die Bestattung entfallen.

Der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke beziffert sich pro 1958 mit 2.893,691.000 S gegen 2.819,042.000 S im Ansatz 1957. Er hat demnach eine Erhöhung um 2.65 Prozent erfahren. Die Erträge der Wiener Stadtwerke steigen von 2.504,266.000 S auf 2.579,380.000 S. Es ist aber noch außerordentlich viel zu machen, damit die Wiener Stadtwerke auch nach außen hin in jeder Beziehung als kreditwürdig auftreten können.

Das Personal der Stadtwerke

Die Personalstände der Wiener Stadtwerke sind gegenüber dem Jahre 1957 um nicht weniger als 410 Bedienstete zurückgegangen. Für 1958 werden 19.577 aktive Bedienstete angenommen. Besonders hervorzuheben ist die weitere Personalverminderung bei den Wiener Verkehrsbetrieben um 314 aktive Bedienstete, die unter anderem auf eine Reihe von Empfehlungen zurückzuführen ist, die anfangs dieses Jahres von der Expertenkommission beschlossen worden sind.

Auch im Jahre 1958 ist mit einem Ansteigen der Pensionsparteien

zu rechnen. Bei den Wiener Stadtwerken werden im Jahre 1958 19.288 Pensionsparteien zu betreuen sein. Insgesamt werden bei den Wiener Stadtwerken und beim Brauhaus um 177 Pensionsparteien mehr anfallen als im Jahre 1957.

Jedenfalls kann gerade bei den Pensionsparteien zum Unterschied von den Vorjahren eine Änderung der Entwicklung wahrgenommen werden, die sich besonders bei den Wiener Verkehrsbetrieben auswirkt. Waren von 1956 auf 1957 bei den Pensionsparteien der Wiener Verkehrsbetriebe um 390 Fälle mehr anzunehmen, so sind es im Jahre 1958 nur um 105 Fälle mehr als im Vorjahr.

Bei den Unternehmungen sind auf Grund des Jugendeinstellungsgesetzes insgesamt 345 Jugendliche beschäftigt.

Die Investitionen

Die freien Investitionen der Wiener Stadtwerke beziffern sich im Jahre 1958 auf insgesamt 304,903.000 S gegen 297,290.000 S im Jahre 1957. Dabei tritt allerdings bei den Verkehrsbetrieben, wo es eminent notwendig wäre, eine Verminderung um 38,364.000 S ein.

Die Verkehrsbetriebe haben in ihrem Investitionsplan Investitionen in der Höhe von 207,964.000 S präliminiert, von denen jedoch nicht weniger als 179,458.000 S mangels der entsprechenden Mittel vorläufig gesperrt bleiben müssen. Angesichts dieses Umstandes, der mir außerordentlich gravierend erscheint, richte ich an die beiden Koalitionsparteien den dringenden Appell, in kommenden Verhandlungen alles zu unternehmen, um durch eine endgültige Sanierung des Unternehmens dieser unhaltbaren Situation zu steuern. Es ist untragbar, daß die Wiener Verkehrsbetriebe anstatt eines Investitionsaufwandes von ungefähr 170 bis 180 Millionen Schilling im Jahr, das wäre also für 1957 und 1958 ein Volumen von rund 340 bis 360 Millionen Schilling, nicht ganz 100 Millionen Schilling also nicht einmal ein Drittel aufwenden können, um die notwendigsten Investitionen zu tätigen.

Investitionen und Sachaufwand

Außer den freien Investitionen in der Höhe von rund 309 Millionen Schilling haben die sechs Unternehmungen noch einen Sachaufwand in der Höhe von 1.379,4 Millionen Schilling, sodaß der Sachaufwand und die Investitionen zusammengenommen eine Summe von 1.688,4 Millionen Schilling erreichen.

Abschließend erklärt Stadtrat Dkfm. Nathschläger: Ich habe im vergangenen Jahr am Schluß meines Referates ein ehrliches Bekenntnis zur Koalition abgelegt und darüber hinaus der Meinung Ausdruck verliehen, daß es um die Belange der Wiener Stadtverwaltung umso besser bestellt sein wird, je besser diese Koalition funktioniert. Ich darf heute mit einiger Befriedigung feststellen, daß sich die Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien in diesem Hause, besonders im Zusammenhang mit der von beiden Seiten gewünschten, dauerhaften Sanierung der Wiener Stadtwerke gut entwickelt hat und daß berechtigte Hoffnung für die Zukunft besteht, daß die sicherlich nicht leichte Arbeit zu einem gedeihlichen, auch für die Bevölkerung befriedigenden, Ergebnis führt. Wenn wir uns mit der gleichen Sachlichkeit, wie dies bei den Parteienverhandlungen in den letzten Monaten zu konstatieren war, weiterhin bemühen, auch schwierigsten Problemen an den Leib zu rücken, dann wird der Erfolg auch bestimmt nicht ausbleiben.

Der Stadtrat schließt seinen Bericht mit einem Dank an alle Mitarbeiter, in den das ganze Haus mit Beifall einstimmt, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine ersprießliche Zusammenarbeit dazu führen wird, daß es bis zur nächsten Budgetdebatte gelingen wird über den Berg zu kommen und den Unternehmungen wieder eine Basis zu geben, auf der sie nicht nur bestehen, sondern sich auch dem jeweiligen Wirtschaftsablauf entsprechend weiter entwickeln können werden (Beifall bei ÖVP und SPÖ).

Die Debatte über die Unternehmungen

Als erster Debatteredner meldet sich GR. Maller (VO) zu Wort. Einleitend stellt er fest, daß sich Stadtrat Dkfm. Nathschläger erst nach mehrmaligen Ermahnungen durch den Bürgermeister entschlossen habe, das Budget für die Städtischen Unternehmungen vorzulegen. Diesen Vorgang bezeichnet er als eine grobe Mißachtung des Gemeinderates. Zu den Ansätzen selbst sagt er, daß aus ihnen nicht entnommen werden kann, was der Amtsführende Stadtrat vorhat. Er selbst sagt, daß ihn seine Anträge nicht befriedigen und auch aus den Unterlagen gehe nicht hervor, was mit den Stadtwerken im kommenden Jahr geschehen soll.

Als interessant erachtet der Redner nur das, was der Referent über sein Konzept sagt, nämlich, daß er die Notwendigkeit einer Tarifregulierung für die Abgabe von Gas und Strom sowie bei den Tarifen der Verkehrsbetriebe unterstreicht. Wie er sich aber eine solche Tarifregulierung vorstellt, darüber schweigt er sich aus. Der Redner erinnert den Stadtrat an die Berichte der ÖVP-Presse vom Sommer dieses Jahres, in denen dem Finanzreferenten der Stadt Wien vorgeworfen wurde, er bereite eine Tarifierhöhung vor. Der Debatte- redner erklärt, daß der ÖVP-Stadtrat heute selbst für eine Tarifierhöhung eintritt und stellt an ihn die Frage, ob er glaube, daß die von ihm vorgelegten Wirtschaftspläne mit dem Willen des Volkes übereinstimmen.

Die Abschreibungen, die diesmal um 5 Millionen auf 424 Millionen erhöht wurden, bezeichnet er als zu hoch und fügt dem hinzu, daß es sich hier nur um eine buchhalterische Manipulation handeln kann, durch die man das Defizit vergrößern will, um sich dann das Recht zur Tarifierhöhung zu sichern. Zum Investitionsplan sagt er, daß auch eine Verbesserung der Gasqualität versprochen wurde, allerdings gekoppelt mit der Aussicht auf eine Gaspreiserhöhung. Er verweist im Zusammenhang auf verschiedene Beispiele, wo unter dem Schein einer Qualitätsverbesserung lediglich eine Preiserhöhung verfolgt wurde.

Noch vor wenigen Wochen, führt er weiter aus, wurde in Diskussionen um die Verkehrsbetriebe immer von einem Defizit in Höhe von 360 Millionen Schilling gesprochen. Nun zeige es sich aber, daß diese Summe das Defizit aller städtischen Unternehmungen ist. Vom Bund müsse verlangt werden, daß er sich seiner Verpflichtung gegenüber der Bundeshauptstadt besinnt. Er verweist darauf, daß mit Ausnahme Hollands jeder Staat die Verkehrsbetriebe seiner Hauptstadt subventioniert.

Er beschäftigt sich dann mit der ÖVP im Zusammenhang mit den Tariffragen und bemerkt dazu, daß es ihr bei der letzten Tarifierhöhung gelungen ist, die Rolle des Schwarzen Peters der SPÖ zuzuschieben. Diesmal bediene sie sich im Wiener Gemeinderat Erpressermethoden, um auf der Bundesebene ihre Pläne zu verwirklichen. Die Bevölkerung sei aber nicht bereit, Tarifierhöhungen auf sich zu nehmen, und ist vielmehr für die Erhaltung der sozialen Tarife bei Strom, Gas und bei der Straßenbahn. Wollte man tatsächlich kosten-

deckende Preise bei den städtischen Unternehmungen, dann müßte endlich einmal gesagt werden, daß die Zeit der sozialen Tarife vorbei ist.

Der Redner spricht sich gegen die Belastung der Straßenbahnfahrgäste dadurch aus, daß die Verkehrsbetriebe aus den Einnahmen der Fahrscheine bedeutende Beiträge bei Verkehrsumbauten leisten müssen. Diese Umbauten, wie zum Beispiel Opernkreuzung, Praterstern usw., werden ja schließlich nicht im Interesse der Verkehrsbetriebe vorgenommen. Als ungerechtfertigt bezeichnet Redner die Ablieferung des sogenannten Notopfers an den Bund, da bei diesem ja keine Notlage mehr besteht. Ferner müßte der Bund dazu veranlaßt werden, auf die Beförderungssteuer in Höhe von 10 Millionen Schilling zu verzichten. Die Gemeinde Wien ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen und hat auf die Wegebenutzungsgebühr verzichtet. Der Bund müßte auch für verschiedene Fürsorgebegünstigungen wie Arbeitslosenfahrscheine, Invalidenfahrscheine usw. Ersatz leisten. Der Redner übt in diesem Zusammenhang Kritik an der Art der Arbeitslosenfahrscheine, bei deren Gebrauch immer die Arbeitslosenkarte vorgewiesen werden muß. Es könnten ebensogut Vorverkaufsfahrscheine für diesen Zweck ausgegeben werden. Daß für die Erneuerung des Wagenparkes bei den Verkehrsbetrieben gleichfalls die Erlöse aus dem Fahrpreis herangezogen werden müssen, dafür besteht keinerlei Begründung. Schließlich wird der Bau des Großwasserspeichers auch nicht durch eine Erhöhung der Wassergebühren finanziert.

In entscheidendem Ausmaß müßte der Bund zur Behebung des Defizites beitragen. Ein Wegfall des Notopfers würde 212,3 Millionen Schilling einsparen, durch den Verzicht auf die Beförderungssteuer würden 10 Millionen drübrig und durch die Übernahme der Fahrbegünstigungen durch den Bund würden 50 Millionen Schilling eingebracht. Insgesamt ergibt dies einen Betrag von 272,3 Millionen Schilling. Rechnet man nun noch die Beträge, die die Gemeindeverwaltung durch den Verzicht auf Beiträge zum Straßenbau und Brückenbau in Höhe von 11,3 Millionen und auf den Wegfall der Wegebenutzungsgebühr von 49 Millionen hinzu, ergibt sich für die Verkehrsbetriebe eine Verringerung des Defizites um 332,6 Millionen. Das bedeutet, daß nicht nur das Defizit vollständig gedeckt werden könnte, sondern daß sich noch ein Überschuß von 18,3 Millionen Schilling ergäbe.

Die Stadt Wien müßte den Ausfall von 60 Millionen, auf die sie selbstverständlich nicht verzichten kann, durch die Einführung einer Steuer wettmachen. Der Redner stellt in diesem Zusammenhang einen Beschluß- und Resolutionsantrag, daß zum klaglosen Funktionieren der öffentlichen Einrichtungen nicht nur die Arbeiter und Angestellten herangezogen werden, sondern daß auch die Unternehmer, die an einem klaglosen Funktionieren der Verkehrsmittel interessiert sind, ihren Beitrag hierzu leisten müßten. Es soll daher eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet werden, die alle Betriebe und Unternehmungen mit über 100 Beschäftigten zu einer zweckgebundenen Abgabe verpflichtet.

GR. Maller spricht sodann über den Finanzausgleich, der schlechter ist als in den Jahren vor 1934. Der Bund müßte endlich damit aufhören Wien zu benachteiligen und zur Kenntnis nehmen, daß die Gemeinde Wien keine Melkkuh ist. Ein ansehnlicher Beitrag des Bundes, der der Bedeutung Wiens als Bundeshauptstadt entspricht, müßte von ihm geleistet werden. In allen Hauptstädten anderer Länder ist es üblich, daß die Verkehrsmittel vom Staat subventioniert werden. Bei uns wird ganz bewußt durch den Bund ein Politikum daraus gemacht. Der Redner kommt sodann auf den Wiener Straßenbahnfahrpreis zu sprechen und bezeichnet ihn im Verhältnis zu anderen europäischen Städten bereits heute schon als zu hoch. Dasselbe gelte für den Strom- und Gaspreis. Leider wurden bei den Verkehrsmitteln auch eine ganze Reihe von Wünschen der Bevölkerung nicht berücksichtigt. So befänden sich unsere Stadtbahnstationen in einem mehr als schlechten Zustand und die Straßenbahnen seien schlecht beleuchtet, schlecht beheizt und überfüllt. Auch die Verkehrsverhältnisse sind in vielen Bezirken, besonders in den Randgebieten, mehr als schlecht, vor allem im 22. und 23. Bezirk. Notwendig wäre auch die Verlängerung der Linie 25 bis Leopoldau.

Der Redner stellt abschließend fest, daß es sich nicht bewährt hat, die Leitung der Städtischen Unternehmungen in die Hände eines ÖVP-Stadtrates zu legen. Die Sozialistische Partei sollte sich bewußt sein, daß sie die Rechnung für diese Politik bezahlen muß.

Die Sozialisten müßten die Städtischen Unternehmungen selbst verwalten, allerdings sich auch dazu entschließen, den Gedanken an Tarifierhöhungen aufzugeben. Der Redner stellt den Beschlußantrag, daß der arbeitenden Bevölkerung Wiens keine neuerlichen Belastungen durch Tarifierhöhungen zugemutet werden können. Der Bund müßte hier durch Beitragsleistung zur Lösung der finanziellen Probleme herangezogen werden. Da die Verkehrsbetriebe nicht im Interesse der Bevölkerung geführt wurden und weil eine Zustimmung zu den Wirtschaftsplänen auch mit der Zustimmung zu Tarifierhöhungen verbunden wäre, stimme seine Fraktion den Ansätzen nicht zu.

GR. Dr. Wollinger (ÖVP) führt aus, die Tatsache, daß am Beginn der Budgetdebatte der Voranschlag der Wiener Stadtwerke noch nicht vorliegt, daß während der Budgetdebatte darüber noch Parteienverhandlungen stattfinden, all dies beweist, daß der gesamte Komplex der Städtischen Unternehmungen den Amtsführenden Stadtrat wie die ganze Gemeindeverwaltung vor besonders schwierige Aufgaben stellt. Die Hauptschwierigkeit bei der Führung dieser Unternehmungen erblicke ich darin, daß es sich um Wirtschaftsbetriebe handelt, die daher einerseits nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu führen wären, daß es sich aber andererseits um Betriebe handelt, die aus kommunalpolitischen Gründen im Interesse der gesamten Bevölkerung geführt werden müssen, und zwar ohne Rücksicht auf allfällige Gewinne oder Verluste geführt werden müssen und die naturgemäß auf den wirtschaftlich Schwachen Rücksicht zu nehmen haben. Hierzu kommt eine Tatsache, die ich als durchaus erfreulich bezeichne und gerne anerkenne, daß die Gemeinde Wien ein sozialer Arbeitgeber ist. Aber so sehr dies zu begrüßen ist, so gewiß kostet es auch Geld.

Nun möchte ich den Versuch unternehmen, die wichtigste Differenz in der Auffassung der beiden Koalitionsparteien in dieser Frage aufzuzeigen. Die finanziellen Lasten, die die Stadtverwaltung in sämtlichen Bereichen der Hoheitsverwaltung zu tragen hat, werden von der Gesamtheit der Wiener Bevölkerung aufgebracht. Bei den Städtischen Unternehmungen aber sollen diese Lasten nicht von der Gesamtheit, sondern ausschließlich von den Benützern dieser Unternehmungen getragen werden.

Dieser Grundsatz wäre anzuerkennen, wenn diese Betriebe nach allgemein gültigen wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden könnten. Aber das ist nicht der Fall. Es müssen zum Beispiel Straßenbahnlinien geführt werden auch auf sehr schwach frequentierten Strecken und zu Tages- oder Nachtzeiten, zu welchen der Betrieb mehr als unrentabel ist. Nach wirtschaftlichen Grundsätzen müßten solche Linien aufgelassen werden. Dann und nur dann kann man verlangen, daß sich die Betriebe selbst erhalten.

Wenn aber, was selbstverständlich ist, nicht im Interesse der Betriebe sondern im Interesse der Bevölkerung auch unrentable Linien geführt werden müssen, dann muß eben auch hier die Gesamtheit der Bevölkerung einen Beitrag leisten, damit nicht Investitionen vernachlässigt oder die Tarife über das Tragbare erhöht werden müssen. Hier also gehen unsere Meinungen am weitesten auseinander, und ich gebe zu, daß es bei so großen und grundsätzlichen Differenzen außerordentlich schwierig ist, eine Synthese zu finden, die dann für beide Teile noch tragbar ist. Es gibt natürlich noch vielerlei Auffassungsdifferenzen, die aber nicht so sehr ins Grundsätzliche gehen. Sie alle, die großen und kleinen Differenzen trotz allen Schwierigkeiten zu überwinden und in demokratischer Weise sich immer wieder zu Verhandlungen bereit zu finden, ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht der Bevölkerung gegenüber.

Seit sechs Monaten haben sich die Verhandlungskomitees der Koalitionsparteien ehrlich bemüht, einen gangbaren Weg zu finden. Es ist immerhin gelungen, einige sehr wichtige Teilprobleme zu lösen und auf diese Weise das ursprüngliche Defizit von fast 380 Millionen um 63 Millionen zu senken.

Der Redner begrüßt namens seiner Fraktion die bisher erzielten Fortschritte und die Bereitschaft des Finanzreferenten, wenigstens einen Teil jener Beträge durch die Hoheitsverwaltung zu übernehmen, die bisher schwer auf den Stadtwerken lasteten. Freilich entsprechen diese Vereinbarungen noch lange nicht dem, was man sich als richtig und gerecht vorgestellt hat, aber es ist immerhin ein erster Schritt.

Sehr zu denken gibt, daß im Jahre 1957 bei den E-Werken und Gaswerken der erwartete Konsumanstieg nicht eingetreten ist.

Daher mußte auch für 1958 bei der Annahme eines weiteren Mehrverbrauches vorsichtig gerechnet werden. Der angenommene Verlust bei E- und Gaswerken beträgt zusammen rund 140 Millionen, während der der Verkehrsbetriebe 174 Millionen ausmacht. Da das Gelderfordernis von 972 Millionen nur zu 72 Prozent gedeckt ist, mußten zur Deckung des Fehlbetrages von 273 Millionen beabsichtigte Neuanschaffungen in gleicher Höhe gesperrt werden.

Davon sind am schwersten die Verkehrsbetriebe betroffen, denen überhaupt nur noch 28,5 Millionen für Investitionen verbleiben. Selbst davon entfallen elf Millionen auf Projekte des Stadtbauamtes, für die die Verkehrsbetriebe Anteile zu leisten haben. Es versteht sich von selbst, daß unter solchen Umständen nicht jene Leistungen erbracht werden können, die im Interesse der Bevölkerung eben unbedingt erforderlich sind.

Der Redner begrüßt es daher, daß die Parteienverhandlungen gleich nach Neujahr wieder aufgenommen werden. Die ÖVP halte es auch für notwendig, so rasch wie möglich die Unruhe zu beseitigen, die in der Bevölkerung durch die Pressemeldungen der letzten Tage ausgelöst wurde, in denen die verschiedensten Kombinationen über eine Erhöhung der Straßenbahntarife zum Ausdruck gebracht wurden. Dr. Wollinger stellt hierzu namens seiner Fraktion abermals fest, daß eine derartige Vereinbarung weder für die Gegenwart noch für die Zukunft getroffen wurde. Die ÖVP betrachtet gerade die Straßenbahntarife als Sozialtarife, die die Bevölkerung nicht ungebührlich belasten dürfen. Es muß und wird auch möglich sein, ohne die Straßenbahntarife insgesamt erhöhen zu müssen, mit einer Umstellung der Tarife durchzukommen. Seine Fraktion appelliert an die Mehrheit dieses Hauses, die Parteienverhandlungen nicht schleppend, sondern ohne Unterbrechungen solange zu führen, bis der von uns allen erwünschte Erfolg erzielt worden ist. Er sei überzeugt, daß man damit dem Willen der Bevölkerung entspreche und unserer Stadt einen großen Dienst erweise,

Zum Schluß dankte GR. Dr. Wollinger namens seiner Fraktion allen Bediensteten der Verwaltungsgruppe XII für ihre Leistungen im abgelaufenen Jahr. Seine Fraktion stimme den Ansätzen des Vorschlages für 1958 zu.

GR. Dr. Soswinski (VO) erklärt unter Hinweis darauf, daß in den letzten Wochen immer weniger vom kostendeckenden Prinzip gesprochen wird, seine Fraktion habe jahrelang darauf hingewiesen, daß es vor allem bei den städtischen Verkehrsbetrieben soziale Tarife geben muß. Fast mit der Handfertigkeit eines Taschenspielers haben sich nun die Vertreter der Volkspartei dieses Argument zu eigen gemacht und gesagt, daß die Gesamtheit der Wiener Bevölkerung hier Lasten übernehmen muß und nicht nur die Benützer. Dabei ist interessant, daß man wieder so schöne Worte hört wie, es soll keine Erhöhung für die Bevölkerung geben, während der Stadtrat sehr deutlich von einer Tarifregulierung gesprochen hat. Wir haben klar ausgesprochen, es darf keine Erhöhung, keine zusätzliche Belastung der Bevölkerung durch solche Tarife erfolgen.

GR. Dr. Soswinski warnt davor, die Fahrtkosten für die Arbeiter durch die Betriebe tragen zu lassen, weil das bei kleineren Betrieben und Nachlassen der Konjunktur zu Schwierigkeiten für die Arbeiter führen könnte. Da es aber im Interesse der Unternehmer liegt, daß die Arbeiter in den Betrieb kommen, müssen den Unternehmern die Kosten dafür in Form einer Steuer oder in einer anderen Art auferlegt werden.

Wenn die Volkspartei davon spricht, daß man sich an den Verhandlungstisch setzen muß, dann möge sie sich erst mit dem Bund an den Verhandlungstisch setzen und dort zeigen, welche Initiative sie hat, um wirklich die Interessen der Bundeshauptstadt zu vertreten.

GR. Adelpoller (SPÖ) verweist einleitend darauf, wie schwer es ist, sich mit dem Haushaltsplan der städtischen Unternehmungen für das bevorstehende Wirtschaftsjahr zu beschäftigen, der einen Abgang von 314 Millionen Schilling verzeichnet. Er betont, daß erst durch die Maßnahmen, die im Einvernehmen mit dem Finanzreferenten der Stadt Wien durchgeführt wurden, eine Reduzierung des ursprünglich viel höheren Abganges möglich war. Der Finanzreferent von Wien, sagt er, hat als Erster in dankenswerter Weise mitgeholfen, den Abgang dieses Budgets zu verkleinern. Weniger Verständnis habe der Finanzminister gezeigt, der selbst zu den Forderungen seiner ÖVP-Kollegen, zur Verringerung des Defizits beizutragen, bis jetzt nur ein glattes "Nein" übrig hatte.

Der Redner bedauert es, daß angesichts des großen Defizits von 314 Millionen nur rund 305 Millionen für Investitionen vorgesehen werden. Den E-Werken wird es so nicht möglich sein, bei einem erhöhten Strombedarf alle wünschenswerten Kabelverlegungen durchzuführen und auch bei den Gaswerken wird man sich mit der Zurückstellung von dringenden Anschaffungen abfinden müssen. Einen kleinen Lichtblick geben die zwei Unternehmungen außerhalb der Stadtwerke, das Brauhaus und die Gewista, die einen Gewinn aufweisen und Investitionen in Höhe von mehr als drei Millionen Schilling vornehmen können.

Abschließend gibt der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die prekäre Situation bei den Wiener Stadtwerken durch Maßnahmen, für die auch die Bevölkerung von Wien Verständnis aufbringt, gemeinsam gemeistert werden wird. Die Stadtwerke gehören schließlich allen Wienern, die sicher auch verstehen, wenn Maßnahmen getroffen werden müssen, die doch letzten Endes zum Nutzen der gesamten Bevölkerung sind. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion den Ansätzen der Verwaltungsgruppe XII die Zustimmung erteilen wird.

GR. Lauscher (VO) nimmt nun zu den Ausführungen des GR. Adelpoller Stellung. Im Zusammenhang mit seiner Rede möchte er darauf verweisen, welchen Schmutz die Volkspartei in den letzten Monaten auf die Sozialisten geworfen hat. Sie ist vor keinerlei Verleumdungen zurückgeschreckt. Die Rede des GR. Adelpoller müsse einen daher die Schamröte ins Gesicht treiben. Auf all die Beuchelei und Verleumdungen von Seiten der ÖVP hätten die Sozialisten eine andere Antwort geben müssen. Ein Abweichen von sozialen Tarifen bei den Stadtwerken, insbesondere bei den Verkehrsbetrieben, könnte katastrophale Folgen für die Bevölkerung unserer Stadt haben. Das Selbstkostendeckungsprinzip sei für die Stadtwerke, im besonderen für die Verkehrsbetriebe überholt. Die Kommunisten sehen in all diesen Dingen eine Frage von großer Bedeutung für Wien und seine Arbeiterschaft. Für diese Interessen werden sie immer wieder eintreten.

GR. Marck (SPÖ) weist die Vorwürfe seines Vorredners entschieden zurück. Es komme GR. Lauscher nicht das Recht zu, die Sozialistische Partei und ihre Redner zu kritisieren oder zu zensurieren. Sie lasse sich nicht von den Marodeuren des Klassenkampfes Lehren erteilen. GR. Adelpoller habe im Namen seiner Fraktion gesprochen und gehandelt. Es ist entschieden abzulehnen, daß sich Gemeinderat Lauscher hier als Richter aufspielt (Beifall bei der SPÖ). Die Sozialisten entscheiden hier, vom Vertrauen der Bevölkerung getragen, über die Probleme des Tages. Sie sind hierzu viel kompetenter als die Kommunisten. Sie tragen ihren Wählern gegenüber die Verantwortung und auch die Verantwortung gegenüber ihrem Gewissen und der sozialistischen Überzeugung. In diesem Sinne hat Gemeinderat Adelpoller gesprochen (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Dkfm. Nathschläger stellt zu den Ausführungen des GR. Maller, der ihn als schlechten Volksvertreter bezeichnete, fest, daß er sich seit zwölf Jahren ständig bemühe, im Interesse der Bevölkerung Wiens zu arbeiten. Daß er seit jeher für die Wahrung dieser Interessen eingetreten ist, dafür gebe es genügend Beweise. Er habe immer getrachtet, die Lasten, die von der Bevölkerung getragen werden müssen, so gering als möglich zu halten. Im Interesse des Volkes werde er auch weiterhin so handeln. Die kritisierte Höhe der Abschreibungen ist unberechtigt. Sie sind von Fachleuten eher als zu nieder erachtet worden. Auch auf dem Gebiete der Investitionen stimmen die Vorwürfe nicht. Das Investitionsvolumen der E-Werke war noch niemals so hoch. Erübrigen wird es sich, daß die Kommunisten schützend für die arbeitende Bevölkerung eintreten müssen. Die beiden Koalitionsparteien vertreten innerhalb dieser Stadt rund 96 Prozent des arbeitenden Wien (Beifall bei der ÖVP). Den Antrag des GR. Maller auf Einführung einer neuen Steuer bittet der Referent abzulehnen. Auch den zweiten Antrag empfiehlt er der Ablehnung, da dieser weit darüber hinausgeht, was die Koalitionsparteien glauben vom Bund fordern zu können. Die Anregungen des GR. Maller wegen verschiedener Verkehrsverbesserungen wurden vorgemerkt. Es soll versucht werden einen Teil davon wenigstens nach der jeweiligen Möglichkeit zu erfüllen.

Zur Kritik der hohen Sperrn des Investitionsplanes ist zu sagen, daß es in Verhandlungen bestimmt gelingen wird, auch darüber hinwegzukommen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger beschäftigt sich dann mit den Ausführungen von Dr. Soswinski über den Unterschied zwischen Erhöhung und Tarifregulierung. Er verweist dabei auf die Vereinbarung der beiden Koalitionsparteien, in der es heißt: "Beide Parteien haben es daher als ihre Pflicht betrachtet, weitere Erleichterungen der budgetären Lage der Stadtwerke auf der Ausgabenseite durch kostensparende Reformen und auf der Einnahmenseite durch eine für die Bevölkerung tragbare Tarifumgestaltung zu beraten." Eine solche Umgestaltung wird auf der einen Seite Erleichterungen bringen, während auf der anderen Seite gewisse Korrekturen vorgenommen werden müssen.

Wegen der Kritik an den Abschreibungen sagte der Referent, daß in Hinkunft alle großen Investitionen aus dem Investitionsplan herausgenommen und ein außerordentlicher Investitionsplan geschaffen werde, der auch mit außerordentlichen Mitteln zu decken sein wird.

Abschließend führt Stadtrat Dkfm. Nathschläger aus, daß das, was im kommenden Jahr bei den Städtischen Unternehmungen vor sich gehen wird, sowohl ein großes politisches als auch ein wirtschaftliches Problem darstelle. Er sei jedoch überzeugt, daß es beiden Parteien gelingen wird, auch dieses Problem befriedigend zu lösen. Sein Wunsch an den Gemeinderat sei es, daß man in echt demokratischer Weise gemeinsam beraten und diskutieren möge. Dann werde es gelingen, die Unternehmungen so zu führen, wie es dem wirtschaftlichen Fortschritt und den berechtigten Anforderungen der Wiener Bevölkerung entspricht.

Bei der Abstimmung werden die Wirtschaftspläne für 1958 der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses und der Gewista ohne die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag der VO wegen einer Zwecksteuer wird gegen die Stimmen der VO abgelehnt, der Antrag der VO wegen eines Bundeszuschusses der Verkehrsbetriebe einstimmig dem Stadtsenat zur Behandlung zugewiesen.

Die Abschlußrede des Bürgermeisters

Damit sind die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958 abgeschlossen.

Bürgermeister Jonas, der den Vorsitz führt, erhebt sich und hält seine Abschlußrede:

"Hoher Gemeinderat! Meine Damen und Herren!

Alljährlich bilden die Budgetberatungen den Höhepunkt des Wirkens freigewählter Volksvertreter, weil ein gewissenhaft ausgewogener Voranschlag die wichtigste Voraussetzung einer geordneten Selbstverwaltung ist. Bei solchen Budgetberatungen kommen naturgemäß die verschiedensten Interessen zum Ausdruck, die aber dann in der Regel doch in demokratischer Weise auf eine Linie gebracht werden, die dem Gesamtwohl am nächsten kommt und schließlich auch mit dem Leistungsvermögen in Einklang steht.

Sie, die Mitglieder des Wiener Gemeinderates, haben in langwierigen und ernsten Beratungen den Haushaltsplan unserer Stadt für das Jahr 1958 mit verantwortungsbewußter Sorgfalt bestellt und die gefaßten Beschlüsse stellen nun die strenge Richtschnur dar, nach welcher die Stadtverwaltung im kommenden Jahre zu gebaren hat.

Wir brauchen gewiß unser Licht nicht unter den Scheffel stellen und dürfen mit Stolz auf die großen Aufgaben des Aufbaues zurückblicken, die seit der Wiedererrichtung der Demokratie in unserem durch die Schrecken des Krieges völlig zerrüttet gewesenen Gemeinwesen erfolgreich gelöst worden sind. Es war dies ein Weg, der beispiellose Anforderungen stellte und trotz vieler Erschwer-nisse und Widerwärtigkeiten beharrlich und steil wieder in die Höhe führte.

Andererseits dürfen wir aber auch nicht in den Fehler der Selbstzufriedenheit verfallen; denn wir müssen uns immer wieder sagen, daß noch viele schwere Aufgaben zu lösen sind und immer wieder neue Probleme auftauchen und zur Lösung drängen. Viele Wünsche sind noch offen und viele Pläne noch unverwirklicht, aber einfach nur deswegen, weil ihre gleichzeitige Erfüllung weit über die Grenzen unseres Leistungsvermögens geht.

Deshalb können manche brennend gewordenen Notwendigkeiten und viele nachdrängende neue Probleme eben nur Schritt um Schritt und auch nur nach Maßgabe der vorhandenen Mittel berücksichtigt werden.

Nach diesem Gesichtspunkt mußte schon bisher verfahren werden und auch das Budget des kommenden Jahres ist nach dieser Methode erstellt, um planvoll ein möglichst großes Ausmaß weiterer Fortschritte erzielen zu können. Nach der Schlußabstimmung über den kommunalen Haushaltsplan für 1958 drängt es mich daher, allen zu danken, die irgendwie an ihm mitgewirkt haben, ob planend, beratend, helfend oder in gesunder Kritik.

Vor allem danke ich Ihnen, meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates, für die Gewissenhaftigkeit und Umsicht, mit der sie namens der Wiener Bevölkerung von Ihrem vornehmsten Recht, dem Budgetrecht, Gebrauch gemacht haben. Besonderen Dank sage ich bei diesem Anlaß dem Herrn Amtsführenden Stadtrat Felix Slavik, der mit der Erstellung der Grundlagen dieses Budgets ein erfolgreiches Debut absolviert hat. Er konnte sich dabei auf die wertvolle Mitarbeit der für die einzelnen Verwaltungsgruppen zuständigen Stadträte stützen, und auch auf die Hilfe, die ihm der Magistratsdirektor, der Kontrollamtsdirektor, der Generaldirektor und die Direktoren der Wiener Stadtwerke mit allen ihren Organen geleistet haben (Allgemeiner Beifall). Ihnen allen, aber auch den Stenographen, der Pressestelle, dem Präsidialbüro und den Berichterstattern der Zeitungen, gilt mein aufrichtiger Dank.

Schließlich aber geht jedes Recht und jede Macht, die wir in diesem ehrwürdigen Saale üben, vom Wiener Volke aus. Von jenem Wiener Volke, das täglich aufs neue mit der Arbeit seiner Hände und Stirnen die fundamentalen Voraussetzungen des öffentlichen Wohles schafft. Unser größter Stolz darf es also immer nur sein, diesem Volke und dieser Stadt mit ganzer Hingabe zu dienen.

Alle Mittel, um auf kommunalem Gebiete soziale, gesundheitliche, kulturelle und technische Fortschritte herbeizuführen, stammen letzten Endes aus dem Arbeitsfleiß unserer Mitbürger.

Und so muß es unser oberstes Bestreben sein und bleiben, mit den öffentlichen Mitteln verantwortungsvoll, sparsam und überlegt, mit einem Worte so zu gebaren, daß große und bleibende Werte, würdig des Ranges unserer Stadt, zum Nutzen der Gesamtheit geschaffen werden. In diesem Sinne ist auch der Voranschlag für das Jahr 1958 beschlossen und damit die fruchtbare Fortführung der kommunalen Tätigkeit gesichert worden.

Ich wünsche allen Mitgliedern des Gemeinderates, sowie allen Wienerinnen und Wienern ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr!"

Der Abschlußrede des Bürgermeisters folgte der herzliche Beifall aller Gemeinderäte, die sich dabei von ihren Sitzen erheben und verstärkt applaudieren, als im Namen der drei Fraktionen die Gemeinderäte Sigmund (SPÖ), Mühlhauser (ÖVP) und Lauscher (VO) sich die Stufen hinauf zum Platz des Vorsitzenden begeben, wo sie dem Bürgermeister im Namen ihrer Parteien die besten Feiertagswünsche aussprechen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KI. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 21. Dezember 1957

Blatt 2699

Die Wiener Bevölkerung im November

=====

21. Dezember (RK) Nach dem Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien wurden im November in Wien 935 Eheschließungen, 1.088 Lebendgeburten und 2.574 Sterbefälle gezählt. Der Vergleich dieser Zahlen mit denen vom November des Vorjahres ergibt, daß heuer im November um 169 Eheschließungen und 118 Geburten mehr registriert wurden als im November 1956. Auch die Zahl der Sterbefälle übersteigt die vorjährige Vergleichszahl, und zwar um 587. Zurückzuführen ist die Erhöhung der Sterbefallzahl im Berichtsmonat gegenüber dem vorjährigen Vergleichsmonat - so wie dies auch im Oktober des laufenden Jahres festzustellen war - auf eine Zunahme der Sterbefälle infolge Erkrankungen der Atmungsorgane sowie Erkrankungen des Herzens und des Gefäß- und Kreislaufsystems.

Nach Wien zugewandert sind im November 6.113 Personen, von Wien abgewandert 4.374. Der Bevölkerungsstand Wiens hat Ende November 1,639.842 Personen betragen, das sind um 253 mehr als zu Beginn des Monats November.

- - -

60. Geburtstag von Rudolf Felmayer

=====

21. Dezember (RK) Am 24. Dezember vollendet der Schriftsteller Rudolf Felmayer das 60. Lebensjahr.

Ein gebürtiger Wiener, war er im Bankfach tätig und während des zweiten Weltkrieges dienstverpflichtet. Gegenwärtig ist er Mitarbeiter der Städtischen Büchereien und Referent in der literarischen Abteilung des Österreichischen Rundfunks. Felmayer ist vor

./.

allem Lyriker. Sein erster, 1935 erschienener Gedichtband "Die stillen Götter" wurde mit dem Julius Reich-Preis ausgezeichnet. Das Bändchen "Östliche Seele im Tode" wurde 1945 von Leopold Liegler herausgegeben. 1948 erschien die Sammlung "Gesicht des Menschen". Besonders verdienstvoll ist die Tätigkeit, die Felmayer als Herausgeber, als Funktionär des Schriftstellerverbandes und des PEN-Clubs, als Lektor, Vortragender und Veranstalter von Dichterlesungen in Volksbildungshäusern ausübt. Seine Wirksamkeit kommt der zeitgenössischen österreichischen Literatur und jungen oder unbekanntem Autoren sehr zugute. Dies beweisen die Anthologien "Tür an Tür" und "Dein Herz ist deine Heimat" sowie die Reihe "Neue Dichtung aus Österreich", von der bereits 42 Bändchen erschienen sind, die neben prominenten auch viele zu Unrecht vergessene und ganz neue Namen enthalten.

- - -

Warum ist Wien als Kongreßstadt beliebt?

=====

21. Dezember (RK) Mit der fünften Sendung "Österreich, dein Herz ist Wien" fand diese beliebte Sendereihe für das Jahr 1957 ihr Ende. Mit dieser Sendung war eine Hörerbefragung verbunden, die den Zweck hatte, den Grund für die Beliebtheit Wiens als Kongreßstadt zu eruieren. Diese Hörerbefragung war keine bloße Neugier bestimmter amtlicher Stellen, sondern sollte für eine erhöhte Werbetätigkeit der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien richtungweisend sein. Es ist nun interessant, die Meinungen des In- und Auslandes kennenzulernen. Welche Bedeutung selbst das Ausland dieser Frage beilegte, geht aus den zahlreichen Zuschriften hauptsächlich aus den Nachbarstaaten unseres Landes hervor.

Es mag die Wiener mit einer gewissen Befriedigung erfüllen, wenn die Mehrzahl der Zuschriften die Frage nach der Berufung Wiens zur Kongreßstadt folgendermaßen beantwortet:

Für Wiens Beliebtheit als Kongreßstadt gaben von allen Einsendern an:

./.

weil der Wiener ein liebenswürdiges und gemütliches Wesen besitzt	17 %
weil Wiens zentrale Lage zur Kongreßstadt prädestiniert . .	16 %
weil Wien eine "Musik- und Theaterstadt" ist	16 %
weil Wien die Hauptstadt eines neutralen Landes ist	15 %
weil Wien die Weltstadt der Künste ist	12 %
weil Wien eine internationale Fremdenverkehrsstadt ist . . .	6 %
weil Wien "immer Saison" hat	5 %
weil Wien verschiedene Vorzüge aufweist	13 %

Die Hörerzuschriften aus den Bundesländern und aus dem Auslande überwogen die Wiener Einsendungen. Sollten Bundesländer und Ausland Wien mehr würdigen, als es der Wiener tut? Wenn ja, dann zeigt dies eine übergroße Bescheidenheit.

- - -

Der Rathausmann wünscht frohe Weihnachten!

=====

21. Dezember (RK) Seit gestern wünscht allabendlich auch der "Eiserne Rathausmann" den Wienern frohe Feiertage. Von Scheinwerfern angestrahlt, hebt sich das alte Wiener Wahrzeichen an der Spitze des Rathauses vom Himmel ab. Der Rathausmann bleibt bis 6. Jänner, solange der Weihnachtsbaum auf dem Rathausplatz steht, jeden Abend beleuchtet.

- - -

Die Städtischen Büchereien zu den Feiertagen

=====

21. Dezember (RK) Die Ausleihtag für die Städtischen Büchereien sind in der Weihnachtswoche Freitag, den 27., und Samstag, den 28. Dezember, in der Neujahrswoche Montag, den 30. Dezember, Donnerstag, den 2. Jänner, Freitag, den 3. Jänner und Samstag, den 4. Jänner.

- - -

Durchführungsverordnung zum Garagengesetz erschienen
=====

21. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält die Durchführungsverordnung der Wiener Landesregierung zum neuen Garagengesetz. In der Verordnung werden bekanntlich bei Neubauten die erforderlichen Abstellplätze vorgeschrieben.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Neues Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei, 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

- - -

Weihnachtswünsche und Weihnachtsfeiern
=====

21. Dezember (RK) Drei reizende Schülerinnen der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf eröffneten heute früh unter Führung ihres Direktors Otto Liewehr den Reigen der Weihnachtsgratulanten bei Bürgermeister Jonas. Die Modeschülerinnen überreichten dem Bürgermeister und Stadtrat Mandl, der ebenfalls anwesend war, selbstverfertigte Ledermappen.

Kurze Zeit später brachten ein Bub und ein Mädchel von der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe ihre Weihnachtswünsche dar. Sie gaben dem Bürgermeister eine kunstvoll verfertigte Holzkassette, eine holzgeschnittene Figur und ein mit Wiener Motiven besticktes Tischtuch. Die nächsten waren Kinder aus städtischen Kindergärten. Sie brachten einen kompletten kleinen Christbaum und ein Lebkuchenhaus, dessen Dach mit Zuckerwerk gedeckt war. Bürgermeister Jonas schlug den Kindern ausnahmsweise ein großzügiges Abbauprogramm vor, das sie gerne erfüllten. In kurzer Zeit war das hübsche Haus nur mehr eine Ruine. Der Zentralinspektor für die städtischen Kindergärten und Horte, Dr. Kothbauer, gratulierte im offiziellen Teil im Namen des gesamten Personals.

Den vormittägigen Reigen der Gratulanten beschlossen zwei Kinder, die durch das Wiener Jugendhilfswerk einen Erholungsaufenthalt im Wijug-Heim Lehenhof genießen konnten.

Heute abend wohnt Bürgermeister Jonas der Weihnachtsfeier

im Elisabethspital und der Feier im Lehrmädchenheim Nußdorf bei. Am späten Abend besucht der Bürgermeister noch die Weihnachtsfeier der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien im Rathauskeller. Einer großen Zahl von Weihnachtsfeiern, zu denen allen der Bürgermeister aus Zeitmangel nicht persönlich erscheinen konnte, haben in diesen Tagen Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger und die übrigen Mitglieder des Wiener Stadtsonates beigewohnt. Insgesamt stehen auf der Liste des Präsidialbüros 98 Weihnachtsfeiern in verschiedenen städtischen Anstalten, an denen jeweils ein Vertreter des Wiener Gemeinderates teilnimmt.

- - -

Wieder eine Hundertjährige in Lainz
=====

21. Dezember (RK) Der zweitälteste Pflegling des städtischen Altersheimes Lainz, Frau Christine Eichinger, vollendet heute ihr 100. Lebensjahr. Bürgermeister Jonas stattete der Jubilarin aus diesem Anlaß einen Besuch ab, um ihr die Glückwünsche und die Ehrengabe der Stadtverwaltung zu überbringen. Der weiße Fliederstrauß, den ihr der Bürgermeister als Vorschuß auf ihren 100. Frühling überreichte, war, wie ihm die Jubilarin gestand, das erste für sie allein bestimmte Bukett in ihrem langen Leben. Die Grüße der Hietzinger übermittelten Bezirksvorsteher Florian und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Fischer.

Frau Eichinger blickt auf ein arbeitsreiches Leben zurück. Mit 17 Jahren kam sie aus dem Strakonitzer Bezirk, aus der Gegend der böhmischen Dudelsackpfeifer, nach Wien und wohnte viele Jahrzehnte in Favoriten. Seit mehr als 40 Jahren ist sie Witwe. Von ihren acht Kindern leben nur mehr fünf. Sie ist schon seit vielen Jahren bettlägerig, aber an ihrem 100. Geburtstag fühlte sich die Greisin wohl, wie schon lange nicht. Sie bestellte sich ein ausgiebiges Frühstück und war in bester Laune.

Außer Frau Christine werden heuer noch vier Frauen zum 100. Male das Weihnachtsfest erleben. Das sind aber nur die "jüngeren" unter den insgesamt sieben Wienerinnen und zwei Wienern, die das 100. Lebensjahr überschritten haben. Frau Aloisia Schobel aus Ottakring wird heuer schon zum 104. Male Weihnachten feiern.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 23. Dezember 1957

Blatt 2704

Wiener Fremdenverkehr im November

=====

23. Dezember (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Wiener Fremdenverkehr im November. Demnach wurde von den Beherbergungsbetrieben der Aufenthalt von insgesamt 40.321 Fremden gemeldet, darunter 19.768 Besucher aus dem Ausland. Die Zahl der gemeldeten Übernachtungen betrug 113.554. Demnach sind gegenüber dem November des Vorjahres um 4.777 ausländische Gäste weniger nach Wien gekommen, die Zahl der Inlandbesucher hat um 432 zugenommen.

Die meisten ausländischen Besucher kamen aus der Deutschen Bundesrepublik, nämlich 5.085. Aus den Vereinigten Staaten sind 3.024, aus Italien 1.428, aus der Schweiz 993, aus England 833 und aus Frankreich 586 Gäste nach Wien gekommen.

In den Jugendherbergen waren 1.676 Jugendliche einquartiert, darunter 482 Ausländer.

- - -

Neuer Direktor der Lager- und Kühlhaus-Ges.m.b.H.

=====

23. Dezember (RK) In der Hauptversammlung der Lager- und Kühlhaus-Ges.m.b.H. am Samstag wurde über Vorschlag des Vorsitzenden des Aufsichtsrates Stadtrat Dkfm. Nathschläger der langjährige Prokurist der Gesellschaft Karl Steffan zum Direktor und Geschäftsführer bestellt.

- - -

Die Straßenbahn zu Weihnachten

=====

23. Dezember (RK) Am Mittwoch, dem 25. (Christtag), und Donnerstag, den 26. Dezember (Stephanitag), sowie am Mittwoch, dem 1. Jänner, gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 3.60 S im Tarifgebiet I oder II und auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf" sowie die Zweifahrten-Kinderfahrtscheine zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit. Ebenso gelten alle Wochenkarten einschließlich der Autobus- (Obus-) Wochenkarten mit Ausnahme der Autobus- (Obus-) Schülerwochenkarten.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 1.90 S-Fahrtschein (im Vorverkauf 1.85 S).

Die Vorverkaufsstellen sind am Dienstag, dem 24. Dezember, von 6.30 bis 14 Uhr, am Dienstag, dem 31. Dezember, ganztägig und am Mittwoch, dem 1. Jänner, von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Mittwoch, dem 25., und Donnerstag, den 26. Dezember, bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse, 6, Rahlgasse 3, ist am Dienstag, dem 31. Dezember, von 8 bis 15 Uhr geöffnet, hingegen von Montag, den 23., bis Donnerstag, den 26. Dezember, und am Mittwoch, dem 1. Jänner, geschlossen.

Am Montag, dem 23. Dezember, ist ein Schalter für den Fahr-scheinverkauf von 8 bis 12 Uhr geöffnet.

- - -

Bürgermeister Jonas empfängt russische Lehrer
=====

23. Dezember (RK) Eine Gruppe von russischen Lehrern ist nach einer Rundfahrt durch Österreich gestern wieder in Wien eingetroffen. Die sowjetische Delegation unter Führung von Prof. Smirnow, dem Leiter der Akademie der pädagogischen Wissenschaften in Moskau, besuchte heute vormittag das Wiener Rathaus. Sie wurde von Bürgermeister Jonas im Beisein von Stadtschulratspräsident Dr. Zechner im Roten Salon empfangen. Die sowjetischen Pädagogen, die Gelegenheit hatten, mehrere österreichische und Wiener Schulen kennenzulernen, zeigten sich sehr beeindruckt von dem Gesehenen.

Prof. Smirnow versicherte dem Bürgermeister, daß er mit Freude zu Hause über die freundliche Aufnahme in Österreich berichten werde. Er werde auch von dem vielen Interessanten und Neuen berichten, das er und seine Landsleute in den Wiener Schulen kennenlernen konnten. Bürgermeister Jonas gab seiner Freude Ausdruck, daß es den russischen Gästen in Wien gut gefallen habe und überreichte ihnen zur Erinnerung an den Aufenthalt in der österreichischen Bundeshauptstadt kleine Erinnerungsgaben. Im Anschluß an den Empfang wurde der Gemeinderatssitzungssaal und der Große Festsaal des Wiener Rathauses besichtigt.

Die russischen Lehrer werden morgen Wien verlassen, um in die Sowjetunion zurückzufliegen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, Kl. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 24. Dezember 1957

Blatt 2707

Sühne für den Christbaumraub:

Ein Jahr lang Gutes tun!

=====

24. Dezember (RK) 1.25 Meter "groß" und 10 Jahre alt ist der Kleinste der Buben, die heute früh in polizeilicher Begleitung schuldbewußt das Arbeitszimmer des Bürgermeisters betraten. Es waren die Kinder, die ausgerechnet am Sonntag vor Weihnachten den Ruf der Wiener Jugend durch ihren unbedachten Christbaumraub schwer beeinträchtigten. Mit den kleinen Übeltätern waren auch die drei Mädchen, Gabriele, Renate und Susanne gekommen, die Frau Handler aus Hernals mit einem Christbaum ein wenig Weihnachtsfreude bereiten wollten.

Bürgermeister Jonas und Stadtrat Slavik lobten die Mädchen für ihre gute Absicht und wuschen dafür den Buben ordentlich den Kopf. Bei jeder Gelegenheit, so sagte der Bürgermeister, verteidige ich die Wiener Kinder, und Ihr habt nun alles zerstört. Ich bin wirklich böse auf Euch, denn ihr könnt nicht wieder gut machen, was Ihr durch Eure Untat angestellt habt. Als Sühne schlug der Bürgermeister vor, daß die Buben am 24. Dezember des nächsten Jahres wieder zu ihm ins Rathaus kommen müssen, um über alle guten Taten zu berichten, die sie während dieser Zeit vollbracht haben. Außerdem verpflichteten sich die Lauser mit Handschlag, einen Monat lang für Frau Handler, der der Christbaum von den Mädchen zugebracht war, Hilfsdienste zu leisten.

Bürgermeister Jonas übergab schließlich den Buben ein großes Paket mit Lebensmitteln und Leckerbissen für Frau Handler. In einem beiliegenden Schreiben heißt es: "Ohne Ihren Willen wurden Sie am Sonntag in eine Angelegenheit verwickelt, die in der Wiener Bevölkerung berechtigten Unmut hervorgerufen hat. Mit dem beifolgenden

./.

Paket will ich versuchen, Ihre getrübe Weihnachtsstimmung zu verbessern."

Zusammen mit den Mädchen gingen dann die Übeltäter zu Frau Handler um das Paket zu überbringen, sich zu entschuldigen und ihre Dienste zur Wiedergutmachung anzubieten.

- - -

Alexander Baumann zum Gedenken

=====

24. Dezember (RK) Auf den 26. Dezember fällt der 100. Todestag des Schriftstellers und Mundartdichters Alexander Baumann.

Am 7. Februar 1814 in Wien geboren, erhielt er eine Stelle im Staatsarchiv, wo Grillparzer sein Kollege war. Weite Reisen führten ihn bis nach Ägypten und Nubien. Er starb erst 43 Jahre alt in Graz und wurde auf dem Wiener Zentralfriedhof in einem Ehrengrab bestattet. Baumann hat nur ein Werk von geringem Umfang geschaffen. Er war aber in Künstlerkreisen und in den gehobenen Gesellschaftsschichten sehr bekannt und gehörte zu jenen Gestalten, die dem kulturellen Leben der Biedermeierzeit in Wien eine persönliche Note verliehen. Sein Haus war ein Treffpunkt für Literaten und Freunde der Poesie. Alexander Baumann hat den alpenländischen Dialekt in die Dichtung eingeführt. Einige seiner Mundartgedichte, die teilweise von ihm selbst vertont wurden, sind tief ins Volk gedrungen und haben ihren Verfasser in Vergessenheit geraten lassen. Seine kleinen Dialektschauspiele fanden sogar Eingang in das Burgtheater. Der Schwank "Das Versprechen hinterm Herd" ist heute noch bekannt.

- - -

Der Bürgermeister besuchte Inge
=====

24. Dezember (RK) Wie bekannt, ereignete sich Samstag abend ein gräßlicher Straßenbahnunfall bei dem das 14jährige Lehrmädchen Inge Wady das rechte Bein verlor. Bürgermeister Jonas besuchte heute vormittag Inge in der I. Unfallstation im Allgemeinen Krankenhaus um sich nach dem Befinden des Mädchens zu erkundigen. Inge trägt den schweren Schicksalsschlag der sie getroffen hat, mit erstaunlicher Fassung. Wie Prof. Dr. Schönbauer dem Bürgermeister berichten konnte, ist auch das Befinden des Mädchens relativ gut. Als kleinen Trost übergab der Bürgermeister Inge Wady eine goldene Armbanduhr als Weihnachtsgeschenk.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 27. Dezember 1957

Blatt 2710

Glatte Feiertagsbilanz

=====

27. Dezember (RK) So manches Feiertagsprogramm mußte heuer durch die unfreundliche Glatteisbescherung umgestellt werden. Für viele Wiener blieben somit die Weihnachten diesmal das, was sie sein sollen, ein stilles Familienfest beim häuslichen Herd.

Die Frequenz auf der Straßenbahn war am 24. Dezember durch einen außerordentlich schwachen Berufsverkehr gekennzeichnet. Kurz nach mittag setzte, wie alle Jahre, ein sehr starker Friedhofsverkehr ein, der auf den Linien zum Zentralfriedhof sogar noch stärker war als im Vorjahr. Auch am Weihnachtsabend selbst war der Besucherverkehr sehr lebhaft. An den beiden Feiertagen war dagegen der Verkehr in den Vormittagsstunden sehr schwach. Erst am Nachmittag, besonders zur Zeit der Spitalsbesuche, wurde es auf allen Linien wieder etwas lebhafter. Die stärksten Frequenzzahlen brachte der Abend des zweiten Feiertages.

Die Feuerwehr der Stadt Wien wurde am 24. Dezember insgesamt 20mal alarmiert. Die aufregendste Ausrückung am Heiligen Abend galt einem Christbaumbrand in der Siedlung an der Ödenburger Straße in Floridsdorf. Der Christbaum verbrannte samt dem Schrebergartenhaus, und der Besitzer hatte Glück, daß er mit Brandwunden davonkam. Am ersten Feiertag ist die Feuerwehr elfmal ausgerückt und am Stephanie- tag sogar nur fünfmal. Dies war der ruhigste Tag der Feuerwehr seit vielen Jahren überhaupt. Etwas anstrengender ging es beim Städtischen Rettungsdienst zu, der am 24., 25. und 26. Dezember insgesamt 240mal ausfahren mußte. In mehr als 100 Fällen wurde er zu Hilfeleistungen bei kleineren, durch das Glatteis verursachten Unfällen gerufen.

Den Bediensteten der Stadtreinigung brachte der Nachmittag des

./.

24. Dezembers ein jähes Ende der Feiertagsfreuden, als zwischen 15 und 16 Uhr ein leichtes Nieseln das gesamte Stadtgebiet in ein glattes Eisparkett verwandelte. Die sofort begonnenen Streuarbeiten konnten mit dem halben im Dienst befindlichen Personal nicht bewältigt werden, sodaß mit Hilfe der Polizei und des Rundfunks sämtliche Bedienstete der Straßenreinigung samt Lenker und Mitfahrern zum Dienst einberufen werden mußten. Am Weihnachtsabend standen dann insgesamt 821 Bedienstete und 97 Lastkraftwagen in Dienst. In allen Bezirken Wiens wurden ununterbrochen Streuarbeiten durchgeführt. Das andauernde Nieseln machte jedoch jede Bestreuung rasch wieder wirkungslos, sodaß die Abstumpfungsarbeiten mit Splitt und Salz den ganzen Christtag durch und zum Teil auch in der folgenden Nacht fortgesetzt werden mußten. Erst mit Eintritt der Wetterbesserung am Stephanitag mittags konnten die Streuarbeiten eingestellt werden. Am ersten Feiertag waren 674 Straßenarbeiter und 67 Lastkraftwagen, am Stephanitag 683 Bedienstete und 33 Lastkraftwagen im Dienst.

- - -

Turmblasen zum Jahresausklang

=====

27. Dezember (RK). Die Wiener Stadtverwaltung wird auch heuer der Wiener Bevölkerung zum Jahreswechsel musikalische Grüße entbieten. Am Silvesterabend musiziert der Trompeterchor der Stadt Wien unter Leitung von Josef Hadraba auf der Loggia des Rathaus-turmes.

Das Programm beginnt mit Beethovens "Die Ehre Gottes in der Natur" und leitet dann mit einer "Festmusik" von Hans Albrecht und "Fünf kleinen Stücken" von Robert Ernst zu einer Folge von Weihnachtsliedern über. Nach der Fanfare "Jubilata" von Josef Hadraba schließt das Konzert mit einem großen Potpourri beliebter Strauß-Melodien.

Nach dem Bläserkonzert, das um 18 Uhr beginnt und eine halbe Stunde dauert, wird Bürgermeister Jonas eine Neujahrsansprache halten. Die Rede wird auf den Rathausplatz übertragen.

Die Wiener Stadtverwaltung ladet alle Wienerinnen und Wiener ein, am 31. Dezember, um 18 Uhr, auf den Rathausplatz zu kommen. Die Veranstaltung ist frei zugänglich.

- - -

Vizebürgermeister Honay bei den verlassenen Kindern in
=====

Sulzbach-Ischl
=====

27. Dezember (RK) Das Wiener Jugendhilfswerk hat aus städtischen und privaten Erziehungsheimen 178 Kinder, denen Weihnachtsfreuden im Kreise der Familie versagt sind, weil sie verwaist sind oder aus zerrütteten Familien stammen, in die beiden Erholungsheime Sulzbach-Ischl und Stollhof an der Hohen Wand auf Weihnachtsferien geschickt. Außer schulpflichtigen Kindern wurden aus der Erziehungsanstalt Eggenburg auch einige Lehrlinge eingeladen. Für die Weihnachtsgeschenke dieser Kinder wurden 20.000 Schilling bereitgestellt. In beiden Heimen fanden stimmungsvolle Feiern statt. Die Kosten des dreiwöchigen Erholungsaufenthaltes dieser Kinder werden von der städtischen Erholungsfürsorge gedeckt.

Das Wiener Jugendhilfswerk wird auch im nächsten Jahr diese schöne Aktion wiederholen.

Am Donnerstag hat der städtische Wohlfahrtsreferent, Vizebürgermeister Honay die Kinder in Sulzbach-Ischl besucht. Er wurde von der Heimleiterin Preywisch begrüßt und konnte sich im Gespräch mit den städtischen Schützlingen von dem guten Erfolg dieser Einrichtung überzeugen.

Die Kinder bleiben bei guter Verpflegung und liebevoller Betreuung bis zum 7. Jänner in dem landschaftlich schön gelegenen Heim. Es war rührend, mit welcher Freude sie dem Vizebürgermeister ihre Weihnachtsgeschenke zeigten.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 27. Dezember

=====

27. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Inland Neuzufuhren: 7826 Schweine. Alle verkauft.

Preise: Extremware 14.- S, 1. Qualität 13.70 bis 14.- S, 2. Qualität 13.10 bis 13.70 S, 3. Qualität 12.- bis 13.- S, Zuchten 11.50 bis 12.90 S, Altschneider 9.50 bis 11.40 S. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich um 3 Groschen je Kilogramm und beträgt 13.33 S je Kilogramm.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 28. Dezember 1957

Blatt 2714

Die Straßenbahn in der Silvesternacht

=====

28. Dezember (RK) In der Silvesternacht vom 31. Dezember auf den 1. Jänner wird, wie alljährlich, auf einzelnen Radial- und Rundlinien der Straßenbahn, anschließend an den Tagverkehr, ein Nachtverkehr bis etwa 5 Uhr ab Ring und Kai eingerichtet.

Die in der Silvesternacht betriebenen Linien sind aus den in den Wagen angebrachten Anschlägen zu ersehen. Der Nachtfahrpreis beträgt für jede Person 3.80 S. Tagesfahrtscheine, Kinderfahrtscheine, Wochenkarten und Zeitkarten haben auf den Nachtverkehrszügen keine Gültigkeit.

- - -

Anton Grassi zum Gedenken

=====

28. Dezember (RK) Auf den 31. Dezember fällt der 150. Todestag des Bildhauers Anton Grassi.

Am 26. Juni 1755 in Wien geboren, war er Schüler der Akademie und genoß den Unterricht von Franz Xaver Messerschmidt. Nach der Ausbildung wurde er zuerst Mitarbeiter Wilhelm Beyers bei der Anfertigung der Figuren für den Schloßpark von Schönbrunn und dann Modelleur, später Modellmeister in der Wiener Porzellanmanufaktur, die durch ihn in der Figuralplastik einen Höhepunkt erreichte.

1790 erfolgte seine Wahl zum Mitglied der Akademie, 1794 wurde ihm nach einem Aufenthalt in Italien und Frankreich die Leitung der Malklasse und zugleich die Stelle eines Korrektors für Historien- und Landschaftsmalerei übertragen, die er bis zu seinem Tode behielt. Anton Grassi war wie sein jüngerer Bruder Josef, der als

./.

Maler und Porträtist hoch geschätzt wurde, ein hervorragender Künstler. Von ihm stammten zahlreiche in Porzellan ausgeführte Gruppen, Statuetten und Büsten bedeutender Persönlichkeiten. Sein Schaffen gliedert sich stilmäßig in zwei Perioden. Vor der 1792 unternommenen Italienreise sind seine meist bunten Porzellangruppen als Ausläufer des Wiener Rokoko zu bezeichnen. Nachher folgte er in Anlehnung an antike Vorbilder dem Klassizismus und zog einfachere Erfindung sowie nichtfarbiges Biskuitporzellan vor. Werke von ihm befinden sich am Österreichischen Museum für Kunst und Industrie, in der Österreichischen Galerie und im Historischen Museum der Stadt Wien. Unter ihnen sind die Büsten von Joseph Haydn, Antonio Canova, Kaiser Franz und Erzherzog Karl besonders erwähnenswert.

- - -

Ballkalender

=====

28. Dezember (RK) Bis gestern wurden beim Referat Vergnügungssteuer im Wiener Rathaus insgesamt 178 Tanzveranstaltungen angemeldet, darunter 104 größere Bälle. Bei 38 Veranstaltungen beträgt die Kartenaufgabe mehr als 1.000 Eintrittskarten. In der ersten Jännerwoche, einschließlich Sonntag, den 5. Jänner, finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt.

Mittwoch: Sophiensaal (Musikkorps der Wiener Sicherheitswache).

Samstag: Sophiensaal (Allgemeiner Turnverein Wien), Konzert-
haus (Kultur- und Sportverein der Wiener Verkehrsbetriebe), Schwechater-Hof (Geselligkeitsverein der Sicherheitswache), Wim-
berger (ÖAAB - Kreditanstalt Bankverein), Simmeringer-Hof (Sicher-
heitswache Simmering), Baumgartner Kasino (Sportklub "Phönix").

Sonntag: Sophiensaal (Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter), Konzerthaus (Angestellte der Firma Gerngroß), Messepalast (Verband der Zollwachebeamten), Kursalon (Klub der Wiener Bäckermeister-
söhne), Schwechater-Hof (Fachgruppe der Installateure, Alt-Katho-
lische Kirchengemeinde), Wimberger (Geselligkeitsverein "Selbst-
hilfe"), Simmeringer-Hof (Trachtenverein "Bergheimat"), Gschwand-
ner (Post- und Telegraphenbedienstete).

- - -

Aus dem Tätigkeitsbericht der
=====

Wiener Land- und Forstwirtschaftsinspektion
=====

28. Dezember (RK) Die Wiener Landesregierung hat vor kurzem den vom Amt der Wiener Landesregierung, Land- und Forstwirtschaftsinspektion Wien, erstatteten Tätigkeitsbericht für die Zeit von 1955 bis 1956 genehmigt.

Aus diesem Bericht geht unter anderem hervor, daß die Organe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion bei 3.606 vorgenommenen Betriebsinspektionen die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über den Schutz der Dienstnehmer in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Wien überwacht haben. Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion war in Ausübung der ihr nach dem Gesetz obliegenden Arbeitsaufsicht vor allem bestrebt, die Inhaber der kontrollierten Betriebe bei Erfüllung der Pflichten gegenüber ihren Dienstnehmern durch eingehende Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Belangen und durch Aufklärung über die Notwendigkeit und den Gebrauch von Schutzvorrichtungen zu unterstützen. Ihr Wirken zielte dabei in erster Linie darauf ab, die in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten vor gesundheitlichen und materiellen Schäden zu bewahren.

Die durchgeführten Kontrollbesuche haben gezeigt, daß in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Wiens auf die Einhaltung der in Geltung stehenden arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften zumeist Bedacht genommen wird, sodaß erfreulicherweise nur verhältnismäßig wenige Betriebe beanstandet werden mußten. Hingegen erwiesen sich die Verhältnisse auf dem Gebiete der Unfallverhütung noch als weniger befriedigend. Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion des Amtes der Wiener Landesregierung war daher bemüht, Gefahrenquellen auszuschalten. Neben der fortlaufend durchgeführten Kontrolltätigkeit hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion die ihr zugekommenen Mitteilungen über Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften und über Arbeitsunfälle jeweils zum Anlaß einer genauen Überprüfung genommen und hat wiederholt durch ihre vermittelnde Tätigkeit zur gütlichen Beilegung von Streitigkeiten aus

dem Arbeitsverhältnis beigetragen.

Weiter hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion als begutachtendes Fachorgan in der Land- und Forstwirtschaft Gutachten zu Arbeitsunfällen im Interesse der Klärung der Verschuldensfrage sowie bei behördlichen Verfahren zur Erteilung von Betriebsbewilligungen Gutachten über Schutzvorkehrungen erstattet.

- - -

366 Alarmfälle im November

=====

28. Dezember (RK) Im Tätigkeitsbericht der Feuerwehr der Stadt Wien für den Monat November werden insgesamt 366 Alarmfälle ausgewiesen, das sind um 103 Ausrückungen weniger als im November des Vorjahres. Im November ereigneten sich in Wien zwei Mittelbrände, 85 Kleinbrände und acht Rauchfangbrände. Bei Behebung von Verkehrsstörungen mußte die Feuerwehr 69mal, bei Behebung von sonstigen, nicht durch Feuer verursachten Gefahren oder Sachschäden 145mal intervenieren. Außerdem wurden 29 Untersuchungen durchgeführt. In 28 Fällen erwiesen sich die Anrufe als "blinder Lärm". Nach vielen Monaten gab es diesmal keine einzige Mystifikation.

- - -

Heute früh um 4.15 Uhr:

Abermals Glatteisalarm für Straßenarbeiter

=====

28. Dezember (RK) Ähnlich wie am Nachmittag des 24. Dezember mußte heute um 4.15 Uhr früh, als sich kurz vorher, von Süden kommend, neuerlich über das ganze Stadtgebiet Nebel und eisiges Nieseln ausbreiteten, das Personal der Straßenpflege auf schnellstem Weg zum Dienst einberufen werden. Diese schwierige Aufgabe wurde mit Hilfe der Polizei durchgeführt. Insgesamt sind zum frühzeitigen Dienstbeginn 973 Bedienstete der Straßenpflege angetreten. Die Bestreuung der Übergänge sowie der wichtigsten Verkehrsflächen wurde sofort in Angriff genommen. Noch in den frühen Morgenstunden sind 78 Lastkraftwagen im Streumaterial ausgefahren.

- - -

Kinderkrankenschwestern erhielten ihre Diplome
=====

28. Dezember (RK) Zum zehnten Mal nach dem Kriege wurden heute vormittag bei einer Feier im Preyerschen Kinderspital die Diplome für Kinderkrankenschwestern verliehen. 14 junge Mädchen erhielten aus der Hand von Vizebürgermeister Weinberger das Diplom. Neun von ihnen haben die Prüfungen mit Auszeichnung bestanden. Die Schwesternschule im Preyerschen Kinderspital erfreut sich unter den Wiener Schwesternschulen eines besonders guten Rufes. Der Lehrplan trägt auch ^{praktischen} den Erfordernissen des Lebens Rechnung. So lernen die Schwestern im Sommer im nahen Amalienbad schwimmen, im Winter werden innerhalb des Turnunterrichtes Tanzkurse abgehalten.

Bei der Feier, an der als Ehrengäste mehrere Gemeinderäte, der Bezirksvorsteher und hohe Beamte der städtischen Gesundheitsverwaltung teilnahmen, begrüßte zunächst der Primarius des Preyerschen Kinderspitales, Gemeinderat Dr. Eberle. Vizebürgermeister Weinberger, der die Diplome verteilte, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Stadt Wien heuer in einer Kinderklinik mit den Diplomfeiern begonnen hat, die nun zum Ende des Jahres im Preyerschen Kinderspital ihren Abschluß finden. Er freue sich über jede Schwester, die gut ausgebildet in unsere Spitäler kommt, besonders aber, daß die jungen Schwestern, die heute ihre Diplome erhalten, sich alle entschlossen haben, in Wien zu bleiben. Abschließend wünschte der Vizebürgermeister den frischgebackenen Diplomschwestern viel Glück und Erfolg für die Zukunft.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 30. Dezember 1957

Blatt 2719

Überblick über 1957

=====

30. Dezember (RK)

In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien gab Bürgermeister Jonas Sonntag, den 29. Dezember, einen Überblick über das zu Ende gehende Jahr 1957 und die in dieser Zeit geleistete Arbeit. Der Bürgermeister führte aus:

"Als in der vergangenen Woche der Wiener Gemeinderat über das Gemeindebudget für das Jahr 1958 verhandelte, gaben die Amtsführenden Stadträte umfassende und sehr interessante Berichte über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Jahr. Dazu brachten viele Mitglieder des Gemeinderates in der Debatte eine Fülle von Anregungen und kritischen Bemerkungen vor. Die ganze Vielfalt und der große Umfang der Gemeindeaufgaben kam während der Budgetberatungen besonders deutlich zum Ausdruck, und ich wäre froh, wenn ich Ihnen heute^{nur} einen Bruchteil dessen mitteilen könnte, was für die meisten von Ihnen von Interesse wäre. Dazu ist die Zeit leider zu knapp. Ich erinnere mich aber, daß ich zum vergangenen Jahresende ebenfalls versuchte, Ihnen einen Überblick über das alte Jahr zu geben, und so nahm ich mir diesen vorjährigen Bericht zum Vorbild. Das hat den willkommenen Vorteil, daß man viel leichter Vergleiche anstellen kann und den Unterschied zum vergangenen Jahr deutlicher sieht.

Vor allem können wir die erfreuliche Feststellung machen, daß die wirtschaftlich günstige Lage weitergedauert, ja sogar noch eine leichte Steigerung erfahren hat. Über den November des vergangenen Jahres berichtete ich Ihnen, daß die Gebietskrankenkasse Wien um 20.000 Versicherte mehr zählte als im Vorjahr und damit zu einer Gesamtmitgliederzahl von 601.000 Versicherten gelangte. Da wir damals auf dem Arbeitsmarkt fast keine Reserven mehr hatten, war ich der Meinung, daß ein weiteres Steigen der Beschäftigung

./.

kaum mehr möglich sei. Aber diese Meinung war nicht richtig. Im November 1957 meldet die Wiener Gebietskrankenkasse einen Versichertenstand von 616.000 erwerbstätigen Mitgliedern, so daß die Zahl der Beschäftigten gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres doch wieder um 15.000 gestiegen ist. Das ist eine imponierende Zahl und ein Beweis, daß in unserer Stadt unter dem Aufgebot aller Kräfte gearbeitet wird. An diesen großen Leistungen hat die private Wirtschaft ebenso Anteil wie die öffentliche; der Erfolg kommt der Bevölkerung insgesamt zugute. Die Lebenshaltung ist zweifellos anhaltend gut gewesen, und ich darf hierfür als ein auffallendes Zeichen die Tatsache vermerken, daß der Stand der Spareinlagen wieder beträchtlich gestiegen ist. Während zum Beispiel die Steigerung bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien im Jahre 1956 287 Millionen betrug, vermehrten sich die Spareinlagen im heurigen Jahre um 439 Millionen Schilling und erreichten damit den Betrag von 1 Milliarde 677 Millionen Schilling. Für mich ist es besonders erfreulich zu hören, daß bei dem gleichen Institut die Zahl der jugendlichen Sparer in einem Jahr von 28.000 auf 48.000 gestiegen ist. Das ist ein schönes Zeichen dafür, daß unsere Jugend den Wert des Sparens und damit den Wert des Planens erkennt.

Von der großen Kaufkraft der Bevölkerung hat unsere Geschäftswelt gerade zu den Weihnachtsfeiertagen einen großen Vorteil. Der Silberne und der Goldenen Sonntag zeigten uns das besonders deutlich. Es war wahrscheinlich für die Angestellten der Warenhäuser unangenehm, daß am Silbernen Sonntag der Andrang der Käufer so groß war, daß manche Geschäfte vorübergehend polizeilich gesperrt werden mußten und daß sogar der Autoverkehr von der Mariahilfer Straße abgelenkt werden mußte. Aber ich habe mich gefreut darüber, weil das für mich ein Beweis war, daß der Kreislauf der Wirtschaft sehr gut funktioniert. Wer fleißig arbeitet, soll sich auch etwas leisten können. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang - ohne ein Spaßverderber sein zu wollen - auf einen Umstand hinweisen, der mir nicht gefällt. Stadtrat Mandl berichtete in der Budgetdebatte, daß im vergangenen Jahre die Ausgaben der Bevölkerung für nicht lebensnotwendige Genußmittel verhältnismäßig hoch waren. Im Durchschnitt hat jede österreichische Familie in einem Jahre 3.700 Schilling verbraucht, vertrunken und vernascht. In der gleichen Zeit wurden aber für Unterricht, Bildung und Unterhaltung bloß 1.700

Schilling pro Familie ausgegeben. Das Mißverhältnis zwischen diesen beiden Zahlen ist auffallend groß, die Kultur dürfte doch bei dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung nicht zu kurz kommen. Diese Forderung ist umso berechtigter, da gerade der Ruf unserer Stadt auf ihren wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen begründet ist. Diese Feststellung konnten wir nicht nur im Mozartjahr 1956 machen, sondern auch heuer. Die Wiener Festwochen waren wieder ein Höhepunkt in unserer Stadt, sie vermittelten den Wienern erlesene künstlerische Erlebnisse und veranlaßten Zehntausende Fremde nach Wien zu kommen, um die in aller Welt gerühmte Wiener Kunst und Kultur kennen zu lernen. Ich muß aber die realistische Feststellung machen, daß die Zahl der Besucher aus dem Ausland im Vergleich zum Vorjahr nicht gestiegen ist, sondern konstant blieb. Das ist ein sehr deutliches Zeichen dafür, daß alle am Fremdenverkehr interessierten Kreise für das Jahr 1958 viel größere Anstrengungen machen müssen als bisher, um die Ausländer zu veranlassen, nach Wien zu kommen. Ich muß heute wiederholen, was ich schon einige Male gesagt habe. Die schönste und teuerste Fremdenverkehrspropaganda ist wirkungslos, wenn die Gäste das Gefühl haben, daß sie übervorteilt werden. Gutes Essen und eine schöne Aussicht gibt es anderswo auch, und vor allem kann man die Ausländer nicht zwingen, nach Wien zu kommen, man muß ihnen etwas bieten. Wenn also jemand den Fremdenverkehr zur Wurzerlei benützt, dann ist er ein mißachteter Außenseiter und wirklicher Schädling unserer Wirtschaft.

Die Anziehungskraft unserer Stadt auf das internationale Publikum und die Bedeutung Wiens als Kongreßstadt wurde heuer wieder eindrucksvoll demonstriert. Mehr als 40 bedeutende internationale Kongresse von kulturellen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Organisationen tagten in Wien. Das wichtigste Ereignis war wohl die große internationale Atomkonferenz, die von Delegierten aus 62 Staaten beschickt war. Sie faßte den für uns weitreichenden Beschluß, unsere Stadt zum Sitz der Internationalen Atombehörde zu bestimmen. Diese Tatsache kann nicht genug gewürdigt werden.

Im vergangenen Jahre versuchte ich auch kurz die Lage im Wiener Schulwesen zu besprechen, so weit sie von der Stärke der Geburtsjahrgänge abhängt. Den ungünstigen Bericht des Vorjahres kann ich leider heuer nicht gutmachen, sondern nur mitteilen, daß sich die Lage weiterhin verschlechtert hat. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich

die Zahl der Klassen in den Pflichtschulen wieder um 273, und die Zahl der Schüler um 9.750 verringert. Mein Bedauern über diese Entwicklung wird einigermaßen gemildert durch das neuerliche Steigen der Geburtenzahlen im Jahre 1957. Hier ist die Entwicklung besonders interessant. Im Jahre 1954, es war das Jahr der niedrigsten Geburtenzahl, hatten wir 11.400, 1955, im Jahr des Staatsvertrages, hatten wir bereits 12.027, im Jahre 1956 schon 13.222, und, obwohl ich für heuer noch keine endgültige Zahl weiß, da noch einige Tage bis zum Jahresende fehlen, kann ich doch schon mit sehr großer Wahrscheinlichkeit sagen, daß wir 14.370 Geburten haben werden. Über diese Entwicklung bin ich wirklich glücklich, weil sie für mich ein Zeichen des größeren Lebensmutes und der besseren Zukunftshoffnungen unserer Bevölkerung ist. Wenn der Wille zum Kind und die Freude am Kind stärker wird, dann glaubt man eben an die Zukunft.

Mit dem gleichen Glauben an die Zukunft konzentrierte sich auch heuer die Hauptsorge der Gemeindeverwaltung auf die arbeitsbeschaffenden Maßnahmen. Das Wohl und Wehe der gesamten Bevölkerung hängt davon ab, ob wir Arbeit haben oder nicht. Die Arbeit hält unser ganzes Leben in Gang, mit der Arbeit decken wir unsere Tagesbedürfnisse, mit der Arbeit bereiten wir aber auch die Zukunft vor. Die Gemeinde hat aus diesen Gründen die wertschaffenden Investitionen bevorzugt, die sich vor allem auf dem Bausektor ergeben. Im Laufe des Jahres wurde von der Gemeinde der riesige Betrag von 1.3 Milliarden Schilling in die Bauwirtschaft unserer Stadt hineingepumpt. Das bedeutete Tausende von Aufträgen für viele große und kleine Unternehmungen und deren Arbeiter und Angestellten. Wie groß die Auswirkungen unserer Bemühungen sind, beweist der Umstand, daß wir Ende August 16.420 Arbeiter zählten, die unmittelbar auf 1.590 städtischen Baustellen beschäftigt waren. Dazu kommen noch einige Tausende Arbeiter und Angestellte, die in Büros und Werkstätten für die gleichen Aufträge tätig waren.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt erlaubt es der Gemeinde nicht, den Bau von Wohnungen einzuschränken. Deshalb waren auf diesem Sektor die Ausgaben wieder am höchsten. Ich darf Ihnen mit Genugtuung melden, daß im heurigen Jahre wieder mindestens 5.900 Wohnungen gebaut wurden. Damit hat sich die Zahl der Wohnungen, die nach dem zweiten Weltkrieg von der Gemeinde gebaut wurden, auf mehr als

46.000 erhöht. Die Fortführung dieser Aufgaben ist aber weiterhin gesichert, denn schon befinden sich wieder mehr als 11.000 Wohnungen in Arbeit. Daneben hat es sich die Gemeinde auch angelegen sein lassen, den Bau von genossenschaftlichen Wohn- und Siedlungsanlagen und von Eigenheimen durch Kredite zu fördern. Zu diesem Zweck wurde ein Betrag von 165 Millionen Schilling aufgewendet.

In den letzten Jahren haben sich die Bauaufgaben, die durch die Motorisierung des Verkehrs verursacht wurden, immer stärker in den Vordergrund gedrängt. Auch heuer wurden sie im höchstmöglichen Umfang durchgeführt. Es ist aber nicht so, daß man in einer Großstadt die Straßenbauarbeiten in unbeschränktem Umfang machen kann, denn hier ist Rücksicht zu nehmen auf alle Einbauten, wie zum Beispiel Kanäle, Gas- und Wasserleitung und verschiedene Kabel. Solche Rücksichten kommen beim Umbau von Landstraßen kaum vor, weshalb sie rascher und billiger gebaut werden können. Beim Umbau von Landstraßen sind auch Verkehrsumleitungen kaum notwendig. Beim Umbau von Straßen in der Großstadt müssen aber Umleitungen vorgenommen werden, die in der ganzen Umgebung den Verkehr zusammenpressen und manchmal zu empfindlichen Störungen führen können. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten wurden heuer für Straßenbauten wieder mehr als 140 Millionen Schilling ausgegeben, mit denen 250 Kilometer Straßenfläche und 180 Kilometer Gehsteige umgebaut und verbessert wurden. Die größte Baustelle war rund um die Stadthalle, in deren Bereich natürlich auch schon die Verkehrsumbauten auf dem Gürtel und auf dem Urban Loritz-Platz fallen. Glücklicherweise konnte ein großer Teil des Gürtels bereits auf Einbahn-Verkehr umgestellt werden, was zu einer wesentlichen Leistungssteigerung dieser Straßen geführt hat. In den Siedlungen der äußeren Stadtbezirke wurden im Rahmen des Straßenbauprogrammes 300.000 Quadratmeter Siedlungsstraßen modernisiert.

Außer den wenigen großen Aufgaben, die ich jetzt erwähnte, wurden noch viele andere mindestens ebensowichtige Arbeiten durchgeführt. Ob es sich nun um Neubauten oder Instandsetzungsarbeiten in den Schulen und Spitälern, in Kindergärten und Bädern, bei Brücken oder Kanälen handelt, überall wurde im Rahmen des Möglichen eine Verbesserung und Modernisierung erreicht. Ich darf hier den Bau der Straßenbrücke im Hafengebiet erwähnen, die Freudenau und Albern verbinden wird, die Marenabrücke über die Liesing, den Personen-

tunnel in Stadlau, die umfangreichen Arbeiten im Krankenhaus Floridsdorf und im Franz Josef-Spital in Favoriten und die Modernisierung von mehr als 100 Schulen. Die Bauarbeiten am großen Wasserspeicher im Steinfeld sind im wesentlichen abgeschlossen, und im kommenden Jahr kann der Speicher in Betrieb gehen. Beim städtischen Museum und bei der Stadthalle sind die Bauarbeiten ebenfalls bereits so weit vorgeschritten, daß im kommenden Jahre beide Anlagen der Benützung übergeben werden können. An der Vergrößerung des Stadions wurde auch fleißig gearbeitet.

Wir alle dürfen stolz sein, daß wir in diesem Jahr wieder ein so großes Stück vorwärts gekommen sind und ich danke allen, die auf ihre Weise mitgeholfen haben, diese großen Leistungen zu erreichen. Wenn wir alle fest zusammenhalten und gemeinsam arbeiten, werden wir auch im kommenden Jahr wieder große Erfolge erzielen können, die unsere liebe Heimatstadt schöner und wohnlicher machen!"

- - -

Paul Pretsch zum Gedenken

=====

30. Dezember (RK) Auf den 1. Jänner fällt der 150. Geburtstag des Buchdruckers und Photographen Paul Pretsch, des Erfinders der Photographie.

Ein gebürtiger Wiener, wurde er Buchdruckerlehrling und wanderte als Geselle durch ganz Deutschland. 1842 kehrte er zurück und trat in den Dienst der Hof- und Staatsdruckerei, wo er die von ihm verfolgte Idee der Galvanoplastik verwirklichen konnte. 1853 ging er nach England, um seine Erfindung praktisch auszuwerten. Es gelang ihm, in London eine Gesellschaft zu gründen und mit Hilfe des zur Verfügung gestellten Kapitals photographische Drucke von erstaunlicher Vollkommenheit herzustellen. Den Geldgebern, die einen raschen finanziellen Erfolg erwarteten, gingen aber die Versuche viel zu langsam. Da sich keine neue Interessenten fanden, konnten die Patente nicht erneuert werden. Ein ehemaliger Mitarbeiter entwickelte das Verfahren weiter und gab die Ergebnisse, ohne den wahren Erfinder zu nennen, unter seinem eigenen Namen heraus. Pretsch kehrte völlig mittellos nach Wien zurück und erhielt wohl seine

frühere Anstellung wieder, hatte aber nicht mehr die Kraft, seine Arbeiten weiterzuführen. Er starb am 28. August 1873 in seiner Heimatstadt. Sein Leben ist ein Beispiel für das Schicksal vieler österreichischer Erfinder, die von ausländischen Nachahmern überflügelt wurden.

- - -

Josef Kainz zum Gedenken

=====

30. Dezember (RK) Auf den 2. Jänner fällt der 100. Geburtstag von Josef Kainz, dessen Name in den Annalen des Burgtheaters für alle Zeiten verzeichnet ist.

Als Sohn eines Eisenbahnbeamten zu Wieselburg in Westungarn geboren, wuchs er in Wien auf und zeigte schon in frühester Jugend schauspielerische Begabung, so daß sein künftiger Beruf für ihn und für seinen Vater, der selbst ein begeisterter Theaterfreund war, feststand. In dem kleinen Vorstadttheater am Matzleinsdorfer Platz betrat er zum erstenmal die Bühne und spielte sich bald in den Vordergrund. Sein erstes wirkliches Engagement führte ihn 1875 nach Marburg a.d. Drau, doch fand seine eigenwillige Rollenauffassung bei seinem Direktor kein Verständnis. Über Wien und Leipzig kam er 1877 nach Meiningen, wo er in einem von dem Theaterfachmann Herzog Georg II. gebildeten Ensemble hervorragender Künstler zum großen Darsteller heranreifte. 1880 wurde Josef Kainz an das Münchner Schauspielhaus verpflichtet, das Ludwig II. zu einer zentralen Stätte musischer Kunst ausgebaut hatte. Es gelang ihm bald, das Publikum an sich zu fesseln und auch mit dem König verband ihn enge Freundschaft. In München erwarb sich der aus kleinen Verhältnissen stammende und körperlich unansehnliche Mime jene souveräne Haltung, die ihn befähigte, seine Könige und Helden in natürlichem, überzeugendem Spiel wiederzugeben. 1885 übersiedelte er an das Deutsche Theater in Berlin und erreichte dort den Gipfelpunkt seiner Laufbahn. Seinem hervorragenden Können, seiner Sprech- und Charakterisierungskunst wurde einstimmig höchstes Lob gezollt. Er trat in 100 verschiedenen Rollen ungefähr zweitausendmal auf. Ende 1899 wurde Kainz als Nachfolger Mitterwurzers ständiges Mitglied des Burgtheaters. Die folgenden Jahre, die die letzten seines

Lebens waren, brachten ihm neuen Ruhm. Das anspruchsvolle Publikum erkannte seine geniale Gestaltungskraft und folgte ihm immer enthusiastischer. Einmalige Ganzleistungen waren sein klassischer Tasso, sein Mephisto und Hamlet. Aber auch die Figuren Molières, Nestroys, Anzengrubers und Schönherrns, des Naturalismus und der Neuromantik wurden von ihm mit eigenem Geist erfüllt und vollendet verkörpert. Die Zeit seines Wirkens am Burgtheater wurde leider immer mehr durch Krankheit unterbrochen. Am 20. September 1910 starb er in Wien an einer Krebskrankheit. Josef Kainz wurde auf dem Zentralfriedhof in einem Ehrengrab der Stadt Wien bestattet. Eine Bronzestatue im Türkenschanzpark zeigt ihn in der berühmten Pose des Hamlet mit dem Totenschädel in der Hand.

Die Stadt Wien wird anlässlich des 100. Geburtstages des unvergessenen großen Künstlers eine Josef Kainz-Medaille stiften, die alljährlich an seinem Todestag verliehen werden soll. Ausgezeichnet wird die beste schauspielerische Darstellung einer männlichen und weiblichen Rolle sowie die beste Regieleistung des Jahres, gleichgültig, an welcher Bühne sie geboten wurde.

- - -

Neujahrsansprache des Bürgermeisters auf dem Rathausplatz

=====

und im Radio

=====

30. Dezember (RK) Nach dem Turmblasen des Trompeterchores der Stadt Wien von der Loggia des Rathausturmes, das am Silvesterabend um 18 Uhr beginnt und eine halbe Stunde dauert, wird Bürgermeister Jonas eine Neujahrsansprache halten, die auf den Rathausplatz übertragen wird.

Die Rede des Bürgermeisters wird am 31. Dezember, um 18 Uhr, auch im Ersten Programm von Radio Wien gesendet.

- - -

Ab Ober-St. Veit (Straßenbahn 58, 158):

Auerhütte	Gasthaus
Himmelhof	Senatorium Himmelhofstraße
Roter Berg	Eigene Stelle

Ab Mauer (Straßenbahn 60):

Laab im Walde	Gasthaus
Roppersberg	Wallbergerhütte
Jäger von Dopplerwiese	Offener Posten - Streifendienst
Rother Stadl	Offener Posten - Streifendienst

Ab Rodaun (Straßenbahn 360):

Bierhäuselberg	Gasthaus Senn
Kammersteinerhütte	Schutzhaus
Kuglwiese	Gasthaus Beran

Ab Kaltenleutgeben (Straßenbahn 360 - Autobus):

Talstation	Gasthaus Arbeiterheim
Wienerwiese	Gasthaus
Gaisberg	Gasthaus
Neuweg	Gasthaus Sporer
Gießhübl	Gasthaus Schmiedel
Langerwiese	Gasthaus
Norwegerwiese	Schutzhaus Höllenstein
Biermaier	Gasthaus

Ab Unter-Tullnerbach (Westbahn):

Troppberg	Gasthaus
-----------	----------

Ab Purkersdorf (Westbahn, Pendler):

Hochramalpe	Gasthaus
-------------	----------

Ab Strebersdorf (Straßenbahn 132):

Bisamberg	Gasthaus Gamshöhe
-----------	-------------------

Ab Simmering - Favoriten:

Laaer Berg	Offener Posten - Streifendienst
------------	---------------------------------

- - -

Georg Altmütter zum Gedenken
=====

30. Dezember (RK) Auf den 2. Jänner fällt der 100. Todestag des Technologen Georg Altmütter, dem es mitzudanken ist, daß sich die Wiener Technische Schule durchgesetzt hat.

Am 7. September 1787 geboren, studierte er Chemie und erhielt 1816 die Stelle eines Professors für mechanische Technologie am Polytechnischen Institut, an dem er jahrzehntelang tätig war. Mit Grillparzer verband ihn zeitlebens Freundschaft. Altmütter veröffentlichte zahlreiche Aufsätze über verschiedene Fachgebiete, wie Stereotypie, Schriftgießerei, Erzeugung der Globusse. Weiters war er der Hauptbeteiligte bei der Organisation der ersten in Wien abgehaltenen Gewerbeausstellung. Besondere Verdienste erwarb er sich als Sammler technischer Gegenstände. Das National-Fabrikproduktenkabinett, das unter seiner Aufsicht stand, war die Grundlage für das spätere Technische Museum. An Georg Altmütter erinnert eine Gasse im 9. Bezirk.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 30. Dezember
=====

30. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Inland Neuzufuhren: Ochsen 264 S, Stiere 136, Kühe 879, Kalbinnen 79, Summe 1358. Neuzufuhren Ungarn: 22 Stiere, 18 Kühe, Summe 40. Gesamtauftrieb: 264 Ochsen, 158 Stiere, 897 Kühe, 79 Kalbinnen, Summe 1398. Unverkauft: 3 Ochsen, 2 Stiere, 3 Kühe, Summe 8. Verkauft: 261 Ochsen, 156 Stiere, 894 Kühe, 79 Kalbinnen, Summe 1390. Preise: Ochsen 9.20 bis 11.60 S, extrem 11.60 bis 12.50 S (15 Stück), Stiere 10.50 bis 12.20 S, extrem 12.20 bis 12.60 S (14 Stück), Kühe 7.50 bis 9.70 S, extrem 9.80 bis 10.50 S (21 Stück), Kalbinnen 10.- bis 11.70, extrem 11.80 bis 12.20 S (9 Stück), Beinlvieh Kühe 6.- bis 7.50 S, Ochsen und Kalbinnen 8.- 10.- S. Der Durchschnittspreis für Inlandrinder ermäßigte sich bei Ochsen um 33 g, Stieren um 27 g, Kühen um 23 g und erhöhte sich bei Kalbinnen um 34 g je Kilogramm. Er beträgt: Ochsen 10.14, Stiere 11.43, Kühe 8.31, Kalbinnen 10.76 S. Beinlvieh notierte schwach behauptet. Ungarische Stiere notierten von 12.- bis 12.30 S, ungarische Kühe von 9.50 bis 10.20 S.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 31. Dezember 1957

Blatt 2730

Gesperrt bis 18 Uhr:

Die Neujahrswünsche des Bürgermeisters
=====

31. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hielt heute nachmittag eine Neujahrsansprache, die im Anschluß an das Turmblasen auf den Rathausplatz übertragen wurde und um 18 Uhr im Ersten Programm von Radio Wien zu hören war. Der Bürgermeister sagte:

"Liebe Wienerinnen und Wiener!

Liebe Landsleute in nah und fern!

Mir kommt vor, als ob erst ganz kurze Zeit vergangen wäre, seit ich vor dem Mikrophon stand, um Ihnen im Namen der Bundeshauptstadt Wien die herzlichsten Glückwünsche zum Neujahrstag 1957 auszusprechen. Wie rasch doch dieses arbeits- und ereignisreiche Jahr verflossen ist! Dürfen wir zufrieden sein mit ihm? Hat es unsere Hoffnungen und Erwartungen erfüllt? Und die notwendige kritische Frage an uns selbst: Haben wir Wiener auch alles getan, um die Aufgaben zu bewältigen, die das Leben uns stellt? Wir sollten das alte Jahr nicht in die Vergangenheit entlassen, ohne uns Rechenschaft abgelegt zu haben über unser Tun und Handeln.

Wir dürfen dem scheidenden Jahre nachsagen, daß es gut war, daß wir viel Arbeit und Erfolg hatten, und daß es wenig Arbeitslose gab. Wir dürfen feststellen, daß der Lebensstandard sich weiterhin auf einer Höhe bewegte, die wir vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehalten hätten. Hunderttausende Wiener konnten ihren wohlverdienten Urlaub in unseren schönen Bundesländern und im Ausland genießen. Viele Anschaffungen für Familie und Haushalt konnten wieder gemacht werden, und so ist endlich

./.

ein gewisser bescheidener Wohlstand in unserer Stadt und in Österreich eingekehrt. Wenn wir aber an die Schicksalsschläge denken, die wir schon erleben mußten, dann empfinden wir es als das höchste und schönste Glück, daß wir in Ruhe und Frieden für uns und für unsere Zukunft arbeiten konnten. Denn darüber müssen wir uns im klaren sein, daß das ruhige und geordnete, das bessere Leben, uns nicht von selbst in den Schoß fällt. Alles was wir vom Leben verlangen, muß erarbeitet werden. Wir sind stolz darauf, daß wir nach dem schrecklichsten aller Kriege bereits wieder so weit sind, auf eigenen Füßen stehen zu können und keine ausländischen Hilfsaktionen mehr zu brauchen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß sich unter uns immer wieder Mitbürger befinden, die vom Schicksal schwer benachteiligt und unverschuldet in Not geraten sind. Ihnen zu helfen ist selbstverständliche Pflicht der Gemeinschaft. Wir wissen, daß alles Menschliche unvollkommen ist, und es wäre falsch von uns, würden wir mit dem Erreichten schon zufrieden sein. Wir dürfen aber mit Genugtuung feststellen, daß in unserer Stadt dank dem ausgeprägten sozialen Gewissen eine wirksame Fürsorge- und Wohlfahrtspolitik gepflegt wird, die in allen Fällen der Not helfend eingreift.

Im abgelaufenen Jahre haben wir die Verjüngungskur für unsere liebe Heimatstadt ganz kräftig fortgesetzt. An allen Ecken und Enden ist Neues entstanden, um das Leben für unsere Bevölkerung zu erleichtern und zu verbessern. Daß unsere Stadt schöner wird, das sagen uns vor allem die vielen Zehntausende Gäste, die aus nah und fern zu uns kommen. Sie bestätigen immer, daß sie sich bei uns sehr wohl fühlen, weil die Wiener besonders liebenswürdige Leute sind und weil sie die Schönheit der Stadt und ihrer Landschaft und ihr reiches kulturelles und künstlerisches Leben schätzen. Damit sagen sie uns eigentlich schon, was wir zu tun haben, damit Wien in der ganzen Welt weiterhin beliebt bleibt. Aber, so sehr ich mir wünsche, daß unsere Stadt ungezählte Freunde in aller Welt besitzt, liegt mir doch noch mehr daran, daß Wien für die Wiener schön und interessant ist, und daß alle Österreicher auf ihre Bundeshauptstadt stolz sein können.

Das neue Jahr wollen wir mit dem festen Vorsatz beginnen, unsere Hände fleißig zu regen, damit wir alle Pflichten und Aufgaben erfüllen können und damit unsere liebe Heimatstadt noch schöner werde. Ich will aber nicht nur von Arbeit und von Pflichten reden, sondern auch den Wünschen Ausdruck geben, daß uns viel Glück und Frohsinn beschieden sei und daß wir verschont bleiben von Krankheit und Ungemach. Ich grüße alle meine lieben Wienerinnen und Wiener recht herzlich und wünsche ihnen das Beste im kommenden Jahr. Meine Neujahrsgedanken wären aber unvollständig, wenn ich nicht auch der Verbundenheit aller Österreicher in unserer schönen vorwärtsstrebenden Heimat Ausdruck geben würde, und deshalb grüße ich im Namen der österreichischen Bundeshauptstadt alle unsere Mitbürger in Stadt und Land! Glück und Gesundheit, Frohsinn und Frieden für 1958!"

- - -

Motorrad fährt in Straßenbahn

=====

31. Dezember (RK) Montag abend, um 20 Uhr, ist in der Triester Straße bei der Troststraße der 26jährige Laurentius Schitzlinger, 20, Klosterneuburger Straße 110, mit seinem Motorrad in rascher Fahrt von rückwärts an einen Straßenbahnzug der Linie 65 angefahren. Er stürzte und erlitt einen Schädelbasisbruch sowie einen Schlüsselbeinbruch. Er wurde vom Rettungsdienst in das Unfallkrankenhaus Meidling gebracht. Beide Fahrzeuge sind stark beschädigt.

- - -

Der älteste Wiener hat heute Geburtstag
=====

31. Dezember (RK) Der älteste Wiener ist Herr Johann Zierhut. Er feiert heute am Silvestertag seinen 104. Geburtstag. Bürgermeister Jonas erschien heute früh in Begleitung von Bezirksvorsteher Ramel in der Wohnung des Jubilars auf dem Südtiroler Platz und überbrachte dem noch erstaunlich rüstigen Mann die Glückwünsche aller Wiener und ein Ehrengeschenk der Stadtverwaltung.

Johann Zierhut, der ehemalige Beamte der Kronprinz Rudolf-Bahn und spätere Regierungsrat und Zentralinspektor im Wiener Eisenbahnministerium ist am Silvestertag des Jahres 1853 als Kind eines Wiener Klaviermachers geboren. Er blickt auf ein mit viel Arbeit, Sorge und auch Freude ausgefülltes Leben zurück. Er war zweimal verheiratet. Er ist ein Apostel der Mäßigkeit, trinkt keinen Alkohol, raucht nicht und liebt einfache Speisen. Seinen Humor hat er nicht verloren, denn, wenn man ihn fragt, wie er es denn mache, so alt zu werden, sagt er darauf: "Man muß eben acht geben, daß man nicht früher stirbt!" Bei schönem Wetter macht er noch immer Spaziergänge. Seinen heurigen Urlaub hat er in Gastein verbracht.

Herr Zierhut, der sich über den Besuch, dem sich noch viele andere Gratulanten anschlossen, sehr erfreut zeigte, interessante Einzelheiten aus seinem Leben erzählte und auch bewies, daß er mit den gegenwärtigen Weltproblemen sehr vertraut ist, sprach am Ende seines Besuches noch den Wunsch aus, daß der ihm übermittelte Geldbetrag den Armen Wiens zur Verfügung gestellt werde, weil er mit seiner Pension sein Auskommen habe. Bürgermeister Jonas verabschiedete sich von dem 104jährigen mit den Worten: "Lieber Herr Zierhut, wenn wir nächstes Jahr noch gesund sind, werden wir Sie wieder besuchen!"

In Wien gibt es gegenwärtig acht Menschen, die älter als hundert Jahre sind, sechs davon sind Frauen. Von den zwei Männern ist Johann Zierhut der älteste. Eine der Frauen, nämlich Aloisia Schobel aus Ottakring, ist noch älter als er; sie feierte bereits am 4. Juni dieses Jahres ihren 104. Geburtstag.

Rauchfangkehrer gratulierten im Rathaus
=====

31. Dezember (RK) Bei Bürgermeister Jonas, den beiden Vizebürgermeistern und den Amtsführenden Stadträten stellten sich heute zahlreiche Gratulanten ein, die ihre Glückwünsche für das kommende Jahr aussprachen. Auch die Rauchfangkehrerinnung, vertreten durch Innungsmeister Sikula und seine beiden Stellvertreter Esterak und Jarius sowie mehrere Meister, Gesellen und Lehrlinge, wurde heute von Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Weinberger im Arbeitszimmer des Bürgermeisters empfangen, wo sie den Stadtvätern ihre Glückwünsche zum Ausdruck brachten und sich dafür bedankten, daß in Wien durch die rege Bautätigkeit so viele neue Schornsteine entstehen.

- - -

Pferdemarkt vom 27. Dezember
=====

31. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 158 Pferde, davon 5 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 153, als Nutztiere 3 verkauft, unverkauft blieben 2 Stück.

Preise: Fohlen 11.- bis 12.80 S, Extremware 10.- S,
1. Qualität 6.50 bis 8.20 S, 2. Qualität 5.90 bis 6.40 S,
3. Qualität 5.- bis 5.80 S.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 72, Oberösterreich 31, Burgenland 22, Steiermark 17, Kärnten 9, Tirol 1, Salzburg 5.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Pferden um 7 g und ermäßigte sich bei Fohlen um 6 g/kg. Er beträgt: Pferde 6.51 S, Fohlen 12.04 S/kg.

- - -

Die Glückwünsche der leitenden Beamten
=====

31. Dezember (RK) Heute vormittag versammelten sich die leitenden Beamten des Wiener Magistrates und die Direktoren der Städtischen Unternehmungen im Roten Salon des Rathauses, um Bürgermeister Jonas ihre Glückwünsche zu übermitteln. Im Namen der Beamtenschaft sprach Magistratsdirektor Dr. Kinzl, der einen Rückblick auf 1957 und einen Ausblick auf das kommende Jahr gab. Die Beamtenschaft freue sich darüber, sagte er, daß sich auch im abgelaufenen Jahr die Koalition im Bund und in der Bundeshauptstadt bewährt habe. Der wirtschaftliche Aufschwung hat seine Fortsetzung gefunden, wobei wir noch näher der Vollbeschäftigung gekommen sind und die an sich unbedeutende Arbeitslosigkeit in Wien weiter gesunken ist.

Magistratsdirektor Dr. Kinzl würdigte vor allem auch die im alten Jahr erfolgte Einbeziehung großer Gruppen der Bevölkerung in die Altersversorgung. Man könne gegenwärtig praktisch schon von einer Volkspension sprechen. Dieser Erfolg unserer Sozialpolitik ist aber nur durch Zuschüsse der öffentlichen Hand möglich. Auch die Beamtenschaft hätte daher manche Opfer zu tragen, würde einmal eine Krise eintreten. Trotz dieser Sorge begrüßen wir aber diese Großtat der sozialen Gerechtigkeit.

Der Magistratsdirektor würdigte sodann den Anteil der Wiener Stadtverwaltung am wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung unseres Vaterlandes. Wir wünschen, daß Wien auch im kommenden Jahr die Erfolge fortsetzt. Er versicherte dem Bürgermeister, daß die Beamtenschaft ihre ganze Kraft auch weiterhin in den Dienst der Stadt stellen und ihren Mitbürgern dienen will.

Bürgermeister Jonas erwiderte die Neujahrsglückwünsche des Magistratsdirektors und verwies darauf, daß die Stadtverwaltung auf die Erfolge im abgelaufenen Jahr wirklich stolz sein kann, doch müsse vor Selbstzufriedenheit gewarnt werden. Große und schwierige Aufgaben stehen vor uns. Die Gefahr einer Wirtschafts-

krise würde den großartigen Aufbau der Sozialpolitik empfindlich stören, denn alle Leistungen müssen aus dem großen Topf der österreichischen Wirtschaft geschöpft werden. Das ist ohne Opfer nicht möglich. Sozialer Fortschritt kostet Geld und muß von uns allen erarbeitet werden. Es wäre aber falsch, aus diesen Gründen den sozialen Fortschritt nicht anzustreben. Man denke doch daran, daß zu der Zeit, als man den 12-Studenten Tag abschaffte und die ersten Arbeitszeitverkürzungen vornahm, man ebenso wie heute die besorgte Frage gestellt hat, ob das denn die Wirtschaft aushalten werde. Sie hat es ausgehalten und wir haben in der letzten Zeit weitere Arbeitszeitverkürzungen einführen können.

Mit der zunehmenden Produktivität der modernen Technik wird der soziale Fortschritt ebenfalls weitergehen. Denken wir aber immer daran, daß wir in Österreich auf keiner Insel der Seligen leben, sondern von allen internationalen Ereignissen mitbetroffen werden.

Ich habe das Gefühl, daß wir weiterhin den guten Weg beschritten haben, den wir 1945 betreten haben, sagte der Bürgermeister. Trotz aller Schwierigkeiten können wir von einem gewaltigen Aufbau sprechen. Es besteht daher die begründete Hoffnung, daß wir auch im kommenden Jahr diese Tätigkeit ungestört fortsetzen werden können.

Bürgermeister Jonas dankte abschließend den Beamtinnen für ihre verantwortungsbewußte Mitarbeit, die einen großen Anteil an den Erfolgen der Gemeinde Wien haben. Er ersuchte die leitenden Beamtinnen auch, für einen guten Personalnachwuchs zu sorgen, denn wir brauchen tüchtige und verantwortungsbewußte Sachwalter der Interessen der Wiener Bevölkerung.

- - -



